

NÄCHSTENLIEBE LEBEN. KLARHEIT ZEIGEN.

*Handreichung für Gemeinden
zum Umgang mit Rechtsradikalität
und Fremdenfeindlichkeit*



AG KIRCHE
FÜR DEMOKRATIE
UND MENSCHENRECHTE

Nächstenliebe leben. Klarheit zeigen.

Handreichung für Gemeinden zum Umgang mit
Rechtsradikalität und Fremdenfeindlichkeit

Herausgegeben von der Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft
„Kirche für Demokratie und Menschenrechte“

c/o Landesstelle der Evangelischen Erwachsenenbildung Sachsen

Tauscherstr. 44

01277 Dresden

Tel.: +49 (0)351 65 61 54-0

Fax: +49 (0)351 65 61 54-19

info@kirche-fuer-demokratie.de

www.kirche-fuer-demokratie.de

Redaktion:

Michael Glatz, Christian Kurzke, Dr. Harald Lamprecht

Design und Satz:

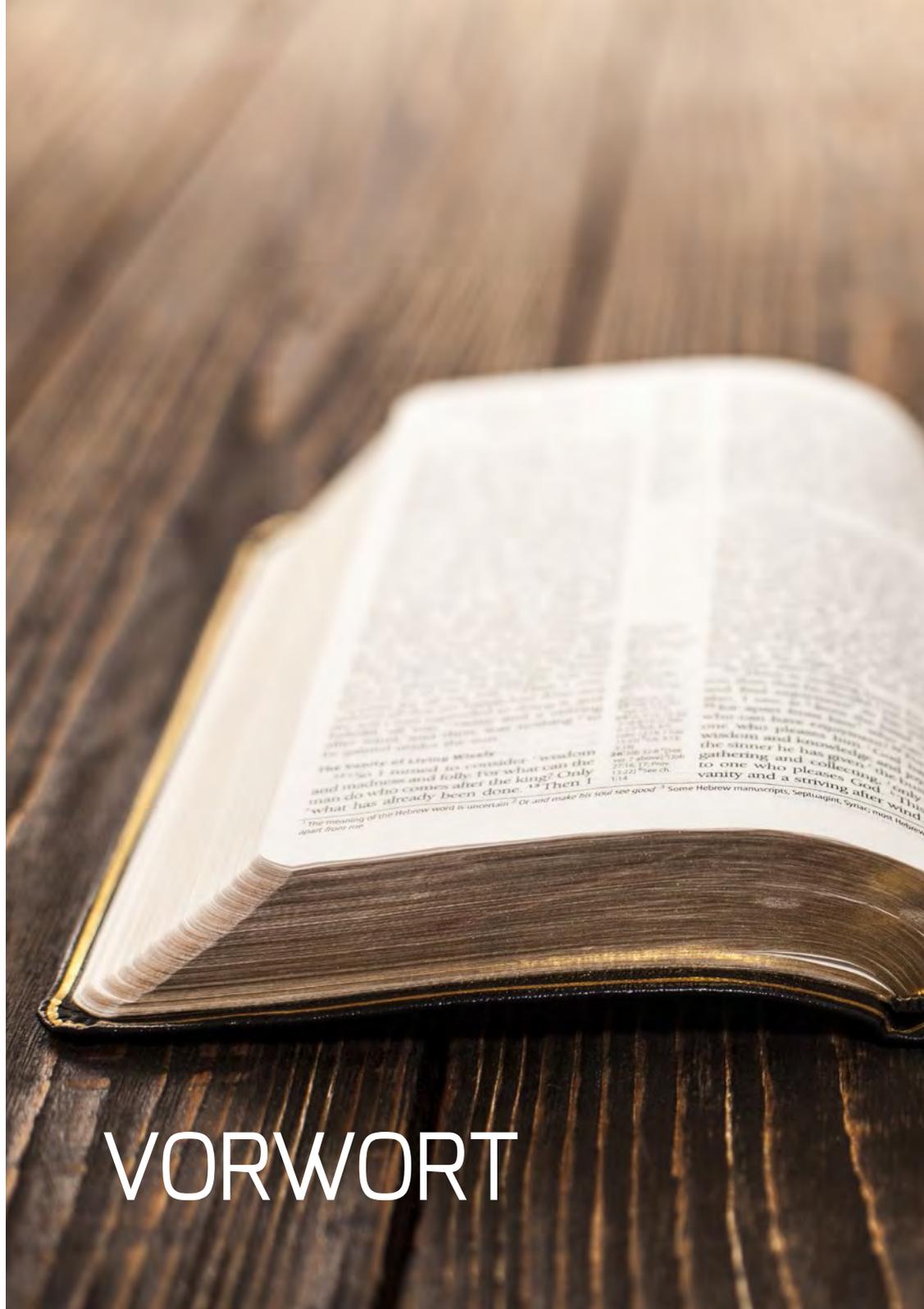
elbworx media design (www.elbworx.de)

Dresden, März 2016

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	7
Geleitwort	8
Vorwort von Landesbischof Dr. Carsten Rentzing	10
Vorwort von Diözesanadministrator Andreas Kutschke	11
Nächstenliebe und Gastfreundschaft	12
Christsein in der Gesellschaft	15
Für eine Öffentliche Kirche – Warum Glaube politisch ist	16
Gerechtigkeit. Ein Grundbegriff – auch der Bibel	22
„Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde...“	27
Suchet der Stadt Bestes – Gemeinwesenenauftrag von Christen	34
Identifikation und Kritik. Nation aus theologischer Sicht	41
Jüngere Geschichte der Demokratie in Sachsen	47
Das Abendland verteidigen? Vom christlichen Umgang mit religiöser Pluralität	53
Gutes Regieren – biblische Perspektiven	59
Multikulti – Problem oder Chance?	65
Neonazismus und Rechtspopulismus (Wissen)	71
Die Volksgemeinschaft als einigende Ideologie	72
Braunes Sachsen: Neonazistische Parteien und rechte Bewegungen in Sachsen	75
Die „Identitäre Bewegung“ in Sachsen	83
Neonazistische Subkultur in Sachsen – Kleidung und Musik	90
Klima der Angst: Wie rechte Gewalt wirkt	94
Völkisches Landleben – eine extrem rechte Graswurzelstrategie	99
Frauen und Rechtsextremismus – Sind Heimat, Volk und Vaterland in Gefahr?	104
Sachsen: Ruhe- und Rückzugsraum des NSU	109
Ich bin doch kein Rassist, aber...	113
Rechtspopulismus und Kirchen	117
Mut zur Wahrheit? Junge Freiheit, Compact und andere Medien der extremen Rechten	121

Gemeindepraxis (Handeln)	131
Grundprinzipien kirchlicher Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus	132
Gott liebt die Sünder, nicht die Sünde. Zum Umgang mit Rechtsextremisten und Rechtspopulisten in der Gemeinde	137
Bürgerdialog oder Propagandabühne? Hinweise für gelingende Veranstaltungen	142
Friedensgebet, Bittgang und Mahnwache – Formen christlicher Stellungnahmen	148
Sichtbar Position beziehen	150
Kirchenasyl	153
Erfahrungsbeispiele	157
Die sogenannte Pegida	158
Unterstützung für Flüchtlinge – ein Beispiel aus Leipzig	164
Flüchtlingshilfe in Deutschland – ein Thema in der Kirche? Dresdner Gemeinden werden aktiv	168
Willkommensbündnis im Gottliebatal	174
Ausstellung „Asylum“ der AG In- und Ausländer Chemnitz	177
Anhang	181
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	182
Abbildungsverzeichnis	186
Ansprechpartner und Hilfsstrukturen	187



VORWORT

GELEITWORT

„Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und von ganzem Gemüt. Dies ist das höchste und größte Gebot. Das andere aber ist dem gleich: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. In diesen beiden Geboten hängt das ganze Gesetz und die Propheten.“ (Mt 22,37–40)

Die vor allem im Freistaat Sachsen aktive ökumenische Arbeitsgemeinschaft „Kirche für Demokratie und Menschenrechte“ wird im ersten Quartal 2016 eine Dekade alt. Sie wurde nach dem ersten Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag gegründet und bemüht sich seitdem darum, im Bereich der Kirchen ein Problembewusstsein für die Gefährdungen durch Rassismus, Antisemitismus sowie menschen- und demokratiefeindliche Einstellungen zu erzeugen. Heute kann sie auf einige Auszeichnungen und viel Erreichtes zurückblicken. Dazu gehören erfolgreiche Veranstaltungsreihen, Faltblätter, Handreichungen, Dokumente und Positionierungen bis hin zur Beratung und Begleitung von Personen und Institutionen. In der AG haben sich Mitarbeitende aus verschiedenen kirchlichen und außerkirchlichen Organisationen zu einem gemeinsam abgestimmten Engagement entschlossen.

Zwei Gedankenstränge haben die Arbeit der letzten Jahre insbesondere geprägt:

- ▶ Das Vorhandensein von rassistischen, menschenverachtenden, diskriminierenden Einstellungen in großen Teilen aller Milieus unserer Bevölkerung war für uns ständiger Anlass für Aufklärung, Mahnung, Warnung und zugleich Beratung und Unterstützung – innerkirchlich wie auch außerkirchlich. Hinzu kam der stete Verweis auf stabile rechts-extreme und rechtspopulistische Strukturen und Vereinigungen.
- ▶ Der zweite Diskussionsstrang konzentrierte sich auf den Diskurs, welches Aufgabenfeld für die Kirchen in unserer Gesellschaft entsteht. Wie kann Demokratie entwickelt und gestärkt werden und inwiefern ist das (politische) Wirken gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit christliche wie auch kirchliche Pflicht?

Im Jahr 2008 erschien unter dem Titel „*Nächstenliebe verlangt Klarheit*“ eine Handreichung der AG zu diesen Themen, die reiche Aufnahme gefunden hat. Seitdem ist viel passiert. Deshalb debattierte die AG in den letzten Jahren immer wieder die Notwendigkeit einer Neuauflage. Die nun vorliegende Publikation ersetzt nicht den Text von 2008, sondern führt ihn fort, ergänzt und erweitert ihn.

Diese neue Handreichung versucht, von unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen die derzeitige Situation wie auch die daraus resultierenden Aufgaben der Kirchen zu analysieren. Dies kann sich auf den folgenden Seiten natürlich nicht tagesaktuell und umfassend abbilden. Die Beiträge verbinden theologische Grundlagen, Informationen über Szenen, Hintergründe und Zusammenhänge sowie praktische Hinweise und Anregungen für die Arbeit in den Gemeinden.

Auch diesmal hoffen wir, dass Ihnen die verschiedenen Beiträge dabei helfen, eine Haltung zu erarbeiten, aktiv zu werden, sich einzumischen und sich neben dem notwendigen Gebet ebenso an der Gestaltung des öffentlichen Lebens, der Zivilgesellschaft, in den Kommunen zu beteiligen. Vielfältiges weiterführendes Material finden Sie zudem auf unserer Internetseite www.kirche-fuer-demokratie.de.

Einen Dank sprechen wir allen Verfasserinnen und Verfassern der Artikel, dem Redaktionsteam und den Mitarbeitenden der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, des Bistums Dresden-Meißen, des Kulturbüro Sachsen e. V. wie auch der Opferberatung des RAA Sachsen e. V. aus, die auf ihre Weise zum Gelingen beigetragen haben.

Für die ökumenische Arbeitsgemeinschaft „Kirche für Demokratie und Menschenrechte“

Michael Glatz, *Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen*
Christian Kurzke, *Studienleiter an der Evangelischen Akademie Meißen*
Dr. Harald Lamprecht, *Beauftragter für Weltanschauungs- und Sektenfragen der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens*

VORWORT VON LANDESBISCHOF DR. CARSTEN RENTZING

Nächstenliebe leben – das ist ein klarer biblischer Auftrag. Jesus selbst hat die Liebe zu Gott und den Einsatz für den Nächsten ganz eng aufeinander bezogen. Im Gleichnis vom barmherzigen Samariter (Lukas 10) hat Jesus deutlich gemacht, was mit „Nächstenliebe“ gemeint ist: Es geht um den Einsatz für die Geschlagenen, Beraubten und Hilfsbedürftigen in unserer Mitte. Diese Hilfe scheut nicht das Opfer eines Teils des eigenen Vermögens und endet auch nicht an den Grenzen der eigenen Religion.

Es kann aber nicht allein darum gehen, den Opfern beizustehen, sondern wir müssen auch die Räuber in den Blick nehmen. Unsere Gesellschaft ist von einer starken Entsolidarisierung bedroht. Die Schere von Arm und Reich klafft weiter auseinander. Globale Ungerechtigkeit und Kriege produzieren Flüchtlingsströme, die hier wiederum Ängste und Verteilungskämpfe auslösen. In dieser Situation verspüren Rechtsextremisten Rückenwind und suchen nach wachsendem Einfluss in der Gesellschaft. Das Böse kommt mitunter verkleidet als Engel des Lichtes (2. Korinther 11,14), verwendet wohlklingende Begriffe und behauptet, nur das Beste für das Volk zu wollen. So wird „Meinungsfreiheit“ für Hetzreden gefordert, und von „Ethnopluralismus“ gesprochen, wo rassistische Trennung gemeint ist. Es wird ein Ende des „Schuldkultes“ propagiert, wo die Gräueltaten des Hitlerregimes vergessen werden sollen. Die „Volksgemeinschaft“ wird idealisiert, wo es um die Ausgrenzung des „Artfremden“ und die Unterordnung des Einzelnen geht. Christen sind gefordert, derartigen Verschleierungen mit der Klarheit des Evangeliums entgegenzutreten. Die Menschenwürde ist unteilbar, weil sie in der Zuwendung Gottes begründet ist.

Rechtsextremisten widersprechen zentralen Prinzipien des christlichen Glaubens mit Worten und Taten. Gegen die Gleichheit aller Menschen vor dem Schöpfer betonen sie die Unterschiede der Rassen und fordern eine Bevorzugung nach Abstammung für die Mitglieder des eigenen Volkes. Gegen den Gott der Bibel, der das Schwache liebt und sich in Israel offenbart hat, propagieren sie eine Rhetorik der Stärke und Gewalt – oft verbunden mit germanischen Gottheiten und Antisemitismus. Die mörderische Gewalt und die Rücksichtslosigkeit im Umgang mit Gegnern sind Früchte des Hasses, der durch solche Ideologie gesät wird.

Dieser Publikation der ökumenischen Arbeitsgemeinschaft „Kirche für Demokratie und Menschenrechte“ ist zu wünschen, dass sie in den Gemeinden reiche Aufnahme erfährt und dazu beiträgt, die christliche Botschaft der Nächstenliebe mit Klarheit zum Leuchten zu bringen.

Dr. Carsten Rentzing, Landesbischof der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

VORWORT VON DIÖZESANADMINISTRATOR ANDREAS KUTSCHKE

„Nächstenliebe leben. Klarheit zeigen.“

Liebe Leserinnen und Leser,
in seiner Enzyklika „*Spe Salvi*“ schrieb Papst Benedikt XVI.: *„Weil der Mensch immer frei bleibt und weil seine Freiheit immer auch brüchig ist, wird es nie das endgültig eingerichtete Reich des Guten in dieser Welt geben.“*

Auch in diesen Tagen wird uns immer wieder vor Augen gestellt, wozu Menschen ihre Freiheit missbrauchen können. Kriege, Vertreibung, Terror, Gewalt und Hass lassen die Hoffnung auf eine friedlichere Welt und Wohlfahrt der Völker schwinden. Aber auch im eigenen Land hören wir immer aufs Neue von Übergriffen, Anschlägen, Radikalisierung und politisch motivierter Gewalt von Rechts und Links. Verunsicherung macht aus manchen unserer Nachbarn „besorgte Bürger“. Man hofft auf einfache Antworten in einer komplexen Welt. Statt grenzenloser Freiheit werden plötzlich neue Mauern gefordert und aufgerichtet. Überwunden geglaubte Konflikte und Totalitarismen feiern fröhliche Urständ. Ist am Ende die Freiheit der Anfang vom Ende?

Der Titel der vor Ihnen liegenden Druckschrift lautet *„Nächstenliebe leben. Klarheit zeigen.“* Er wirbt um Klarheit im Engagement für Demokratie. Vom kirgisischen Schriftsteller Tschingis Aitmatow ist der Satz überliefert: *„Demokratie muss in Bewegung bleiben, wie ein Strom, fortwährend.“* Viele Menschen in unserem Freistaat, in den Kirchgemeinden oder Pfarreien, in Parteien und gesellschaftlichen Organisationen sind Teil dieses bewegten Stroms. Sie setzen sich aktiv ein und gestalten so unser Gemeinwesen als positive Kraft. Auch das ist gelebte Freiheit. Sie erweist sich somit als ambivalente Kraft.

Im Titel wird der Klarheit daher die Nächstenliebe beigegeben. Nächstenliebe, die Jesus Christus mit der Gottesliebe so in Beziehung setzt, dass ich herausgefordert bin, auch in den schwachen und notleidenden Schwestern und Brüdern ihn zu erkennen und ihm zu dienen. Erst diese Perspektive, die wir oft nur unvollkommen einzunehmen vermögen, lenkt unsere menschliche Freiheit auf den richtigen Weg. Sie gilt es daher immer neu im persönlichen Engagement einzuüben, da sie uns zugleich mit der Quelle unzerstörbarer Hoffnung verbindet. Ich danke allen, die sich im Vertrauen auf den Weg Christi friedlich dafür einsetzen, dass totalitäre Ideologien keinen Raum gewinnen, Fremdenfeindlichkeit sowie Rassismus überwunden werden und sich immer mehr Menschen in den demokratischen Strukturen unseres Landes engagieren – Klarheit zeigen und Nächstenliebe leben.

Andreas Kutschke, Diözesanadministrator, Bistum Dresden-Meißen

NÄCHSTENLIEBE UND GASTFREUNDSCHAFT

Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Sachsen

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) im Freistaat Sachsen hat im November 2013 aus Anlass von Protesten gegen die Einrichtung von Unterkünften für Asylbewerber folgende Erklärung veröffentlicht:

„Ich bin Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen. Ich bin nackt gewesen, und ihr habt mich bekleidet. Ich bin krank gewesen, und ihr habt mich besucht. Ich bin im Gefängnis gewesen, und ihr seid zu mir gekommen.“ (Matthäus 25, 35 f.)

Der Maßstab, an dem das Handeln von Christen in der Welt erkannt werden soll, ist von Jesus selbst im Neuen Testament ganz unmissverständlich benannt: Es ist der Einsatz für den Nächsten, der Hilfe und Unterstützung benötigt. Am konkreten Handeln für Menschen in Not erweist sich der christliche Glaube.

Ganz Deutschland ist in diesen Monaten gefordert, humanitäre Hilfe an Flüchtlingen zu leisten. Kein Bundesland, keine Region, keine Stadt, kein Landkreis kann sich der Verantwortung entziehen, die nur gemeinsam getragen werden kann. Wo dafür die Kapazitäten zur Unterbringung von Flüchtlingen erweitert werden müssen, braucht das die Unterstützung der Bevölkerung. Helfen Sie mit, dass diese Menschen unter menschenwürdigen Bedingungen unter uns leben können!

„Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn.“ (1. Mose 1, 27)

Alle Menschen sind Gottes Geschöpfe und alle Menschen haben das gleiche Recht und die gleiche unverlierbare Menschenwürde. Ein beachtlicher Teil der Propaganda gegen Asylbewerber ist von rassistischen Motiven getragen, die Menschen aus anderen Erdteilen und Kulturkreisen als minderwertig betrachten. Daraus folgt eine Behandlung, als ob sie kein Recht auf eine menschenwürdige Behandlung hätten. Dem muss entschieden widersprochen werden – mit Worten und mit Taten.

„Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.“ (2. Mose 20, 16)

Die gegenwärtige Stimmung gegen Asylbewerber steckt voller Lügen und Unterstellungen. Lassen Sie sich davon nicht verführen. Viele Argumente beruhen auf pauschalen negativen Urteilen und falschen Zuschreibungen.

Prüfen Sie Ihre Rede auf Wahrhaftigkeit. Verbreiten Sie keine Übertreibungen und Lügen. Deren Zweck ist es, Zwietracht zu säen und Menschen, die im Frieden kommen und unsere Freunde werden wollen, zu Feinden zu erklären. Widersprechen Sie Hetzreden, die ganze Bevölkerungsgruppen pauschal diffamieren.

„Alles, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch!“ (Matthäus 7, 12)

Wer wünscht es sich, in eine Situation zu geraten, bei der man all sein Hab und Gut, seine Freunde und Verwandten zurücklassen muss, um irgendwo in der Fremde auf ein neues Leben zu hoffen? Niemand verlässt ohne Not seine Heimat. Wer mit nichts in der Hand hier Asyl beantragt, hat große und schwere Not erlitten. Das gilt für die allermeisten dieser Menschen. Sie sehnen sich nach einem menschenwürdigen Leben, nach einer Perspektive für die Zukunft, die nicht von Hunger, Angst, Krieg und Verfolgung bedroht ist. Welche Aufnahme würden wir uns wünschen, wenn wir in der Situation dieser Flüchtlinge wären?

„Deine ganze Schuld habe ich dir erlassen, weil du mich gebeten hast; hättest du dich da nicht auch erbarmen sollen über deinen Mitknecht, wie ich mich über dich erbarmt habe?“ (Matthäus 18, 33)

Alles, was wir sind und haben, verdanken wir der Gnade und Güte Gottes. Unser Besitz, unser Geld, unseren relativen Wohlstand hat niemand in Deutschland allein seiner eigenen Anstrengung zu verdanken. Keiner hat sich sein Geburtsland selbst ausgesucht. Wir sind von Gott beschenkt, und wir sollen uns dieser Geschenke würdig erweisen, indem wir etwas davon weitergeben an andere Menschen, denen es am Nötigsten fehlt.

Wir bitten Sie: Lassen Sie sich nicht verblenden und zum Hass aufstacheln. Fragen Sie stattdessen nach dem Schicksal der Betroffenen. Nehmen Sie die konkreten Menschen in den Blick. Schließen Sie die Familien in Ihre Fürbitte mit ein!

Arbeiten Sie mit den zuständigen staatlichen und kommunalen Stellen gemeinsam daran, dass diese Menschen nicht Hass und Feindschaft, sondern Zuwendung und Hilfe in unserem Land und an Ihrem Ort erfahren.

Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen im Freistaat Sachsen

Geschäftsstelle Lukasstraße 6

01069 Dresden

Fon: +49 (0) 351 4 69 22 12

www.ack-sachsen.de



CHRISTSEIN IN DER GESELLSCHAFT

1

FÜR EINE ÖFFENTLICHE KIRCHE – WARUM GLAUBE POLITISCH IST

Politisch oder unpolitisch?

Soll die Kirche politisch sein? Um diese Frage wird gestritten. Manchen ist die Kirche zu politisch, anderen nicht politisch genug. Für die einen mischt sie sich zu viel ein in die politischen Auseinandersetzungen, für die anderen noch längst nicht genug. Die Frage „Soll die Kirche politisch sein?“ klingt so, als gäbe es eine Wahl, als könnte die Kirche nichtpolitisch oder unpolitisch sein. Hat die Kirche also eine Wahl? Nein, auch wenn die Kirche unpolitisch wäre, wäre sie politisch. Wenn sich die Kirche den Fragen und Problemen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der politischen Entscheidungen verweigern würde, wäre auch dies nicht unpolitisch, sondern höchst politisch. Ein Rückzug hinter die vermeintlich sicheren Kirchenmauern und die nur noch private Sorge um das Heil der Einzelnen wären nicht unpolitisch. Der Rückzug würde den öffentlichen Raum und den politischen Prozess, das Ringen um die Grundfragen des Zusammenlebens schlicht anderen Mächten und Gewalten überlassen. Dies aber darf, um Gottes und der Menschen willen, nicht sein. Die Kirche ist öffentlich und sie ist politisch, weil diese Welt von Gott geschaffen ist und weil Gott sie so sehr geliebt hat, dass er in Jesus Christus in diese Welt gekommen ist, um sie mit sich zu versöhnen und sie heilsam zu verwandeln. Diese rettende Liebe Gottes zu bezeugen und ihr handelnd zu entsprechen – dies ist der Auftrag der Kirche und dieser Auftrag ist eminent politisch.

Wie soll die Kirche politisch sein?

Soll die Kirche also politisch sein? Ja, sie soll es, weil sie es immer schon ist. Aber wie politisch soll die Kirche sein? Anders gewendet könnte man fragen: Wie soll die Kirche politisch sein? Es geht, dies soll die kleine Verschiebung anzeigen, nicht um die quantitative Frage eines bloßen „mehr oder weniger politisch“, es geht vielmehr um eine qualitative Frage. „Wie soll die Kirche politisch sein?“ heißt dann: Für welche Inhalte steht die Kirche, wofür und für wen setzt sie sich ein? Und weiter gefragt: Auf welche Weise beteiligt sich die Kirche am politischen Prozess, in dem die Entscheidungen getroffen werden, welche die Gestalt des Gemeinwesens und damit das gemeinsame Leben betreffen. In der Teilhabe an diesen politischen Aushandlungsprozessen zeigt sich, in welcher Weise die Kirche eine „Öffentliche Kirche“ ist. Die Positionen, die die Kirche im politischen Prozess einnimmt, müssen gegründet sein im Evangelium von Jesus Christus: die Wahrung der Menschenwürde jedes einzelnen Menschen, die anwaltliche Stimme für die Armen und Ausgeschlossenen, der Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Eine „Öffentliche Kirche“ speist diese

tiefsten Impulse des christlichen Glaubens ein in die gesellschaftlichen und politischen Verständigungsprozesse. Sie übersetzt gleichsam die in der Glaubenspraxis verankerten und in der Sprache des Glaubens formulierten starken Wertungen in die geteilte Sprache öffentlicher Vernunft. Damit ermöglicht sie auch denjenigen, welche die Glaubensüberzeugungen nicht teilen, die in diesen Überzeugungen wurzelnden Erfahrungen wahrzunehmen, abzuwägen und in ihrer das Gemeinwohl fördernden Kraft einzuschätzen. Diesen Prozess der Verständigung dürfen wir uns nicht zu harmonisch vorstellen und zwar auf beiden Seiten der Übersetzung nicht. Was es für die Kirchen bedeutet, aus den Basiserfahrungen des Evangeliums konkrete politische Positionen abzuleiten, bedarf der geduldigen und hörbereiten Klärung. Und auch im gesellschaftlichen und politischen Raum ist es nicht ausgemacht, ob kirchliche Positionen wertschätzend aufgenommen oder eher kritisch befragt oder gar marginalisiert werden. Eine in diesem Sinne „Öffentliche Kirche“ beteiligt sich in Kooperation und, wenn nötig, auch im Konflikt am politischen Prozess.

Öffentliche Kirche – Jenseits von Funktionalisierung und Abgrenzung

Diese Selbstbeschreibung von Kirche als „Öffentliche Kirche“ möchte ich unterschieden sehen von zwei anderen Beschreibungen des Verhältnisses von Kirche und Gesellschaft. Es gibt eine Verhältnisbestimmung, die kirchliches Handeln ganz auf die Bedürfnisse und Anforderungen der modernen pluralistischen Gesellschaft bezieht, Kirche also von ihrer Funktion für die Gesellschaft und ihren Leistungen für andere Teilbereiche der Gesellschaft her beschreibt. Diese „gesellschaftsdiakonische Kirche“ oder schlicht „Gesellschaftskirche“ lässt sich so sehr von der Intention bestimmen, an gesellschaftlichen Prozessen teilzuhaben, dass die inhaltliche Bestimmtheit ihres Handelns durch das Evangelium von Jesus Christus zweitrangig zu werden droht. Damit aber verliert die Kirche ihre kritische und unterscheidende Kraft im Gegenüber auch zu gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, die zu ihrer Identifikation einer Außenperspektive bedürfen.



Was es für die Kirchen bedeutet, aus den Basiserfahrungen des Evangeliums konkrete politische Positionen abzuleiten, bedarf der geduldigen und hörbereiten Klärung. Und auch im gesellschaftlichen und politischen Raum ist es nicht ausgemacht, ob kirchliche Positionen wertschätzend aufgenommen oder eher kritisch befragt oder gar marginalisiert werden.

Für eine andere Verhältnisbestimmung wiederum von Kirche und Gesellschaft wird diese Unterscheidung der Perspektiven und wird die Abgrenzung so wichtig, dass die kooperative Dimension der Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen sehr grundsätzlich in Frage steht. Kirche wird in dieser Selbstbeschreibung zu einer „Kontrastgesellschaft“ –



je nach theologischer und politischer Präferenz zu einer eher konservativ gestimmten „heiligen Kontrastgesellschaft“, die überkommene Werte und Traditionen zu schützen vornimmt, oder zu einer eher progressiv gestimmten „prophetischen Kontrastgesellschaft“, die sich als Speerspitze des gesellschaftlichen Wandels versteht. Zwischen diesen Verhältnisbestimmungen einer „Gesellschaftskirche“ oder einer „Kontrastgesellschaft“, die jeweils auf ihre Weise die Unterscheidung zwischen Kirche und Gesellschaft auflösen oder überhöhen, steht das Modell einer „Öffentlichen Kirche“, die ihre Positionen einerseits aus den Quellen des Evangeli-

ums von Jesus Christus und aus der sozialen Praxis gelebten Glaubens schöpft und andererseits in Konflikt und Kooperation, im Modus des Zeugnisses ebenso wie im Modus des Argumentierens mit den Mitteln öffentlicher Vernunft an der Aushandlung politischer Entscheidungen teilnimmt. In dieser doppelten Bestimmtheit durch eine substantielle Vorstellung und Praxis eines „guten Lebens“ und durch die Teilhabe an den vielfältigen Aushandlungsprozessen einer pluralistischen Gesellschaft unterscheidet sich die Kirche zunächst einmal nicht von anderen Gruppen, Gemeinschaften und Akteuren im politischen Raum, die ihre jeweiligen Vorstellungen einbringen. Der Ordnungsrahmen einer freiheitlichen Demokratie lebt ja davon und wird erst dadurch auch mit Leben gefüllt, dass vielfältige Begegnungen, Verständigungsprozesse und auch Grenzziehungen stattfinden.

Kirche in der Zivilgesellschaft

Kirche bewegt sich so in dem Raum, den man heute vielfach als „Zivilgesellschaft“ bezeichnet. Damit ist der gesellschaftliche Bereich gemeint, in dem weder der Staat hoheitlich oder versorgend handelt, noch Individuen am „Markt“ ihre wirtschaftlichen Eigeninteressen vertreten. Zivilgesellschaft markiert jenen „Zwischenraum“, in dem Zusammenschlüsse, Vereine, Gemeinschaften und Initiativen Menschen zu einem gemeinsamen Engagement für das Zusammenleben verbinden. Hier ist ein wesentlicher Ort des Politischen in einer freiheitlichen Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern. Heißt das, wie manche meinen, dass Kirche nicht mehr ist als ein „Verein“ unter anderen Vereinen, dass sie damit die Größe ihrer Berufung und ihres Auftrages zur Disposition stellt? Auch hier ist Differenzierung nötig: Wenn Kirche im politischen Raum handelt, dann kann sie dies nicht im Selbstbewusstsein tun, eine höhere Wahrheit zu vertreten, die der Kritik überhoben wäre. Damit würde die Kirche die ihr anver-

traute Botschaft mit ihrer eigenen institutionellen Gestalt verwechseln. Im politischen Raum zählt die Kraft des guten Arguments und es zählt, ob das Wort der Kirche durch eine überzeugende und ausstrahlungskräftige Gestalt ihres eigenen Lebens und Handelns gedeckt ist. Das Reden und Handeln der Kirche im politischen Raum kann daher nur auf Augenhöhe mit den Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern stattfinden. Wichtig ist es allerdings, diesen Partnern die Motivationsquellen, aus denen politische Positionen der Kirche gespeist sind, und die Sprachformen und die Praxisgestalten des Glaubens, in denen diese Positionen verankert sind, nicht vorzuenthalten. Auch diese haben ihren Platz in der Öffentlichkeit.

Das Politische und „das eine Wort Gottes“ (Barmen I)

Dort aber, wo es um ihr Selbstverständnis geht, wird es für die Kirche wichtig bleiben, sich nicht nur als einen Akteur der Zivilgesellschaft unter vielen anderen zu beschreiben. Wenn aus der Perspektive des Staates die Rechtsordnung das „Allgemeine“ markiert, und die vielen Akteure innerhalb dieses Rahmens jeweils nur für besondere, „partikulare“ Positionen und Traditionen stehen, so kehrt sich dieses Verhältnis von „universal“ und „partikular“ in der Perspektive des Evangeliums von Jesus Christus in gewisser Hinsicht um. Der politische Prozess ist veränderlich und politische Ordnungen vergehen. Für den Grund der Kirche aber gilt, was in der ersten These der Barmer Theologischen Erklärung prägnant ausgedrückt ist: „Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.“ Diese theologisch so konzentrierte – und damit scheinbar unpolitische – Formulierung war im Jahr ihrer Entstehung, 1934, hoch politisch. Sie bezeichnet den für Staat und Gesellschaft unzugänglichen und angreifbaren Grund des Seins der Kirche, von dem aus für viele Christinnen und Christen erst Widerstand gegen die nationalsozialistische Unrechtsdiktatur möglich war. Wohl bemerkt: Hier geht es um den „Ausnahmestand“ des Widerstands gegen eine ins Verbrechen abgeglittene totalitäre politische Ordnung, nicht um den „Normalfall“ des politischen Lebens in einer freiheitlichen Demokratie. Nicht in jedem po-

Der politische Prozess ist veränderlich und politische Ordnungen vergehen. Für den Grund der Kirche aber gilt, was in der ersten These der Barmer Theologischen Erklärung prägnant ausgedrückt ist: „Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.“



litischen Konflikt wird man sich auf ein Widerstandsrecht berufen können, aber dennoch bleibt es für die politische Ordnung entscheidend wichtig, dass es diese Grenzbestimmung des Widerstands und des zivilen Ungehorsams gibt – nicht um die Rechtsordnung in Frage zu stellen, sondern gerade um sie zur Geltung zu bringen.

Politische Kirche sein im Jahr 2016

Was heißt es nun, im Deutschland des Jahres 2016 „politisch“ Kirche zu sein? Die große, die entscheidende innenpolitische Herausforderung unseres Landes wird es in den nächsten Jahren und vermutlich noch viele Jahre lang sein, mit Fremdheit, mit Diversität, mit Unterschieden umzugehen. Viele geflüchtete Menschen sind nach Deutschland gekommen. Mit den Familiennachzügen werden es noch mehr werden und es ist nicht absehbar, dass politische Gesamtstrategien für den Gürtel der Gewalt existieren, aus dem sich von Nordafrika bis nach Pakistan Menschen auf die Flucht begeben, um ein sicheres und besseres Leben zu suchen. Der Klimawandel und wachsende Ungleichheit in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd verschärfen diese Situation. Die großen Wanderungsbewegungen beschleunigen die rasanten Prozesse des sozialen Wandels in unserem Land. Der Eindruck, dass vertraute Lebensumgebungen, Institutionen und Werte diesem Wandel nicht mehr standhalten, macht vielen Menschen Angst, sie fürchten abgehängt zu werden. Das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen wird brüchig. In diesem Umfeld gedeiht die Sehnsucht nach einfachen Lösungen für komplexe Probleme und nach homogenen Lebenswelten. Politische Extremismen und politische Gewalt können sich in diesen Räumen ausbreiten, in denen das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt scheint und eine demokratische Kultur der Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen geschwunden ist. Hier werden Schritt für Schritt auch Vorstellungen plausibel, die Anerkennung der Menschenwürde und der Menschenrechte von „Zugehörigkeit“ abhängig machen und nicht mehr als universales und unteilbares Prinzip für jeden Menschen gelten lassen. Hier muss die Kirche politisch ganz klar Position beziehen: Vom Evangelium her gilt für jeden Menschen, unabhängig von seiner oder ihrer Zugehörigkeit zu einem politischen Gemeinwesen oder einer kulturellen oder religiösen Gemeinschaft, die universale Norm des Respekts und der Anerkennung, die in der biblischen Überzeugung gründet, dass jeder Mensch geschaffen ist zum Bilde Gottes. Die Kirche wird diese Norm im politischen Raum zur Geltung bringen und wird in einem nächsten Schritt der Konkretion Politiken der

Vom Evangelium her gilt für jeden Menschen, unabhängig von seiner oder ihrer Zugehörigkeit zu einem politischen Gemeinwesen oder einer kulturellen oder religiösen Gemeinschaft, die universale Norm des Respekts und der Anerkennung, die in der biblischen Überzeugung gründet, dass jeder Mensch geschaffen ist zum Bilde Gottes.

Integration und der Inklusion einfordern und in ihrem eigenen Verantwortungsbereich exemplarisch verwirklichen. Umgekehrt wird sie Politiken und Kulturen der Exklusion widersprechen, wird sich jeder Gewalt widersetzen und für eine Praxis der Verständigung eintreten. Sie wird dies mit einem wachen Auge und Sinn für ihre eigenen Gefähr-

dungen tun, dort etwa, wo in der Kirche und aus der Kirche heraus für eine vermeintliche kulturelle oder religiöse Homogenität eines „christlichen Abendlandes“ agiert wird. Die unbedingt nötige Abgrenzung gegenüber derartigen entstellten Formen des Bezuges auf christliche Tradition wird man aber mit einem wachen Sinn für die Ängste betroffener Menschen zu vollziehen haben und in einem sorgsam Hören und Ernstnehmen der

”

„... unser Christsein wird heute nur in zweierlei bestehen: im Beten und im Tun des Gerechten unter den Menschen. Alles Denken, Reden und Organisieren in den Dingen des Christentums muß neu geboren werden aus diesem Beten und aus diesem Tun.“

Erfahrungen hinter den Ressentiments. Selbst die Politik der Abgrenzung darf nicht von vornherein exkludieren, sondern muss auf Integration und Inklusion in eine Kultur des Aushandelns und der Verständigung bezogen sein.

„Beten und Tun des Gerechten“

Die Essenz dieser Überlegungen lässt sich bei einem der großen Vorbilder eines in gleicher Weise politischen wie spirituell gefüllten Christseins unter den Bedingungen der totalitären Herrschaftsformen des 20. Jahrhunderts finden, bei Dietrich Bonhoeffer. Im Jahr 2015 haben wir, weit über den Raum der Kirchen hinaus, der 70. Wiederkehr des Jahrestages seiner Ermordung durch die nationalsozialistischen Schergen gedacht. In einem Text aus dem Mai, Gedanken zum Tauftag von D.W.R., schrieb Bonhoeffer: „... unser Christsein wird heute nur in zweierlei bestehen: im Beten und im Tun des Gerechten unter den Menschen. Alles Denken, Reden und Organisieren in den Dingen des Christentums muß neu geboren werden aus diesem Beten und aus diesem Tun.“ Aus diesem Beten soll und muss auch heute alles politische Tun der Kirche geboren werden. Dieses politische Tun soll und muss aber auch die notwendige Konsequenz dieses Betens sein.

Autor: Dr. Heinrich Bedford-Strohm

GERECHTIGKEIT. EIN GRUNDBEGRIFF – AUCH DER BIBEL

1. „Weder der Abendstern noch der Morgenstern sind so wundervoll“ wie die Gerechtigkeit. Dieses Loblied des Aristoteles (Nikomanische Ethik E, 11299) auf die Gerechtigkeit hat nichts von seiner poetischen Kraft verloren. Bis heute verstummt der Ruf nach Gerechtigkeit nicht, auch in unserem Herzen tragen wir Sehnsucht nach ihr. Dabei sind die Wünsche und Forderungen nach (mehr) Gerechtigkeit so bunt wie die Lebenslagen, aus denen der Ruf kommt. Was würde wohl herauskommen, wenn jede und jeder von uns den Satz zu Ende schreiben würde: „gerecht finde ich ...“ – oder gar: „Gerechtigkeit ist ...“. Vermutlich könnten wir uns auf eine Definition nicht einigen.

Ist Gerechtigkeit eine Eigenschaft, ein ethisches Prinzip oder ein gesellschaftlicher Zustand? Ist es eine Tugend, die wir uns aneignen sollen oder ein System, in dem unsere Vorstellungen von Gerechtigkeit angemessen umgesetzt sind? Ist es ein unerreichbares Ideal oder gar eine Utopie – was dann freilich bedeutet: womöglich wissen wir gar nicht, was Gerechtigkeit wirklich ist?

2. Angesichts der Offenheit dieser Fragen ist das Ganze der Gerechtigkeit seit je her fragmentiert worden, freilich um den Preis neuer Fragen. So unterscheiden wir heute etwa in Bedarfsgerechtigkeit. Jeder soll das erhalten, was er zum Leben braucht. Was aber gehört dazu, und was gehört nicht zum persönlichen Bedarf? Ein zweites Segment heißt Bildungsgerechtigkeit. Also Chancengleichheit in KiTa, Schule oder Ausbildung. Das leuchtet auf Anheb ein. Wie aber denen gerecht werden denen aufgrund ihrer Herkunft oder der finanziellen Möglichkeiten gleiche Bildungschancen verwehrt sind? Weitere Segmente firmieren unter Leistungsgerechtigkeit oder Verteilungsgerechtigkeit. Was aber bekommen dann die, denen geistig oder körperlich zu arbeiten nicht gegeben ist? Und was wäre ein gerechter Anteil an dem, was ich selber nicht erarbeitet habe? Nicht zuletzt reden wir aktuell auch von Kommunikationsgerechtigkeit. Wie aber können Datenschutzfragen und Regeln im Internet angesichts des steigenden Missbrauches gerechter werden?

3. So wenig befriedigend diese Segmentierungen (partikulare Gerechtigkeit) sind, eines zeigen sie deutlich: Das menschliche Verlangen nach Gerechtigkeit rührt aus dem Vergleich. Erst der Vergleich mit anderen weckt den Eindruck der Ungerechtigkeit. Als ungerecht empfinden wir in der Regel, wenn einer auf Kosten des anderen „mehr hat“ – mehr Rechte, mehr Chancen, mehr Einkommen, mehr Macht. Die Asymmetrie des „Zuvielhabens“ der einen, das anderen „zuwenig“ lässt, ist die Wurzel der Suche nach Gerechtigkeit, die weder

„so wundervoll wie der Abendstern noch der Morgenstern“ sein möchte.

4. Auch die Bibel preist die Gerechtigkeit, oft nicht weniger poetisch: „Gerechtigkeit erhöht ein Volk“ (Spr 14, 34); „Ehre wohnt in einem Volk, wenn Güte und Treue einander begegnen. Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ (Ps 85, 10 f). Indes kennen nicht nur die Psalmen oder Propheten das Loblied auf die Gerechtigkeit, die oft einhergeht mit dem Lobpreis des Gesetzes, weil nur beide zusammen die Wohlordnung der Lebensverhältnisse – biblisch Schalom – ermöglichen. Dem Bundeswillen Gottes zu entsprechen, heißt darum besonders, den Armen und Entrechteten Recht und Gerechtigkeit zu verschaffen (vgl. Ps 72, 4 u. ö.). Auch im Neuen Testament wird Gerechtigkeit zu einem Schlüsselbegriff für das Verständnis des Evangeliums.

5. Wichtig für das Verständnis der biblischen Texte sind indes die klassischen griechischen Definitionen, wie sie Platon und Aristoteles bis heute geprägt haben. Platon (427 – 347 v. Chr.), dem das „Ziel alles ethischen und politischen Handelns“ die „Sorge für die Seele“ ist, hat dazu den drei Kardinaltugenden (Klugheit, Tapferkeit, Besonnenheit) die Gerechtigkeit als Vierte zugeordnet. Sein Schüler Aristoteles (384 – 322 v. Chr.) hat der Gerechtigkeit die Aufgabe des harmonischen Zusammenwirkens der anderen drei Tugenden zugeschrieben. Daraus erwuchs dann seine berühmte Definition: „Die Gerechtigkeit ist eine Tugend, durch die jeder das Seine erhält und wie das Gesetz es angibt. Ungerechtigkeit hingegen ist das, wodurch einer fremdes Gut erhält und nicht nach dem Gesetz.“ (Rhetorik, A, 1366)

Gerechtigkeit ist in diesem Sinne also nicht nur ein Vorzug dessen, dem „das Seine zukommt“. Sie ist vielmehr eine Tugend, die nicht nur dem Gerechten selbst, sondern eben auch den anderen zum Vorteil gereicht. Letztlich ist sie auf Gleichheit aller Menschen aus.

6. Da die biblischen Texte aber nicht nur horizontal, sondern vor allem vertikal denken, stellt sich ihnen unausweichlich die Frage nach der Gerechtigkeit Gottes. „Er liebt Gerechtigkeit und Recht“ (Ps 33, 5), der Beter respondiert dann „Ich übe Gerechtigkeit und Recht“ (Ps 118, 121).



Überträgt man die griechische Definition auf Gott, ist er gerecht, weil er „jedem das Seine“ gibt. Mithin den (tugendhaften) Gerechten belohnt und den (lasterhaften) Frevler strafft. Die Erfahrung eines gerechten Gottes verbindet sich dann mit der eines zürnenden und strafenden Gottes.

7. Mit dieser Gottesvorstellung setzt sich das Neue Testament intensiv auseinander. Jesus knüpft zunächst an die jüdische Wertschätzung von Recht und Gerechtigkeit an, etwa wenn er den „reichen Jüngling“ auf den Dekalog verweist (Mk 10,17 ff. par) oder Schriftgelehrten gegenüber das Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe als Grundbekenntnis Israels herausstellt (Mk 12,28 ff par). Der Evangelist Matthäus wird Jesus darum so zitieren: „Ihr sollt nicht meinen, dass ich gekommen bin, das Gesetz und die Propheten aufzulösen; ich bin nicht gekommen aufzulösen, sondern zu erfüllen ... Wenn eure Gerechtigkeit nicht besser ist als die der Schriftgelehrten und Pharisäer, so werdet ihr nicht in das Himmelreich kommen.“ (Mt 5,17-20)

8. Indes korrigiert Jesus – nicht nur im Blick auf die Gerechtigkeit Gottes – die auch im zeitgenössischen Judentum präsenste Vorstellung des kausalen Zusammenhanges von Tun und Ergehen. Besonders empfindlich wird das in der aufregenden Parabel von den Arbeitern im Weinberg (Mat 20,1-16) vor Augen gestellt: Ein Weinbergbesitzer wirbt hier für die kurze Zeit der Ernte arbeitslose Männer an, um das saisonale Arbeitsaufkommen zu bewältigen. Sie stehen „müßig auf dem Markt“ – damals eine Art offener Arbeitsagentur. Dass die Tagelöhner an ihrer Einkommensarmut schuld wären, wird nicht gesagt. Im Stundentakt werden sie eingestellt, mit den ersten schließt der Arbeitgeber noch Verträge. Später werden die noch Wartenden umstandslos in den Weinberg geschickt – allein mit dem Versprechen „Ich will euch geben, was recht ist.“ Überraschend erhalten dann bei der abendlichen Auszahlung alle den gleichen Lohn – einen Silbergroschen! So verblüfft die einen sind, so verständlich empört die anderen: „Diese letzten haben nur eine Stunde gearbeitet, doch du hast sie uns gleich gestellt, die wir des Tages Last und Hitze getragen haben.“ Ob die „Langzeitarbeiter“ die Reaktion des Weinbergbesitzers als gerecht akzeptieren konnten, bleibt offen: „Mein Freund, ich tue dir nicht Unrecht. Bist du mit mir nicht einig geworden über einen Silbergroschen? Nimm, was dein ist und geh! ... Siehst du scheel drein, weil ich so gütig bin?“

Das Kreuz ist also der Ort, an dem die neu wahrgenommene Gerechtigkeit Gottes offensichtlich wird. Darum kann Paulus die an Kreuz und Auferstehung Glaubenden als „neue Kreatur“ preisen, „denn Gott war in Christus und versöhnte die Welt mit sich selbst und rechnete ihnen ihre Sünden nicht zu...“ – 2 Kor 5,17 ff.

Gewiss ist diese Parabel kein Konzept zur Führung einer Firma. Ihre Pointe zielt auch nicht auf die Alternative sozialistischer oder kapitalistischer Wirtschaftsordnung. Sie ist vielmehr ein (freilich nicht zufällig sehr weltliches) Bild für die austeilende Gerechtigkeit Gottes. „Je-

dem das Seine“ – nur eben nicht nach dem Maßstab menschlicher Leistung, sondern: So viel Lohn für die, die weniger zu tun vermochten! Insofern ist die Parabel eine werbende Mahnung zur Solidarität „um Gottes Willen“.

”

„Ihr sollt nicht meinen, dass ich gekommen bin, das Gesetz und die Propheten aufzulösen; ich bin nicht gekommen aufzulösen, sondern zu erfüllen ... Wenn eure Gerechtigkeit nicht besser ist als die der Schriftgelehrten und Pharisäer, so werdet ihr nicht in das Himmelreich kommen.“
– Matthäus 5,17-20

Es war vor allem der Apostel Paulus, der dieses Verständnis der Gerechtigkeit Gottes theologisch reflektiert und neu definiert hat. Demnach konkurrieren Gottes Gerechtigkeit und das Gesetz miteinander. Das menschliche (tugendhafte) Bestreben, durch Einhaltung des Gesetzes ein Gerechter zu werden, muss scheitern, weil uns das Gesetz unserer Unzulänglichkeit überführt. Es fungiert als eine Art Geburtshelfer, der einen latenten Zustand ans Licht bringt. Einerseits ist das Gesetz – weil gottgegeben – „heilig, gerecht und gut“ (Röm 7,12). Andererseits macht es dem Menschen sein Begehren zuallererst bewusst. Was also als Ordnung zur Befriedung und dem geregelten Zusammenleben dient, fordert den Widerstand gegen die gesetzten Grenzen heraus. Was Paulus hier meint, kennen wir nicht nur aus der (Kinder)Erziehung: Jedes „Du sollst“ wird als „ich muss“ verstanden und weckt sogleich ein „ich will eigentlich nicht“.

Insofern bedient sich die Sünde des guten Gesetzes (Röm 6,20, Gal 3,24). Sie verbündet sich mit ihm, um den Menschen so zu knechten, dass er nicht mehr in sich selbst zu Hause ist – als mein eigener Todfeind ist sie in mir heimisch geworden. Meisterhaft und atemberaubend hat Paulus diese anthropologische Konfliktlage in den Versen Röm 7,14–25 beschrieben.

Die Wende aus dieser ausweglosen Situation des Menschen sieht Paulus mit dem Kommen und Sterben Christi gegeben. Das Kreuz ist also der Ort, an dem die neu wahrgenommene Gerechtigkeit Gottes offensichtlich wird. Darum kann Paulus die an Kreuz und Auferstehung Glaubenden als „neue Kreatur“ preisen, „denn Gott war in Christus und versöhnte die Welt mit sich selbst und rechnete ihnen ihre Sünden nicht zu...“ (2 Kor 5,17 ff.).

9. Diese befreiende Einsicht in die Gerechtigkeit Gottes ist aber keine, die nur verinnerlicht sein will. Sie drängt vielmehr auf gesellschaftliche Relevanz. So wenig Gottes rechtfertigendes, also unverdient gnädiges, Handeln an uns (vgl. die Arbeiter im Weinberg) seine unmittelbare Fortsetzung im menschlichen Handeln finden kann, so sehr wird uns die Menschlichkeit Gottes zur „Pflicht“ (Kant), menschliche Gerechtigkeit anzunehmen und Kriterien dafür zu entwickeln. Das entscheidende biblische Kriterium ist dabei (wie schon bei Aristoteles) die Ausrichtung am Anderen: Nicht mein Recht, sondern die

Hilfe zum Recht der Anderen steht im Zentrum. Diese Zumutung an den Gesetzgeber reicht vom Strafrecht über Wirtschafts- und Klimagerechtigkeit bis hin zur Wahrung der Rechte künftiger Generationen.

10. Was das für die aktuellen Herausforderungen der Einwanderung bedeutet, liegt auf der Hand. Politischer Gerechtigkeit ist – jedenfalls in einer Demokratie – dauerhaftes Ausländerdum fremd. Integration ist hier keine Frage menschlichen oder politischen Wohlwollens, sondern eine Frage der Gerechtigkeit, die alle an den Sozialgütern, an Sicherheit, Ehre und Ämtern teilhaben lässt. Dabei bleibt die Akzeptanz unserer pluralen Rechtsgemeinschaft (wie sie im Grundgesetz festgeschrieben ist) in dem Maße vorausgesetzt, wie wir uns umgekehrt mit eklatanten Ungerechtigkeiten – etwa der Verweigerung von Menschenrechten – in anderen Rechtssystemen nicht abfinden können. Schließlich steht über aller Mühe um eine umfassende Gerechtigkeit: noch „wunderbarer als der Abendstern und der Morgenstern“ leuchtet der Schalom Gottes, der in seiner Menschwerdung Gestalt gewonnen hat und so (vgl. Eph 2,14–17) aus Fernen Nahe macht.

Autor: Dr. Peter Meis

„GOTT SCHUF DEN MENSCHEN ZU SEINEM BILDE...“

Soziale und politische Konsequenzen eines alten Bekenntnisses

Das Orakel zu Delphi – wichtigste Kultstätte der hellenistischen Welt – begrüßte seine Besucher mit der Inschrift „*Erkenne dich selbst*“. Die seither gegebenen Antworten sind Dokumente eines bis heute nicht abgeschlossenen Ringens.

Schon der griechische Dichter Sophokles (496–406 v.Chr.) lässt Größe und Elend des Menschen ahnen: „*Ungeheuer ist viel. Doch nichts ungeheurer als der Mensch.*“ Staunend schreibt Aurelius Augustin (356–430 n.Chr.) in seinen „*Bekenntnissen*“: „*Ich bin mir selbst zur Frage geworden. Welch schauerliches Geheimnis, mein Gott, welch tiefe, uferlose Fülle! Und das ist die Seele, und das bin ich selbst? Was bin ich also, mein Gott? Was bin ich für ein Wesen? Ein Leben, so mannigfach und vielgestalt und völlig unermesslich!*“ Der Philosoph Martin Heidegger (1889–1976) resümiert: „*Keine Zeit hat so viel und so Mannigfaltiges vom Menschen gewusst wie die heutige. Aber auch keine Zeit wusste weniger, was der Mensch sei, als die heutige.*“ Und Richard David Precht fragt keck: „*Wer bin ich und wenn ja, wie viele.*“

So bleibt der Mensch eine Gleichung mit vielen Unbekannten. Auch der jüdisch-christliche Glaube beansprucht nicht, das Geheimnis des Menschen aufzulösen; vielmehr vertieft er es, wenn er durch den Begriff der Gottebenbildlichkeit das Geheimnis des Menschen mit dem noch größeren Geheimnis Gottes verbindet. Von der schier unermesslichen Wirkungsgeschichte dieses Begriffes sollen uns hier nur seine ethischen Implikationen beschäftigen, insbesondere im Blick auf unser soziales und politisches Zusammenleben.

Gottebenbildlichkeit des Menschen als Götterkritik

Die Rede von der Gottebenbildlichkeit des Menschen überrascht innerhalb des Alten Testaments. Denn im Gegensatz zu allen antiken Religionen mit ihren zahllosen Götterbildern war den Israeliten die Darstellungen ihres Gottes streng verwehrt. Das Verbot „*Du sollst dir kein Bildnis machen ...*“ (vgl. Ex 20,4, aber auch D 27,15) gehört geradezu zu den religiösen Grundgeboten des Alten Testaments.

Worum ging es? Sollte durch das Bilderverbot einer Vermischung mit fremden Kulturen gewehrt werden? Oder ging es – tiefer – darum, die Größe und Unbegreiflichkeit Gottes vor menschlicher Ingriffnahme zu schützen? Oder – noch grundsätzlicher – um die Unterschei-

derung zwischen Gott und Welt, Schöpfer und Geschöpf, deren Vermischung in den heidnischen Kulturen tragische Konsequenzen hatte? Denn die dort übliche Identifikation der Götter mit den widerstreitenden Kräften der Natur trug deren ständigen Kampf immer auch in das Zusammenleben der Menschen hinein, deren Kriege nun nichts anderes als ein Spiegelbild des Götterhimmels waren.

Der Heilige, gelobt sei er, erniedrigte sich und sprach aus der Mitte des Dornbuschs. Warum aus dem Dornbusch und nicht aus der Mitte eines großen Baumes, etwa einer Dattelpalme? Der Heilige, gelobt sei er, sagte: Ich bin bei ihm in der Not. Sie befinden sich in der Unterjochung, ich bin desgleichen im Dornbusch, an einem engen Ort.



Deutlich ablesbar war dies an der Gestalt des Baal, dem kanaanäischen Wetter- und Fruchtbarkeitsgott, dessen Aggressivität und sexuelle Potenz im Bild des kraftstrotzenden Stieres religiös verehrt wurde. Ähnliches erlebten die gefangenen Israeliten in Babylon, dessen Hauptgott Marduk ebenfalls als „verwüstender Stier, Gewaltiger, dein Name ist über die Länder“ besungen wurde.^[4] Im Namen dieses kraftstrotzenden Stieres hatte König Nebukadnezar mit unvorstellbarer Grausamkeit die ganze damalige Welt unterworfen; denn immer verwandelt sich der Mensch in das hinein, was er anbetet.

Überall, wo auch heute die Kräfte der Natur wie „Blut und Boden“, „Rasse“ oder „Klasse“ religiös oder ideologisch überhöht werden, findet sich jenes (neu)heidnische Denken wieder, das regelmäßig in die menschliche Geschichte Kampftheorien einträgt. Immer geht es dabei auch um die Verehrung biologischer Mächte und militärische Selbstdurchsetzung. Es ist die Physiognomie der Stiergötter und sie hat bis heute nichts von ihrer Faszination eingebüßt; wer sich den Blick dafür schärfen lässt, wird sie überall erkennen. Die Leidenschaft, mit der Gott die Bilder dieser Götter abwehrt, ist nichts anderes als seine Leidenschaft für den Menschen.

Interessant aber ist, dass in Gen 1,26 ff. für die Gottebenbildlichkeit des Menschen genau jene Begriffe verwendet werden („Bild“ und „Gleichnis“), die dem kultischen Abbild Marduks galten. Das war nichts anderes als eine kühne „Enteignung“ des tyrannischen Stiergottes, der die Welt zur Arena und das Leben zum Kampf gemacht hatte. Zugleich war es Ausdruck des Widerstandes gegen das durch diese Götter legitimierte Herrschaftssystem der Babylonier.

Gottebenbildlichkeit des Menschen als Bildungsprogramm

Das Bekenntnis zur Gottebenbildlichkeit des Menschen geht in solcher Abwehr natürlich nicht auf. Die radikale Verneinung der kultischen Götterbilder war vielmehr ein „Platzhalter“ (Hanna-Barbara Gerl) für die ebenso radikale Bejahung des Gottesbildes – des Menschen! Wie aber ist dieser Begriff zu verstehen?

Auf alle Fälle geht es nicht darum, den Menschen an die Stelle Gottes zu setzen. Die beiden in Gen 1,26 ff. verwendete Worte „Bild“ und „Gleichnis“ schließen eine solche Identifikation aus. Das eine spricht von der unvergleichlichen Nähe des Menschen zu Gott, das andere von der Distanz, die Gott allein Gott und den Menschen Mensch sein lässt. Gottebenbildlichkeit des Menschen meint vielmehr, dass der Mensch in seinem Menschsein an Gott als sein „Urbild“ gewiesen ist, nach dem er geschaffen ist. Im Anschauen dieses Urbildes soll der Mensch „gebildet“ werden. In diesem Sinne bezeichnet Gottebenbildlichkeit eine Art „Bildungsprogramm“, das den Menschen in seine schöpfungsmäßige Bestimmung einführt.

Es ist gerade dieses „Urbild“, das dem Bilderverbot im Dekalog vorausgeht und an dem sich Gott und die Götter scheiden: „Ich bin der JAHWE, dein Gott, der ich dich aus Ägyptenland, aus der Knechtschaft, geführt habe. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir. Du sollst dir kein Bildnis noch irgendein Gleichnis machen, weder von dem, was oben im Himmel, noch von dem, was unten auf Erden, noch von dem, was im Wasser unter der Erde ist.“ (Ex 20,2 ff.) Dieser Gott, der Sklaven aus dem Staube erhebt und ihnen ihre Würde zurückgibt, ist keine Manifestation mächtiger Naturgewalten noch offenbart er sich in den Bildern kraftstrotzender Tiere. Es ist geradezu ein Kontrastprogramm, wenn er zu Mose aus dem Dornbusch spricht – dem niedrigsten aller Bäume. In der jüdischen Tradition versinnbildlicht der Dornbusch Israels Not und zugleich Gottes Mitleid: „Der Heilige, gelobt sei er, erniedrigte sich und sprach aus der Mitte des Dornbuschs. Warum aus dem Dornbusch und nicht aus der Mitte eines großen Baumes, etwa einer Dattelpalme? Der Heilige, gelobt sei er, sagte: Ich bin bei ihm in der Not. Sie befinden sich in der Unterjochung, ich bin desgleichen im Dornbusch, an einem engen Ort.“ Es sei hier nur angemerkt, dass auch die Selbstoffenbarung Gottes in Jesus Christus dem Geiste nach aus dem „Dornbusch“ heraus geschah. Denn sie offenbart dasselbe Wesen – seine Liebe, sein Erbarmen, sein Herz gerade auch für die Erniedrigten dieser Welt.

Wenn also das „Urbild“ das geoffenbarte Wesen Gottes, sein Charakter ist – dann wird klar, dass es „nicht etwas am Menschen [ist], das ihn zu einem Bild Gottes macht – sei es die kör-



perliche Gestalt, der aufrechte Gang, die Geistnatur, die Ansprechbarkeit, die Zweigeschlechtlichkeit oder der Herrschaftsauftrag“, meint Wilfried Härle. Bild Gottes bedeute vielmehr die „gelebte Veranschaulichung, eine Darstellung, ja eine Verwirklichungsform des Wesens Gottes.“ Und weiter schlussfolgert er aus dem Gesagten, „dass der Mensch die Gottebenbildlichkeit nicht hat wie eine Eigenschaft oder einen Teil seines Wesens, sondern dass sie die dem Menschen zugesagte, zuge dachte und zugemutete Bestimmung zur Liebe ist, die freilich als solche unverbrüchlich für ihn gilt. Und weil sie unverbrüchlich gilt, darum besteht im Blick auf jeden Menschen die Hoffnung, dass sie sich ihm (wieder) erschließen und er sie (wieder) finden kann.“^[2] Die Bestimmung zur Liebe macht den Begriff der Gottebenbildlichkeit zu einem Beziehungswort, das sowohl das Verhältnis zu Gott als auch zum Mitmenschen prägen soll. Ähnlich sagt es Bernd Janowski: „Der Mensch ... bleibt nur Mensch, wenn er diesen Zusammenhang von Gottes- und Nächstenliebe als für sein Leben bestimmend sein lässt.“^[3] Ausgeschlossen sind hier alle „Kampftheorien“, die statt der Liebe den Hass lehren. Ausgeschlossen sind Ideologien, deren Wahrnehmung von Feindbildern geprägt ist, die die Realität verzerren und die Geschichte der Menschheit zum Kriegsgebiet erklären.

Mit der Bestimmung zur Liebe sind sofort zwei weitere Bestimmungen mitgegeben. Zum einen kann Liebe sich nur in Freiheit verwirklichen. Wirkliche Liebe kann nicht erzwungen werden. Emil Brunner meinte, Gott habe den Menschen so frei gemacht, „dass sogar sein Zwingen unsere Liebe nicht erzwingen könnte“. Und deshalb will Gott „uns gegenüber allmächtig sein, dass er unser Herz gewinnt durch seine Herablassung im Sohn, im Kreuz des Sohnes. Keine andere Allmacht Gottes kann unser Herz erobern und öffnen.“ (Emil Brunner, Dogmatik I, S. 272, Zwingli-Verlag Zürich 1953)

Ausgeschlossen sind hier alle religiösen und ideologischen Versuche, das Denken und das Gewissen der Menschen zu beherrschen – sei es mit sanfter Verführung oder mit hartem Diktat, sei es durch freiwillige Unterwerfung oder mit Gewalt. Ausgeschlossen sind auch „Führerprinzipien“, die absoluten Gehorsam fordern und damit die Würde des Einzelnen auflösen und ihn zur Masse degradieren. Die Stärke einer Gesellschaft liegt hingegen darin, dass sie Persönlichkeit des Einzelnen fördert, ihm Freiheit und Verantwortung zutraut – und zumutet.

Im Recht nimmt die Nächstenliebe konkrete Gestalt an. Im Recht akzeptiert der Mensch, dass seine Freiheit an der Freiheit des anderen seine Grenze findet. Es verwehrt dem Menschen, sein Glück dort zu suchen, wo er das Glück des anderen zerstören würde. Es benennt, was Gut und Böse ist und den anderen schützt oder ihm schadet.



Zum anderen setzt Liebe auch Recht. Im Recht nimmt die Nächstenliebe konkrete Gestalt an. Im Recht akzeptiert der Mensch, dass seine Freiheit an der Freiheit des anderen seine Grenze findet. Es verwehrt dem Menschen, sein Glück dort zu suchen, wo er das Glück des anderen zerstören würde. Es benennt, was Gut und Böse ist und den anderen schützt oder ihm schadet.

Ausgeschlossen ist dabei, dass die Macht das Recht setzt – und notfalls auch beugt. Ausgeschlossen ist auch die Selbstbestimmung dessen, was gut und böse ist – die „eigenmächtige Okkupation ... des Ethischen... Der Mensch soll Gottes Gebot über gut und böse entsprechen, nicht selbstherrlich über gut und böse befinden, sein wollend wie Gott (Gen 3, 5). Er soll es sich gesagt sein lassen (Mi 6, 8).“^[4]

In all dem wird deutlich, dass die Grundbestimmung des Menschen zur Liebe aus ihrem innersten Wesen heraus zu einer Gesellschaft drängt, deren Grundpfeiler Freiheit und Recht sind. Damit wird eine kritische Instanz eingeführt, an der sich Politik ebenso messen lassen muss wie Wirtschaft und Bildung, ja eine Gesellschaft in ihrem sozialen Zusammenleben insgesamt. Auch Herrschaftsansprüche und Parteiprogramme müssen sich daran messen lassen, ob sie die Liebe verletzen, das Recht beugen oder die Freiheit beschränken.

Gottebenbildlichkeit des Menschen als Grundlage der Demokratie

Das Bekenntnis zur Gottebenbildlichkeit des Menschen hat ihre nachhaltigste Wirkung darin entfaltet, dass sie uns anleitet, in jedem Menschen das Antlitz Gottes zu sehen und damit auch seine Würde, seinen Wert, ja sein Geheimnis. Die göttliche „Abstammung“, die in altorientalischen Königshäusern als Privileg lediglich den herrschenden Dynastien vorbehalten und zur Legitimation ihrer eigenen Herrschaft dienen musste, wird nun im Schöpfungsbericht „demokratisiert“.

Die Gottebenbildlichkeit wird zuerst ausgesagt im Blick auf Mann und Frau. Souverän und lapidar heißt es: „Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Frau.“ (Gen 1, 27). Man halte sich das Unerhörte dieses Satzes in damaliger Zeit vor Augen! Doch steht die Aussage nur exemplarisch für alle Menschen. Sie verbindet alle in einer tiefen Solidarität, die in jedem Menschen den Bruder und die Schwester sehen lässt.

Genau in diesem Sinne hatte der Lutherische Weltbund 1977 in Daressalam im Blick auf die Apartheid in Südafrika sogar den status confessionis ausgerufen – zu Recht. Vissert Hooft bezeichnete diese Erklärung als „das Kühnste, das eine internationale Kirchenorganisation bisher je gesagt hat. Denn keine hat bisher je gewagt, über eine Situation den Bekenntnisstand auszurufen, was weit radikaler als zum Beispiel das Anti-Rassismus-Programm ist.“ Und als nach 27 Jahren bitterer Gefangenschaft auf dem Robben Island Nelson Mandela der erste schwarze Präsident Südafrikas wurde, verkündigte er, das er lieber farbenblind sein wolle als die Welt in Schwarz und Weiß einzuteilen. Das Land begann sich zu versöhnen. Ehemalige Wärter wuschen ihren Häftlingen die Füße. Die Gottebenbildlichkeit gab gedemütigten Menschen ihre Würde zurück. So ist die Erin-

nerung an die gemeinsame Gottebenbildlichkeit immer auch der Entwurf eines geheilten Zusammenlebens. Ausgeschlossen ist deshalb jede Diskriminierung von Menschen z. B. aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Rasse oder ihrer sozialen Zugehörigkeit. Ausgeschlossen ist auch jede Überhöhung nationaler Identität, die sich – oft unter Benützung alter Bedrohungslügen – bis hin zum Nationalismus steigern kann, der sich



Damit wird eine kritische Instanz eingeführt, an der sich Politik ebenso messen lassen muss wie Wirtschaft und Bildung, ja eine Gesellschaft in ihrem sozialen Zusammenleben insgesamt. Auch Herrschaftsansprüche und Parteiprogramme müssen sich daran messen lassen, ob sie die Liebe verletzen, das Recht beugen oder die Freiheit beschränken.

bekanntlich weniger „aus der Liebe zum eigenen Volk als aus dem Hass gegen die anderen“ (P. Bartololy) speist. Der christliche Glaube löst nationale Identität nicht auf, aber er relativiert sie. Das Nationale hat für ihn nur eine begrenzte Legitimation. Vielmehr verbindet er Menschen über Länder und Grenzen hinweg in einer neuen Identität. Solche Relativierung nationaler Größe gibt den Blick frei auf die Gemeinsamkeit des Menschseins, bei der nicht Jude noch Grieche, nicht Knecht noch Freier, nicht Mann noch Weib gilt, „denn ihr seid allzumal einer in Christus Jesus“ (Gal 3, 28). Schließlich stellt die Gottebenbildlichkeit als demokratischer Begriff jeden Menschen nicht nur unter eine gleiche Würde, sondern auch in eine gleiche Verantwortung. Damit wurde auch weltliche Herrschaft angreifbar, sogar die Herrschaft eines Helden wie David, des innigst geliebten Königs Israels, des strahlenden Kriegshelden und unvergesslichen Psalmendichters. Denn nicht er, sondern Gott war oberster Gesetzgeber; vor ihm mussten sich alle gleichermaßen verantworten. Ihm, keinem irdischen Herrn, schwor Israel die Treue. Und so geschah, was in anderen orientalischen Königshäusern undenkbar war, weil kein gewöhnlicher Sterblicher, sondern ein Halbgott auf dem Thron saß: Der Prophet Nathan kommt zu David und zieht ihn wegen seiner Affäre mit Bathseba zur Rechenschaft. Mit der Gleichheit aller Menschen wird hier der Gedanke der Demokratie grundgelegt, deren innerstes Geheimnis nicht nur in freien Wahlen, Gewaltenteilung oder freier Rede besteht, sondern in der Fähigkeit, sich selbst immer wieder und schonungslos in Frage stellen und verwandeln zu lassen. Solche aus dem jüdisch-christlichen Erbe gewachsene Bereitschaft zur Selbstkritik und damit auch zur Korrektur ist die wesentliche Dynamik jeder freiheitlichen Demokratie.

Schluss

Die sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und auch politischen Dimensionen der biblischen Anthropologie lassen nicht zu, unseren Glauben zu privatisieren. Doch wie können wir sein kritisches und heilendes Potential einer pluralen und säkularen Gesellschaft vermitteln? Wie die Grundlagen des biblischen Menschenbildes und die damit gegebenen Zielvorstellungen gelingenden Lebens weitergeben? Wir können nur daran erinnern, dass die ethische Substanz unserer demokratischen Verfassung sich solcher beschriebenen religiösen Ursprungserfahrungen verdankt. Sie ist nicht in der Natur des Menschen begründet; das letzte und auch schon das begonnene Jahrhundert kommen an dieser Einsicht nicht mehr vorbei. Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Recht und Gerechtigkeit – sie alle wurzeln in der biblischen Gotteserfahrung und in dem Adel des Menschen, nach dem Ebenbild dieses Gottes geschaffen zu sein. Solche Erinnerung können wir als Kirche nicht mehr mit großer, gar von außen gestützter Autorität wach halten. Doch geschieht sie überall dort, wo in dieser Gesellschaft das Wort Gottes verkündet und gelebt wird. Kirchliche Verkündigung wird deshalb darin gesellschaftlich wirksam, dass sie die Gewissen derer schärft, die sie erreicht. Liegt die Stärke unserer Gesellschaft in der Herausbildung der Persönlichkeit des Einzelnen, dann gehört dazu auch, ihn auf seine Verantwortung vor Gott und die Menschen hin anzusprechen. In solcher Verantwortung wird das Urteilsvermögen geschärft, das Ethos geformt und die immer wieder nötige Unterscheidung der Geister eingeübt, die uns hilft, in unübersichtlichen Zeiten Orientierung zu finden.

Autor: Johannes Berthold

^[1] Morris Jastrow: Die Religion Babylons und Assyriens, Giesen 1912 S. 53

^[2] Wilfried Härle: Dogmatik, Berlin 2000, S. 434

^[3] in: Der ganze Mensch. Zur Anthropologie der Antike und ihren europäischen Nachgeschichten. Berlin 2012 S. 121

^[4] Hans-Georg Fritzsche: Leittexte der Bibel, Berlin 1981, S. 32

SUCHET DER STADT BESTES ... GEMEINWESENAUFTRAG VON CHRISTEN

1. Der biblische Befund

Suchet der Stadt Bestes. Dies ist – wie so viele Redewendungen – ein Zitat aus der Bibel, genauer aus dem Prophetenbuch des Jeremia, das wir im ersten Teil unserer Bibel finden. Noch genauer: das Zitat ist einem Brief entnommen: „So spricht ... der Gott Israels, ...: Baut Häuser und wohnt darin; pflanzt Gärten und esst ihre Früchte; nehmt euch Frauen und zeugt Söhne und Töchter, nehmt für eure Söhne Frauen und gebt eure Töchter Männern, dass sie Söhne und Töchter gebären; mehrt euch dort, dass ihr nicht weniger werdet. Suchet der Stadt Bestes, dahin ich euch habe wegführen lassen, und betet für sie zum HERRN; denn wenn's ihr wohl geht, so geht's auch euch wohl. ... Denn ich weiß wohl, was ich für Gedanken über euch habe, spricht der HERR: Gedanken des Friedens und nicht des Leides, dass ich euch gebe das Ende, des ihr wartet (Einheitsübersetzung: dass ich euch Zukunft und Hoffnung gebe).“ Jeremia 29,4-7.11 Historischer Hintergrund dieses Briefes ist eine höchst dramatische Situation im 6. Jahrhundert vor Christus, die sich aber – angesichts der aktuellen Lage im Nahen Osten – so vergangen gar nicht anhört. Ein großer Teil der Bevölkerung Jerusalems wurde nach Babylonien, dem heutigen Irak, verschleppt, 1.000 Kilometer von Jerusalem entfernt – so wie derzeit Millionen Menschen im Nahen Osten auf der Flucht sind und zur Manövriermasse der Warlords nicht nur des IS degradiert werden. Jeremia, der Prophet gehörte zu den Wenigen, die in der Heimat verbleiben konnten. Natürlich wünschten sich die Menschen in der Fremde nichts sehnlicher, als möglichst bald nach Jerusalem zurückkehren zu können. Konnten da die brieflichen Durchhalteparolen die Menschen befriedigen: „nehmt euch Frauen und zeugt Söhne und Töchter“ Zweifel sind angebracht. Denn zunächst hört sich die Botschaft des Propheten zwiespältig an: Zum einen ruft er die Vertriebenen auf, sich in der Fremde einzurichten – so, als gäbe es nur noch eine Zukunft dort. Darum sein Auftrag: Suchet der Stadt Bestes. Baut Häuser, pflanzt Bäume, gründet Familien. Ja, man könnte meinen, dass der Prophet so redet wie viele heute im Blick auf Ausländer und Flüchtlinge bei uns: integriert euch. Wenn ihr in Deutschland leben wollt, dann passt euch bitte an die mitteleuropäischen Gepflogenheiten und westlichen Grundwerte an. Bildet keine Parallelgesellschaften, sondern beteiligt euch vor Ort am gesellschaftlichen Leben. Lernt die Sprache, achtet die kulturellen Besonderheiten des Gastlandes. Zieht euch nicht in den Schmollwinkel einer rückwärtsgewandten Heimatpflege in der Fremde zurück, sondern öffnet euch dem, was hier angesagt ist. Sitzt also nicht auf gepackten Kisten und Koffern, sondern richtet euch in der neuen Umgebung so ein, als gäbe es kein Zurück. Und siehe da: Plötzlich entdecken die, die so im Blick auf die

MigrantInnen denken und reden, ihre religiösen und kulturellen Wurzeln, die sie schon längst vergessen haben, reden vom christlichen Abendland, obwohl sie selbst aus dieser Heimat des Glaubens längst ausgezogen sind und der Kirche den Rücken gekehrt haben – und merken gar nicht, auf welch dünnem Eis sie sich mit ihren ach so wohlfeilen Ratschlägen an die Fremden bewegen. Zum anderen aber verheißt der Prophet den Israeliten langfristig



„Suchet der Stadt Bestes, dahin ich euch habe wegführen lassen, und betet für sie zum HERRN; denn wenn's ihr wohl geht, so geht's auch euch wohl. ... Denn ich weiß wohl, was ich für Gedanken über euch habe, spricht der HERR: Gedanken des Friedens und nicht des Leides, dass ich euch gebe das Ende, des ihr wartet“ – Jeremia 29,4-7.11

die Rückkehr in das Land der Mütter und Väter – als Ergebnis einer langen Suche nach der eigenen Identität. Allerdings veranschlagt er dafür mindestens 70 Jahre, also drei Generationen – für die Älteren keine aussichtsreiche Perspektive. Man kann sich vorstellen, dass diese mehr als enttäuscht waren. Vor allem aber musste sie ein Widerspruch verwirren: Auf der einen Seite fordert der Prophet sie auf, sich an die neue Umgebung anzupassen; auf der anderen Seite aber macht er die Rückkehr davon abhängig, dass die Menschen ihre eigene religiöse Identität nicht aufgeben, am Gottesglauben festhalten, ihn stark werden lassen und sich so eine Eigenständigkeit bewahren. Wir halten hier schon einmal fest: Integration hat ganz viel mit der Bewahrung und Pflege der eigenen Wurzeln zu tun. Es ist eben nicht erstrebenswert, dass die Fremden so werden wie wir – und das Umgekehrte gilt natürlich auch! Der frühere Bundespräsident Johannes Rau (1931 – 2006) hat es auf Deutschen Evangelischen Kirchentag 2005 in Hannover so auf den Punkt gebracht: „Wenn Menschen meiner Generation mich fragen, was sie denn weitergeben sollten, dann sage ich ihnen dies: ... dass ohne Kenntnis unserer Geschichte und unserer Tradition eine menschliche Zukunft nicht gebaut werden kann. Sagt ihnen, dass wir ohne innere Heimat keine Reisen unternehmen können. Denn wer nirgendwo zu Hause ist, der kann auch keine Nachbarn haben.“

2. Die Rolle der Kirche in Stadt und Staat

Und nun die Aufforderung: Suchet der Stadt Bestes. Warum steht gerade dieses Wort auf so vielen Rathäusern und wird so gern in Neujahrsansprachen der BürgermeisterInnen zitiert? Offensichtlich werden hier abseits aller Parteiprogramme die Aufgaben und Ziele benannt, an der sich alle, die im zentralen Gebäude einer Stadt arbeiten und als Stadträte Entscheidungen treffen, messen lassen müssen: alles, was ihr tut, veranlasst, entscheidet, soll den Bürgerinnen und Bürgern zum Besten dienen. Aber wenn wir diesen Satz aus dem biblischen Zusammenhang heraus zu verstehen versuchen, dann sind hier eigentlich die Falschen angesprochen. Denn eigentlich müssten wir den Satz allen in Erinnerung rufen, die mit dem Gedanken spie-

len, einen Ort zu verlassen (was für viele kleinere Ortschaften ein riesiges Problem geworden ist) bzw. die in unseren Städten Zuflucht und eine neue Heimat suchen. Die sollen ihren Beitrag dazu leisten, dass sich die jeweilige Stadt gedeihlich entwickelt, dass Menschen dort gerne leben und darum bleiben, dass Söhne und Töchter geboren werden und dass Einheimische und Zugewanderte in Frieden das Zusammenleben der Verschiedenen gestalten. Eigentlich müsste das Wort über dem Eingang jeder Flüchtlingsunterkunft stehen. Und: dieses Wort müsste allen per Postwurfsendung ins Haus geschickt werden, die meinen, sich nicht mehr an der demokratischen Meinungsbildung, an Kommunal- und Landtagswahlen beteiligen zu müssen, die sich in Verschwörungstheorien ergehen und sich aus den gesellschaftlichen Zusammenhängen ausgeklinkt haben – und in diesem Sinn schon lange auch virtuelle Parallelgesellschaften bilden.

Nun beschreibt das Prophetenwort ziemlich exakt die Haltung, die die evangelische Kirche an vielen Orten während der DDR-Zeit eingenommen hat: nämlich sich für das Wohl der Menschen und der Ortschaften einzusetzen und nicht auf gepackten Koffern zu sitzen, sondern das zum gemeinschaftlichen Leben beizutragen, was ihre Aufgabe ist: das Wort Gottes zu verkündigen, für die Menschen zu beten und ungeachtet aller Weltanschauungen denen beizustehen, die der Hilfe bedürftig sind. Und dies unabhängig davon, dass der SED-Staat mit allen Mitteln versucht hatte, die Kirche zu marginalisieren und Religion als überständiges gesellschaftliches Relikt im Orkus der Geschichte zu entsorgen. Darum wurde das Prophetenwort so verstanden: wir Christen können zwar ein System, das den Atheismus fördert, nicht bejahen, wir können auch die Augen nicht vor dem Unrecht verschließen, das staatlich sanktioniert wird, aber dennoch müssen wir unter den Bedingungen des real existierenden Sozialismus „*der Stadt Bestes*“ suchen. Dabei vertrauen wir auf Beides: dass Gott unserem Leben Zukunft und Hoffnung verheißt und dass er uns die Kraft gibt, jetzt für die Menschen da zu sein. Letztlich war das der biblische Impuls für den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung Ende der 80er Jahre mit seiner großen ökumenischen Versammlung in Dresden 1989. Mit dieser konnte das System von Diktatur und Bevormundung delegitimiert werden.

In diesem Sinn ist auch der Gedanke des Paulus zu deuten, mit dem seit Jahrhunderten versucht wird, kirchliches Handeln in der politischen Öffentlichkeit zu unterbinden: „*Jedermann sei der Obrigkeit untertan ...*“ Römer 13,1 Richtig ist: die Kirche hat nicht die Aufgabe, die ihr genehme politische Gesellschaftsordnung herzustellen, sich dafür in eine machtpolitische Auseinandersetzung zu begeben und sich womöglich als Regierungsmacht zu etablieren. Kirche kann und darf keine politische Institution des Staates sein oder werden oder zu dieser in eine Konkurrenz treten. Kirche ist keine politische Partei. Schon bei Paulus ist angelegt, was durch die Reformation in Erinnerung gebracht und erneuert wurde: die Trennung von Religion und Bürgergesellschaft, der die klare Unterscheidung zwischen Staat und Kirche heute entspricht. Das bedeutet: Kirche versucht unter den jeweiligen politischen Bedingungen das Beste für die Menschen zu erreichen, so dass an ihrem Handeln die Vorzeichen für

das Reich Gottes sichtbar werden. So kann jedermann nachvollziehen: der Gott, dem wir unser Leben verdanken, trägt Gedanken des Friedens und nicht des Leides in sich, durch die sich uns Zukunft und Hoffnung eröffnen. In diesem Sinn wirkt Kirche politisch. Kirche „unterwirft“ sich der jeweiligen Gesellschaftsordnung nur so lange dies erforderlich ist, um das Beste zu erreichen. Aber sie lässt keinen Zweifel daran, dass sie in all ihrem Tun daran erinnert, was wir dringend benötigen: Frieden, Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und die Ehrfurcht vor dem Leben. Diese Glaubenseinsicht führt heute dazu, dass Kirche den demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaat als die dem Evangelium gemäße Staatsform anerkennt. Denn in diesem wird das aufgenommen, was sich aus der Gottebenbildlichkeit des Menschen ergibt: jeder Mensch ist Geschöpf Gottes, mit Recht und Würde gesegnet.



Zur Vertiefung des bisher Gesagten möchte ich an den mittelalterlichen Städtebau erinnern, in dem Rathaus, Marktplatz, Kirche architektonisch aufeinander bezogen sind. Das war kein Zufall. Darin spiegelt sich ein Dreiecksverhältnis wieder, das auch heute für das gesellschaftliche Leben unerlässlich ist:

- ▶ das Rathaus, in dem die öffentlichen, politischen Angelegenheiten verhandelt werden;
- ▶ der Markt, auf dem die Waren getauscht werden, Handel und Wandel stattfinden;
- ▶ die Kirche, die die Wahrheitsfrage stellt und durch Wort und Tat an Gottes Barmherzigkeit, Gerechtigkeit und die Ehrfurcht vor dem Leben erinnert – und die, wenn wir an die Reformation denken, die allgemeine Bildung von Jungen und Mädchen annahmte.

Dieses Dreiecksverhältnis ist im Verlauf der Geschichte immer wieder in Schiefelage geraten: im Mittelalter durch die Übermacht der Kirchen, in den Diktaturen durch Demütigung und Bevormundung durch den Staat und heute durch die Übermacht der Ökonomie. Es ist aber unsere gemeinsame Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass dieses Dreiecksverhältnis vor Ort in einem Gleichgewicht bleibt – auch eingedenk der Tatsache, dass ohne diese drei Säulen gemeinschaftliches, städtisches, kommunales Leben kaum möglich ist. Das setzt aber voraus, dass sich Kirche als Teil der Stadt versteht und sich am städtischen Leben beteiligt – auch im Blick auf Bildung und andere Religionsgemeinschaften. Strittig kann nicht das „ob“, sondern nur das „wie“ sein. Dieses „wie“ ist aber nur zu gestalten, wenn Kirche sich nicht abschottet,

sondern sich in einem aktiven Kommunikationsverhältnis zu den Akteuren des städtischen Lebens sieht. Dies setzt voraus, dass Kirche in das gesellschaftliche Leben das ihr Genuine in Wort und Tat einbringt: Verkündigung der biblischen Botschaft, Verbindung von Glauben und Bildung, die diakonische Arbeit. Natürlich hat die Kirche vor allem da ihr prophetisches Wächteramt wahrzunehmen, wo das im säkularen gesellschaftlichen Leben zu den Grundwerten in Widerspruch gerät. Das ist vor allem dort der Fall, wo Menschengruppen sich verfeinden und wo die Würde des einzelnen Menschen als Geschöpf Gottes bedroht ist. Darum kann es überhaupt keine Frage sein, dass Kirche vor Ort sich dem Rechtsextremismus in den Weg stellen muss. Denn dieser widerspricht in allem der biblischen Botschaft.

3. Die falschen Propheten

Wir leben als Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland in einem freien, in einem von zwei Diktaturen befreiten Land. Wir können unser Leben unter den Bedingungen des Rechtsstaates und der Demokratie gestalten. Und doch haben viele Menschen, auch viele ChristInnen, das Gefühl, Heimat verloren zu haben. Sie leiden unter der Unübersichtlichkeit des Lebens und darunter, dass so viel an Sicherheit, an Beheimatung weggebrochen ist. Es ist so, wie wenn man in ein Exil geführt wurde, ohne den Ort zu verlassen. Ja, die eigene Stadt, die eigene Kirchgemeinde ist Vielen fremd geworden. Wir machen das an Kleinigkeiten fest, die doch eine so große Bedeutung haben:

- ▶ Da ist der Straßenzug, in dem ein Geschäft nach dem anderen aufgibt. Und wenn dann doch wieder ein Ladenlokal eröffnet wird, ist es eine Döner-Bude.
- ▶ Da sind die Neuzugezogenen, von denen man eigentlich nicht genau weiß, warum die gerade hierhergekommen sind.
- ▶ Da sind die Asylbewerber und Flüchtlinge, die einem die heimatlichen Gefilde fremd machen.
- ▶ Und schließlich sind da Kirchengebäude, in denen kein Gottesdienst mehr gefeiert wird und deren über Jahrhunderte währende Geschichte zu Ende zu gehen scheint.

Wie mit diesen Verlufterfahrungen umgehen? Wie sich nicht noch weiter herunterziehen lassen von dieser Entfremdung? Und vor allem: wie nicht den falschen Propheten auf den Leim gehen? Denn die treten heute wie damals in Babylonien zuhauf auf. Jeremia warnt die Menschen im Exil: „Lasst euch durch die Propheten, die bei euch sind, und durch die Wahrsager nicht betrügen, und hört nicht auf die Träume, die sie träumen! Denn sie weissagen euch Lüge in meinem Namen. Ich habe sie nicht gesandt, spricht der HERR.“ Jeremia 29,8. 9 Auch heute müssen wir äußerst vorsichtig sein, wenn wir nicht Opfer der Lügen werden wollen, die sich in den ach so einfachen Antworten derer verbergen, die sich uns als Problemlöser andienen wollen: wenn

wir keinen Euro hätten, wenn keine Ausländer uns Arbeitsplätze wegnehmen würden, wenn wir keine Asylanten aufnehmen müssten, wenn wir uns nur auf Deutschland konzentrieren würden, wenn jede Familie ausreichend Kinder hätte, am besten vier, und wenn sich alle so verhalten würden, wie wir das als Deutsche gut finden – dann gäbe es keine Probleme, dann würden wir uns bald wieder heimisch fühlen, müssten keine Angst vor einer Islamisierung Deutschlands oder vor zunehmender Kriminalität haben, dann wären wir wieder zuhause



„Lasst euch durch die Propheten, die bei euch sind, und durch die Wahrsager nicht betrügen, und hört nicht auf die Träume, die sie träumen! Denn sie weissagen euch Lüge in meinem Namen. Ich habe sie nicht gesandt, spricht der HERR.“ – Jeremia 29, 8. 9

und die Kirche könnte im Dorf bleiben. Die falschen Propheten können aber auch ein ganz anderes Register ziehen: wenn wir die Grenzen wieder bewachen würden, wenn wir den freien Handel einschränken würden, wenn wir Gehälter begrenzen, Gewinne einfrieren, Produktion kontrollieren, dann gäbe es mehr soziale Gerechtigkeit und das internationale Kapital würde seiner zerstörerischen Macht beraubt. Und dann gibt es die falschen Propheten, die in der Demokratie, in den Parteien und bei den Politikerinnen und Politikern die Ursache alles Übels sehen – und uns einreden wollen, als würden wir von lauter Gaunern und Banditen, eben von Volksverrätern, regiert, die nur in die eigene Tasche wirtschaften wollen. Damit sollen die Institutionen des Staates delegitimiert werden – mit dem einen Ziel, den Weg für den sog. starken Mann, die starke Frau zu bereiten, der das Recht außer Kraft setzt, um sich an keine, außer die eigenen Regeln halten zu müssen. Hinzu kommt, dass die virtuelle Welt des Internets voll ist von falschen Propheten, Prognosen und angeblichen Tatsachen, die sich aber als nichts anderes als Lügen erweisen – und dennoch weiter verbreitet werden, als seien sie wahr. Das hat nur ein Ziel: die Wirklichkeit so zu verbiegen, dass Menschen das Virtuelle als das Tatsächliche annehmen und sie den Versprechen der falschen Propheten auf den Leim gehen. Diese können aber zum einen nicht gehalten werden, und wenn, dann nur auf Kosten des nahen und fernen Nächsten, und zum anderen gehen sie immer mit gewalttätiger Ausgrenzung, Unterdrückung von Vielfalt und dem Verhindern freien Denkens und Glaubens einher.

4. Ora et labora

Als Kirche sollten wir uns von solch falscher Prophetie weder beeindrucken lassen noch uns an ihr in irgendeiner Weise beteiligen. Darum ist es geradezu zwingend, dass Kirchengemeinden einen ganz klaren, unmissverständlichen Schnitt machen zu Gruppierungen wie Pegida / Legida / AfD, denn ihr Reden und Tun widersprechen den Grundlagen der biblischen Botschaft. Das sollte aber damit verbunden sein, uns so in der Gesellschaft einzubringen, wie der Pro-

phet es empfiehlt: „*der Stadt Bestes, dahin ich euch habe wegführen lassen, und betet für sie zum HERRN; denn wenn's ihr wohl geht, so geht's auch euch wohl.*“ Ein Gebet für die Stadt, ohne dass wir uns am gesellschaftlichen Leben aktiv beteiligen, ist nicht möglich. Wir sollten uns an die alte Regel der Benediktiner erinnern: „*Ora et labora*“, bete und arbeite; oder an den Gedanken von Dietrich Bonhoeffer: „*Unser Christsein wird heute nur in zweierlei bestehen: im Beten und im Tun des Gerechten unter den Menschen.*“ Erneuerung des Lebens, nicht nur der Kirche, entsteht aus diesem Beten. Denken wir nur an die verändernde Kraft der Friedensgebete. Da hat sich bewahrheitet: wenn wir für das Wohlergehen der Menschen durch Gebet und Tun des Gerechten sorgen, dann geht es uns auch selbst gut. Darum kann und darf uns ChristInnen nicht gleichgültig sein, was im Rathaus entschieden wird und wie es um den Handel auf dem Markt steht. Aber wir müssen anerkennen, dass nicht wir die besseren HändlerInnen sind. Allerhöchstens können wir für uns in Anspruch nehmen, dass wir die besseren BeterInnen sind – und dadurch immer wieder die Grundüberzeugungen des Glaubens verdeutlichen. Dadurch schützen wir uns zum einen vor den falschen Propheten, zum anderen aber geben wir den An- und Zuspruch weiter, dass es ohne diese Grundüberzeugungen nicht geht:

- ▶ Da ist das 1. Gebot: Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir. Dieses schützt vor jeder ideologischen Okkupation der Gewissen und fordert da den Widerstand heraus, wo Politik, Markt, Geld zum Anbetungsort verkommen.
- ▶ Da ist die Freiheitstradition des Glaubens in der jüdisch-christlichen Tradition. Sie hat ihre Wurzel in der Grunderfahrung des Volkes Israel: die Befreiung aus der Sklaverei in Ägypten.
- ▶ Da ist die grundlegende Botschaft von der Gottebenbildlichkeit des Menschen: Jeder Mensch ist ein Stück von Gott in des Wortes doppelter Bedeutung: von Gott gemacht und ein Teil des Göttlichen. Darin liegen die Würde und das Recht eines jeden Menschen begründet.
- ▶ Daraus resultiert die Nächsten- und Feindesliebe Jesu, aus der kein Mensch aufgrund seines Glaubens, seiner Überzeugung, seiner Herkunft ausgeklammert werden darf.
- ▶ Und da sind der unbedingte Vorrang der Gewaltlosigkeit und die Botschaft von Gottes Reich und seiner Gerechtigkeit.

Dieses sollen, nein, können wir Christen in Wort und Tat bezeugen – in der gewissen Hoffnung, dass wir in ein Land geführt werden, in dem wir endgültig Heimat finden: das Reich Gottes. So sind wir aufgerufen, Freiheit und Demokratie keinen Moment der Beliebigkeit anheimfallen zu lassen, sondern sie zu leben, für sie einzutreten, sie zu verteidigen und zu entwickeln – konkret vor Ort und gebunden an die Grundwerte des Glaubens.

Autor: Christian Wolff

IDENTIFIKATION UND KRITIK. NATION AUS THEOLOGISCHER SICHT

Schauen wir auf die jüngste europäische Vergangenheit, so zeigt sich, dass die Finanzkrise seit 2008 zwar noch mit viel Mühe auf europäischer Ebene bearbeitet werden konnte, dass angesichts der immensen Flüchtlingsströme aus den Krisenländern der Welt die Staaten Europas ihr Heil zunehmend in einer Politik des nationalen Alleingangs suchen. Vergegenwärtigt man sich zudem noch die in den vergangenen Jahren zunehmenden Unabhängigkeitsbestrebungen nationaler Minderheiten in Europa sowie die Abspaltungstendenz ganzer Länder von der EU und macht man sich die europaweiten Wahlerfolge konservativer und nationaler Parteien bewusst, so ist festzustellen: Das Thema Nation ist derzeit aktuell wie lange nicht mehr. Diese angesichts einer zunehmenden Globalisierung fortschreitende Revitalisierung des Nationalen ist nicht zuletzt ein Zeichen menschlicher Sehnsucht nach überschaubaren sozialen Räumen und einer sozialen und kulturellen Zugehörigkeit, die das Gefühl von Sicherheit, Geborgenheit und Beheimatung in einer sich immer rascher wandelnden Welt vermittelt.^[1]

Israel und die Völker

Bei einer theologischen Beurteilung des Phänomens Nation gilt es zunächst auf den biblischen Befund in dieser Frage zu blicken. Die alttestamentliche Urgeschichte leitet in Gen 10 die verschiedenen Völker als autonome Größen aus unterschiedlichen Abstammungslinien der drei Söhne Noahs ab. Die Vorstellung der Völker als verwandt macht deutlich, dass trotz kultureller Eigenheiten alle Menschen zueinander in Beziehung stehen. Alle Völker der Welt gehören zu der von Gott geschaffenen Menschheit.^[2] Im Zentrum des Alten Testaments steht nun freilich das eine Volk Israel. Dieses führt seine Konstituierung als Volk zurück auf das erwählende und rettende Handeln seines Gottes, was eine Aussonderung Israels aus der Welt der anderen Völker mit sich brachte. Die alttestamentlichen Begriffe für Volk bezeichnen eine geschlossene Abstammungs-, Sprach-, Kult- oder Kulturgemeinschaft.^[3] Gegenüber der modernen ethnologischen



Einsicht, dass ein solcher Volksbegriff konstruktivistische Züge hat und damit geschichtlichen Dynamiken unterworfen ist, gehen die alttestamentlichen Autoren und Redaktoren von einer natürlichen und uranfänglichen Ethnizität des Volkes Israel aus. Ausgehend von einer gemeinsamen Abstammung, wird das Volk Israel als Schicksalsgemeinschaft deklariert (Exodus, Bund, Landnahme etc.), die den Hintergrund für den Glauben an den einen Gott bildet. Die israelitische Erwählungs- und Bundestheologie findet ihre ethische Entsprechung in Heiligkeits- und Reinheitsvorstellungen, die Glauben und Volk gleichermaßen von der Umwelt abgrenzen.

Heil für alle Völker

Auch wenn bereits in späten alttestamentlichen Texten universelle Heilsvorstellungen hinzutreten können, so hat doch erst das neutestamentliche Evangelium den Charakter einer universalen Heilsbotschaft.^[4] Ohne die besondere Beziehung Gottes zu seinem Volk Israel zu leugnen, erkannte die frühe Christengemeinde: Die Heilsbedeutung und die Herrschaft Jesu Christi greift über das empirische Volk Israel hinaus auf alle Völker und damit auf die ganze Menschheit (Mt 28). Theologisch und praktisch bedeutete das die Erweiterung des zum Glauben an Christus gelangten Gottesvolks Israel um die zu eben diesem Glauben gekommenen „Heiden“. Die Zugehörigkeit zu diesem einen endzeitlichen Gottesvolk ergibt sich weder durch ethnische oder kultisch-religiöse Zugehörigkeit zu Israel, sondern allein durch das Wirken des Heiligen Geistes, vermittelt in Glaube und Taufe. Für das Selbstverständnis des einzelnen Christen wie auch für das der christlichen Gemeinschaft sind fortan kulturelle, soziale und ethnische Unterschiede ohne Bedeutung (vgl. Gal 3,26–28), weil durch Glaube und Taufe alle „*einer in Christus*“ sind. Freilich leben Christen in ethnisch, sozial und kulturell unterschiedlichen Strukturen, ihr Verhalten in diesen wird aber durch die Christuszugehörigkeit bestimmt und verschafft ihnen dadurch die Freiheit und die Kraft zur Veränderung (vgl. Röm 12,2). Staaten und Völker werden im Neuen Testament als gegebene Realitäten gesehen und ernst genommen (vgl. Röm 13,1–7; Apg 17,26 f.). Dass sie Teil der von Gott geschaffenen und erhaltenen Welt nach dem Sündenfall sind und als solche seine Güte und Zuwendung erfahren, ist selbstverständliche Voraussetzung.^[5]

Nation als Schöpfungsordnung?

In der Kirchengeschichte spielt das Thema Nation die meiste Zeit eine untergeordnete Rolle. Erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts, parallel zur politischen Karriere der Nation überhaupt, identifizieren evangelische Theologie und Kirche die Nation als ethischen Bezugspunkt. Spätestens im Ersten Weltkrieg und in seinem für Deutschland verheerenden Ausgang wird die Nation zum zentralen Gegenstand der Ethik^[6], freilich nicht nur im Protestantismus. In der Zeit der Weimarer Republik erfasst der nationale Gedanke nicht nur nahezu sämtliche politischen Parteien, sondern auch so gut wie alle theologischen Richtungen des Protestantismus.

So klärt auch Karl Barth die Hörer seiner Ethik-Vorlesung 1930 darüber auf, dass es, „*von der Schöpfung her gesehen, zu meiner Berufung durch Gottes Gebot gehört, daß ich zu meinem Volke gehöre*“.^[7] Die in dieser Zeit nachhaltigste theologische Begründung für die ethische Verbindlichkeit der Nation ist ihre Integration in die Lehre von den Schöpfungsordnungen als



Diese angesichts einer zunehmenden Globalisierung fortschreitende Revitalisierung des Nationalen ist nicht zuletzt ein Zeichen menschlicher Sehnsucht nach überschaubaren sozialen Räumen und einer sozialen und kulturellen Zugehörigkeit, die das Gefühl von Sicherheit, Geborgenheit und Beheimatung in einer sich immer rascher wandelnden Welt vermittelt.

dem Versuch, die von allen Menschen erkennbare Strukturiertheit menschlicher Lebensbereiche für die Bestimmung des sittlich Gesollten fruchtbar zu machen.^[8] In den historischen Lebensstrukturen der Menschen meint man, den Anspruch des Schöpfers erkennen zu können. Auch wenn von einzelnen Theologen die Verflochtenheit solcher angeblich göttlichen Ordnungen mit der menschlichen Sünde zugegeben wird und damit ihr ungebrochener Verpflichtungscharakter eigentlich bereits infrage gestellt ist, so braucht es doch erst der Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus und seines mörderischen Missbrauchs der Nation, um die Aporien einer Theologie der Schöpfungsordnungen zu erkennen.

Eine theologisch verantwortete Sichtweise der Nation kann heute nicht mehr auf die Vorstellung von angeblichen Schöpfungsordnungen zurückgreifen. Und doch sind Nationen auch in unserer heutigen Welt soziale Größen, die das gesellschaftliche und staatliche Leben bestimmen und Identität und Solidarität stiften. Bei aller nötigen Zurückweisung einer besonderen theologischen Qualifizierung irdischer Gegebenheiten, kann es auf der anderen Seite kein christliches Ethos an der konkreten Wirklichkeit vorbei geben.^[9] Nehmen wir die Weisung des Apostels Paulus in 1 Kor 7,17–24 ernst, so gilt für die von Christus befreiten Menschen, sich der Welt nicht zu entziehen, sondern an dem geschichtlichen Ort und in den Verhältnissen, in denen sie sich vorfinden, zu leben und Liebe zu üben.

Erfahrungsort im Vorletzten

Anders als im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert richtet sich die Fragestellung heute an die sozialen Grundfunktionen von Nationen. Der theologische Ort solcher Funktionen ist das Regiment Gottes zur Linken, mit dem Gott, wie Martin Luther dargelegt hat, die Welt vor dem Chaos bewahrt und auf das Wohl der Menschen abzielt, um sie für sein ewiges Reich zu bewahren. Der theologische Maßstab für die Beurteilung der Funktionen von Nationen ist daher mit der Frage beschrieben, inwiefern diese an Werten, Zielen und Aufgaben orientiert sind, die dem Leben an sich, und eben nicht nur der eigenen Nation,

dienen (Universalismus des Evangeliums vs. Nationalismus und Chauvinismus) und mit christlicher Anthropologie vereinbar sind (Würde aller Menschen als Gottesgeschöpfe vs. Rassismus).^[10] Der Beantwortung dieser Frage liegt die Unterscheidung von Letztem und Vorletztem zugrunde, wie sie sich in Dietrich Bonhoeffers Auffassung der lutherischen Zwei-Regimenten-Lehre findet. So kann die Nation, dem Bereich des Vorletzten zugeordnet, positive Funktionen erfüllen im Wissen um die Gefahr des Umschlagens ins Negative, wenn angesichts der Korruption unserer Welt durch die Sünde die Ausrichtung auf das dem Leben Dienliche verloren geht.

Die positiven Grundfunktionen der Nation, nämlich Erfahrungs-, Emanzipations-, Verantwortungs- und Sozialisationsgemeinschaft zu sein,^[11] können nicht theologisch deduziert werden, da wir uns nun einmal im Bereich des Vorletzten bewegen. Sie können aber mit Hilfe der Humanwissenschaften bestimmt werden, um sodann theologisch nach den Maßstäben des Letzten beurteilt und gestaltet zu werden.

Die Nation ist ein Ort gemeinsamer Erfahrungen, die erinnert oder gegenwärtig erlebt werden. Aus diesen speist sich das Gefühl von Zugehörigkeit und Gemeinschaft. Für Christen ergibt sich die Aufgabe, diese Erfahrungen und Erinnerungen in all ihrer Unterschiedlichkeit und Ambivalenz theologisch-ethisch zu verarbeiten, in ihrer Prägung durch die Sünde ebenso wie durch die von Gott bestimmte Ausrichtung auf die Realisierung seines Heilswillens. Ziel dieser Unternehmung ist ein Lernen aus den positiven wie negativen Aspekten der eigenen Nationalgeschichte, um diese für das gegenwärtige und zukünftige Leben aller Menschen fruchtbar zu machen (z. B. in der Versöhnungsarbeit zwischen Menschen und Nationen).

Verantwortungsgemeinschaft

Ausgehend von biblisch-christlichen Impulsen, hat sich in der europäischen Geschichte die Freiheit der Menschen vielfach in der Bildung von Nationalstaaten realisiert. Die zweite positive Grundfunktion der Nation ist daher der Schutz der Emanzipationsgemeinschaft,

Nehmen wir die Weisung des Apostels Paulus in 1 Kor 7,17-24 ernst, so gilt für die von Christus befreiten Menschen, sich der Welt nicht zu entziehen, sondern an dem geschichtlichen Ort und in den Verhältnissen, in denen sie sich vorfinden, zu leben und Liebe zu üben.



mit Hilfe derer der Anspruch auf politische Freiheit und Selbstbestimmung gestellt und durchgesetzt werden kann. Individuelle und kollektive Freiheit sind Gottes Wille. Wie schon Israels Gotteserfahrung elementar Freiheitserfahrung war (vgl. Exodus), so hat auch die Nation die Verantwortung, in allen Bereichen menschlichen Zusammenlebens Unfrei-

heit zu bekämpfen und der Freiheit – für sich und andere (vgl. die Kritik der Propheten an der Unterdrückung von Waisen, Witwen und Fremden) – Raum zu schaffen. Christen engagieren sich für das Anliegen der Emanzipation, wohl wissend um die historisch immer wieder eingetretene Gefahr, dass aus einem Emanzipationsanliegen neue Unterdrückungsverhältnisse erwachsen können.



Christen sind sich dessen bewusst, dass ihre Identität maßgeblich bestimmt ist durch die Zugehörigkeit zum Volk Gottes, in dem alle nationalen Identitäten aufgehoben sind in der Gemeinschaft in Christus.

In der Gestalt des Nationalstaats ist die Nation für den Einzelnen Sicherheits-, Rechts- und Solidargemeinschaft und damit politische Verantwortungsgemeinschaft. Dem Christen ist aufgetragen, innerhalb seiner konkreten Verhältnisse und sozialen Bezugfelder Liebe zu üben und damit Verantwortung für seine Mitmenschen zu übernehmen. Neben der Familie, dem Freundeskreis oder dem Kollegenkreis ist die Nation ein solches soziales Bezugsfeld, ebenso wie die einzelne Nation über sich hinausweist auf die Menschheit und die Völkergemeinschaft. Die verschiedenen Verantwortungsbereiche des Einzelnen mögen je nach dem persönlichen Lebensumfeld einen unterschiedlichen ethischen Verpflichtungscharakter haben, so ist aber doch von der Warte christlicher Theologie aus ein Einzel- oder Gruppenegoismus angesichts der gemeinsamen Verantwortung vor dem Schöpfer der ganzen Welt abzulehnen und stattdessen immer zugleich das große Ganze unserer Welt und der Menschheit im Blick zu behalten (Frieden, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Bewahrung der Schöpfung). Nicht ohne Grund hatte und hat das ökumenische Miteinander der verschiedenen Kirchen in der Welt („versöhnte Verschiedenheit“) Vorbild für das Miteinander der Völker.

Menschsein vollzieht sich immer in der geschichtlichen Erfahrungsform konkreter Gemeinschaft. So wie es ohne die Kirche keinen einzelnen Christen geben kann, so kann es auch ohne die Nation keinen einzelnen Polen oder Franzosen geben. Die nationale Zusammengehörigkeit ist damit ein Faktor neben vielen anderen in der Entwicklung unserer Persönlichkeit. In diesem Sinne ist Nation auch Sozialisationsgemeinschaft, gerade angesichts des anhaltenden Hangs der Menschen zur Individualisierung und Entsolidarisierung.

Christen sollen sich der Welt nicht entziehen, sondern in ihren jeweiligen Lebensbereichen Gerechtigkeit und Liebe üben. Diese Aufgabe können Christen aber nur so wahrnehmen, dass sie sich der Welt nicht gleichschalten lassen. Die Nation als Erfahrungs-, Emanzipations-, Verantwortungs- und Sozialisationsgemeinschaft hat die Möglichkeit, auf ihre Weise dem Leben der Menschen zu dienen. Als Teil der gefallenen Welt versagt sie dabei aber

immer wieder. Die Identifikation der Christen mit der Nation kann deshalb nur eine ambivalente, die Mitarbeit in ihr immer nur eine konstruktiv-kritische sein, der ständigen Kritik durch das Wort Gottes bedürftig. Sie ist aber ebenso begrenzte Identifikation, weil die Nation als Teil des Vorletzten immer nur eine vorläufige, geschichtlich bedingte Gegebenheit darstellt. Christen sind sich dessen bewusst, dass ihre Identität maßgeblich bestimmt ist durch die Zugehörigkeit zum Volk Gottes, in dem alle nationalen Identitäten aufgehoben sind in der Gemeinschaft in Christus.

Autor: Dr. André Fischer

^[1] Vgl. Edelmann, Helmut / Hasselmann, Niels (Hg.) (1999): Nation im Widerspruch. Aspekte und Perspektiven aus lutherischer Sicht heute. Eine Studie des Ökumenischen Studienausschusses der VELKD und des DNK/ LWB, Gütersloh, S. 19 f.

^[2] Vgl. Hieke, Thomas: Die Völkertafel von Genesis 10 als genealogische Raumordnung. Form, Funktion, Geographie, S. 23 (<http://edoc.hu-berlin.de/miscellanies/topoi-gen-40395/2/PDF/2.pdf>; 22.11.2015)

^[3] Vgl. Berlejung, Angelika / Merz, Annette (2006): Art. Volk, in: Handbuch theologischer Grundbegriffe zum Alten und Neuen Testament (HGANT), Darmstadt, S. 412 f.

^[4] Vgl. Edelmann / Hasselmann, S. 71 ff.

^[5] Vgl. ebd., S. 79 f.

^[6] Zu den Gründen dafür vgl. Fischer, André (2012): Zwischen Zeugnis und Zeitgeist. Die politische Theologie von Paul Althaus in der Weimarer Republik (AkiZ B.55), Göttingen, S. 307-322

^[7] Nachweis bei Fischer, S. 354

^[8] Vgl. Edelmann / Hasselmann, S. 84^[9] Vgl. ebd., S. 87 ff.

^[10] Vgl. ebd., S. 21 ff.

^[11] Vgl. ebd., S. 89-96

JÜNGERE GESCHICHTE DER DEMOKRATIE IN SACHSEN

Einleitung – Was ist eigentlich Demokratie?

Bereits die Meinungen über das, was Demokratie ist, gehen gerne auseinander. Ist man sich noch einig, dass Demokratie so etwas wie Volksherrschaft bedeutet, so zeigt sich sehr schnell, dass die Einschätzungen, wie diese faktisch auszusehen hat, differieren. Der eine sieht die repräsentative Demokratie als die eigentlich richtige Form an und geht davon aus, dass die Gewährleistung von freien Wahlen bereits ausreichend ist, um eine Bezeichnung als Demokratie zu gewährleisten. Andere haben wiederum größere Erwartungen. So hat sich in jüngerer Zeit in den westlichen Demokratien der Wunsch nach einem Mehr an Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger dahingehend durchgesetzt, dass man eine immer stärkere politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger als Kernbestandteil einer Demokratie ansieht. Demokratie ist, wenn Menschen innerhalb eines Rechtsstaates in ihren Handlungen weitgehend frei sind und sich an Politik beteiligen können. Der Bezugspunkt solcher Wünsche ist das, was heute mit dem Begriff Zivilgesellschaft in aller Munde ist. Es wird davon ausgegangen, dass eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen dem Ursprungsverständnis von Demokratie wesentlich besser entspricht, als die repräsentative Form der Herrschaftsausübung mit ihrer Delegation von Macht.

Die überwiegend positive Sicht auf Zivilgesellschaft und politische Beteiligung aus der Mitte der Gesellschaft hat in den letzten Jahren da und dort Risse bekommen. Politikwissenschaftler wissen schon länger, dass es auch dunkle Seiten der Zivilgesellschaft gibt. Die mit fremdenfeindlichen Parolen behafteten Demonstrationen verschiedener –gida-Bewegungen lassen aber nun auch in der Öffentlichkeit Zweifel aufkommen, dass alle Beteiligten der Zivilgesellschaft eine freiheitliche und offene Demokratie vor Augen haben. Die starke Abgrenzung gegenüber anderen Menschen und Bevölkerungsgruppen weist auf eine gewisse Demokratieinkompatibilität dieser Bürgerbeteiligung hin. Mit „Pegida“ (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) ist die wohl als Kernbewegung dieser jüngeren Initiativen anzusehende Form bürgerlichen Protestes in Sachsen angesiedelt. Grund, sich Gedanken über die Entwicklung der dortigen Demokratie zu machen. So kann man sich fragen, warum der Ausgangspunkt dieser Proteste in Dresden liegt, ob dies zufällig ist oder ob jüngere historische Entwicklungen in Sachsen ein Grund hierfür sind. Auch stellt sich die Frage, wie Kirchen und ihre Mitglieder mit diesen Bewegungen und ihren Äußerungen umgehen sollen und können.

Die Ausgangslage – die politische Entwicklung in Sachsen nach 1989

In solch einem kurzen Beitrag zur sächsischen politischen Entwicklung können nur kurz generelle Stränge der Entwicklung aufgegriffen werden. Mit dem Umbruch 1989 kam es relativ schnell zu einer Etablierung der politischen Parteien nach westdeutschem Muster. Bereits in den ersten Landtagswahlen konnte die CDU sich als stärkste Kraft durchsetzen. Diese Position kann sie nach einer Periode der absoluten Mehrheit unter Kurt Biedenkopf als Ministerpräsident bis heute verteidigen, auch wenn sie seit 2004 Koalitionspartner hierfür benötigte. 2004 kam es im Freistaat Sachsen zu einer massiven Wählerschiebung, die aber auch starke Stimmengewinne auf Seiten von als rechtspopulistisch bis rechtsextrem eingeschätzten Parteien wie der NPD und den Republikanern mit sich brachte.

	WBT	CDU	SPD	Die Linke	FDP	Die Grünen	NPD	AfD	Andere
1990	72,8	53,8	19,1	10,2	5,3	5,6	0,7	-	-
1994	58,4	58,1	16,6	16,5	1,7	4,1	-	-	3,6 DSU
1999	61,1	56,9	10,7	22,2	1,1	2,6	1,4	-	1,3 REP
2004	59,6	41,1	9,8	23,6	5,9	5,1	9,2	-	1,5 REP
2009	52,2	40,2	10,4	20,6	10,0	6,4	5,6	-	-
2014	49,2	39,4	12,4	18,9	3,8	5,7	4,9	9,7	-

Abb. 1: Wahlergebnisse.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen; Ergebnisse in Prozent; WBT = Wahlbeteiligungsrate

Ein Grund für diese Gewinne kann in einer gewissen Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung seit der Wiedervereinigung und auch in dem Gefühl – insbesondere gegenüber den Bewohnern Westdeutschlands – sozial benachteiligt zu sein, gesehen werden. Rückgriffe auf nationalistische Formen der Identitätsbildung dienten dabei als Mechanismus zur Bearbeitung bestehender Unsicherheiten. In anderen ostdeutschen Bundesländern sind teilweise vergleichbare Entwicklungen zu beobachten, wenn auch vielleicht nicht überall in gleicher Massivität. Daraus entstand – zumindest am politisch „rechten“ Rand – eine Fundamentalopposition gegenüber der Demokratie, die doch einen beachtlichen Anteil an Bürgern in Sachsen erfasst. Diese oft unter dem etwas unklaren Label der Politikverdrossenheit behandelten Phänomene der Parteien- und Politikerverdrossenheit drücken sich in zwei

Entwicklungen aus, die mit dem amerikanischen Wissenschaftler Albert O. Hirschman als „voice“ (Protest) und „exit“ (Ausstieg) bezeichnet werden. Letztere manifestiert sich in einer immer stärker absinkenden Wahlbeteiligung.

Dabei sind beide Phänomene oft nur der in Handlungen manifestierte Ausdruck breiter verteilter Probleme in der politischen Kultur. So waren 2013 gerade einmal ein Drittel der sächsischen Bürgerinnen und Bürger mit der aktuellen Demokratie zufrieden, was selbst innerhalb der vergleichbaren Werte in den ostdeutschen Bundesländern nur von Brandenburg unterboten wurde. Gleichwohl bedeutet dies keine grundsätzliche Ablehnung der Demokratie in der Breite der Bevölkerung, empfinden doch 90 Prozent die Demokratie an sich als gute Herrschaftsform. Wie diese aber auszusehen hat, da zeigen sich in der Bevölkerung scheinbar Unterschiede.

Die Rolle der Kirchen und der Religion

Welche Rolle spielten Kirchen und Religion in der politischen Entwicklung? Hier muss man zeitlich ein wenig weiter zurückgreifen. Während des Umbruchs nahmen die Kirchen eine tragende Rolle für die Durchsetzung der friedlichen Revolution ein. Sie waren als Ansprechpartner wichtig, wirkten aber vor allem als das, was man in den heutigen Sozialwissenschaften so gerne als Gelegenheitsstrukturen bezeichnet. Speziell dort versammelte sich die Zivilgesellschaft, um den politischen Umbruch voranzutreiben. Aus diesen kirchennahen Reihen rekrutierten sich in der Folge auch viele Politikerinnen und Politiker. Nicht von ungefähr reicht die Verbindung zwischen einer evangelischen Kirchenzugehörigkeit und Politik in den neuen Bundesländern weit bis in die heutige Zeit hinein. Gleichzeitig sank die Bedeutung der im Umbruch noch stark involvierten politischen Bewegungen mit kirchlichem Hintergrund nach 1989 sehr schnell. Hart formuliert kann man nach der Vollendung des Nahziels „politischer Umbruch und Demokratisierung“ von einem politischen Bedeutungsverlust dieser Gruppen sprechen. Reguläre Parteienpolitik mit den aus Westdeutschland bekannten Parteien ersetzte zügig die eher lose zivilgesellschaftliche Formierung der politischen Landschaft in Ostdeutschland. Auch auf der religiösen Ebene zeigte sich schnell, dass man es bei vielen 1989 noch im Kirchenraum politisch Engagierten nicht mit primär religiösen Menschen zu tun hatte, sondern dass die günstige Gelegenheitsstruktur (oft die einzige Struktur, die in Opposition zum politischen Regime der SED zur Verfügung stand) politisch engagierte Bürgerinnen und Bürger angezogen hatte. Diese entfernten sich nach 1989 genauso von den Kirchen, wie sich der politische Diskurs in die klassische Parteienpolitik hinein verlagerte.

In Sachsen führte dies zu einer durch die CDU geführten Regierung. Der Einfluss der Kirchen blieb in Sachsen entweder auf einen strukturell ausgehandelten (durch Kirchen-Staats-Verträge) beschränkt oder ergab sich auf persönlicher Ebene über das Weiterwirken von Personen mit einem kirchlich-religiösen Hintergrund im politischen Spektrum.

Gleichzeitig bedeutet dies kein Ende des in den Gemeinden bestehenden zivilgesellschaftlichen Engagements. Dieses veränderte nur seine Zielrichtung und legte sein Augenmerk verstärkt auf soziale und sozialpolitische Fragen. Neben den guten Gelegenheitsstrukturen war es hier die Kompatibilität zwischen christlichen Überzeugungen und sozialem Handeln, die dieses Engagement bestärkten. Hinweise davon lassen sich auch heute noch in der Flüchtlingshilfe erkennen.

Demokratieprobleme und Islamskepsis als aktuelle Herausforderung

Seit kurzer Zeit sieht sich die Demokratie in Sachsen einer neuen Herausforderung gegenüber. Mit der Ausweitung religiöser Pluralisierung und der Wahrnehmung des Islam als potentiellm Ursprung weltweiter Konflikte kam es zu zivilgesellschaftlichen Abwehrbewegungen. Diese finden sich deutschlandweit, besitzen aber in Sachsen – und dort speziell in Dresden – einen regionalen Schwerpunkt, der sich mit der Pegida-Bewegung verbinden lässt. Unter Verweis auf demokratische Freiheitsrechte, nationale Selbstbestimmung und dem Recht der Demonstrationsfreiheit werden Positionen eingenommen und öffentlich propagiert, die sich gegen Zuwanderung und Integration sowie Mitglieder einer spezifischen Glaubensgemeinschaft wenden. Unter Aufnahme von in der deutschen Bevölkerung bestehenden Ängsten hinsichtlich eines Überrollens durch muslimische Migranten, einer von ihnen ausgehenden Terrorgefährdung sowie Verlustängsten mit Blick auf persönlichen Wohlstand, werden rigide Abschottungsmaßnahmen gefordert. Die jüngsten „Flüchtlingswellen“ sowie einzelne Ereignisse, wie die Übergriffe überwiegen marokkanischer junger Männer an Silvester 2015 in Köln auf Frauen, haben die Rigidität dieser Forderungen noch befördert.

Dabei werden in der Bevölkerung weit verbreitete gruppenbezogene Vorurteile und Vorbehalte gegenüber Muslimen, die durch eine stark negative Medienpräsenz des Islam und

So waren 2013 gerade einmal ein Drittel der sächsischen Bürgerinnen und Bürger mit der aktuellen Demokratie zufrieden, was selbst innerhalb der vergleichbaren Werte in den ostdeutschen Bundesländern nur von Brandenburg unterboten wurde.

von Muslimen ausgelöst oder zumindest verstärkt wurden, durch rechtspopulistische Mobilisierung zu kanalisieren versucht. So besaßen in repräsentativen Umfragen 2010 drei von fünf Ostdeutschen eine negative Haltung zu Muslimen und im Bertelsmann Religionsmonitor 2013 fühlten sich ungefähr ein gleich hoher Anteil von Ostdeutschen (bzw. auch Sachsen) durch den Islam bedroht. Unabhängig von der Berechtigung dieser Ängste

besteht somit ein beachtliches Potential, welches mit der Konzentration auf speziell muslimische Immigration mobilisiert werden kann. Dies wird derzeit von rechtspopulistischen Bewegungen genutzt. Auch rechtsextreme Gruppierungen sehen sich durch die derzeitige empfundene Abwehrsituation, welche mit nationalistischen, ethnozentristischen und auch rassistischen Positionen verbunden werden kann, zu einer stärkeren öffentlichen Präsenz ermutigt. Dass diese gerade in Sachsen bundesweit überdurchschnittlich sichtbar ist, dürfte unter anderem auf die Entstehung der entsprechenden Bewegungen in Dresden zurückzuführen sein.



Mit der Ausweitung religiöser Pluralisierung und der Wahrnehmung des Islam als potentiellm Ursprung weltweiter Konflikte kam es zu zivilgesellschaftlichen Abwehrbewegungen. Diese finden sich deutschlandweit, besitzen aber in Sachsen – und dort speziell in Dresden – einen regionalen Schwerpunkt, der sich mit der Pegida-Bewegung verbinden lässt.

Selbst wenn auf die Zahl der Einwohner in Sachsen gerechnet die Beteiligungsrate bei den entsprechenden Demonstrationen doch eher gering sind, hat sich hier ein grundsätzliches Problem in der sächsischen politischen Kultur etabliert, welches sich in einer starken Polarisierung zwischen den Zuwanderern zugewandten und sie teils rigide ablehnenden Personengruppen ausdrückt. Diese scheint sich gerade in jüngerer Zeit zu verstärken. So wichtig es hier ist, Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen, welche entsprechende Befürchtungen hegen, so konsequent gilt es dabei seitens der Politik und der Zivilgesellschaft gegenüber jenen zu sein, die selbst demokratische Regeln verletzen (sei es verbal oder durch Brandanschläge). Insgesamt ist es dabei problematisch, dass in den Diskussionen und ablehnenden Argumentationen nicht mehr differenziert wird. Flüchtlinge und Muslime werden dabei genauso, je nachdem wie es für die Argumentation passt, in ihrer Zuweisung vermengt, ebenso wie unterschiedliche religiöse Zugehörigkeiten – auch innerhalb der muslimischen Gemeinschaften.

Fazit – Neue Herausforderungen für die Demokratie in Sachsen und die daraus entstehenden Herausforderungen für die christlichen Kirchen

Die aktuellen Entwicklungen fordern die christlichen Kirchen zu Stellungnahmen und zu Selbstvergewisserungsprozessen heraus. Wie in der Bevölkerung Sachsens (oder in anderen Bundesländern) sind auch die sächsischen Gläubigen hinsichtlich ihrer politischen Überzeugungen gespalten oder zumindest unterschiedlicher Meinung. So wichtig es ist, dieser Pluralität der Meinungen durch Ausgewogenheit Rechnung zu tragen, so bedeutsam ist es auch, eine klare Stellung zu christlichen Grundprämissen zu beziehen. Aspekte wie Nächstenliebe, Toleranz und Gewaltfreiheit sind nicht zu hintergehende christliche Botschaften,



die für Mitglieder einer christlichen Kirche bindend sein müssen. Dies schließt auch eine generell offene Haltung zu anderen Religionen, deren Mitgliedern und insbesondere Flüchtlingen und Verfolgten ein. Es ist notwendig, ihnen offen und helfend zu begegnen und nicht mit Ablehnung und Zurückweisung. Letzteres entspricht eben nicht der christlichen Botschaft. Zudem kann es eine wichtige Aufgabe aller Teile der Kirche sein, Diskussion und Dialog in diesem Sinne zu bestärken und zu organisieren.

Man sollte diesen Appell aber auch nicht falsch verstehen. Gewalt, verbale oder tätliche, ist nicht zu akzeptieren, egal von wem sie kommt. Sowohl Gewalt seitens von

Flüchtlingen und Menschen anderen Glaubens als auch von „besorgten Bürgern“ ist zu verurteilen. Hier muss in erster Linie der Rechtsstaat dafür sorgen, dass keine rechtsfreien Räume entstehen. Auch die Erfüllung einer solchen Aufgabe ist übrigens Kernbestandteil von Demokratie (Rechtsstaatlichkeit und soziale Ordnung). Kirchen und ihren Mitgliedern kommt dabei die Aufgabe zu, Ängste und Besorgnisse bei ihren Mitgliedern, Mitbürgern und Immigranten zu mildern und sich konstruktiv mit ihnen zu beschäftigen. Angesichts der aufgeheizten Stimmungslage wird dies eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre sein. Gleichwohl ist sie eine notwendige Aufgabe. Sie stellt sich speziell für die Christen und deren institutionelle Vertreter – und dies auch in Sachsen. So ist doch das zentrale Zuweisungsmerkmal für die, die man zurückweisen möchte, ein religiöses, eben die Zugehörigkeit zur Religion des Islam. Bereits einmal, vor 1945, wurden Zuweisungen von Personengruppen in ähnlicher Weise vorgenommen. Eine solche Fremdzuschreibung und Zuweisung sollte also jedem Bürger und jeder Bürgerin einer Demokratie zu denken geben. An dieser Stelle muss sich auch das Christentum positionieren, wie zukunftstauglich es in der Bürgergesellschaft ist und welche Werte es heute noch vertritt. Toleranz, Nächstenliebe und Offenheit sollten hierbei doch vor auf Sicherheit und Verteidigung gerichteten Werten stehen. Angesichts des großen zivilgesellschaftlichen Engagements im Umfeld der Kirchen muss einem in diesem Punkt vielleicht nicht so sehr bange sein. Aber auch das Verhältnis zu anderen Religionen überhaupt gilt es angesichts dessen noch einmal zu durchdenken. Insofern ist die jüngere Entwicklung der Demokratie in Sachsen auch mit Herausforderung für das Christentum und die christlichen Kirchen verbunden, die diese nicht ignorieren kann und darf.

Autor: Gert Pickel

DAS ABENDLAND VERTEIDIGEN? VOM CHRISTLICHEN UMGANG MIT RELIGIÖSER PLURALITÄT

Die Angst vor der fremden Religion

Die alltägliche Begegnung mit Menschen anderer Religion ist für viele Bürger in Sachsen nicht der Normalfall. Insbesondere der Islam ist vielen fremd und es gibt nur wenige Menschen mit persönlichen Kontakten zu Muslimen. Deshalb werden die medial vermittelten Schreckensbilder von den Grausamkeiten des „Islamischen Staates“ meist nicht durch eigene Erfahrungen abgefedert. Sie erzeugen vielmehr ein Bild „des“ Islam, das vorwiegend von Gewalt und Terror geprägt ist. Diese Situation machen sich rechtsextreme und zunehmend auch rechtspopulistische Gruppen zunutze, indem sie die Islamangst gezielt schüren und für ihre Zwecke instrumentalisieren. Die vorhandene Angst vor dem Fremden wird bewusst verstärkt und auf einer religiösen Ebene gerechtfertigt, indem ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen einer christlich-abendländischen und der islamisch-arabischen Kultur dargestellt wird.

Auch manche engagiert christlichen Kreise sind mitunter auf eine solche Argumentation ansprechbar. Weil die andere Religion eine für falsch geglaubte Lehre vertritt, wird eine wachsende Präsenz ihrer Mitglieder im eigenen Umfeld als Bedrohung gesehen. Das gilt umso mehr, wenn der anderen Religion eine missionarische Kraft und Ausstrahlung zugetraut wird, welche die der eigenen Religion übersteigen könnte. Die Chancen für Austausch und Begegnung, die letztlich Voraussetzung für das eigene Glaubenszeugnis und eine gewinnende Begegnung sind, werden nicht erkannt.



„So besaßen in repräsentativen Umfragen 2010 drei von fünf Ostdeutschen eine negative Haltung zu Muslimen und im Bertelsmann Religionsmonitor 2013 fühlten sich ungefähr ein gleich hoher Anteil von Ostdeutschen (bzw. auch Sachsen) durch den Islam bedroht.“

Solche Beobachtungen können den Eindruck erwecken, die Religionen würden aus Prinzip und grundsätzlich Konflikte zwischen Angehörigen verschiedener Glaubensüberzeugungen erzeugen bzw. verschärfen. Es mehren sich die Stimmen in der Gesellschaft, die schon in der Existenz konkurrierender Wahrheitsansprüche eine Quelle für Krieg und Gewalt sehen wollen. In dem Verzicht auf Religion oder zumindest ihrer Zurückdrän-

gung aus dem öffentlichen Leben wird darum mitunter ein Heilmittel gesucht, um derartigen Konflikten keine Nahrung zu geben. Vor diesem Hintergrund ist es unverzichtbar, eine Reihe von Fragen zu klären: Wie steht das Christentum zu der Tatsache, dass Menschen mit anderen Glaubensüberzeugungen unter uns leben? Welche Rolle spielt die religiöse Toleranz? Und welche Position nimmt das Christentum zur Religionsfreiheit ein?

Wie entsteht Glaube?

Im christlichen Verständnis ist „Glaube“ nicht einfach ein Fürwahrhalten von bestimmten Lehrsätzen. Zwar ist es durchaus hilfreich und nützlich, wesentliche Inhalte der Bibel zu kennen. Noch besser ist es, wenn dem auch zugestimmt wird, dass es sich tatsächlich so verhält, dass es einen Gott gibt und dieser das Wohl der Menschen beabsichtigt. Entscheidend ist aus christlicher Sicht aber nicht das Wissen, sondern das Vertrauen, das den Glauben erst mit Leben erfüllt. Dies ist eine zutiefst persönliche Angelegenheit. Martin Luther erklärte dazu: „... einen Gott haben nichts anderes ist, denn ihm von Herzen trauen und glauben [...] Worauf du ... dein Herz hängst und [dich] verlässt, das ist eigentlich dein Gott.“^[1]

Nun kann man zwar Wissen lehren. Aber Vertrauen kann man nicht befehlen. Vertrauen erschließt sich als innere Gewissheit, obwohl es sich nicht auf Garantien oder sichere Beweise stützen kann.

Das bedeutet für die Weitergabe des Glaubens, dass diese zwar vorbereitet werden kann. Insofern ist das Glaubenszeugnis anderer Menschen unverzichtbar. Ob aber ein Mensch diese Gewissheit des Glaubens im eigenen Herzen gewinnt, die das Wagnis des Vertrauens rechtfertigt, das ist nicht verfügbar. Diese Form des Glaubens – und auf die kommt es im Christentum eigentlich an – ist nicht durch die beste Missionsmethode der Welt zu erzeugen. Sie bleibt immer ein Geschenk und eine Gabe des Heiligen Geistes. Man kann es auch weiter formulieren: Es ist geradezu ein Wesensmerkmal religiöser Überzeugung, dass ihre innere Plausibilität nicht von außen erzeugt werden kann. Sie erschließt sich ihrem Träger oder sie tut es nicht – ob es aber geschieht, ist keine unmittelbare Frage von Logik oder Intellekt oder Überzeugungskraft oder einer Willensanstrengung. Glaube kann nicht einfach „gemacht“ werden. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass wahrer Glaube im Sinn von Vertrauen sich nur in Freiheit bilden kann. Mit äußerem Zwang, materiellen Anreizen, sozialem Aufstieg etc. lässt sich zwar äußerlich konformes Verhalten erwirken, nicht aber der Glaube. Das Wesen des Glaubens ernst nehmen heißt, seine Unverfügbarkeit zu akzeptieren.

Vom Wesen der Toleranz

Im Bereich der Technik ist „Toleranz“ die Bezeichnung für ein Maß, nämlich für den Betrag der erlaubten Abweichung vom Idealmaß. Weil auch die exakteste Maschine keine 100 Pro-

zent Genauigkeit erreicht, ist jedes Maß eines Werkstücks mit einem Toleranzbereich behaftet, innerhalb dessen eine Abweichung geduldet werden kann, weil das Miteinander der Teile dennoch funktioniert, um den jeweiligen Zweck zu erreichen. Dieser Toleranzbereich ist bei einem Herzschrittmacher geringer als bei einer Sägeübung an der Grundschule. Aber bei beiden gilt: Toleranz gibt es nur, wo es auch ein Maß gibt. Wo alles egal ist, erübrigt sich Toleranz. Zum Wesen der Toleranz gehört vom Begriff her auch, dass nicht alles toleriert werden kann, denn außerhalb des Toleranzbereiches ist die Funktionalität nicht mehr gegeben.

Als abstrakter Begriff ist Toleranz an sich weder gut noch schlecht. Für sich genommen kann sie weder einen Fehler, noch ein Ideal darstellen, denn es kommt immer ganz darauf an, was und in welchem Rahmen toleriert werden soll. Korruption verdient ebenso wenig Toleranz wie eine rechtsextreme Gesinnung. In Bezug auf die Kleiderordnung ist die Toleranz bei Lehrkräften an der Schule üblicherweise größer als bei Mitarbeitenden einer Bankfiliale. Grenzenlos ist sie bei beiden nicht.

Was für Werkstoffe und für den zwischenmenschlichen Bereich gilt, lässt sich auch auf die Religionen übertragen. Wo die Religion egal ist, gibt es keine Toleranz, sondern Gleichgültigkeit. Religiöse Toleranz ist daher nicht – wie es oft geschieht – mit religiöser Indifferenz zu verwechseln. Toleranz entsteht dort, wo etwas nicht dem eigenen Ideal entspricht. Beim Zusammentreffen von verschiedenen Religionen ist das zwangsläufig der Fall. Wo gefordert wird, die Religionen sollten um des friedlichen Zusammenlebens willen auf ihre Wahrheitsansprüche verzichten, ist dies weder sinnvoll, noch realistisch, denn der Anspruch auf Wahrheit gehört zum Wesen der Religionen. Zudem gilt es zu sehen: Eine solche Forderung schafft die Toleranz ab, denn es macht sie unnötig. Wo kein Maß ist, gibt es keine Toleranz. Die Forderung nach Verzicht auf Wahrheitsansprüche ist gerade deshalb so beliebt, weil echte Toleranz schwer ist. Toleranz bedeutet ein Ertragen der Andersartigkeit des Anderen. Wenn der Andere nicht anders bleiben darf, sondern mir gleich werden muss, damit ich ihn ertrage, brauche ich keine Toleranz mehr. Eine solche Form religiöser Indifferenz wäre aber gerade keine Hilfe für ein friedliches Zusammenleben, denn sie leugnet die Spannungen, statt Wege zu suchen und zu erproben, um mit ihnen leben zu können.

Religiöse Toleranz kann daher definiert werden als Verzicht auf jede Form von Gewalt und Zwang gegenüber Angehörigen anderer Religionen, obwohl deren Glaubensüberzeugung



gerade nicht geteilt wird. Das Gespräch über die jeweiligen Glaubensüberzeugungen und das Werben für die eigene Religion ist mit der Toleranz keineswegs abgeschafft, sondern erst ermöglicht. Mit einer Position der Gleichgültigkeit wäre das Glaubensgespräch sinnlos, ohne Toleranz hingegen hätte es keinen Raum. Religiöse Toleranz ist so gesehen eine wesentliche Voraussetzung für Religionsfreiheit. Das gilt in besonderem Maß im Blick auf moderne pluralistische Gesellschaften, wo Angehörige unterschiedlicher Religionen dicht beieinander wohnen.

Religiöse Toleranz und Religionsfreiheit

Aber warum sollte ich – wenn ich von der Richtigkeit des eigenen Glaubens überzeugt bin – überhaupt religiös tolerant sein? Bedeutet dies doch in der Konsequenz, dass ich die Verbreitung eines Irrtums fördere, indem ich ihn nicht verhindere, wo es mir möglich wäre. Die Antwort ist klar: Um der Freiheit willen. Wenn ein religiöser Glaube echt sein und nicht auf Heuchelei beruhen soll, muss seine Annahme frei sein. Deshalb ist die Existenz verschiedener Religionen ein notwendiger Ausdruck der Freiheit, die Gott den Menschen lässt – denn er selbst zwingt niemanden zu einem bestimmten Glauben. In diesem Sinn erklärte auch der Rat der EKD: *„Die evangelische Kirche nimmt den Pluralismus der Religionen und Weltanschauungen nicht nur als ein äußerliches Faktum hin, mit dem man in modernen Gesellschaften eben rechnen müsse. Sie bejaht ihn vielmehr aus grundsätzlichen Überlegungen und aus ihrer eigenen Sache heraus. [...] Da der christliche Glaube eine je eigene individuelle Gewissheit ist, kann er nicht verantwortlich vertreten werden, ohne das Recht divergierender religiöser Überzeugungen und damit das Recht des religiösen Pluralismus anzuerkennen und zu stärken.“*^[2] Zur Freiheit des eigenen Glaubens gehört die Freiheit der Anderen untrennbar dazu. Eine Religion, die meint, Zwang zu brauchen, um sich zu verbreiten, hat nicht verdient, dass sie verbreitet wird. Daher ist die Religionsfreiheit ein Menschenrecht. Sie hat im deutschen Grundgesetz einen sehr hohen Rang und kann nicht einfach durch Gesetze eingeschränkt werden, weil sie zu den wesentlichen Grundwerten einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft gehört.

Entscheidend ist aus christlicher Sicht aber nicht das Wissen, sondern das Vertrauen, das den Glauben erst mit Leben erfüllt. Dies ist eine zutiefst persönliche Angelegenheit. Martin Luther erklärte dazu: „... einen Gott haben nichts anderes ist, denn ihm von Herzen trauen und glauben [...] Worauf du ... dein Herz hängst und [dich] verlässt, das ist eigentlich dein Gott.“

Die Religionsfreiheit hat untrennbar zwei mitunter gegensätzliche Ausprägungsrichtungen, die in Balance gehalten werden müssen: Zum einen die aktive Religionsfreiheit, den eigenen Glauben aktiv allein und in Gemeinschaft, privat und öffentlich leben zu können.

Zum anderen gehört ebenso dazu die passive Religionsfreiheit, nicht zu einer fremden Religionsausübung gezwungen werden zu dürfen. Zur aktiven Religionsfreiheit gehört auch das Recht zur Weitergabe des Glaubens (Mission), zur passiven Religionsfreiheit das



Als abstrakter Begriff ist Toleranz an sich weder gut noch schlecht. Für sich genommen kann sie weder einen Fehler, noch ein Ideal darstellen, denn es kommt immer ganz darauf an, was und in welchem Rahmen toleriert werden soll.

Überwältigungsverbot, dass jede Form von Gewalt, Druck, Zwang oder materiellen Anreizen zur Konversion ausschließt. In der Praxis ist es nicht immer einfach, diese Balance zwischen aktiver und passiver Seite der Religionsfreiheit zu halten. Die Präsenz von Lebensäußerungen der Religionen im öffentlichen Raum auch in Form von Symbolen und rituellen Handlungen ist – weil Ausdruck der aktiven Religionsfreiheit – auch Nichtmitgliedern zum Ertragen („Toleranz“) zuzumuten. Umgekehrt findet auch die aktive Religionsfreiheit dort ihre Grenze, wo Grundrechte anderer betroffen sind.

Mission & Respekt: Christliche Prinzipien des Umgangs mit anderen Religionen

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat unlängst gemeinsam mit dem päpstlichen Rat für den Interreligiösen Dialog und der Weltweiten Evangelischen Allianz einen Verhaltenskodex für die christliche Begegnung mit anderen Religionen erarbeitet.^[3] Mit diesem Herausgeberkreis ist das Dokument von einer nie zuvor da gewesenen ökumenischen Breite getragen. Unter dem Titel *„Das christliche Zeugnis in einer multireligiösen Welt“* befasst es sich mit den Grundlagen und Prinzipien der christlichen Mission. Diese ist von den beiden in der Präambel genannten Grundlagen bestimmt:

1. *„Mission gehört zutiefst zum Wesen der Kirche. Darum ist es für jeden Christen und jede Christin unverzichtbar, Gottes Wort zu verkünden und seinen / ihren Glauben in der Welt zu bezeugen.“*
2. *„Es ist jedoch wichtig, dass dies im Einklang mit den Prinzipien des Evangeliums geschieht, in uningeschränktem Respekt vor und in Liebe zu allen Menschen.“*

Diese beiden Pole, die sich wie ein roter Faden durch das Dokument ziehen, können auch als Ausdruck der beiden Seiten der Religionsfreiheit (aktiv und passiv) gelesen werden. Konkret bedeutet dies, dass das Bemühen um Weitergabe des Glaubens unaufgebar zum christlichen Glauben gehört. Jede Forderung nach pauschalem Verzicht darauf beschneidet die aktive Religionsfreiheit in unangemessener Weise. Dies gilt übrigens gegenüber allen Religionen.

Für die Akzeptanz geht es nicht um das „ob“, sondern um das „wie“ der Mission. Ausgeschlossen sind hingegen Arroganz, Herablassung und Herabsetzung anderer, die Ausnutzung von Armut und Not und jede Form von Gewalt und ungerechter Diskriminierung. Ebenfalls geht es darum, dass kein falsches Zeugnis über andere Religionen abgelegt wird. Vor aller Kritik muss das Bemühen stehen, den Glauben und die Glaubenspraxis der Anderen zu kennen und zu verstehen.

Wo diese Prinzipien beachtet werden, sind die Religionen kein Hindernis, sondern eine Hilfe in der Begegnung von Kulturen. Dann können sie einen wichtigen Beitrag zur interkulturellen Verständigung und zum friedlichen Umgang der Menschen miteinander leisten. Die Verteidigung der oft beschworenen „Werte des Abendlandes“ wie Religionsfreiheit, Respekt, Rücksichtnahme, Solidarität und Gerechtigkeit geschieht in erster Linie dadurch, dass sie von uns selbst beachtet und gelebt werden. Nur dann werden sie ihre Ausstrahlung und Überzeugungskraft behalten.

Zum Weiterlesen:

Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt in evangelischer Perspektive.
Ein Grundlagentext des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD),
Gütersloh 2015, www.ekd.de/download/christlicher_glaube.pdf

Autor: Dr. Harald Lamprecht

^[1] Martin Luther, Der Große Katechismus, Auslegung zum 1. Gebot, vgl. BSELK 930 f.

^[2] Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt in evangelischer Perspektive, Gütersloh 2015, S. 19

^[3] Das christliche Zeugnis in einer multireligiösen Welt, vgl. www.mission-respekt.de

GUTES REGIEREN – BIBLISCHE PERSPEKTIVEN

In der Bibel ist von Demokratie nicht die Rede. Die kurze Blüte der attischen Demokratie ist am entlegenen (von Athen aus gesehen) Israel spurlos vorübergegangen. Das kleine Israel war vielmehr stets von mächtigen orientalischen Königreichen umsäumt – Ägypten im Westen, Assur, Babel und Persien im Osten, Syrien im Norden. Das römische Reich tritt am Ende nicht als Republik in den Horizont des Judentums, sondern als weltbeherrschendes Kaiserreich.

Immerhin: das Herzstück der athenischen Demokratie, die Volksversammlung, heißt auf Griechisch „Ekklesia“. Im Neuen Testament bezeichnet Ekklesia dann zunächst die christliche Gemeinde und nimmt schließlich die Bedeutung „Kirche“ an. Was natürlich nicht heißt, dass es in der Kirche stets demokratisch zugegangen wäre oder dass „Kirche“ der politischen Herrschaftsform „Demokratie“ immer aufgeschlossen gegenüberstanden hätte. Im Gegenteil.

Gleichwohl lassen sich der Bibel Anregungen entnehmen, wie Staat und Gesellschaft zu gestalten wären, damit es all ihren Mitgliedern wohl gehe. Natürlich nicht im Sinne eines Handbuchs, dessen Anordnungen bloß zu befolgen wären – dies widerspräche schon dem dialogischen Charakter der Bibel. Von der ersten Seite an stehen hier unterschiedliche Traditionen neben- und gegeneinander, Herrschaftskritik trifft auf Hofberichterstattung, nationalreligiöser Fanatismus auf die Vision einer Völkerwallfahrt. Es kommt also darauf an, die roten Fäden ausfindig zu machen und sich an ihnen zu orientieren.



Die Sieben-Tage-Woche mit einem arbeitsfreien Ruhetag ist vielleicht das größte Geschenk Israels an die Menschheit und sollte auch in demokratischen Gesellschaften nicht leichtfertig preisgegeben werden.

Befreiung

Der zentrale Gründungsmythos des Volkes Israel ist die Befreiung aus der ägyptischen Knechtschaft. Als ethnische Minderheit wurden die Hebräer von der Mehrheitsgesellschaft unterdrückt und ausgebeutet:



„Man setzte Fronvögte über sie, die sie mit Zwangsarbeit bedrücken sollten. Und sie bauten dem Pharao die Städte Pitom und Ramses als Vorratsstädte. Aber je mehr sie das Volk bedrückten, desto stärker mehrte es sich und breitete sich aus. Und es kam sie ein Grauen an vor Israel. Da zwangen die Ägypter die Israeliten unbarmherzig zum Dienst und machten ihnen ihr Leben sauer mit schwerer Arbeit in Ton und Ziegeln und mit mancherlei Frondienst auf dem Felde, mit all ihrer Arbeit, die sie ihnen auflegten ohne Erbarmen.“ (Exodus 1,11-14)

Man sieht: Die Unterdrückung einer ethnischen Minderheit geht leicht einher mit der Angst vor „Überfremdung“ und mündet in noch größere Unterdrückung. Ein Übermaß an Unterdrückung führt zu Aufruhr. Aus dieser Erfahrung heraus ergeben sich für Israel überraschende, weil keineswegs selbstverständliche, soziale Konsequenzen. Bei der Wiederholung der Zehn Gebote am Ende der Thora wird das Sabbatgebot (anders als in Exodus 2) nicht mit der Schöpfung, sondern mit der ägyptischen Unterdrückungserfahrung begründet:

„Den Sabbattag sollst du halten, dass du ihn heiligest, wie dir der HERR, dein Gott, geboten hat. Sechs Tage sollst du arbeiten und alle deine Werke tun. Aber am siebenten Tag ist der Sabbat des HERRN, deines Gottes. Da sollst du keine Arbeit tun, auch nicht dein Sohn, deine Tochter, dein Knecht, deine Magd, dein Rind, dein Esel, all dein Vieh, auch nicht dein Fremdling, der in deiner Stadt lebt, auf dass dein Knecht und deine Magd ruhen gleichwie du. Denn du sollst daran denken, dass auch du Knecht in Ägyptenland warst und der HERR, dein Gott, dich von dort herausgeführt hat mit mächtiger Hand und ausgerecktem Arm. Darum hat dir der HERR, dein Gott, geboten, dass du den Sabbattag halten sollst.“ (Deuteronomium 5,12-15)

Die Sieben-Tage-Woche mit einem arbeitsfreien Ruhetag ist vielleicht das größte Geschenk Israels an die Menschheit und sollte auch in demokratischen Gesellschaften nicht leichtfertig preisgegeben werden.

Gerechtigkeit und Frieden

Zu den roten Fäden, die sich durch die gesamte Bibel ziehen, gehören neben Befreiung auch Gerechtigkeit und Frieden, die, aus gutem Grund, häufig zusammengedacht werden. Der biblische Schalom ist mehr als die bloße Abwesenheit von Krieg; er beinhaltet vielmehr die

göttliche Verheißung eines umfassenden Heilszustandes, der Gerechtigkeit einschließt. Zu denken wäre an die prophetischen Verheißungen in Jesaja 2 und Micha 4, dass die „Schwerter zu Pflugscharen und die Spieße zu Sicheln“ umgeschmiedet werden „und man hinfort nicht mehr lernen werde, Krieg zu führen“, oder die (uneingelöste) Vision der Völkerwallfahrt in Jesaja 60. Wirklicher Friede ist ohne Gerechtigkeit nicht zu haben, Gerechtigkeit nicht ohne Frieden, wie es exemplarisch in Psalm 85 ausgedrückt ist:

... dass Güte und Treue einander begegnen,
Gerechtigkeit und Friede sich küssen;
dass Treue auf der Erde wachse
und Gerechtigkeit vom Himmel schaue;
dass uns auch der HERR Gutes tue
und unser Land seine Frucht gebe;
dass Gerechtigkeit vor ihm her gehe
und seinen Schritten folge.
(Psalm 85,11-14)

Mit der Seligpreisung der „Friedensmacher“ (Matthäus 5,9) und der Seligpreisung derer, die „hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit“ (Matthäus 5,6) in der Bergpredigt verknüpft auch Jesus die Themen Gerechtigkeit und Frieden. Oft ist es Sache der Propheten, für die Belange der schwächsten, am stärksten benachteiligten Glieder des Gemeinwesens, Witwen, Waisen und Fremdlinge, einzutreten. Gelegentlich nehmen es starke Frauen wie Ruth oder Thamar (Genesis 38) aber auch selbst in die Hand, sich Recht zu verschaffen.

Einhegung der Macht

Zu den Grundpfeilern moderner Demokratien gehört das Prinzip der Gewaltenteilung. Dieses Prinzip gibt es in antiken Königreichen nicht. Dort fungiert der König als Garant des Rechts (oder auch nicht). Als König David einen Auftragsmord an einem seiner Soldaten befiehlt (2.Samuel 11,14-15), um dessen Frau seinem Harem einzuverleiben, tritt ihm anschließend Nathan mutig entgegen und überführt ihn seiner Schuld. Ebenso tritt Elia König Ahab entgegen, der Nabot ermorden ließ, um seinen Weinberg zu rauben und macht das Verbrechen öffentlich (1.Könige 21). Kirche, die doch so gern am Katzentisch der Macht Platz nimmt, hat das „prophetische Wächteramt“ immer wieder für sich reklamiert, doch scheint hier Zurückhaltung geboten: (Individueller) prophetischer Widerstand richtete sich stets gleichermaßen gegen die Willkür der Mächtigen wie gegen die Zumutungen institutionalisierter Religion.

„Darum, weil ihr die Armen unterdrückt und nehmt von ihnen hohe Abgaben an Korn, so sollt ihr in den Häusern nicht wohnen, die ihr von Quadersteinen gebaut habt, und den Wein nicht

trinken, den ihr in den feinen Weinbergen gepflanzt habt. Denn ich kenne eure Freveltaten, die so viel sind, und eure Sünden, die so groß sind, wie ihr die Gerechten bedrängt und Bestechungsgeld nehmt und die Armen im Tor [dem Ort der Rechtsprechung] unterdrückt. Darum muss der Kluge zu dieser Zeit schweigen; denn es ist eine böse Zeit. ... Ich bin euren Feiertagen gram und verachte sie und mag eure Versammlungen nicht riechen. Und wenn ihr mir auch Brandopfer und



„Wo du hingehst, da will ich auch hingehen; wo du bleibst, da bleibe ich auch. Dein Volk ist mein Volk, und dein Gott ist mein Gott. Wo du stirbst, da sterbe ich auch, da will ich auch begraben werden.“ – Ruth 1, 16b–17a

Speisopfer opfert, so habe ich kein Gefallen daran und mag auch eure fetten Dankopfer nicht ansehen. Tu weg von mir das Geplär deiner Lieder; denn ich mag dein Harfenspiel nicht hören! Es ströme aber das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach.“ (Amos 5, 11–13. 21–24).

Politische Auftragsmorde kommen natürlich auch in modernen Demokratien vor, etwa wenn der US-Präsident zur Sicherung seiner Wiederwahl die Tötung eines „Top-Terroristen“ anordnet. Warum während des Münchner NSU-Prozesses bereits drei wichtige Zeugen verstorben sind, ist bislang ungeklärt. Wo die Justiz an ihre Grenzen stößt, wäre es in der Tat Sache weiterer Gewalten, der Medien oder eben der Kirchen, zumindest Öffentlichkeit herzustellen.

Ethnische Homogenität vs. Pluralität

(Auch) in der Bibel konkurriert das Konzept ethnischer Homogenität zur Sicherung eines stabilen Gemeinwesens mit dem Konzept von kultureller und ethnischer Vielfalt. Für das erste Konzept steht exemplarisch das Buch Nehemia, als fiktive Autobiografie Nehemias literarisch ein Höhepunkt, als nationalreligiöses Manifest theologisch ein Tiefpunkt biblischer Überlieferung. Nehemia, Vertriebenenkel in x-ter Generation, als Mundschenk am persischen Königshof in gehobener Vertrauensstellung, „kehrt“, ausgestattet mit königlichen Vollmachten, als religiöser Nationalist „heim“ nach Jerusalem. Dort, in der unbefestigten Stadt, die Nehemia noch nie gesehen hat, leben längst unterschiedliche Völker, Ammoniter, Horoniter, Araber und Juden, friedlich nebeneinander. Heimlich, gegen den Willen der ortsansässigen Autoritäten, beginnt Nehemia, zunächst mit dem Mauerbau und anschließend mit ethnischen Säuberungen.

„Und als ich nach Jerusalem kam und drei Tage da gewesen war, machte ich mich in der Nacht

auf und wenige Männer mit mir ... und forschte genau, wo die Mauern Jerusalems eingerissen waren und die Tore vom Feuer verzehrt. ... Und die Ratsherren wussten nicht, wohin ich gegangen war und was ich gemacht hatte; denn ich hatte bis dahin den Juden, nämlich den Priestern, den Vornehmen und den Ratsherren und den andern, die am Werk arbeiten sollten, nichts gesagt. ... Als das [den geplanten Mauerbau] aber Sanballat, der Horoniter, und Tobija, der ammonitische Knecht, und Geschem, der Araber, hörten, verspotteten und verhöhnten sie uns und sprachen: Was ist das, was ihr da macht? Wollt ihr von dem König abfallen? Da antwortete ich ihnen: Der Gott des Himmels wird es uns gelingen lassen; denn wir, seine Knechte, haben uns aufgemacht und bauen wieder auf. Für euch gibt es keinen Anteil, kein Anrecht noch Gedenken in Jerusalem.“ (Nehemia 2, 11–20)

„Zu dieser Zeit sah ich auch Juden, die sich Frauen genommen hatten aus Aschdod, Ammon und Moab. ... Und ich schalt sie und fluchte ihnen und schlug einige Männer und packte sie bei den Haaren und beschwor sie bei Gott: Ihr sollt eure Töchter nicht ihren Söhnen geben noch ihre Töchter für eure Söhne oder euch selbst nehmen. So reinigte ich sie von allem Ausländischen.“ (Nehemia 13, 23. 25. 30)

Die Bibel setzt diesem Konzept das aus der gleichen Zeit stammende Buch Ruth entgegen: Die Moabiterin Ruth folgt ihrer jüdischen Schwiegermutter nach Israel und sucht sich dort unter den männlichen Verwandten einen Ernährer. So wird sie zur Urgroßmutter des großen Königs David, dem König Israels schlechthin. Der Evangelist Matthäus führt sie und weitere Ausländerinnen in seinem Stammbaum als Ahnfrauen Jesu – nicht als biografische Randnotiz, sondern als Teil eines geschichtstheologischen Programms (Matthäus 1).

„Da zwangen die Ägypter die Israeliten unbarmherzig zum Dienst und machten ihnen ihr Leben sauer mit schwerer Arbeit in Ton und Ziegeln und mit mancherlei Frondienst auf dem Felde, mit all ihrer Arbeit, die sie ihnen auflegten ohne Erbarmen.“ – Exodus 1, 11–14



Wählen und Losen

Freie und geheime Wahlen sind ein weiterer Grundpfeiler moderner Demokratien. Gewählt wird gelegentlich auch in biblischer Zeit, etwa wenn das Volk Abimelech zum König ernennt (Richter 9) oder der designierte König zumindest der Akklamation des Volkes bedarf (1.Samuel 10 mit vorausgehender Grundsatzkritik am Prinzip der Königsherrschaft in 1.Samuel 8). Selbstverständliches Mittel politischer Willensbildung sind Wahlen in biblischer

Zeit freilich nicht. Dafür kennt die Bibel, wie allgemein der Alte Orient und die Spätantike, noch ein weiteres, heute aus der Mode gekommenes, aber bedenkenwertes Instrument der Entscheidungsfindung: das Los.

Nach dem Tod des Judas wollte z.B. die Jerusalemer Urgemeinde den Zwölferkreis wieder vervollständigen. Dazu bestimmte man – nach konkreten Kriterien – zwei geeignete Kandidaten, die Entscheidung fiel dann aber nicht durch (offene oder geheime) Wahl, sondern durch Losentscheid.

„So muss nun einer von diesen Männern, die bei uns gewesen sind die ganze Zeit über, als der Herr Jesus unter uns ein- und ausgegangen ist ... mit uns Zeuge seiner Auferstehung werden. Und sie stellten zwei auf: Josef, genannt Barsabbas, mit dem Beinamen Justus, und Matthias, ... Und sie warfen das Los über sie und das Los fiel auf Matthias; und er wurde zugeordnet zu den elf Aposteln.“ (Apostelgeschichte 1, 21–26)

Gerade bei Personalentscheidungen hat dieses Verfahren große Vorteile. Das Vorhandensein mehrerer geeigneter Kandidaten vorausgesetzt, ist die Entscheidung im Idealfall nicht von persönlichen Befindlichkeiten, Vorlieben oder machtpolitischen Konstellationen abhängig. Es gibt keine Verlierer, die durch ein niederschmetterndes Ergebnis für weitere Aufgaben „verbrannt“ wären. Fähige Kandidaten stehen dann für andere Aufgaben zur Verfügung, persönliche Verletzungen halten sich in Grenzen. Die koptische Kirche praktiziert das Verfahren bis heute bei der Papstwahl, offensichtlich, weil es sich bewährt hat.

Autor: Uwe-Karsten Plisch

„MULTIKULTI“ – PROBLEM ODER CHANCE?

Gedanken zur einem Miteinander in der sog. „multikulturellen“ Gesellschaft

Die Unausweichlichkeit der Begegnung mit dem Fremden

„Multikulti ist gescheitert“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel, 2010)

„Multikulti funktioniert nicht“ (Ministerpräsident Stanislaw Tillich, 2015)

„Die gehören nicht zu uns“ (derzeitige alltägliche Formulierung auf den Straßen und in den digitalen Netzwerken)

„Die wollen wir hier nicht haben“ (derzeitige alltägliche Formulierung auf den Straßen und in den digitalen Netzwerken)

Diese Zitate suggerieren, dass etwas nicht möglich zu sein scheint. „Multikulti“ – das gelingende Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Biografien, mit Migrationsgeschichten in der Familie, unterschiedlicher Religion, Hautpigmentierung oder ... – die unterstellten Gründe sind vielfältig. Damit einhergehend ist derzeit eine Unsicherheit im Umgang mit Fremden, Zugezogenen aus anderen Teilen der Welt, zu erleben. Für die Region Sachsen gilt dabei insbesondere, dass die Begegnung mit Menschen mit migrationsbeeinflussten Biografien bislang selten stattfand. Zu gering ist deren Anteil an der Bevölkerung. Ein wenig zugespitzt formuliert bedeutet dies, dass die Migrations- und Fluchtbewegungen der letzten Monate für viele auch bedeuten, dass Fremde nicht mehr nur in Form von Durian oder Nangka am Gemüsestand zu finden sind oder in Fernsehdokumentationen über Traditionen in anderen Regionen der Erde vorkommen. Plötzlich kann ich das Fremde nicht mehr einfach wegschalten oder eben liegen lassen. Das Fremde bleibt da, die fremden Menschen begegnen mir auf der Straße, in unmittelbarer Nachbarschaft und prägen derzeit noch dazu die Alltagspolitik und ggf. das neue Miteinander im Quartier. Ich muss mich damit auseinandersetzen, denn ich begegne dem Fremden. Und die Gesellschaft differenziert sich aufgrund dieser Entwicklung funktional, es wird notwendig, „dass jeder autonome Akteur in unterschiedlichen Teilkulturen ‚zu Hause‘ sein muss, will er kommunikationsfähig bleiben“ (Herv. i. O.; Schäffter 1997, S. 95). Die Anzahl an Situationen von Begegnungen steigt und sorgt dafür, dass Fremde „statt räumlich außerhalb des eigenen Lebenshorizontes nun immer häufiger und vielfältiger auch innerhalb zu finden“ sind (Kurzke 2008, S. 6). Dabei ist es möglich, dass Orientierungs-

probleme im eigentlichen bislang bekannten und gewohnten sozialen Umfeld entstehen (vgl. Führung, S. 5f.), die in abwehrendem Verhalten gipfeln können. Es wird daher notwendig, sich mit der Kategorie des Fremden näher auseinanderzusetzen.

Wie entsteht „Fremdsein“?

Die Kategorie Fremdes entsteht immer aus einer subjektiven Perspektive. Dabei liegt jeder Lebensform, Lebenswelt oder Lebensführung eine Ordnung zugrunde. Dies bedeutet, dass eine Begegnung mit dem Fremden immer auch eine Begegnung der eigenen Ordnung mit einer anderen Ordnung ist, die daher immer auch anders sein kann (Waldenfels 1991, S. 17). Somit kann jede Wirklichkeitsordnung nur für eine einzelne Person oder Gruppe Gültigkeit haben und es entsteht zugleich eine Unterscheidung dieser Wirklichkeitskategorien mit denen (einer) anderer Person(en) oder Gruppe(n) (vgl. Reuter 2002, S. 25f.).

Und genau dieses Erleben und Erfahren von unterschiedlichen Ordnungen zieht Reaktionen nach sich, für welche Reuter Kategorien der Erfahrung des Fremden skizziert hat, von denen ich einzelne herausgreifen möchte:

Alltägliche Interaktion: Fremdheit als Beziehung

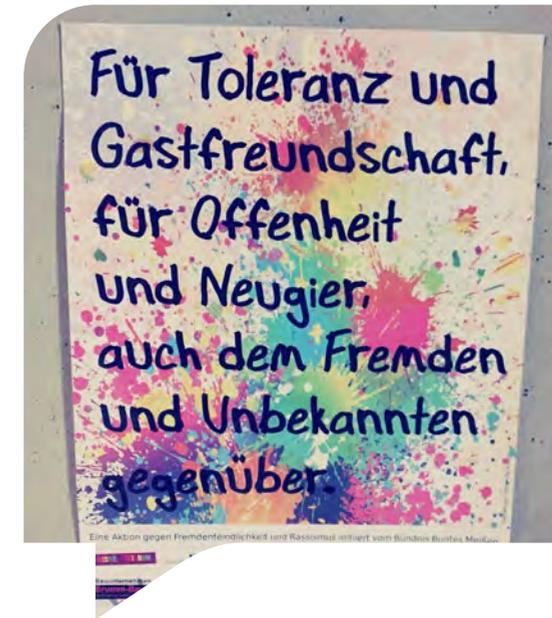
Eine Bewertung von der Relation des Fremden zum Eigenen kann erst nach einer tatsächlich stattgefundenen Interaktion zwischen dem Fremden und dem Eigenen erfolgen. „Indem wir etwas als fremd bezeichnen, machen wir deutlich, wie wir unsere Welt um uns herum ordnen und strukturieren, welchen Platz wir uns selbst in ihr geben und welchen Platz wir unseren Mitmenschen zugestehen“ (ebd. 2002, S. 27). Es handelt sich hier nach Reuter um eine soziale Beziehung mit Wechselwirkung. Im Umkehrschluss bedeutet dies auch, dass die Einordnung in die Kategorie Fremdheit nicht vorgenommen wird, wenn das Fremde auch nicht mehr als fremd behandelt wird (vgl. ebd. 2002, S. 31; S. 36).

Das wichtigste Wort in diesem Abschnitt ist „zugestehen“. Unsere gesetzlichen Grundlagen vom Grundgesetz bis zu den internationalen Menschenrechten ebenso wie die christlichen Gebote bieten keinen Ansatz dafür, dass Menschen unterschiedliche Rechte in der BRD haben. In genau diesem Kontext müssen wir allen Menschen das gleiche Recht zugestehen. Zunehmende Begegnung kann sehr hilfreich dabei sein, den Charakter des Fremden zu nehmen und die andere Person anders sein zu lassen und dieses Anderssein auch auszuhalten. Vor dieser notwendigen Leistung steht auch immer die jeweils andere Person.

Alltägliche Konstruktion: Fremdheit als Zuschreibung

Fremd kann mein Gegenüber für mich immer nur infolge meiner Einschätzungen und Beobachtungen sein. Diese Kategorisierung ist aus der Perspektive der beobachtenden Person

nicht mehr als eine Konstruktion, durch die Orientierung und Ordnung möglich wird. Aber: diese bilden keinesfalls die Wirklichkeit ab. Deutlich wird dabei, dass Zuschreibungen und Etikettierungen des Fremden primär nach den wahrgenommenen Merkmalen des Fremden stattfinden. Gleichzeitig werden weitere, unpassende Eigenschaften bei der Einordnung übergangen, ignoriert oder angepasst (vgl. ebd., S. 34f.). Es entsteht ein „wishful thinking“ (Todorov 1985, S. 44). Die somit zugeschriebene Differenz kann daher nicht mehr als ein Sammelsurium von Stereotypen sein und ermöglicht es aus der betrachtenden Perspektive, mit Irritation umzugehen. Durch diese Transformation entsteht eine Einordnung in eine mir vertraute Kategorie und die empfundene „Unordnung“ ist aufgehoben (vgl. Reuter 2002, S. 40).



Bei diesem Zugang kristallisiert sich heraus, dass Menschen einen Drang nach Ordnung haben. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Daraus resultiert die Aufgabe, mittels gesellschaftspolitischer ebenso wie schulischer und beruflicher Bildung sowie Transkulturellen Lernens etc. an allen Orten der informellen und formellen Bildung jede Generation für diese zwischenmenschliche Herausforderung zu sensibilisieren. Somit wird hier auch den kirchlichen Werken und Diensten eine zentrale Verantwortung zuteil.

Alltägliche Etikettierung: Fremdheit als Chiffre der Macht

Durch die Betrachtung des Eigenen als „normal“ eröffnet sich auch die Möglichkeit, vom Eigenen abweichendes nicht nur als fremd zu bewerten. Mittels Stigmatisierungen ist es ein Leichtes, dieses als „anormal“ einzustufen, Unterscheidungen zwischen In- und Outgroup vorzunehmen und letztlich eine stete Bestätigung einer vermeintlichen eigenen Höherwertigkeit gegenüber dem Fremden zu erhalten. Der mögliche weitere Weg von dieser Abwertung hin zum Ausschluss von Zugängen zu Macht, Ressourcen, Wissen, etc. ist offensichtlich (vgl. ebd., S. 50ff.).

Damit wird ein Bereich des Handelns erreicht, der weniger unbewusst, sondern vor allem bewusst gesteuert ist. Ausgrenzungen, Benachteiligungen, Stereotypisierungen oder Diffamierungen sind Ergebnis einer aktiven Entscheidung/Handlung und berühren auch die Merkmale von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

„Multikulturelle“ Gesellschaft

In der Wissenschaft wird die deutsche Gesellschaft schon lange als eine Gesellschaft definiert, die von Migrationsprozessen beeinflusst ist. Ein multikulturelles Zusammenleben in der Postmigrationsgesellschaft ist Alltag. Es wird nicht möglich sein, die Anwesenheit von etwas Fremdem auf die Auslagen in den Obstständen oder Fernsehdokumentationen zu beschränken. Dabei gilt es stets, das Miteinander, die gemeinsamen Werte und den Gestaltungsprozess auszuhandeln. Den Rahmen hierfür bilden die bereits benannten gesetzlichen Grundlagen. Es ist ein unaufhörlicher Prozess, der durch den steten Wandel nicht nur in einer von Veränderungen in der Lebens- und Arbeitswelt und durch die Globalisierung geprägten Gesellschaft erforderlich wird, sondern eben auch durch das Hinzu- und Wegziehen von Menschen. Vor diesem Hintergrund sind die zu Beginn aufgeführten Zitate sachlich nicht richtig (ganz abgesehen davon, dass jeweils eine Begründung ausgeblieben ist, anhand welcher Fakten diese generalisierende Feststellung zu treffen sei), denn das Gestalten des Miteinanders findet statt, Tag für Tag. Es ist kein abgeschlossener Prozess. Gescheitert sein können lediglich bestimmte Entwicklungen, Entscheidungen oder Facetten dieses Prozesses und es entsteht der gesamtgesellschaftliche Auftrag, dieses Scheitern zukünftig durch andere Herangehensweisen zu vermeiden. Und hierfür gilt, dass ein Aufstellen und Verbreiten von gemeinsamen Werten und Normvorstellungen voraussetzt, dass die anderen dem Eigenen gleichgestellt sind (vgl. Kurzke 2009, nach Todorov 1985, S. 201). „*Es ist und bleibt eine Herausforderung, gleichberechtigte Partizipation und tolerante Kommunikation zwischen Angehörigen verschiedener Gesellschaften oder Personen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen in einer einzelnen Gesellschaft zu ermöglichen*“ (Kurzke 2011).

Abschließend gilt es zu betonen, dass vor diesem skizzierten Prozess der notwendigen Transferleistung alle Beteiligten stehen, also auch die Menschen, die nach Deutschland kommen. Für die zu uns Kommenden sind „wir“ zunächst vor allem auch erst einmal Fremde. Aber genau darin liegen das Potential und die Chance für das Miteinander. Und ChristInnen und Kirchgemeinden können dabei einen wesentlichen Beitrag auf der Grundlage der Bibel ermöglichen, in dem sie Begegnungssituationen schaffen und für das Miteinander eintreten.

Autor: Christian Kurzke

Literatur

- ▶ Führung, Gisela (o. A.): Globales Lernen. Arbeitsblätter für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Deutscher Entwicklungsdienst. Bonn.
- ▶ Kurzke, Christian (2008): Fremdheitserfahrung und Fremdverstehen. Schlussfolgerungen für das Interkulturelle Lernen. Saarbrücken.

- ▶ Kurzke, Christian (2009): Fremd? Anders? Gleich? Anmerkungen zur Interkulturellen Pädagogik. In: Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (Hrsg.) 2009: Online-JugendStile.
http://www.ev-akademie-meissen.de/fileadmin/studienbereich/Jugend/texte/Veroeffentlichungen/Anmerkungen_zur_Interkulturellen_Paedagogik.pdf, zuletzt eingesehen 24.02.2016
- ▶ Kurzke, Christian (2011): Der Drang nach Ordnung oder von der Schwierigkeit der Normalität des Fremden. Gedanken zur Interkulturellen Pädagogik. In: Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung 2011: Zusammen sind wir 82 Millionen. Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft. Jahrbuch 2011. Berlin. S. 68 – 76.
- ▶ Reuter, Julia (2002): Ordnungen des Anderen: zum Problem des Eigenen in der Soziologie des Fremden. Bielefeld.
- ▶ Sächsische Zeitung (2015): Multikulti funktioniert nicht. 17.10.2015
<http://www.sz-online.de/sachsen/multikulti-funktioniert-nicht-3226612.html>, zuletzt eingesehen 25.02.2015
- ▶ Schäffter, Ortfried (1997): Das Fremde als Lernanlass: Interkulturelle Kompetenz und die Angst vor Identitätsverlust. In: Brödel, Rainer (Hrsg.): Erwachsenenbildung in der Moderne: Diagnosen, Ansätze, Konsequenzen. S. 91 – 129.
- ▶ Spiegel online (2010): Integration: Merkel erklärt Multikulti für gescheitert.
<http://www.sz-online.de/sachsen/multikulti-funktioniert-nicht-3226612.html>, zuletzt eingesehen 25.02.2015
- ▶ Todorov, Tzvetan (1985): Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen. Frankfurt/Main.
- ▶ Waldenfels, Bernhard (1991): Der Stachel des Fremden. Frankfurt/Main.



NEONAZISMUS UND RECHTS- POPULISMUS (WISSEN)

2

DIE VOLKSGEMEINSCHAFT ALS EINIGENDE IDEOLOGIE

In Deutschland und ganz besonders im Freistaat Sachsen ist eine erschreckend hohe Zahl an Einzelpersonen, Gruppen und Initiativen bis hin zu politischen Parteien aktiv, für deren Verortung im politischen Spektrum Adjektive wie neonazistisch, rechts oder rechtsextrem, menschenverachtend, rechtspopulistisch oder -radikal, terroristisch oder rassistisch gebraucht werden. Mitunter verbergen sich solche Tendenzen auch hinter beschönigenden Ausdrücken wie „asylkritisch“ oder gar „besorgt“. Nicht nur die Labels dieser Organisationen und Zusammenschlüsse sind vielfältig, auch die personelle Zusammensetzung und Aktionsformen sind es.

Die einen werden gewalttätig. Sie greifen MigrantInnen, FlüchtlingshelferInnen, politisch anders Denkende oder GewerkschafterInnen tätlich an und zielen dabei auf deren Tod oder physische Verletzungen ab. Andere wählen das Mittel der Einschüchterung und versuchen, durch „zivilen Ungehorsam“ wie Blockaden oder Sachbeschädigungen und Schmierereien an Hausfassaden den Einzug von Flüchtlingen in Unterkünfte zu verhindern. Sie heizen die Stimmung durch Demonstrationen, oder die Gründung so genannter Bürgerwehren an und schreiben vielfach giftige und hetzerische Kommentare in sozialen Medien. Wieder andere versuchen als Partei im parlamentarischen Alltag Rassismus, Nationalismus und andere Formen menschenverachtender Ideologien salonfähig zu machen.

Die Unterschiede sind also groß. Dennoch lassen sich zentrale Gemeinsamkeiten benennen. Egal ob AfD oder Freie Kameradschaft Dresden, ob DIE RECHTE oder eine Bürgerwehr, die unter Terrorverdacht stehende Gruppe „Old School Society“ aus Borna oder Vertreter der Neuen Rechten, egal ob PEGIDA, Die Identitären oder Völkische Siedler – die politischen Ziele des rechten Rands zielen immer auf das „deutsche Volk“, auf „die Volksgemeinschaft“ oder andere völkische Ideen ab.

Die Idee der „Volksgemeinschaft“

Man definiert sich selbst über Deutsch-Sein, phantasiert sich je nach Zusammenschluss eine gemeinsame kulturelle und ethnisch-biologische Herkunft. Ungeachtet aller Widersprüche, die dieses Denken angesichts der europäischen Nationalstaats- und Religionsgeschichte, der innerdeutschen und -europäischen kulturellen Vielfalt hervorrufen, wird die Zugehörigkeit zum „Volk“ wahlweise über Abstammung, Sprache und Historie konstruiert. Imaginiert wird eine homogene Menschengruppe, deren vermeintlich gemeinsame

Charaktereigenschaften, Kultur, Geschichte und Aussehen wiederholt in Bildern, Broschüren und Webbeiträgen inszeniert wird.

Tatsächlich allerdings waren Deutschland und Europa nie etwas anderes als multietnische und multikulturelle Gebilde, Konstrukte aus tausend Dingen, Sprachen, Religionen und Traditionen. Die Vorstellung, dass es so etwas wie eine geschlossene Nation, ein einheitliches Volk gäbe, verbreitete sich erst im 18. Jahrhundert. Das so konstruierte „Wir“ bildet die Voraussetzung für Feindbilder der „Anderen“ und führte zu viel Leid und Elend, bis hin zu zwei Weltkriegen. Dennoch scheint der Irrglaube des homogenen einen Volkes nicht überwunden zu sein.



Tatsächlich allerdings waren Deutschland und Europa nie etwas anderes als multietnische und multikulturelle Gebilde, Konstrukte aus tausend Dingen, Sprachen, Religionen und Traditionen. Die Vorstellung, dass es so etwas wie eine geschlossene Nation, ein einheitliches Volk gäbe, verbreitete sich erst im 18. Jahrhundert.

„Volkstod durch Multikulti“

Seit 2006 etwa machten neonazistische Gruppen wie die „Spreelichter“ mit der so genannten Volkstod-Kampagne auf sich aufmerksam. Sie griffen die Diskussionen um den demographischen Wandel auf und stellten dem Tod des „deutschen Volkes“ das Ideal einer Volksgemeinschaft gegenüber, deren Konzept aus dem Nationalsozialismus bekannt ist. Oftmals wird die völkische Zielstellung als Kritik am so genannten Multikulturalismus getarnt. Bei der AfD klingt das folgendermaßen: „Die von den Altparteien bewusst herbeigeführte oder zumindest geduldete Multikulturalisierung [...] gefährdet die staatliche Einheit. Wir setzen uns dagegen für die kulturelle und ethnische Kontinuität unseres Volkes und aller Völker weltweit ein.“^[1]

Auch die NPD wartete in den vergangenen Jahrzehnten mit völkischen Ideen in Parteiprogrammen und Äußerungen auf. Auf Wahlplakaten und in Broschüren, die Kindergeld, Soziales oder Familienpolitik zum Thema hatten, forderten sie mehr Sozialhilfe oder Müttergehalt für deutsche Mütter, Schutz für deutsche Kinder und nutzten dabei altbekannte und gefährliche Vorstellungen von dem, was vermeintlich „deutsch“ sei. Zu sehen waren meist hellblonde, hellhäutige Kinder und Frauen.

Das „völkische Moment“ durchzieht fast alle Themengebiete, die von diesen Organisationen bearbeitet werden. Der Zuzug von Flüchtlingen wird weniger als soziale und kulturelle Herausforderung betrachtet denn als genuine Bedrohung „des Volkes“. Geschlechtergerechtigkeit und Gender Mainstreaming werden verteufelt, da klassische Geschlechterbilder aufgebro-

chen werden, was unter anderem – so die Befürchtungen – dazu führe, dass deutsche Frauen den Herd gegen Lohnarbeit und Selbstständigkeit eintauschen. Das wiederum bedeute weniger Kinder. Umweltpolitische Schriften der NPD drehten sich gar um den Schutz des deutschen Waldes und der deutschen Luft. Die Verlautbarungen auf den PEGIDA-Aufmärschen seit Ende 2013 haben zudem immer wieder gezeigt: Völkisches Denken ist dadurch gekennzeichnet, das „deutsche Volk“ gegen alle, die es bedrohen, verteidigen zu müssen. Gehetzt wurde gegen Geflüchtete und andere MigrantInnen, gegen die Presse, die Regierungen und PolitikerInnen, andere Staaten, politisch anders Denkende, Homosexuelle und Punker. Kurz: alle Menschen, die nicht ins eigene völkische Weltbild passen.

Gefährliche Implikationen

Eine kritische Auseinandersetzung mit rechten Organisationen und Positionen sollte also im Hinterkopf behalten, dass es diesen nicht nur um Fremdenfeindlichkeit, rassistisch aufgeladene Kriminalitätsfurcht, diffuse Abstiegsängste, Furcht vor zu viel Veränderung oder Demokratieverdrossenheit geht. Und schon gar nicht um mehr Demokratie durch Volksentscheide. Mit „dem Völkischen“ schreibt sich eine alte nationalistisch-rassistische Idee ein, die klare politische Zielstellungen beinhaltet. Diese besteht darin, ein Land zu schaffen, welches durch eine homogene Gemeinschaft gekennzeichnet ist, die sich durch bestimmte äußere Merkmale und Charaktereigenschaften auszeichnet, gleiche Traditionen und kulturelle Werte vertritt und in der alle das gleiche Ziel und ein ähnlichen Lebensstil pflegen. Die Gemeinschaft ist in dieser reaktionären Deutung wichtiger als das Individuum. Es handelt sich um eine Welt, in der alles Abweichende, der Gemeinschaft nicht nützliche, eliminiert oder ausgestoßen werden soll.

Gegenmodell offene Gesellschaft

Die Idee der Volksgemeinschaft ist damit so etwas wie das Gegenmodell zur offenen, demokratischen, pluralistischen Gesellschaft. Diese ist anstrengend, aber auch spannend, veränderbar und gerecht, denn sie ist von ständigen Aushandlungs- und Konfliktlösungsprozessen gezeichnet. Ihre Mitglieder sind Individuen mit unterschiedlichen Lebensstilen und Glücksvorstellungen, die trotzdem auf eine Wertebasis bauen, die aus Menschenwürde und Gerechtigkeit besteht. Davor fürchten sich die braunen Köpfe in Stadt und Land offenbar tatsächlich.

Autorin: Susanne Feustel

^[1] www.afd-nem.de/grundsatzprogramm, Zugriff am 10.2.2016

BRAUNES SACHSEN: NEONAZISTISCHE PARTEIEN UND RECHTE BEWEGUNGEN IN SACHSEN

Einen Beitrag über neonazistische Parteien und rechte Bewegungen in Sachsen in der aktuellen Zeit zu schreiben erscheint als hoffnungsloses Unterfangen: die Organisationsformen und ProtagonistInnen sind entgegen ihrer Ideologie sehr heterogen. Um das Themenfeld in angemessener Ausführlichkeit darzustellen reicht weder ein Artikel noch eine Broschüre. Aus diesem Grund fokussiert der Artikel auf Wesentliches und muss somit unvollständig bleiben.

Im Jahr 2000 behauptete der damalige sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, von vielen EinwohnerInnen als „König Kurt“ bezeichnet, dass die Sachsen „immun gegen Rechtsextremismus“ seien. Dies war damals falsch und ist es heute noch. Vielmehr konnte sich, u. a. aufgrund der Landesregierungspolitik, in Sachsen jahrelang eine neonazistische Szene aufbauen und menschenverachtendes Gedankengut verbreiten.

Die Statistik der Opferberatung der RAA Sachsen e. V., einer Beratungsstelle für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt, wies für das Jahr 2012 155 und für das Jahr 2013 223 Angriffe auf. Im Jahr 2015 zählten die BeraterInnen 477 Angriffe. Damit hat die Anzahl der Übergriffe, die der RAA Sachsen gemeldet wurden, in den letzten Jahren nicht nur kontinuierlich zugenommen, sie hat sich innerhalb von drei Jahren verdoppelt, wie die vom Verein herausgegebenen Statistiken zeigen.

Neonazistische Parteien

Aktuell gibt es in Sachsen drei neonazistische Parteien: die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD), DIE RECHTE und der III. Weg. Die NPD existiert schon seit 1964, die beiden anderen Parteien sind erst vor wenigen Jahren entstanden. Allen dreien ist gemeinsam, dass sie Sachsen als wichtigen Pfeiler ihrer Parteistruktur ansehen oder aufbauen wollen.

Die **NPD** expandierte kurz nach der Wende in die neuen Bundesländer. Bundesweit hat sie derzeit mehr als 5.000 Mitglieder, in Sachsen ca. 600.

Der Partei gelang es zweimal in den sächsischen Landtag einzuziehen. 2004 erreichte sie mit 9,2 % ihr bestes Landtagsergebnis in Sachsen bisher und lag damit nur kurz hinter der

SPD. 2009 erreichte sie noch 5,6 %. Bei der letzten Landtagswahl 2014 verpasste sie mit 4,9 % knapp den Einzug in das Landesparlament.

Die gescheiterte Landtagsbeteiligung bescherte der NPD innerparteiliche Querelen und vergrößerte schon vorhandene finanziellen Probleme. Dennoch hat sich die NPD als Partei und Problem damit nicht erledigt: Bei der letzten Landtagswahl wählten in Sachsen immer noch 81.051 Personen die NPD. Auf kommunaler Ebene ist sie in einigen Gegenden stark verankert und gut vernetzt (z. B. Stefan Hartung in der Region Schneeberg). Die NPD besetzt eine nicht unerhebliche Zahl (61) von Sitzen in Stadt- und Gemeindevertretungen und verfügt über eine flächendeckende Struktur durch Kreisverbände.

Gefährlich ist nicht nur die parlamentarische Arbeit der NPD, sondern die politische Vorfelddarbeit, die sie leistet. So ist z. B. zu beobachten, dass NPD-FunktionärInnen massiv lokale Anti-Asyl-Initiativen und Proteste unterstützten (z. B. durch RednerInnen und OrdnerInnen) oder selbst initiieren.

Inhaltlich steht die NPD mit ihrem aktuellen Parteiprogramm von 2010 mit dem Titel „Arbeit. Familie. Vaterland“ für einen völkischen Nationalismus. Wesentliche Elemente des Programms propagieren ein rückwärtsgewandtes Weltbild, das z. B. MigrantInnen und Frauen nicht als gleichberechtigte BürgerInnen anerkennt. So werden Frauen auf die Rolle der Hausfrau und Mutter reduziert, um die „deutsche Familie“ zu „schützen“. Alle Sozial- und Unterstützungsleistungen sollen nur „Deutschen“ zugute kommen. Auch außenpolitisch setzt die NPD auf Isolation und stellt sich gegen EU und NATO. Den Tag der Befreiung am 08. Mai 1945 bezeichnet die NPD als „Niederlage und Besatzung“.



Eine große Rolle innerhalb der NPD spielen die Jungen Nationaldemokraten (JN). Die JN treten wesentlich aktivistischer und aggressiver als die älteren Parteimitglieder auf. Aus diesem Grund versammeln sich hier die eher aktions- und erlebnisorientierten jungen Männer.

Ein wichtiges Medium der NPD ist die „Deutsche Stimme“, die einen Verlag mit Druckerei in Riesa sowie ein umfangreiches Onlineangebot umfasst. Die namensgleiche Zeitung erscheint monatlich. 2013 wurden Teile der Veröffentlichungen von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BpJM) indiziert, u. a. da in den Darstellungen der Nationalsozialismus verharmlost wurde.

Exkurs: NPD-Verbot

Parteien können nach Art. 21 GG verboten werden, wenn sie „nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland [zu] gefährden“. Historisch ist das Mittel des Parteiverbotes nur zweimal (1952 SRP und 1956 KPD) angewendet worden.

2001 reichte die Bundesregierung unter Gerhard Schröder einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht ein um die NPD als verfassungsfeindliche Partei verbieten zu lassen. Dieser Antrag scheiterte 2003 aus Verfahrensgründen, da V-Leute des Verfassungsschutzes in der Führungsebene der Partei tätig waren.

Die Bundesländer haben 2013 einen neuen Verbotsantrag eingereicht. Dessen Verhandlung beginnt im März 2016.

BefürworterInnen eines Parteiverbotes machen oftmals finanzielle Argumente geltend: durch das Verbot der NPD kann sie keine Gelder aus staatlicher Parteienfinanzierung mehr erhalten. GegnerInnen eines Parteiverbotes bezweifeln die erhoffte Wirkung, denn es gibt neben der NPD weitere Parteien und Organisationen, die ehemaligen Mitgliedern Schutz und einen Organisationsrahmen bieten können. NPD-Mitglieder sind nicht nur über ihre Parteistruktur, sondern auch über Freundschaften, subkulturelle Interessen und andere Organisationen miteinander vernetzt.

Grundlegend stellt sich die Frage, ob ein Parteiverbot ein adäquates Mittel einer Demokratie ist. Ein viel wichtigerer Punkt ist die Auseinandersetzung mit den Inhalten und gesellschaftliche Anknüpfungspunkten der Partei. Ein Verbot wäre aber kontraproduktiv, wenn es vor allem dazu dienen soll, diese mühsame inhaltliche Auseinandersetzung zu ersparen.

Der **III. Weg** wurde 2013 in Heidelberg gegründet. Kurz darauf wurde der bayrische Stützpunkt eröffnet, welcher als Ersatzorganisation für das 2014 verbotene „Freie Netz Süd“ agierte. Die Aktivitäten des III. Weg breiteten sich recht schnell nach Sachsen aus, beschränken sich allerdings auf das Vogtland. Im Februar 2015 wurde ein Stützpunkt in Plauen errichtet. Mitglieder hat der III. Weg in Sachsen mehr als 40.

An einer Demonstration vom III. Weg am 01. Mai 2014 in Plauen beteiligten sich ca. 700 Personen. Damit fand in Plauen der größte Naziaufmarsch an diesem Tag bundesweit statt. Nachdem am 1. Mai 2015 im thüringischen Saalfeld ebenfalls ca. 700 Neonazis unterwegs waren soll der Aufmarsch zum 1. Mai 2016 wieder in Plauen stattfinden.

Die Teilnehmenden der Demonstrationen rekrutieren sich dabei vor allem aus aktivistischen-gewaltaffinen Kreisen. Das Auftreten der Partei auf Demonstrationen weist Ähnlichkeiten zum Nationalsozialismus auf. Die Teilnehmer laufen in fester Block-Formation, tragen Trommeln und Fahnen (v.a. schwarz-weiß-rote). Weiterhin sind sie in gleiche T-Shirts gekleidet, was einer Uniformierung gleich kommt.

Auch in der Symbolik wird eine Nähe zum Nationalsozialismus deutlich. Ein oft verwendetes Logo enthält Schwert, Hammer und Zahnrad, alles Symbole, welche bereits im Nationalsozialismus verwendet wurden.

Inhaltlich orientiert sich das 10-Punkte Programm am Parteiprogramm der NSDAP. Die Partei setzt sich für einen „deutschen Sozialismus“, „fernab von ausbeuterischem Kapitalismus wie gleichmacherischem Kommunismus“ [sic!] ein. Die aktuellen politischen Grenzen werden unter der Losung „Deutschland ist größer als die BRD“ nicht akzeptiert.

Mediale Aufmerksamkeit erfuhr die Partei durch die Veröffentlichung und Pflege einer Google-Maps-Karte, in welcher bestehende und geplante „Asylantenheime“ eingezeichnet wurden. Die Karte umfasst mittlerweile mehrere hundert Einträge und deckt komplett Deutschland ab. Zusätzlich veröffentlichte die Partei einen Leitfaden unter dem Titel „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft! Wie be- bzw. verhindere ich die Errichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft“. Der sogenannte Leitfaden strotzt vor Rassismus, indem er z.B. Asylsuchenden einzig ökonomische Motive unterstellt und von „Zigeunerclans aus Rumänien, Bulgarien und Albanien“ fabuliert. Asylsuchende werden als „kulturfremde“ wirtschaftliche Belastung betrachtet sowie mit Müll, Kriminalität und Wertminderung von Immobilien in Zusammenhang gebracht.

Es ist davon auszugehen, dass die Partei durch ihr Auftreten der Partei und ihre inhaltliche Ausrichtung weiter an Bedeutung gewinnen wird. Dabei ist nicht vordergründig relevant wie viele Mitglieder die Partei (in Sachsen) hat, sondern welche Themen sie setzen kann und ob ihr (weiterhin) die Organisierung eines relevanten Teiles der Neonaziszene gelingen wird.

Die Partei **DIE RECHTE** wurde 2012 v.a. von ehemaligen Mitgliedern der inzwischen mit der DVU fusionierten NPD gegründet. Wichtigster Kader ist der Hamburger Christian Worch. In und um Dortmund bot die Partei dem „Nationalen Widerstand Dortmund“ nach dessen Verbot 2012 Zuflucht.

Der sächsische Landesverband wurde im Oktober 2013 gegründet, ihm gehören aktuell ca. 10 Personen an. Ähnlich wie beim III. Weg ist allerdings nicht die Anzahl der Parteimitglieder wichtig, sondern vielmehr die Wirkung, welche die Partei auf die neonazistische Szene und darüber hinaus erzielt.



Die Partei setzt sich u. a. für eine „Wahrung der Identität“ durch ein „Zurückdrängen der Amerikanisierung“, „Aufhebung der Duldung von Ausländern“ und „Ausweisung krimineller Ausländer“ ein.

Wichtige ProtagonistInnen in Sachsen sind Alexander Kurth und Daniela Stamm. Letztere saß bis zu ihrem Übertritt in Die Rechte für die NPD im Bautzener Stadtrat. Vor Ort organisierte sie diverse Neonazidemonstrationen mit jeweils mehreren hundert Teilnehmenden gegen die Unterbringung von Asylsuchenden. Alexander Kurth wechselte ebenfalls von der NPD zu Die Rechte, nachdem er durch seinen Antritt zur Leipziger Stadtratswahl einen Skandal verursacht hatte. Eigentlich hätte er nicht antreten dürfen, da eine Verurteilung und Gefängnisstrafe noch nicht weit genug zurück lagen (Verlust des passiven Wahlrechts). Kurth ist mehrfach vorbestraft, u. a. wegen eines Überfalls auf den Sänger der Band „Die Prinzen“ im Jahr 2003, und verbüßte einen längeren Gefängnisaufenthalt.

Inhaltlich verortet sich die Partei selbst zwischen der NPD und den Pro-Bewegungen. In der Präambel zum Parteiprogramm bekennt sich die Rechte „vollinhaltlich und ohne jeden Vorbehalt zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verfasst ist. Die Verwirklichung der vom Grundgesetz vorgeschriebenen Verfassungsziele ist für die Partei DIE RECHTE oberstes Gebot.“ Es ist davon auszugehen, dass mit solchen Formulierungen das Verbot der Partei erschwert werden soll. Die Partei setzt sich u.a. für eine „Wahrung der Identität“ durch ein „Zurückdrängen der Amerikanisierung“, „Aufhebung der Duldung von Ausländern“ und „Ausweisung krimineller Ausländer“ ein.

Exkurs: Parteienfinanzierung

Parteien finanzieren sich in Deutschland in der Regel durch Mitgliedsbeiträge (19–28 Prozent), Spenden (7–35 Prozent), staatliche Zuwendungen (22–38 Prozent) und Mandatsabgaben (6–14 Prozent).

Staatliche Zuwendungen machen somit einen erhebliche Teil der Finanzierung von Parteien aus. Diese Zuschüsse generieren sich wiederum aus zwei Teilbereichen:

- ▶ 1 Euro (bis 4 Mio Stimmen, danach 0,83 Euro) für jede abgegebene Zweitstimme bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.
- ▶ 0,45 Euro pro Euro anderer Zuwendung (Mitgliedsbeiträge, Spenden, Mandatsabgaben).

Die NPD erhielt durch diese Regelung 2014 insgesamt 1.415.502,86 Euro vom Staat. Dennoch ist die NPD bereits über Jahre hinweg hoch verschuldet.

Kameradschaften und sonstige lose Zusammenschlüsse

Neben Parteien sind in Sachsen viele Kameradschaften und lose Zusammenschlüsse von Neonazis aktiv. Diese haben zwar meist einen informellen Charakter (keine Rechtsform o. ä.), dennoch in ihrer Organisation einen hierarchischen Aufbau. Bekanntestes Beispiel sind vermutlich die „Skinheads Sächsische Schweiz“, welche 2001 vom sächsischen Innenministerium verboten wurden. Ihre Mitglieder wollten rings um Pirna eine „national befreite Zone“ errichten, in welcher z. B. Linke und MigrantInnen nichts zu suchen haben. Dieses Ziel versuchten sie mit massiver Gewaltanwendung durchzusetzen.

Die Organisation in Kameradschaften umfasst meist eine ein- bis zweistellige Zahl von zu meist jüngeren Männern, die sich aufgrund politischer und/oder subkultureller Gemeinsamkeiten zusammenfinden. Einige Kameradschaften sind konspirativ organisiert, d. h. sie treten nicht in der Öffentlichkeit auf, andere hingegen organisieren z. B. öffentliche Veranstaltungen und treten als Gruppe nach außen auf.

Für diese Form der Organisation existierten (z. B. Aktionsbüro, Freies Netz) und existieren (z. B. Freie Kräfte) verschiedene Selbstbezeichnungen. Durch die Namen werden sowohl ein

geographischer Bezug hergestellt (z. B. *Freie Kräfte Dresden*), als auch oftmals politisch-organisatorische Standpunkte dargestellt. Das „frei“ steht in diesem Zusammenhang u. a. für eine Unabhängigkeit von Parteien.

Zahlen, wie viele Kameradschaften und sonstige lose Zusammenschlüsse und damit auch Personen aus diesem Spektrum es aktuell in Sachsen gibt, sind leider nicht verfügbar. Dadurch, dass sich einige Kameradschaften klandestin organisieren und nicht unter einem eigenen Namen in der Öffentlichkeit auftreten und andere nur kurze Zeit existieren, lassen sich dazu auch keine belastbaren Zahlen erheben.



Rassistische Initiativen und Zusammenschlüsse

Seit den rassistischen Protesten in Schneeberg Ende 2013/Anfang 2014 ist in Sachsen ein exzessives Anwachsen der Anzahl von rassistischen Initiativen und Zusammenschlüssen verschiedenster Art zu beobachten. Das bekannteste Beispiel dürfte PEGIDA und seine zahlreichen Ableger sein. Die Reden auf diesen Demonstrationen sind von Rassismus, Verschwörungstheorien und einfachen Freund-Feind-Kategorien durchzogen. Dies ist ebenso in Interviews von Teilnehmenden und auf den mitgeführten Transparenten (z. B. „Alibaba und die 40 Dealer: Ausweisung sofort“) zu sehen. Unverhohlen werden Gewaltfantasien (z. B. mit einem Galgen) dargestellt und auch in die Tat umgesetzt. So wurden am Rande von Demonstrationen von PEGIDA und deren Ablegern schon mehrfach GegendemonstrantInnen, JournalistInnen und MigrantInnen angegriffen.

In fast allen Städten Sachsens gibt es derzeit rassistische Initiativen, deren Aufrufen zu Demonstrationen teilweise auch mehrere hundert Menschen folgen. Die bekanntesten Beispiele sind Freital und Heidenau.

In Freital gingen im Sommer 2015 tagelang AnwohnerInnen und Neonazis gemeinsam gegen die Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung in der Stadt auf die Straße. Angriffe auf politische GegnerInnen und Asylsuchende waren an der Tagesordnung. Eine selbsternannte Bürgerwehr wollte in der Stadt für Ruhe und Ordnung sorgen. Die wenigen Engagierten erfuhr nur marginale Unterstützung durch die Stadtgesellschaft.^[1]

In Heidenau demonstrierten im August 2015 ca. 1.000 Personen gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in einem Baumarkt. Die Demonstration wurde von der NPD angemeldet. Die lokale Initiative „Nein zum Heim“ wurde vom NPD-Stadtrat Nico Rentzsch ins Leben gerufen. Im Anschluss einer Demonstration versuchten Neonazis, den Einzug der Asylsuchenden durch Blockaden und massive Angriffe auf PolizeibeamtInnen zu verhindern.

Wie in Heidenau sind neonazistische Parteien und rechte Organisationen oftmals in den lokalen Protest fest eingebunden bzw. haben diesen initiiert. Facebook dient der rassistischen Massenbewegung als Organisationsraum. Hier wird Hetze über Asylsuchende, PolitikerInnen und politische GegnerInnen verbreitet.

Zum Weiterlesen:

- ▶ Kulturbüro Sachsen (2015): Sachsen rechts unten. Aktuelle Entwicklungen der rechten Szene, online abrufbar unter: www.kulturbuero-sachsen.de/images/PDF/Sachsen_rechts_unten_2015_KulturbueroSachsen.pdf, eine Zusammenstellung zu den wichtigsten neonazistischen Strukturen in Sachsen (u. a. Parteien, Immobilien und Vertriebe)
- ▶ Chronik.LE: Dokumentationsplattform zu faschistischen, rassistischen und diskriminierenden Ereignissen in und um Leipzig, online abrufbar unter: www.chronikle.org, das AutorInnenkollektiv gibt unregelmäßig die Broschüre „Leipziger Zustände“ heraus, in welcher lokale neonazistische und diskriminierende Strukturen und Ereignisse analysiert werden. Die Broschüre ist auf der Website zu finden.
- ▶ NDR-Interviews mit PEGIDA-Teilnehmer_innen: online abrufbar unter: Teil 1: www.daserste.ndr.de/panorama/archiv/2014/PEGIDA-ROH-2,panorama5344.html, Teil 2: www.daserste.ndr.de/panorama/archiv/2014/Pegida-Die-Interviews-in-voller-Laenge,panorama5340.html

Autor: Steven Hummel

^[1] Vgl. dazu auch den Beitrag „Klima der Angst“ in dieser Handreichung

DIE „IDENTITÄRE BEWEGUNG“ IN SACHSEN

Seit spätestens 2012 ist die „Identitäre Bewegung“ auch in Deutschland aktiv. Die Zentren der „Identitären Bewegung“ in Sachsen sind Dresden und Zwickau. Darüber hinaus bestehen Ortsgruppen im Erzgebirge und in Leipzig. Ihr Ziel ist es, „die Stimme der Deutschen“ „gegen die fundamentale Gefährdung unseres Staates und unseres Volkes durch den Großen Austausch und den Asylwahnsinn unserer derzeitigen Regierung“ und „für Heimat, Freiheit und Tradition“ zu erheben.^[1]

Zielgruppe der „Identitären Bewegung“ sind vor allem Jugendliche. Soziale Medien^[2], Graffiti, Stencils, Straßenaktionen, Performances – nicht nur die Aktionsformen, auch das Design der Bewegung schließt an Jugendkulturen an. Ihr Symbol ist der griechische Buchstabe „Lambda“ – angelehnt an spartanische Truppen, reinszeniert in der Comicverfilmung „300“ aus dem Jahr 2006. Dieses Symbol tritt vielfältig in Erscheinung, angefangen von der Flagge, über Pins, bis zur Kleidung. All dies wird über den Vertrieb „Phalanx-Europa“ verkauft, der in Österreich registriert ist. „Phalanx“ steht für eine spartanische Kampfformation. Dort gibt es T-Shirts mit den Aufdrucken „Fortress Europe“ (Festung Europa), „Remove Kebab“ (Enfernt Kebab) oder „Schotten dicht!“. In Deutschland gibt es außerdem den „Identitäre Bewegung Laden“.^[3] Anfangs wurden Aufkleber auch über die Chemnitzer „Blaue Narzisse“ vertrieben. „Phalanx-Europa“ sieht sich dabei als Teil der politischen Aktion:

„Es ist eine Aussage, eine ästhetisch-politische Tat: gegen das Multikulti-Empire, gegen tatenlose Spießer und visionslose Pessimisten. Nein zur Überflutung Europas, nein zu dumpfem Konsum – ja zum Heroismus. Für die Reconquista^[4] (die christliche Wiedereroberung Europas, Anmerkung der Verfasser), für eine geistige Revolution, für die multipolare Welt und ein goldenes Zeitalter. Wer unsere Shirts trägt, der wird Teil unserer Phalanx Europa. Er will die Kali-Yuga-Intifada^[5] (ein der indischen Mystik entlehntes Zeitalter der „Reinigung“ vom Bösen, Anmerkung der Verfasser) entfachen und dem Westen in den Rücken fallen! Wem das zu krass ist, der ist bei uns mit Sicherheit falsch.“^[6]



Hintergrund: „Bloc Identitaire“

Entstanden ist die Identitäre Bewegung aus dem französischen „Bloc Identitaire“, der sich Ende 2002 aus verschiedenen Untergruppen formierte. Gründungsmitglieder waren zuvor in der Organisation „Unité radicale“ aktiv, die aufgrund eines Mordversuchs eines ihrer Mitglieder am ehemaligen französischen Staatspräsidenten Jaques Chirac verboten wurde. Anfang Oktober 2012 veröffentlichte der „Bloc Identitaire“ die sogenannte Kriegserklärung der „Génération Identitaire“:

„[...] Wir sind die Generation der ethnischen Spaltung, des totalen Versagens von Koexistenz und der erzwungenen Mischung von Rassen. Wir sind die doppelt bestrafte Generation, dazu verdammt, in ein Sozialsystem einzuzahlen, das so großzügig zu Fremden ist, dass es für die eigenen Leute nicht mehr reicht. [...] Unser Erbe ist unser Land, unser Blut, unsere Identität. Wir sind die Erben unserer eigenen Zukunft. [...] Wir haben unsere Botschaft an die Wände geschrieben. Haben in unsere Lautsprecher gerufen für 'Jugend an die Macht' und haben unsere Lambda Flaggen gehisst. [...] Wir erleben 25 % Arbeitslosigkeit, Sozialschuld, Kollaps von Multikulti und eine Explosion des gegen Weiße gerichteten Rassismus. [...] Wir sind die Génération Identitaire.“^[7]

Wenige Tage später besetzten Mitglieder des „Bloc Identitaire“ eine Moschee in Poitiers, um den Erinnerungsmythos um Karl Martell als „Retter des Abendlandes“ von 732 im Kampf gegen arabische Truppen wiederzubeleben. Im November 2012 veranstaltete der „Bloc Identitaire“ anlässlich seines zehnjährigen Bestehens einen Konvent im südfranzösischen Orange, zu dem beispielsweise ein Europaabgeordneter der separatistischen „Lega Nord“ aus Italien oder Götz Kubitschek und Martin Lichtmesz für die Zeitschrift „Sezession“ kamen.^[8]

Gespeist auch aus Bezügen zur offen (neo-)faschistischen Bewegung „CasaPound“ in Italien vollführt die „Identitäre Bewegung“ in der Bundesrepublik einen Spagatakt: So versucht sie sich einerseits nach außen von offen (neo-)nazistischen Strukturen abzugrenzen, pflegt ei-

Es bedurfte einer Abgrenzung, die sich des Verdachtes einer Schönfärberei des NS entledigen konnte, gleichzeitig aber die rassistische Grundhaltung als weiterhin akzeptabel erscheinen lassen würde.

nen Habitus der kulturellen und politisch gebildeten Überlegenheit gegenüber gewaltaffinen (Neo-)Nazigruppen, andererseits übernimmt sie Weiterentwicklungen der (Neo-)Nazi-Ideologie: Das Konzept des Ethnopluralismus.

Das Konzept der ethnokulturellen Identität

Die Entstehung des Konzeptes des „Ethnopluralismus“ ist maßgeblich zwei Problemen zuzuschreiben, die für nationalistische Strömungen essentiell sind: Die NS-Ideologie konnte SympathisantInnen und VertreterInnen nationalistischer und rassistischer Positionen außerhalb

„Der Ethnopluralismus akzeptiert, dass es auch außerhalb des Einflussbereichs der überlegenen „arischen Herrenrasse“ gleichwertige nationalistische Bewegungen geben darf – sofern sie zwei Grundbedingungen erfüllen.“

Deutschlands nicht besonders würdigen. Zwar wurde seitens des NS-Staats Wohlwollen gegenüber UnterstützerInnen außerhalb „des Reichs“ signalisiert, letztlich waren sie aber nie den „Reichsdeutschen“ gleichgestellt. Von einem Umgang auf Augenhöhe konnte keine Rede sein. Zugleich war die NS-Ideologie durch das Bekanntwerden der systematischen und industriellen Massenvernichtung von Juden, Sinti und Roma, Behinderten, Nichtheterosexuellen und des Umgangs mit (bekennenden) ChristInnen, DemokratInnen und AbweichlerInnen diskreditiert. Es bedurfte einer Abgrenzung, die sich des Verdachtes einer Schönfärberei des NS entledigen konnte, gleichzeitig aber die rassistische Grundhaltung als weiterhin akzeptabel erscheinen lassen würde.

In Anlehnung an Alain de Benoist richtet sich die „Identitäre Bewegung“ gegen jegliche Form des Universalismus: gegen die drei politischen Theorien Liberalismus, Marxismus und Nationalismus und gegen diejenigen religiösen Bewegungen, die sich auf das Diesseits und nicht nur auf das Jenseits beziehen. Alle universalistischen Denkformen zerstörten konkrete – vermeintlich gleichförmige – ethnokulturelle Gemeinschaften. Die eigene Wahrheit gelte als die absolute Wahrheit, das „Andere“ werde dabei zwangsläufig negiert. Die Alternative zu diesen universalistischen Weltbildern sei nicht der Relativismus, sondern das Konzept der ethnokulturellen Identität.

Das Konzept der ethnokulturellen Identität fächert sich in mehrere komplementäre Ebenen auf: Region, Nation und Europa. Die Bedeutung der Ebenen und auch deren Zusammensetzung kann für einzelne Personen unterschiedlich sein und sich in ihren Ausprägungen wandeln. Die Zugehörigkeit aber könne man sich nicht aussuchen, man würde hineingeboren. Und auch der Veränderung sind Grenzen gesetzt: Zum einen durch die Identitätsmarker Region, Nation und Europa, die zum normativen Prinzip des Denkens und Handelns werden. Und zum anderen durch die Tradition, die es, wenn auch kritisch, zu bewahren gelte. Ethnokulturelle Identitäten beruhten dabei auf einem subjektiven Empfinden und funktionierten als eine geschichtliche Nach- und Weitererzählung. Jemand, der die Frage „Was ist Identität? Was ist Kultur?“ stelle, habe „zu einem gewissen Grad schon ein Identitätsproblem“^[9].

Eurozentrismus könnte man der „Identitären Bewegung“ vorwerfen. Das wird sie aber eher als Lob denn als Kritik ansehen. Als Europäer kann natürlich auch nur europäisch gedacht werden. Und die eigene ethnokulturelle Identität wird nicht als höherwertig, andere Identitäten nicht als minderwertig bezeichnet – darauf legt die „Identitäre Bewegung“ Wert. Es gebe Verbindendes zwischen verschiedenen ethnokulturellen Identitäten, die einen Dialog über die Identitätsgrenzen hinweg möglich machten, vor allem natürlich, wenn man den Identitätsmarker „Europa“ teilt. Dominiere das Trennende, dann sollte Distanz gewahrt werden, da Dialog zur Zerstörung einzelner ethnokultureller Identitäten führen würde. Die größte aktuelle Gefahr für verschiedene ethnokulturelle Identitäten sei – neben den universalistischen Ideologien Liberalismus, Islamismus, Nationalismus und Marxismus – die „nichteuropäische Einwanderung und kulturelle Assimilation“, weil es diese jahrhundertlang nicht gegeben habe und einen „radikalen Einschnitt“ bedeute.^[10]

Zusammengefasst: Der Ethnopluralismus akzeptiert, dass es auch außerhalb des Einflussbereichs der überlegenen „arischen Herrenrasse“ gleichwertige nationalistische Bewegungen geben darf – sofern sie zwei Grundbedingungen erfüllen. 1. Das Primat der Weißen über die Nichtweißen und 2. die Zustimmung zu der Auffassung, dass Gesellschaften in den Grenzen des jeweiligen Nationalstaats als gleichförmig – homogen – begriffen werden, und zwar homogen qua Abstammung. So können beispielsweise der französische „Front national“, die „Partij voor vrijheid“ von Geert Wilders in den Niederlanden, der „Vlaams belang“ in Belgien, „Sverigedemokraterna“ (Schwedendemokraten), die „Fremskridtpartiet“ (Fortschrittspartei) in Dänemark, die UKIP in Großbritannien, die Freiheitliche Partei in der Bundesrepublik Österreich, die FIDESZ in Ungarn und NPD und AfD in der Bundesrepublik Deutschland trotz inhaltlicher Differenzen sich je als die SachwalterInnen „des“ je eigenen „Volkes“ wähen und sich trotzdem als europäische Bewegung unter Gleichen begreifen.



Die „Identitäre Bewegung“ in Sachsen

Die „Identitäre Bewegung“ wurde in Sachsen maßgeblich durch Felix Menzel mitgestaltet. Dieser war zunächst in der „Pennalen Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz“ aktiv, die er gemeinsam mit Benjamin Jahn Zschocke und unter Schirmherrschaft des jetzigen Pro Chemnitz-Stadtrats Kohlmann ins Leben rief. Außerdem gründete und schreibt er für die „Blaue Narzisse“.

Als Chefredakteur war und ist er dabei eng mit Götz Kubitschek und dem „Institut für Staatspolitik“ (IfS) verbunden – einem Scharnier zwischen bürgerlichem Nationalkonservatismus und (Neo-)Nazi-Ideologie. Später war er am Aufbau des „Zentrums für Jugend, Identität und Kultur“ in Dresden beteiligt und organisiert die von Götz Kubitschek gegründete Messe



In ihrer Aktion „Sag, wer du bist“ griff sie die rassistische Denkfigur auf. Mit dem Sinnbild einer in weißer(!) Farbe getunkten Hand forderte die JN Menschen auf, sich ihrer „Identität“ bewusst zu werden.

„zwischentage“, die Akteure aus der nationalistischen und rassistischen Szene jedes Jahr zu Schwerpunktthemen deutschlandweit zusammenbringt. Mittlerweile betreibt er seinen eigenen Blog „einwanderungskritik.de“, schreibt für die „Sezession“ und veröffentlichte zuletzt das Buch „Die Ausländer. Warum es immer mehr werden“.

Die Nähe der „Identitären Bewegung“ zu offen (neo-)nazistischen Akteuren in Sachsen wird an den folgenden Beispielen sichtbar: Im August 2011 veranstaltete Manual Tripp, NPD-Stadtrat und Mitglied der „Nationalen Sozialisten Geithain“ den Geithainer „Tag der Identität“. Unter den Rednern waren u. a. Maik Scheffler und Patrick Fischer.^[11] Die NPD-Jugendorganisation „JN“ bediente sich gleichermaßen der Chiffre einer gleichförmigen „Identität“ qua Abstammung. In ihrer Aktion „Sag, wer du bist“ griff sie die rassistische Denkfigur auf. Mit dem Sinnbild einer in weißer(!) Farbe getunkten Hand forderte die JN Menschen auf, sich ihrer „Identität“ bewusst zu werden. Überschneidungen gibt es auch in die sächsische AfD. Felix Koschkar, ehemaliges Vorstandsmitglied der Jungen Alternative (JA) Sachsen und AfD-Landtagskandidat, ist ein führender Vertreter der „Identitären Bewegung“ in Sachsen.^[12]

Die Ortsgruppe der „Identitären Bewegung“ in Zwickau wird von Tony G. geleitet. Er ist außerdem Herausgeber des Blogs „Identit:ära“^[13] auf youtube und gibt Kampfsportkurse unter dem Namen „Sektion Jahn – Spirit of 1683“. Er ist seit 2014 Teil der „Identitären Bewegung“. Er hat Verbindungen zum mutmaßlichen NSU-Unterstützer André Eminger gepflegt, war ab 2008 bei den „Nationalen Sozialisten Zwickau“ aktiv, hat 2009 als NPD-Kandidat für den Stadtrat kandidiert und war aktiv im „Freien Netz“ – einer überregionalen Plattform (neo-)nazistischer Gruppen v.a. im Süd- und Nordwesten Sachsens mit guten Verbindungen zu ähnlichen Gruppen in Bayern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Außerdem betreibt er die Webseite „Sonnenritter“.

Aktionen in Sachsen: PEGIDA, Banner und Graffiti

Nach einer längeren Koordinierungsphase trat die „Identitäre Bewegung“ in Sachsen im Jahr 2015 verstärkt mit Straßenaktionen, Bannern und Graffiti in die Öffentlichkeit. Besonders aktiv ist dabei die Zwickauer Ortsgruppe. Im Erzgebirge ist eine Ortsgruppe seit November aktiv.

Im Januar versuchten Mitglieder der „Identitären Bewegung Sachsen“ den sächsischen Landtag zu stürmen, um Solidarität mit PEGIDA zu zeigen. Sie liefen regelmäßig bei PEGIDA- und LEGIDA-Aktionen mit, erkennbar durch ihre gelb-schwarzen Lambda-Fahnen und Banner mit Aufdrucken wie: „Wehr dich. Es ist dein Land“ oder „Gegen die Selbstabschaffung. Für Familie – Deutschland – Europa!“. Im Juni sprach Tony G. bei LEGIDA über den „Großen Austausch“ in Europa, der alle bedrohe. Die Konsequenzen der „Massenzuwanderung durch außereuropäische Zuwanderer“ seien Überfremdung, ethnische Spannungen und steigende Kriminalität. Im Westen Deutschlands habe er selbst schon erlebt, wie die – homogen gedachte – Bevölkerung verschwinde und durch Einwanderer ersetzt werde. Deutsche würden zu „Fremden im eigenen Land“.^[14]

Die Ortsgruppen hängten über das Jahr verteilt verschiedenste Banner und sprühten Graffiti, wie beispielsweise das Banner „Festung Europa. Macht die Grenzen dicht“ oder die Plakatinterventionen „Stoppt den Austausch“ in Dresden. Am Zwickauer Bahnhof und vor einer Zwickauer Asylsuchendenunterkunft hielten sie das Banner „No Way – You will not make Europe your home!“ (Kein Weg – Ihr werdet Europa nicht zu eurem Zuhause machen!) oder störten bei den Zwickauer „Tagen für Demokratie und Toleranz“ mit dem Banner „Lass deine Wurzeln nicht verdorren. Bewahre deine ethnokulturelle Identität“. Im Zwickauer Ortsteil Eckersbach installierten sie zahlreiche Plakate mit der Aufschrift: „Pro Border (Für Grenzen)! Pro Nation (Für Nationen)! Grenzen schützen Leben“ oder „Minderheit im eigenen Land. Wehr dich gegen den Grossen Austausch“. Sie verteilten Flugblätter „Stoppt den Asylwahn – stoppt den großen Austausch“ in Zwickau und auf dem Weihnachtsmarkt in Annaberg. Sie zeigten sich bei Diskussionen zum Thema Asyl, wie beim „Asylforum“ in Aue mit dem Banner „Unser Erzgebirge – Unsere Heimat“. Oder organisierten Aktionen wie die Elbwiesenreinigung in Dresden.

Hinter ihm stecken Verantwortliche, die wissentlich und willentlich unsere Kultur abschaffen und ihr eigenes Volk austauschen. Die Multikultis sind vernetzt und aktiv. Sie haben einen Plan und eine Agenda. Sie setzen jeden Tag eine millionenschwere Propaganda-Industrie in Bewegung, um den Großen Austausch voranzutreiben und die Deutschen stumm und dumm zu halten.



Neben internen Schulungen, gemeinsamen Ausflügen ins Elbsandsteingebirge oder auf den Fichtelberg und offenen Stammtischen treffen sich die Gruppen regelmäßig für selbstgeleitete „Sicherheitstrainings“. Außerdem nahmen Mitglieder der Gruppen bei bundesweiten

Aktionen der „Identitären Bewegung“ in Hamburg und Berlin sowie einer Demonstration in Wien teil. Im Zentrum ihrer Aktionen stand im Jahr 2015 die bundesweite Kampagne „Der große Austausch“. Auf der Internetseite „deraustausch.de“ heißt es:

„Hinter ihm stecken Verantwortliche, die wissentlich und willentlich unsere Kultur abschaffen und ihr eigenes Volk austauschen. Die Multikultis sind vernetzt und aktiv. Sie haben einen Plan und eine Agenda. Sie setzen jeden Tag eine millionenschwere Propaganda-Industrie in Bewegung, um den Großen Austausch voranzutreiben und die Deutschen stumm und dumm zu halten. Sie sitzen in den Agitationszentralen der Zeitungen, der Parlamente, der Universitäten und des Kulturbetriebes. Wir haben ihnen den Kampf angesagt und wollen die Wahrheit ans Licht bringen.“^[15]

Auch die bundesweite Aktion „einprozent.de“ bewirbt die „Identitäre Bewegung Sachsen“. Über „crowdfunding“ werden dabei Spenden für die Recherche und Dokumentation der „Asylkatastrophe“, die Vernetzung der „Widerstandsbewegungen“ und die Vorbereitung einer „Verfassungsbeschwerde“ gesammelt. Kurzfilme gibt es bereits von Initiativen in Einsiedel, Zwickau und Spielfeld.^[16] Hinter „einprozent.de“ steht neben Elsässer und Kubitschek auch Philip Stein, Autor der Jugendzeitschrift „Blaue Narzisse“ und neben Felix Menzel Autor des Buchs „Junges Europa“.

AutorInnen: Jane Viola Felber, Jens Paßlack

^[1] Post auf Facebookseite der „Identitären Bewegung Sachsen“, 28.09.2015

^[2] u. a. Vlogidentitaer www.youtube.com/channel/UChAfRiWP0vFcRqBLRfuCA-A

^[3] www.ibladen.de

^[4] die christliche Wiedereroberung Europas, Anmerkung der Verfasser

^[5] ein der indischen Mystik entlehntes Zeitalter der „Reinigung“ vom Bösen, Anmerkung der Verfasser

^[6] www.phalanx-europa.com/de/content/6-unsere-philosophie

^[7] www.youtube.com/watch?v=TUyTyg6XnsA

^[8] www.hagalil.com/2012/11/bloc-identitaire

^[9] www.youtube.com/watch?v=bcp0sjX5QIM

^[10] www.identitaere-generation.info/nationalismus-revisited-teil-4

^[11] www.lotta-magazin.de/ausgabe/50/die-identit-re-bewegung-erkl-rt-den-krieg

^[12] www.mdr.de/exakt/afd142-download.pdf

^[13] IDENTITÄRA www.youtube.com/channel/UCJXIMc2YindW26yJDWAOWxg

^[14] www.youtube.com/watch?v=ttql5Tr6zvo

^[15] www.deraustausch.de

^[16] www.einprozent.de

Anmerkung: Letzter Zugriff auf Internetquellen am 15.12.2015

NEONAZISTISCHE SUBKULTUR IN SACHSEN – KLEIDUNG UND MUSIK

Die subkulturelle Ebene, welche sich unter anderem in Musik und Kleidungsstilen widerspiegelt, spielt eine wesentliche Rolle für die organisierte Naziszene. Häufig sind dies auch die offensichtlichsten Ausprägungen, die uns in der Öffentlichkeit begegnen. T-Shirts und Aufkleber mit eindeutigen Aussagen sind sinnstiftend in die eigene Szene hinein, nach außen fungieren sie als Kampfansage an politische GegnerInnen, Menschen die als nichtdeutsch wahrgenommen werden, ChristInnen oder an das „System“ als solches. Musik ist wesentlicher Teil dieser Subkultur und transportiert die weltanschaulichen Inhalte an ein breiteres Publikum und fasziniert junge Menschen, nicht zuletzt auch weil das Hören dieser Musik durch die Erwachsenen missbilligt oder sanktioniert wird.

Musik

Musik ist einer der wesentlichen Faktoren, um Menschen schrittweise an die Szene heranzuführen und für Ideen organisierter Nazis zu begeistern. So kopierte die sächsische NPD nicht zufällig eine Idee der Freien Kräfte und verteilte während des Landtagswahlkampfes 2004 rund 25.000 mal die „Schulhof-CD“. Ziel war es, junge WählerInnen an die Ideen der NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ heranzuführen. Dieses Konzept wurde als erfolgreich eingeschätzt und in den folgenden Jahren bundesweit immer wieder aufgegriffen.

Natürlich sind Wirkungsaussagen schwierig zu treffen, nicht zwingend führt die Rezeption von Nazimusik zur Übernahme jener ideologischen Positionen und Wertvorstellungen. Jedoch eröffnen sich Möglichkeiten, auf ansprechende Weise Jugendliche mit politischen Ideen und Akteuren vor Ort in Kontakt kommen zu lassen. Befragt man Jugendliche an sächsischen Schulen, so ist zu beobachten, dass diese oft einschlägige Nazibands kennen und auch hören. Hier eröffnet sich ein Feld für alle Beteiligten (Eltern, PädagogInnen, Vertrauenspersonen...), gemeinsam mit den Jugendlichen die Inhalte dieser Musik zu reflektieren und sich damit auseinanderzusetzen.

Ein Blick auf die Musikstile zeigt: die Bandbreite reicht von Bands, die den klassischen Rechtsrock vertreten, über NS-Hiphop, LiedermacherInnen bis hin zu NS-Hatecore. Kurz formuliert lässt sich sagen, dass sich für nahezu jede erfolgreiche Musikrichtung ihre Entsprechung untersetzt mit Nazitexten finden lässt. Dabei geht es nicht zuletzt darum, zeitgemäß und anschlussfähig zu bleiben.

Die Szene in Sachsen

Sachsen verfügt über eine agile und hoch organisierte Szene. Eine Vielzahl von Bandprojekten ist hier beheimatet. Bei einem näheren Blick wird deutlich, dass diese Bands Teil bestehender Nazinetzwerke sind. Zwei Beispiele sollen dies hier kurz belegen:

„Storm of Mind“: das in Bennewitz beheimatete Projekt rund um den Sänger Chris Rox, welcher als Teil der gewaltbereiten „Terrorcrew Muldental“ (TCM) bei einem brutalen Überfall auf den antirassistischen Fussballverein „Roter Stern Leipzig“ im Jahr 2009 beteiligt war. Wegen dieses Überfalls wurde er zu einer Haftstrafe verurteilt. „Storm of Mind“ lieferte unter anderem mit dem Titel „TCM“ den Soundtrack zu den Gewalttaten, die gegen politische GegnerInnen verübt wurden. Gegen die Terrorcrew Muldental wird wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt.

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Bandprojekt „Inkubation“ aus Döbeln im Umfeld der „Nationalen Sozialisten Döbeln“. Im Februar 2013 wurden sowohl die Vereinigung „Nationale Sozialisten Döbeln“ als auch die Band „Inkubation“ verboten, da sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richteten und aus sich überschneidenden Personenkreisen bestanden.

Konzerte

Konzerte sind wichtig für den Zusammenhalt der Szene. Da die Veranstaltungen aufgrund öffentlichen und ordnungspolitischen Drucks, wenn sie nicht in eigenen Immobilien stattfinden, nur versteckt und szenenintern beworben und durchgeführt werden können, trifft man sich und feiert unter sich, was mit einem hohen Erlebnisfaktor verbunden ist.

Sachsen war immer der Ort mit den bundesweit meisten Konzertveranstaltungen organisierter Nazis. Vielfach wurden die Konzerte durch die im Jahr 2000 in der BRD verbotene



Rund ein Drittel der bundesweit bekannten Online-Versandhandelshäuser für rechte Musik befinden sich in Sachsen, darunter die drei wohl bundesweit bedeutendsten: PC-Records, Front-Records und OPOS-Records.

eines alten Gasthofs diesen als Konzertort zu etablieren. Die Landkreisverwaltung schöpfte alle bau- und veranstaltungsrechtlichen Möglichkeiten aus – eine Schließung war nicht möglich. Die Auflagen wurden stets erfüllt, so dass ordnungspolitische Sanktionen kaum erfolgen können. Die Konzerte werden angemeldet und Listen mit den zu spielenden Titeln werden dem Ordnungsamt vorgelegt. Das Publikum ist informiert, dass im Vorfeld polizeiliche Kontrollen erfolgen und verzichtet weitestgehend auf Symbole auf Kleidungsstücken, welche strafrechtlich relevant sein können. Baurechtliche Auflagen, wie die Einrichtung eines barrierefreien WC, wurden durch den Eigentümer erfüllt. So können hier bis zu zehn Szenekonzerte pro Jahr mit teilweise bundesweit und international anreisenden Nazis stattfinden. Die durch das Ordnungsamt festgelegte Zahl von 250 Gästen wird immer akkurat eingehalten, um keinen Anlass für Sanktionierungen zu geben.

Szeneläden und Versandhandel

Für Musik und Kleidung existiert in Sachsen ein breiter Markt. Eine Vielzahl von Szeneläden und Versandhäusern vertreiben Kleidungsstücke mit expliziten Inhalten. Geführt werden sie von Personen, die selbst aus der organisierten Naziszene kommen. Rund ein Drittel der bundesweit bekannten Online-Versandhandelshäuser für rechte Musik befinden sich in Sachsen, darunter die drei wohl bundesweit bedeutendsten: PC-Records, Front-Records und OPOS-Records.

Gelder, die hier erwirtschaftet werden werden genutzt um die Szene zu unterstützen. Außerdem wird ideelle Unterstützung durch den Vertrieb von Kleidungsstücken und Stickern geleistet. Eine Aussage des ehemaligen Eigentümers des „Nordsachsen Versandes“, des Eilenburger NPD-Stadtrats Kai Rzehaczek, welcher den Versandhandel gemeinsam mit seinem Sohn (ebenfalls NPD-Stadtrat und JN-Funktionär) betrieb, belegt dies: „Wir unterstützen damit die Aktionsgruppe hier in Eilenburg so gut wie es geht. Unser langfristiges Ziel ist es, hier in Eilenburg ein Objekt finanzieren, bzw. kaufen zu können, um der deutschen Jugend hier einen Anlaufpunkt zu ge-

Für Musik und Kleidung existiert in Sachsen ein breiter Markt. Eine Vielzahl von Szeneläden und Versandhäusern vertreiben Kleidungsstücke mit expliziten Inhalten. Geführt werden sie von Personen, die selbst aus der organisierten Naziszene kommen.



ben. Desweiteren unterstützen wir Projekte und Kampagnen, mit denen wir uns identifizieren können, soweit es die finanziellen Verhältnisse das möglich machen. Wie zum Beispiel zurzeit die Initiative „Volkstod-stoppen.de“ der JN Chemnitz. Hierzu wird es von uns demnächst ein T-Hemd, Aufkleber und Plakate geben.“^[1]

Musik und Terror

Die enge Verknüpfung zwischen Versandhäusern, Bands, Konzertveranstaltern, Fans und organisierter, politisch arbeitender Szene ist spätestens seit den Nachforschungen zur Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ bekannt. Die UnterstützerInnen, die den drei untergetauchten TerroristInnen in Sachsen halfen, kannten sich über die Arbeit im Netzwerk „Blood & Honour“ und durch gemeinsame Konzertbesuche. „Blood & Honour“ war jedoch immer mehr als ein Netzwerk, welches europaweit Konzerte und Musikvertriebsstrukturen organisierte: mit Konzerten, dem Verkauf von Tonträgern und sonstigen Einnahmen finanzierte ein eingeweihter Kreis bewaffnete Zellen, welche Terroranschläge verübten. „Combat 18“, der bewaffnete Arm des seit dem Jahr 2000 verbotenen Netzwerkes, verübte europaweit Angriffe auf JournalistInnen, politische GegnerInnen oder als zugewandert wahrgenommene Menschen.

Ziel des Netzwerkes war es, kleine Zellen aufzubauen, welche autark Anschläge und Übergriffe verüben sollten, ohne sich öffentlich dazu zu bekennen. Dies wurde in den 90er Jahren in Fanzines neben Plattenkritiken, Konzertberichten und -ankündigungen propagiert.

Als Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe vor der Polizei aus Jena flüchteten, waren es Mitglieder von „Blood & Honour Sachsen“ und ihren Vorfeldorganisationen, die ihnen Unterkunft und weitere Unterstützung zukommen ließen.

Im Lied „Döner Killer“ des Projektes „Gigi und die braunen Stadtmusikanten“ heißt es: „Neun mal hat er es jetzt schon getan. Die SoKo Bosphorus, sie schlägt Alarm.“ Im Juni 2010 veröffentlicht, also mehr als ein Jahr bevor sich Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt ihrer Festnahme durch Selbsttötung entzogen, bedeutet dies, dass innerhalb der Szene die Taten des NSU bekannt waren und gefeiert wurden. Und in Anknüpfung an die durch „Blood & Honour“ propagierte Strategie, keine Bekennerschreiben zu hinterlassen, heißt es weiter im Text: „Alles durchleuchtet, alles überprüft, doch kein einziger Hinweis und kein Tatmotiv.“

Eine eingeweihte Szene, welche die Taten interpretieren kann und in Musikstücken für die Szene feiert oder alles nur Zufall? Der Kreis zwischen Terrorszene und sächsischer Musikszene schließt sich jedenfalls: das Lied wurde 2010 beim Chemnitzer Label „PC-Records“ aus dessen Umfeld einige der HelferInnen kamen, welche das Trio beim Untertuchen unterstützten, veröffentlicht.

Autor: Franz Hammer

^[1] Aus einem Interview im Freien Netz Jena: www.fn-jena.info/?p=325, Stand 24.01.2016

KLIMA DER ANGST: WIE RECHTE GEWALT WIRKT

Im Jahr 2015 eskalierte in Sachsen die Gewalt. Was im Herbst 2013 in Schneeberg begann, als tausende Menschen auf sogenannten „Lichtelläufen“ gegen die Unterbringung Geflüchteter in der Erzgebirgsstadt auf die Straße gingen, setzte sich im Jahr 2014 fort und spitzte sich bis heute zu. Was Pegida, „Nein zum Heim in xy“ und Co. an rassistischer Hetze auf die Straße trugen, senkte die Hemmschwelle und führte zu einer massiven Zunahme rechter und rassistischer Gewalttaten. Sächsische Städte, von Freital über Dresden, Heidenau bis Leipzig, schafften es mit besonders heftigen Ausbrüchen rassistischer und rechter Gewalt in die bundesdeutschen aber auch internationalen Medien.

2015 nahm die Gewalt in ganz Sachsen vor allem gegen Geflüchtete zu und 2016 setzt sich dieser traurige Trend unvermindert fort. Exemplarische Einträge aus unserer Chronik verdeutlichen die aktuelle Dimension rechter und rassistischer Gewalt in Sachsen:

- ▶ Menschen werden auf der Straße angegriffen, wie am 25.01.2016 in Zeithain: Sechs Männer haben in Zeithain sieben Geflüchtete mit einem Baseballschläger und einem Samuraischwert angegriffen. Fünf der sechs Asylsuchenden konnten fliehen, einer wurde verletzt.
- ▶ In Planung befindliche Unterkünfte für Asylsuchende werden angezündet, unter Wasser gesetzt oder mit Steinen die Fenster eingeworfen, z. B. im Januar in Großdubrau im Landkreis Bautzen. Dort wurde in einem ehemaligen Asylsuchendenheim, welches bis zur Ablehnung durch den Gemeinderat erneut als Unterkunft im Gespräch war, Feuer gelegt. Eine Tür und ein Stromkasten wurden in Brand gesteckt, die Flammen erloschen jedoch wieder. Mehrere Räume, Keller und Flur wurden dennoch stark verrußt.
- ▶ Aber auch bewohnte Unterkünfte sind immer wieder Ziel rassistischer Angriffe bis hin zu Brand- oder Sprengstoffanschlägen. In Chemnitz wurde am 31.01.2016 eine Unterkunft mit Steinen angegriffen. Drei vermummte Männer haben das Haus mit Steinen beworfen. Mehrere Scheiben wurden dabei beschädigt. Verletzt wurde niemand. Die Täter flüchteten.

Es ereigneten sich im letzten Jahr mindestens 20 Brand- und Sprengstoffanschläge auf bewohnte und unbewohnte Unterkünfte für Asylsuchende.

Neben Geflüchteten und Migranten richtet sich die Gewalt in der über Monate entstandenen aggressiven Anti-Asyl-Stimmung zunehmend auch gegen all jene, die sich öffentlich gegen die Hetze positionieren oder Flüchtlinge unterstützen. Auch Politiker und Journalisten sind in den Fokus geraten. Bürgermeister werden bedroht, wenn sie sich für die Aufnahme von Geflüchteten in ihrem Ort aussprechen. Journalisten werden als „Lügenpresse“ beschimpft und attackiert, wenn sie versuchen, von Demonstrationen zu berichten.

Vor diesem Hintergrund entwickelten sich in manchen Orten Zonen der Angst für all jene, die von rechter Gewalt potentiell Betroffene sind: Asylsuchende, Migranten, Linke, Alternative, Flüchtlingsunterstützer, Lokalpolitiker. An der Stadt Freital soll exemplarisch dargestellt werden, wie rechte Gewalt auf die Betroffenen und darüber hinaus wirkt und Zonen der Angst entstehen lässt, wenn zu wenig dagegen unternommen wird. Auf welchen Ebenen rechte Gewalt wirkt und auf welche Weise die Etablierung von Angstzonen verhindert werden kann, soll abschließend geklärt werden.

Zur Entstehung einer Angstzone

Anfang März 2015 fand in Freital nach dem Vorbild von Pegida in Dresden die erste Demonstration unter dem Motto „Freital wehrt sich. Nein zum Hotelheim“ statt. 1.500 bis 2.000 Leute folgten dem Aufruf von „Frigida“, doch nicht alle Teilnehmer wollten sich mit bloßem Demonstrieren zufrieden geben. Am Abzweig zur gerade durch 30 Asylsuchende bezogenen Unterkunft versuchte ein Teil der Demonstration, von der Route abzuweichen und direkt zum ehemaligen Hotel Leonardo zu gelangen. Pyrotechnik wurde gezündet, die Stimmung war aggressiv. Eine Woche später fand zwar nach den Ereignissen keine offizielle Demonstration statt. Dennoch versammelten bis zu 150 Freitaler und versuchten abermals, vor das neue Heim zu ziehen. Sie wurden von der Polizei aufgehalten, die Stimmung brodelte. Woche für Woche demonstrierte man nun freitags in Freital. Immer wieder versammelten sich kleine Grüppchen direkt vor dem Hotel.

Gegenstimmen waren zaghaft zu vernehmen. Ein Willkommensbündnis wurde aktiv mit Festen, Begegnungen und konkreter Unterstützung für Asylsuchende. Auch den wöchentli-



chen Anti-Asyl-Demos wurde etwas entgegengesetzt. Doch die breite Unterstützung durch die Stadt fehlte. Ein klares Bekenntnis des Stadtrats und des Oberbürgermeisters blieb aus.

Als Ende Juni bekannt wurde, dass das ehemalige Hotel Leonardo als Erstaufnahmeeinrichtung des Landes genutzt werden soll und am Montag die ersten Flüchtlinge aus der überfüllten Einrichtung in Chemnitz ankamen, spitzte sich die Situation in Freital dramatisch zu. Versammelten sich zwar schon in den zurückliegenden Monaten immer wieder die sogenannte „Bürgerwehr Freital“ und andere Asylfeinde direkt vor dem Heim, zogen in dieser Juniwoche Abend für Abend Hunderte davor, riefen Parolen, drohten das Haus zu stürmen, zündeten Pyrotechnik, warfen Steine und griffen Unterstützer der Asylsuchenden an, die sich täglich schützend vor das Heim stellten. Ein durch die Polizei verhängter Kontrollbereich unterband schließlich die unangemeldeten feindseligen Ansammlungen vor der Unterkunft.

In Reaktion auf diese Ereignisse veröffentlichten am 1. Juli der einen Monat zuvor frisch gewählte Oberbürgermeister Rumberg sowie die Fraktionsvorsitzenden von CDU, Bürger für Freital, SPD, Grüne und AfD eine Erklärung, in der es u. a. hieß:

„1. Menschenfeindlichkeit hat in Freital keinen Platz – egal, ob es sich um Asylbewerber, Anwohner oder Demonstranten handelt. [...]

3. Freital darf kein Wirkungsort für Extremisten, gewaltbereite Demonstranten und aggressive Auseinandersetzungen werden.“

In Anbetracht der Tatsache, dass es bis dahin mindestens zehn Angriffe auf Asylsuchende und die Unterkunft gegeben hatte, dass eine klar rechts ausgerichtete Bürgerwehr für sich in Anspruch nahm, in Freital zum Schutz der Bürger zu patrouillieren und auch Anfeindungen und Bedrohungen gegen Flüchtlingsunterstützer, gegen Journalisten, die von den Anti-Asyl-Demos berichteten, und gegen PolitikerInnen, die sich gegen die Hetze im Ort äußerten, immer wieder vorkamen, verwundern diese Punkte. Anstatt Rassismus klar zu benennen, vor der Gefahr durch eine zunehmend offensiv auftretende rechte Orga-

Innerhalb weniger Monate war so in Freital ein Klima der Angst entstanden. Durch das Verbreiten von Angst und Schrecken sollten Menschen eingeschüchtert werden, die für Demokratie und Menschenrechte eintreten. Rassisten und Neonazis versuchten mit Gewalt ihre Dominanz im Ort durchzusetzen.

nisierung zu warnen und sich klar auf Seiten der für die Menschenrechte eintretenden Bündnisse und Akteure zu positionieren, wird Asylsuchenden und Unterstützern eine Mitschuld an der Situation in Freital gegeben. Für die Betroffenen heißt das, ein weiteres Mal zum Opfer gemacht zu werden.

Solche Reaktionen auf politischer Ebene hemmen all diejenigen, die sich für Menschenrechte und gegen Rassismus engagieren, da öffentlich suggeriert wird, dass sie eine Mitschuld tragen an der aggressiv aufgeladenen Situation. Somit werden letztendlich Rassisten und Neonazis in ihrem Handeln bestärkt. Beziehen gerade lokale Akteure, wie Stadträte, Bürgermeister oder Pfarrer nicht klar genug Stellung, fühlen sich diese oftmals in ihrem Handeln bestätigt.



Auslöser für eine rechte Gewalttat ist gerade kein persönlicher Konflikt zwischen „TäterInnen“ und den Betroffenen. Die „AngreiferInnen“ vertreten eine menschenfeindliche Einstellung, aus der heraus sie eine Person beispielsweise aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft oder auch wegen ihrer politischen Einstellung als „Feind“ definieren und entsprechend handeln.

Das gilt erst recht, wenn den eigentlich Betroffenen die Verantwortung zugeschoben wird. Bleiben zudem noch schnelle Antworten auf Straftaten durch die Strafverfolgungsbehörden aus, entsteht bei den rechten Tätern der Eindruck, freie Hand zu haben. Sie fühlen sich als die Vollstrecker des Willens derer, die auch so denken und sich nur nicht trauen zu handeln.

Folglich nahm im Sommer nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Angriffe zu. Ende Juli wurde das Auto eines schon mehrfach bedrohten Linken-Stadtrates durch eine heftige Explosion schwer beschädigt. Es folgten weitere Sprengstoffanschläge auf Wohnungen von Geflüchteten, Briefkästen von politischen Gegnern und das Parteibüro der Linken. Es wurden öffentlich Listen mit weiteren Zielen des rechten Terrors ausgehangen, Flüchtlingsunterstützer im Internet und per Telefon massiv bedroht.

Innerhalb weniger Monate war so in Freital ein Klima der Angst entstanden. Durch das Verbreiten von Angst und Schrecken sollten Menschen eingeschüchtert werden, die für Demokratie und Menschenrechte eintreten. Rassisten und Neonazis versuchten mit Gewalt ihre Dominanz im Ort durchzusetzen. Ein vorläufiges Ende bereitete dem erst die Festnahme von Rädelsführern der Bürgerwehr durch die Polizei im November 2015.

Zur gesellschaftlichen Dimension

Rechte Gewalt ist keine Form von Gewalt wie jede andere, sondern geht einher mit spezifischen Wirkungen. Auslöser für eine rechte Gewalttat ist gerade kein persönlicher Konflikt zwischen „TäterInnen“ und den Betroffenen. Die „AngreiferInnen“ vertreten eine menschenfeindliche Einstellung, aus der heraus sie eine Person beispielsweise aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft oder auch wegen ihrer politischen Einstellung als „Feind“ definieren und entsprechend handeln. Rechte Gewalt wird zumeist spontan verübt, aber auch in geplanter und organisierter Weise in Form von Anschlägen.

Rechte Angriffe erzielen immer auf drei Ebenen ihre Wirkung:

- ▶ Rechte Gewalt richtet sich zuerst gegen die einzelnen Menschen.
- ▶ Doch sie werden nicht als einzelnes Individuum, sondern als Vertreter einer Gruppe angegriffen. Die Tat signalisiert Ablehnung an die Gruppe der Betroffenen und verbreitet so Angst und Unsicherheit in dieser. Sie signalisieren allen Angehörigen der betroffenen Gruppe, dass sie weniger wert sind, dass sie verachtet, verunglimpft und gehasst werden und generell in der Gesellschaft nicht erwünscht sind. Für viele Betroffene sind Gewalt und Diskriminierung keine einmaligen Erfahrungen, sondern sich wiederholende Erlebnisse.
- ▶ Auf dritter Ebene widerspricht rechte Gewalt den Bürger- und Menschenrechten. Sie ist deshalb immer auch ein Angriff auf die Grundlagen der Demokratie und der Gesellschaft.

Rechte Gewalttaten sind also Botschaftsverbrechen mit Auswirkungen auf individueller, gruppenbezogener und gesellschaftlicher Ebene.

Als Angriffe auf die Grundprinzipien einer demokratischen, offenen Gesellschaft erfordert rechte Gewalt besondere Beachtung. Die Gesellschaft und ihre Institutionen bis hinein in die lokalen Zusammenhänge tragen die Verantwortung für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander aller in dieser Gesellschaft lebenden Menschen. Deshalb ist rechter Gewalt, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit Entschlossenheit und Klarheit entgegenzuwirken.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden und die Entwicklung einer Angstzone wie in Freital frühzeitig zu verhindern ist zweierlei notwendig:

Das Problem erkennen – heißt: Wachsam sein gegenüber rechten Strukturen, sensibel sein gegenüber Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Das Problem benennen und Stellung beziehen – heißt: klare Bekenntnisse statt Relativierung, Ächtung rechter und rassistischer Gewalt und wahrnehmbare Solidarisierung mit den Betroffenen.

Autorin: Andrea Hübler

VÖLKISCHES LANDBLEBEN – EINE EXTREM RECHTE GRASWURZELSTRATEGIE

„Was meine ökologische Landwirtschaft angeht, so betreibe ich sie, weil es in einer Zeit der beabsichtigten Vergiftung der Lebensräume unseres Volkes friedlichen Widerstand gegen die Missstände darstellt. Blut und Boden funktioniert und die Menschen werden es glauben und verstehen, wenn sie es sehen“, heißt es auf der Facebook-Seite eines extrem Rechten. Er hat sich vor einigen Jahren in einem kleinen Dorf im Wendland niedergelassen, auf seinem Hof eine Streuobstwiese angelegt und hält alte Nutztierassen.

Seinen NachbarInnen fiel seine extrem rechte Einstellung anfangs nicht auf, weil er gegen Atomkraft protestierte und sich gegenüber anderen freundlich und hilfsbereit verhielt. Doch seine Freunde, die ihm bei Arbeitseinsätzen an Wochenenden halfen, den Hof aufzubauen, stammen aus der extrem rechten Szene, Deutschrock schallte bei seinen Feiern durch die Gegend und im angetrunkenen Zustand bezeichnete er sich selbst als „Nationalsozialist“. Die zunehmend kritischen NachbarInnen in seiner Umgebung bezeichnete er abfällig als „Juden“ und bedrohte sie mit einem Knüppel.

Die völkische Avantgarde

Der Landwirt ist ein völkischer Siedler: Schon seit Beginn der neunziger Jahre ziehen extrem Rechte auf's Land, um dort ihre menschenfeindliche Weltanschauung zu leben. Weil sie versuchen, Selbstversorgung zu betreiben und sich naturnah geben, werden sie häufig als harmlose Ökos oder alternative AussteigerInnen angesehen. Aber ihre politische Einstellung richtet sich gegen die demokratische Gesellschaftsordnung, sie vertreten rassistisch-antisemitische Positionen und sehen Flüchtlinge, Homo-, Transsexuelle und Behinderte als Bedrohung an.

Ihr völkisches Weltbild beruht auf der Annahme, es gebe eine „deutsche Volksgemeinschaft“, der nur diejenigen angehören könnten, die ihre Abstammung blutsmäßig mit einer möglichst langen deutschen Ahnenreihe nachweisen können. Diese Idee stammt aus der völkischen Bewegung, die sich Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts formierte, ihren Höhepunkt im Nationalsozialismus fand und sich auch heute noch unter extrem Rechten großer Beliebtheit erfreut. Die „Volksgemeinschaft“ wird als natürlicher Zusammenhang verstanden, als organisches Ganzes, dem sich alle Einzelnen zu unterwerfen hätten. Die Gemeinschaft wird allen

anderen Menschen als überlegen angesehen. Wer nicht zu ihr zählt oder sich gegen sie stellt, wird als unnatürlich, krank und feindlich wahrgenommen.

Die völkischen SiedlerInnen vertreten diese Weltanschauung mit großer Überzeugung. Sie stammen häufig aus dem Kern der extrem rechten Szene und sind zum Teil schon von klein auf mit diesen Idealen erzogen worden. Dementsprechend sind sie gut vernetzt, ihre Kontakte reichen in die NPD, die Freien Kameradschaften, rechte Jugend- und Hochschulbünde, zu den ReichbürgerInnen und in neurechte Kreise. Sie selbst begreifen die SiedlerInnen als eine Avantgarde innerhalb der Szene, aber auch der gesamten Gesellschaft. Sie wollen ihre politische Überzeugung nicht nur auf Demonstrationen oder im Parteiamt vertreten, sondern sie tagtäglich leben, um anderen vorzuführen, was sie für richtig halten. Für die extrem rechte Szene stellen sie einen wichtigen Ankerpunkt dar, weil sie mit ihrem Lebenskonzept eine langfristige, solide Basis schaffen, um die menschenfeindliche Weltanschauung zu verbreiten.

Siedeln auf der „deutschen Scholle“

Es zieht die völkischen SiedlerInnen in den ländlichen Raum, weil sie größere Städte wegen ihrer Modernität und der Vielfalt der Kulturen ablehnen. Auf dem Land ist die Lebensweise zum Teil noch traditioneller, daran können sie besser anknüpfen und in manchen menschenleeren Gegenden können sie ungestört ihre rechten Ideale leben. Dabei kommt ihnen zugute, dass die Grundstücks- und Immobilienpreise auf dem Land geringer sind, als in den Städten. Wie der eingangs genannte Siedler aus dem Wendland, versuchen seine GesinnungsgenossInnen Selbstversorgung zu betreiben, um sich von größeren Wirtschaftskreisläufen unabhängig zu machen. Aus der vermeintlichen Bedrohung der „Volksgemeinschaft“ durch Außenstehende leiten die SiedlerInnen einen ständigen Ausnahmezustand ab, sie wittern den „Volkstod“ und glauben, sich für den „Ernstfall“ eines Bürgerkrieges rüsten zu müssen. Sie betätigen sich häufig als HandwerkerInnen oder LandwirtInnen, weil sie so besser autark leben können, aber auch, weil die Völkischen das Bauerntum als höchste

Sie pflegen ein „germanisches“ Brauchtum, das sie an die nordische Mythologie anlehnen. Damit grenzen sie sich vom Christentum ab, das sie als internationalistisch und aufgrund seines Gebots der Nächstenliebe als verweichlicht ansehen.



Form der Selbstverwirklichung der deutschen „Volksseele“ ansehen. Die Frauen stehen den Männern dabei in nichts nach: Eine Siedlerin aus Thüringen nahm bei einem öffentlichen Gespann-Pflügen im traditionellen Bauernkleid teil. So knüpfen sie über ihre Produkte und Dienstleistungen unauffällig an ihre Umgebung an und geben sich als freundliche NachbarInnen oder engagierte Vereinsmitglieder.

Naturschutz im Namen der „Volksgemeinschaft“

Ihre Lebensweise wird als umweltbewusst wahrgenommen, weil sie dem zunehmend verbreiteten ökologischen Lifestyle ähnelt. „Natürlich“ ist für die völkischen SiedlerInnen aber nur die deutsche „Volksgemeinschaft“. Mit gesunder Ernährung wollen sie nicht in erster Linie sich, sondern den deutschen „Volkskörper“ stärken. Engagiert bei Tierrechtsorganisationen oder Anti-Gentechnikinitiativen finden sie gut Anschluss in der Umweltbewegung, wirken fortschrittlich und alternativ, doch ihre Gesellschaftskritik richtet sich nicht gegen deutsche Firmen, die Massenproduktion und -tierhaltung betreiben, weil sie den global durchgesetzten Bedingungen der kapitalistischen Profitmaximierung folgen wie alle anderen auch. Die SiedlerInnen bevorzugen regionale Produktionskreisläufe, weil sie aus rassistischen Motiven ausländische und internationale Firmen ablehnen. Ihnen unterstellen sie, aus reiner Profitgier zu handeln und den deutschen Boden zu vergiften. „Naturschutz = Heimat = Volksschutz“ ist die Gleichung, die schon völkische NaturschützerInnen zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts vertraten und die auch jetzt noch in der extrem rechten Szene vertreten wird. Völkische SiedlerInnen haben nicht das Ziel, für alle Lebewesen, ob Mensch, Tier oder Pflanze, ein gutes Leben zu ermöglichen, sondern nur für die, die sie als deutsch ansehen.

Der ganzheitliche Ansatz, der häufig ein Scharnier zwischen umweltbewusstem und esoterischem Denken darstellt, bietet den Siedlern einen weiteren Anknüpfungspunkt an den gesellschaftlichen Mainstream. Während Öko-AnhängerInnen, EsoterikerInnen und AnthroposophInnen sich in der allumfassenden Verbundenheit mit allem Lebenden wännen, bedeutet Ganzheitlichkeit für die SiedlerInnen die organische Verbundenheit aller in der deutschen „Volksgemeinschaft“. Besonders in der anthroposophischen Lebensweise finden die SiedlerInnen immer wieder Bezugspunkte, die sie in ihr Weltbild gut integrieren können: Rudolf Steiners Theorie beruhte auf einer rassistischen Einteilung der Menschheit in hierarchisch eingeteilte Wurzelrassen. Seine kosmisch-mythische Welterklärung rechnet mit dem Wirken höherer Wesenheiten, welche die Menschheitsentwicklung leiten. Die von ihm verwendete Vorstellung der „Volksseele“ kann in Entsprechung zur völkischen Idee der „Volksgemeinschaft“ gedeutet werden.^[1]

Von klein auf politisch gedrillt

Waldorfschulen sind bei völkischen SiedlerInnen nicht nur wegen ihrer weltanschaulichen Ausrichtung beliebt, sondern auch, weil sie wie auch andere freie Schulen und Kindergärten der staatlichen Kontrolle entzogen sind. Die SiedlerInnen versuchen ihre Kinder möglichst lange von demokratischen Einflüssen fern zu halten und erziehen häufig zu Hause. Die Schulpflicht zwingt sie aber dazu, die Kinder in anderen Erziehungsinstitutionen unterzubringen und so wählen sie häufig freie Träger aus, weil sie hier innerhalb

von Vereinsstrukturen auf die Ausrichtung der Bildung Einfluss nehmen können. Ihnen geht es dabei nicht nur um die eigenen Kinder: Nicht selten ergreifen die Frauen in der extrem rechten Szene Erziehungsberufe und versuchen, schon den Kleinsten ihre menschenfeindliche Weltanschauung zu vermitteln. (In der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ wurden Frauen schon vor Jahren dazu aufgerufen, diese Berufe zu ergreifen, um „den Etablierten nicht das Feld zu überlassen“.^[2])

Völkische SiedlerInnen können über ihre Kinder einfacher Sozialkontakte aufbauen: Als engagierte Mutter im Elternbeirat oder in der Fahrgemeinschaft setzen sie sich in den Alltagsstrukturen fest, übernehmen Verantwortung und Ämter, bis sie nicht mehr so leicht aus diesen Positionen verdrängt werden können. Entsprechend eines immer noch weitverbreiteten Stereotyps von der Frau als friedfertigen und unpolitischem Wesen wird ihnen eine extrem rechte Weltanschauung noch weniger zugetraut, als ihren männlichen Gesinnungsgenossen.^[3]

Innerhalb des völkischen Weltbildes sind die Geschlechterrollen traditionell aufgeteilt: Die Frau ist für die Geburt und Erziehung der Kinder sowie den Haushalt zuständig, der Mann versorgt und beschützt die Familie. Diese gilt als Keimzelle der „Volksgemeinschaft“ und so ist es die Pflicht der Eltern, möglichst viele Kinder zu zeugen, um die Gemeinschaft zu erhalten. In wenig bewohnten Gegenden, (die die Menschen zunehmend auf der Suche nach Arbeit verlassen) werden die Großfamilien der völkischen SiedlerInnen zunächst als Bereicherung wahrgenommen, weil sie die Orte wieder mit Leben erfüllen. Häufig stammen die SiedlerInnen selbst schon aus Großfamilien, die sie „Sippen“ nennen, und die die völkische Weltanschauung schon seit Generationen, teilweise seit dem Nationalsozialismus, tradieren. Dementsprechend gefestigt sind sie in ihrer Einstellung. Ihre Kinder schicken sie gerne in rechte Jugendverbände, die mit naturnahen Aktivitäten werben, die Kleinen aber politisch schulen und militärisch drillen. Mit Wehrsportübungen, Überlebenstrainings und Fahnenappellen trainieren hier – auch die Eltern – für den vermeintlichen Ernstfall. Sie wollen in der Lage sein, ihre Weltanschauung nach Bedarf mit Härte und Gewalt zu vertreten. Ihre Kinder sollen zur zukünftigen Elite der extrem rechten Szene hochgezüchtet werden.

Mit dem Segen nordischer Götter

Die Fokussierung der SiedlerInnen auf Krieg und Härte spiegelt sich auch in ihrer kulturellen Ausrichtung wieder: Sie pflegen ein „germanisches“ Brauchtum, das sie an die nordische Mythologie anlehnen. Damit grenzen sie sich vom Christentum ab, das sie als internationalistisch und aufgrund seines Gebots der Nächstenliebe als verweicht ansehen. Der nordische Glaube gilt ihnen dagegen als stark und kämpferisch und entspricht damit mehr ihrer Haltung, sich dauernd im Kampf gegen die „Volksfeinde“ bewähren zu müssen. Ihr Brauchtum

drücken sie durch das Tragen traditioneller Kleidung aus und sie verwenden gerne Runen, mit denen sie sich schmücken. Die „Artgemeinschaft germanische Glaubensgemeinschaft wesensgleicher Lebensgestaltung“ ist eine der wichtigsten völkisch-rassistischen Glaubensgruppen. Sie organisiert (Winter-) Sonnenwendfeiern, zu denen sich bisweilen hunderte von extrem Rechten versammeln und die besonders bei völkischen Familien beliebt sind. Gleichzeitig ruft sie ihre AnhängerInnen aber auch zu politischen Handeln auf und verfolgt dabei dieselbe Strategie, mit der die völkischen SiedlerInnen vorgehen. In dem Manifest „Die Zukunft des Artglaubens“

heißt es: *„Wir können kleine Gruppen bilden, die wissen, was sie wollen. Persönlich können wir ‚infiltrativ‘ wirken, in Vereine, Gesellschaften, Gruppen gehen und dabei viele Mitmenschen über die erkannten Zusammenhänge nachdenklich machen, ihnen Denkanstöße geben, ihnen naturnahe Ansichten darstellen, sie letztlich ‚zu sich selbst führen ...‘ Das Wichtigste aber angesichts dieses sterbenden Volkes ist, das Leben in möglichst großer Zahl weiterzugeben. (Erfreulicherweise gehört es bei uns ‚zum guten Ton‘, viele Kinder zu haben.) ... Wenn sich die derzeit herrschenden Kräfte infolge ihrer gewollten Kinderlosigkeit und ihrer Eigensüchtigkeit verflüchtigt haben werden, dann könnten wir, wenn wir Geduld haben, rein zahlenmäßig ein gewisser Faktor geworden sein.“^[4]*

Die völkischen SiedlerInnen sind in ganz Deutschland verbreitet, ihre Vorgehensweise ist aber immer noch weitgehend unbekannt und wenig erforscht. Natürlich ist nicht jeder Biobauer mit einer großen Familie ein völkischer Siedler. Aber gerade weil nicht ungerechtfertigt Misstrauen verbreitet werden soll, ist es wichtig, über diese Siedlungstendenz innerhalb der extrem rechten Szene zu informieren. Ebenso ist es wichtig, sich gemeinsam über die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft zu verständigen, um sie tagtäglich mit Leben zu erfüllen und den SiedlerInnen keine Anknüpfungspunkte für ihre extrem rechte Weltanschauung zu bieten.

Autorin: Anna Schmidt



^[1] Vgl. Rudolf Steiner, Die Mission einzelner Volksseelen im Zusammenhang mit der germanisch-nordischen Mythologie, GA 121, http://wn.rsarchive.org/Lectures/GA121/German/GA121_index.html

^[2] Deutsche Stimme, April 2010

^[3] Vgl. dazu auch den Artikel „Frauen und Rechtsextremismus“ in dieser Handreichung.

^[4] www.asatru.de/nz/index.php?option=com_content&view=article&id=19:die-zukunft-des-artglabens-&catid=14:artglabe&Itemid=17, 24.11.2015

FRAUEN UND RECHTSEXTREMISMUS – SIND HEIMAT, VOLK UND VATERLAND IN GEFAHR?

Warum die Auseinandersetzung über Gendermainstreaming, sexuellen Missbrauch, Heimat, Volk und Vaterland nicht rechtsextremen Strömungen zur Deutung überlassen werden darf

Die nette Frau von nebenan

Bei dem Thema „Rechtsextremismus“ dominieren oft Bilder von jungen, zum Teil gewaltbereiten Männern. Dass aber auch Frauen in der Szene eine tragende Rolle spielen, wird gern übersehen. Frauen mit rechtsradikalem Gedankengut stabilisieren mit ihrem ehrenamtlichen Engagement die rechte Szene und tragen zur Imageverbesserung rechter Vereinigungen bei. Als „nette Nachbarinnen“, „volksnahe Kommunalpolitikerinnen“ oder „hilfsbereite Vereinschwestern“ treten sie in Erscheinung. Sie engagieren sich in Elternbeiräten, Kindertagesstätten und ökologischen sowie sozialen Projekten und verbreiten dort ihr Gedankengut. Modern gestaltet könnten manche ihrer Themen durchaus anschlussfähig erscheinen, auch in Kirchgemeinden. Es geht u. a. um den Erhalt traditioneller Werte im Rahmen eines konservativen Familienbildes. Soziale Themen werden stark gemacht: der Aufruf „*Rettet unsere Hebammen*“ ist ebenso zu finden wie die Sorge um „*die wirklich Bedürftigen*“, die Hartz-IV-Empfänger, die den „*Besserverdienenden*“ durch ungerechte Behandlung des Staates gegenüberstehen.

Rollenbilder und Klischeezeichnungen

Am Frauenbild lassen sich Gesellschaftsveränderungen deutlich ablesen. Das der Frauenorganisation der NPD „*Ring Nationaler Frauen*“ (RNF) vertretene Frauenbild scheint von einer grundlegenden biologisch und kulturell begründeten Rollenteilung geprägt: Der Mann ist auf der Jagd, die Frau am Herd.

Aktuelle Debatten, die sich um Chancengleichheit bemühen und die zwingende Geltung sozialer Rollenmuster hinterfragen, werden nicht aufgenommen. Sie erscheinen lediglich als dunkle Negativfolie, vor denen die klassischen Rollenbilder als leuchtender Ausweg präsentiert

werden. So wird eine angebliche Anbiederung an den Zeitgeist bemüht, um den drohenden Zerfall der Familien zu prognostizieren. Gendermainstreaming wird als Genderismus verunglimpft und als Inbegriff des Fremden und Unheimlichen drohend an die Wand gemalt. Dabei überschneiden sich die Argumentationen mit den dramatisierten Zerrbildern, die von konservativen Autorinnen wie Gabriele Kuby und Birgit Kelle auch in Kirchgemeinden verbreitet werden. Sie fordern „*Stoppt den Genderwahn*“ und unterstellen, die biologischen Geschlechter sollten aufgehoben werden und Begriffe wie Vater oder Mutter sollten abgeschafft werden. Auch würden die Kinder bereits im Kindergarten „*frühsexualisiert*“, wovor man sie schützen müsse – so der Inhalt entsprechender Vorträge.

Konkrete Bildungsinhalte wie der angemessene Umgang mit Sexualität, gerechte Gemeinschaft zwischen Männern und Frauen, Abbau von Diskriminierung und Schutz vor Gewalt werden staatlichen Institutionen kaum noch zugetraut. Empfundene Krisenerscheinungen wie Zerfall der Familie, öffentliche Akzeptanz von Homosexualität, Überfremdung, Verlust der Werte werden u. a. mit Rollenveränderungen zwischen der Geschlechtern und Zuzug von Fremden begründet. Interessant ist die Instrumentalisierung der Religion, die umso echter erscheint, je mehr sie sich dem sogenannten Zeitgeist verschließt. Zum „Zeitgeist“ werden insbesondere auch Entwicklungen zu liberalerem Umgang mit Homosexualität und anderen Familienbildern gerechnet.

Dem wird in romantisierenden Bildern des 19. Jahrhunderts die gute alte Welt mit Brauchturnpflege gegenübergestellt. Beim flackernden Schein der Kerzen an die Ahnen und Verstorbenen der Sippe zu gedenken, nach „altem Glauben“ leben, rituelle Sonnwendfeiern, verknüpft mit der Sorge um Gefangene und Kameraden – Frauen sorgen sich liebevoll um Familie und nahe Menschen, so stilisieren die Frauen im RNF ihr Selbstbild. Weiblichkeit, Zielstrebigkeit, Schlichtheit und Volksverbundenheit sind Ideale. Die Reinerhaltung der Rasse steht im Vordergrund. Andererseits scheint ein heidnisch-rechtes Frauenbild verschiedene Frauen anzuziehen. Der Hexenkult wird als altes germanisches Volksgut stilisiert. Ganz anders im Erscheinungsbild sind Mädchen aus der rechtsextremen Skinheadszene. Sie verstehen sich als Teil der kämpfenden Front, sind politisch aktiv, Gewaltanheizerinnen und Anführerinnen.

Todesstrafe für Kinderschänder

Frauen mit rechtsextremem und rechtspopulistischem Gedankengut scheinen zwar persönlich weniger gewalttätig, übertreffen aber häufig die Männer bei der Äußerung fremdenfeindlicher und rassistischer Parolen. Mit Aufrufen wie „*Rettet unsere Familien*“ oder drastischen Warnungen vor der „*Vergewaltigung unserer Kinder*“ verstehen sie, aufzurütteln und zu beeindrucken. Auf dieser Linie liegt auch die Kampagne „*Todesstrafe für Kinderschänder*“, deren Aufkleber auf etlichen Autos herumgefahren werden. Dies ist seit vielen Jahren eine wichtige Parole und zugleich Erkennungszeichen der Neonaziszene. Rechtsextreme nutzen die emotionale Aufladung, um autoritäre Vorstellungen von Strafe und Schutz der „Gemein-

schaft“ zu etablieren. Aus Angst vor Wiederholungstaten wird Kapital geschlagen. Die Fokussierung liegt auf dem Täter und dessen gewaltsamer Auslöschung. „Die da oben“ seien schuld daran, dass Täter zu wenig bestraft würden – so wird Empörung über ein Verbrechen in Kritik am politischen System umgemünzt. Gewalt wird eingefordert, weil vermeintlich der Rechtsstaat versagt. Frauen und Kinder werden als (potentielle) Opfer wahrgenommen. Das Wort „Schande“ stellt aber auch die Betroffenen an den Pranger, als trügen sie eine Mitschuld. Es nimmt den Opfern die Würde.

Gewalt gegen Frauen

„Weiße Frauen sind in Deutschland zum Freiwild geworden.“ „Die Straßen müssen wieder sicherer werden, und das geht nur, wenn man diesen Asylhorden Einhalt gebietet, damit Gerechtigkeit nicht in Selbstjustiz münden muss“, so Ricarda Riefling, Vorsitzende des Rings Nationaler Frauen, noch vor der Silvesternacht 2015 in Köln. Es wird der Eindruck erweckt, dass der Rechtsstaat versagt habe, die Gewaltenteilung unangemessen sei und gegebenenfalls das kraftlose Gewaltmonopol des Staates durch Selbstjustiz ersetzt werden müsste. Eigene Gewalt wird als Gegengewalt stilisiert.

Soll die Nacht den Männern überlassen werden? Mit Empörung reagieren Frauen zu Recht auf Ratschläge dieser Art. Die Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung ist ein Straftatbestand und muss bestraft werden, unabhängig von Hautfarbe und Herkunft des Täters/der Täterin. Allerdings trifft die Annahme, dass die Gewalt gegen Frauen mehrheitlich von Fremden ausgeht, nicht zu. Es ist überdeutlich, dass die Vorkommnisse verzweckt werden, um ohnehin bestehende Ressentiments gegen Ausländer weiter zu verstärken.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO bezeichnet Gewalt gegen Frauen als eines der größten Gesundheitsrisiken von Frauen weltweit. Lange Zeit war das Thema vollständig tabuisiert. Scham und Angst vor Gerede oder weiteren Übergriffen hemmen Frauen, ihre

Seitens rechtsnationalistischer Forderungen ist die Sorge um Frauen und Kinder auf die „Volks- und Schicksalsgemeinschaft“ in der die Familie „Träger des biologischen Erbes ist“ begrenzt. Familien mit Migrationshintergrund gehören nicht dazu.

Rechte einzufordern und Hilfe zu suchen. Viele sprechen erst jetzt über die erlebte Gewalt. Der Deutsche Frauenrat hat sich bereits mehrfach an Bundeskanzlerin Merkel und Bundesinnenminister de Maizière gewandt, um darauf hinzuwirken, dass dem Schutz von Frauen vor Gewalt mehr Nachdruck verliehen wird. Fraueneinrichtungen begannen in den 1970er Jahren damit, das Thema öffentlich zu machen. Gewalt gegen Frauen wird

überwiegend durch Partner oder Expartner und im häuslichen Bereich verübt. Frauen in Trennungs- oder Scheidungssituationen sind besonders gefährdet, Opfer von Gewalt durch den (Ex-)Partner zu werden.

NPD und rechtspopulistische Parteien sind bisher kaum durch gleichstellungspolitische Aktivitäten und den Einsatz für Frauenrechte aufgefallen.



Interessanterweise gründen rechtsextremistische, rechtspopulistische und islamistische Strömungen auf ganz ähnlichen Männlichkeitsidealen, die durch Kampf und Heldenepos geprägt sind.

Seitens rechtsnationalistischer Forderungen ist die Sorge um Frauen und Kinder auf die „Volks- und Schicksalsgemeinschaft“ in der die Familie „Träger des biologischen Erbes ist“ begrenzt. Familien mit Migrationshintergrund gehören nicht dazu.

Heldenhafte Männlichkeitsideale

Fundamentalistische Strömungen ähneln sich im Frauenbild. Sexuelle Selbstbestimmung und Unabhängigkeit wird Frauen in geringerem Maße zugestanden als Männern. Auch die christliche Geschichte weist Schuld und Versagen auf diesem Gebiet auf. Interessanterweise gründen rechtsextremistische, rechtspopulistische und islamistische Strömungen auf ganz ähnlichen Männlichkeitsidealen, die durch Kampf und Heldenepos geprägt sind. „Deutschland und Europa hat seine Männlichkeit verloren.“, meinte Björn Höcke, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag. Als Ergänzung dazu bedarf es der aufopferungsvollen und untergeordneten Frau. Manche meinen, dies sei „schöpfungsgemäß“ und Familien würden durch Frauenemanzipation, gar durch Gendermainstreaming zerstört. Flexibilisierung in Rollenbildern, gar die tatsächliche Uneindeutigkeit von Geschlecht würden das Kindeswohl gefährden. Gendermainstreaming wird als Projektionswort für all diese Verunsicherungen benutzt.

Allerdings zeigt die Lebenswirklichkeit, dass auch Alleinerziehende, Regenbogenfamilien, berufstätige Eltern ebenso wie klassische Ehepaare „Familie“ leben, Kinder großziehen, sich um die ältere und jünger Generation kümmern. Verschiedensein ist normal, auf Gerechtigkeit kommt es an, denn ohne faire Beziehung hält keine Liebe. Der Wert der Ehe wird nicht dadurch beschädigt, dass Menschen unterschiedliche Lebensentwürfe leben. Der Lutherische Weltbund hat dazu erklärt: „Gendergerechtigkeit wird durch Gleichstellung und ausgewogene Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern verwirklicht, sowie durch die Überwindung institutioneller, kultureller und zwischenmenschlicher Diskriminierung zementie-

render Systeme, die von Privilegierung und Unterdrückung bestimmt sind.“ (Grundsatzpapier: Gendergerechtigkeit im LWB, 2013, S. 7.) Zur Diskriminierung gehört auch das Festlegen von Lebensoptionen durch ein anderes Geschlecht, Verringerung der Teilhabechancen oder Begrenzung des Ressourcenzuganges.

Ausblick

Ist das Abendland in Gefahr? Oder weniger plakativ: Was droht zu entschwinden, was soll gerettet werden? Die Sehnsucht nach Bleibendem und die pessimistische Grundhaltung gegenüber Veränderungen scheint ein besonders deutsches Phänomen zu sein. Ist es ein christliches? Menschen, gleich welchen Geschlechts, sind Ebenbilder Gottes. Sie sind unterschiedlich, aber gleichwertig. Das gilt nicht nur gegenüber Menschen gleicher Hautfarbe oder gleichen Glaubens. Hier ist der Unterschied zu rechtspopulistischem Gedankengut. Gott hat seine Gnade allen Menschen zugesichert, was übrigens auch in der Unteilbarkeit der Menschenrechte Niederschlag gefunden hat.

Kirchgemeinden können viel tun, um populistischen Strömungen entgegenzutreten.

Literatur:

- ▶ Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene, Andrea Röpke / Andreas Speit, 2011
- ▶ Was Sie über sexuellen Missbrauch wissen sollten. Shukura – Das mobile Team zur Prävention sexuellen Missbrauchs, 2009
- ▶ Gender und Rechtsextremismus. Broschüre der Amadeou-Antonio-Stiftung, www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/gender_und_rechtsextremismus.pdf
- ▶ Gewalt gegen Frauen – Zahlen und Fakten www.frauen-gegen-gewalt.de/gewalt-gegen-frauen-zahlen-und-fakten.html, eingesehen am 8. Januar 2016
- ▶ www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de, eingesehen am 4. Januar 2016
- ▶ Grundsatzpapier Gendergerechtigkeit im Lutherischen Weltbund, www.lutheranworld.org/sites/default/files/DTPW-WICAS_Gender_Justice-DE.pdf

Autorin: Kathrin Wallrabe

SACHSEN: RUHE- UND RÜCKZUGSRAUM DES NSU^[1]

Am 4. November 2011 enttarnte sich der Nationalsozialistische Untergrund (NSU), dem mindestens zehn Morde, zwei Sprengstoffanschläge und fünfzehn Raubüberfälle zur Last gelegt werden. Bereits kurz nach der Selbstenttarnung wurde bekannt, dass Uwe Bönhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe – der Kern des NSU – bereits kurz nach ihrer Flucht aus Thüringen im Januar 1998 in Sachsen untertauchten, zunächst in verschiedenen Wohnungen in Chemnitz, später in Zwickau. Rund vierzehn Jahre lang nutzten die drei Sachsen als Ruhe- und Rückzugsraum für ihre Straftaten. Dabei beging das Trio elf der fünfzehn Raubüberfälle in Sachsen.^[2]

Der nachfolgende Artikel beleuchtet schlaglichtartig den Umgang mit den NSU-Verbrechen in Sachsen. Aufgrund der Vielschichtigkeit des Themas können dabei nur einige Aspekte betrachtet werden. Die Tatsache, dass die Aufklärung der tatsächlichen Geschehnisse nach wie vor nicht abgeschlossen ist und der NSU-Prozess in München ebenso wenig abgeschlossen ist, wie die Arbeit mehrerer parlamentarischer Untersuchungsausschüsse im Deutschen Bundestag sowie in mehreren Landesparlamenten, erschwert die Aufgabe zusätzlich. Der vorliegende Artikel kann somit lediglich als grobe Orientierung dienen und erhebt nicht den Anspruch, ein Gesamtbild des Wirkens des NSU zu zeichnen.

Schuldabwehr nach dem Auffliegen des NSU

Die Wahl Sachsens als Ruhe- und Rückzugsraum des NSU erscheint nach wie vor nicht als Zufall. In Sachsen konnte das untergetauchte Trio auf eine gut ausgebaute Unterstützungsszene der extremen Rechten bauen. Neben den allgemein gut ausgebauten Strukturen von Kameradschaften und/oder der sogenannten freien Szene hat es konkrete Hilfeleistungen sächsischer AktivistInnen der extremen Rechten für das flüchtige Trio gegeben. Dazu gehörten beispielsweise das Anmieten von Wohnungen und das Zurverfügungstellen von Ausweisdokumenten. Auch eine der Tatwaffen soll von einem Aktivist des sächsischen „Blood & Honour“-Netzwerks beschafft worden sein.

Begünstigend kam ein allgemeines gesellschaftspolitisches Klima hinzu, das auf Verleugnung und Verharmlosung des Problems Rechtsextremismus ausgerichtet war. Prägnantes Beispiel für dieses Klima ist die wahrheitswidrige Aussage des früheren sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf aus dem Jahr 2000, der gegenüber der Sächsischen Zeitung erklärte, die Sachsen hätten sich als „vollkommen immun erwiesen gegenüber den rechtsradikalen Versuchungen“, überdies hätten in Sachsen „noch keine Häuser gebrannt, es ist auch noch niemand umgekommen.“^[3]

Auch nach dem Auffliegen des NSU wurde von Seiten der sächsischen Staatsregierung schnell das Muster des Verdrängens und Verharmlosens reproduziert. Die konsequente Bezeichnung des Trios als „Thüringer Trio“ oder „Thüringer Zelle“ durch die Staatsregierung machte bereits sprachlich deutlich, dass der NSU nicht als sächsische Angelegenheit betrachtet wird.

In Thüringen stieß die dortige Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht schnell die Aufarbeitung der im Raume stehenden Fragen, welches Wissen thüringische Behörden zu welchem Zeitpunkt hatten und was mit den Informationen geschehen ist, durch eine unabhängige Expertenkommission an. Diese legte innerhalb weniger Monate einen umfangreichen Bericht vor (den sog. Schäfer-Bericht), der bereits zu einem frühen Zeitpunkt eine Vielzahl von Fehlern und Missständen thüringischer Behörden im Umgang mit dem Trio deutlich machte. In Sachsen hingegen sperrte sich die Staatsregierung gegen eine solche Aufarbeitung aus eigener Kraft. Hier wurde schnell die Lesart ins Spiel gebracht, die sächsischen Behörden hätten nichts falsch gemacht, da thüringische Behörden federführend in der Fahndung gewesen seien und sächsische Behörden lediglich unterstützt hätten.^[4]

Zudem verwies die Staatsregierung immer wieder auf andere Gremien, die die Aufarbeitung leisten sollen, etwa die von der Bundesregierung eingesetzte Bund-Länder-Kommission oder auch der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages.

Die Hauptsorge der sächsischen Staatsregierung schien dabei zu sein, dass sich die Taten des NSU als Imageproblem für Sachsen herausstellen könnten. In einem Interview mit der BILD-Zeitung sagte Ministerpräsident Stanislaw Tillich: „Zuletzt die Nachrichten über das rechtsextremistische Trio in Zwickau. Das ist nicht Ausdruck dessen, was Sachsen eigentlich bedeutet. Es schmälert die Leistung der Menschen. Das ist unfair! Wir Sachsen werden für etwas verantwortlich gemacht, wo wir das Gegenteil unter Beweis gestellt haben, z. B. mit vielen Initiativen.“^[5]

Blood & Honour, lange Zeit eine der zentralen Strukturen der extremen Rechten, wurde und wird durch das LfV nach wie vor lediglich als eine Art Konzertveranstaltungsagentur beschrieben und die politische Dimension ausgeblendet.



Fehlerurteile und Nichtweitergabe von Informationen durch sächsische Behörden

Begünstigend für den NSU war einerseits, dass vorhandenes Wissen über das untergetauchte Trio von Behörden nicht in ausreichendem Maße weitergegeben wurde und andererseits, dass es erschreckende Fehlerurteile über Strukturen der extremen Rechten in Sachsen gab. Insbesondere das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) muss hier in den Blick genommen werden.

So wurde beispielsweise durch die Arbeit des von den Oppositionsfraktionen von LINKEN, SPD und GRÜNEN im Sächsischen Landtag eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschuss deutlich, dass sächsischen Behörden eine Vielzahl von Informationen über das Trio vorlagen, es aber trotz gegebener eigenständiger Ermittlungspflichten keine eigenständigen Ermittlungen gegeben hat. Besonders brisant erscheint vor diesem Hintergrund, dass das sächsische LfV bereits im Herbst 1998 Informationen darüber hatte, dass das Trio auf der Suche nach einer Waffe sei, um damit Überfälle zu begehen. An die Polizei weitergegeben wurde diese Information jedoch nicht.^[6]

Auch Fehlerurteile des LfV über die Bedeutung einzelner rechtsextremer Strukturen sind in der Betrachtung des Komplexes NSU relevant. „Blood & Honour“, lange Zeit eine der zentralen Strukturen der extremen Rechten, wurde und wird durch das LfV nach wie vor lediglich als eine Art Konzertveranstaltungsagentur beschrieben und die politische Dimension ausgeblendet. Obwohl nach dem Auffliegen des NSU deutlich wurde, dass eine Reihe von UnterstützerInnen des NSU aus dem Umfeld von „Blood & Honour“ stammt, war das LfV nicht bereit, seine Fehleinschätzung dieser Struktur zu revidieren. Noch im April 2013 antwortete die Staatsregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu „Blood & Honour“ wie folgt:

„Blood & Honour hat sich nicht als politische Organisation angesehen, sondern viel mehr als Multiplikator nationalsozialistischer Ideologie durch das Mittel Musik. Für die Führungsmitglieder von Blood & Honour-Sachsen war die Ideologie zweitrangig, deshalb wurden keine politischen Treffen beabsichtigt bzw. durchgeführt [...] Generell sah Blood & Honour in der Musik das ideale Mittel für den Transport der nationalsozialistischen Ideologie.“^[7]

Anders ausgedrückt, Staatsregierung und LfV werten das Verbreiten nationalsozialistischer Ideologie mit dem Mittel Musik nicht als politische Betätigung bzw. Kennzeichen einer politischen Organisation.

Parlamentarische Aufarbeitung des NSU in Sachsen

Erst mit der Einsetzung des bereits genannten Untersuchungsausschusses durch die demokratischen Oppositionsfraktionen konnte eine gewisse Transparenz darüber hergestellt werden, über welches Wissen sächsische Behörden zu welchem Zeitpunkt verfügten. Allerdings konnte der Ausschuss trotz seiner über zweijährigen Tätigkeit nicht alle relevanten Fragen klären. Hier machte sich insbesondere bemerkbar, dass der Ausschuss nicht wie im Deutschen Bundestag, in Thüringen und in Bayern durch einen breiten Konsens aller demokratischen Fraktionen von CDU bis LINKE eingesetzt wurde, sondern als klassisches Kontrollinstrument der Opposition. Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses in Sachsen wurde von Vertretern der Regierungsfractionen CDU und FDP massiv kritisiert und zum Teil sogar als „NPD-Informationsausschuss“ diskreditiert.^[8] Die Folge dieses fehlenden gemeinsamen Konsenses war, dass sich die Ausschussarbeit äußerst zäh und langwierig gestaltete

und die Einsetzung eines weiteren Untersuchungsausschusses in der 6. Legislaturperiode notwendig wurde. Diese erfolgte am 11. April 2015 wiederum auf Antrag der Oppositionsfraktionen LINKE und GRÜNE. CDU und SPD enthielten sich der Stimme, allerdings erfolgte die Plenardebatte über die Einsetzung des Ausschusses in deutlich sachlicherer Atmosphäre, so dass zu hoffen ist, dass dieser neuerliche sächsische Untersuchungsausschuss zum NSU weiterreichende Ergebnisse liefern wird, als sein Vorgänger.

Autor: Miro Jennerjahn

^[1]Dieser Artikel basiert auf Ausführungen, die ich im Rahmen einer anderen Publikation gemacht habe. Dabei handelt es sich um den Artikel „Programme und Projekte gegen Rechtsextremismus vor Ort – Das Fallbeispiel Sachsen“ (Jennerjahn 2016).

^[2]Die Überfälle wurden nach bisherigem Kenntnisstand von Bönhardt und Mundlos begangen. Lediglich ein Überfall wurde vermutlich von Bönhardt allein begangen. Inwieweit Beate Zschäpe in die Planung der Überfälle involviert war, ist nicht geklärt.

^[3]Sächsische Zeitung (2000): Opposition: Biedenkopf verharmlost rechte Gewalt. In: Sächsische Zeitung vom 29.9.2000; www.sz-online.de/sachsen/opposition-biedenkopf-verharmlost-rechte-gewalt-380056.html, 21.02.2016

^[4]Deutlich wird dieses Muster beispielsweise im Gesamtresümee des „Vorläufigen Abschlussbericht des Sächsischen Staatsministerium des Innern zum Fallkomplex „Nationalsozialistischer Untergrund““ (Staatsministerium des Innern 2012, S. 19)

^[5]Fischer, Christian (2011): Auf einen Glühwein, Herr Ministerpräsident; In: BILD-Zeitung vom 23.12.2011, www.bild.de/regional/dresden/stanislaw-tillich/auf-einen-gluehwein-mit-dem-mp-21741520.bild.html, 21.02.2016

^[6]Im Minderheitenvotum der Fraktionen LINKE, SPD und GRÜNE zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses können die bislang bekannten Versäumnisse sächsischer Behörden nachvollzogen werden. Der Bericht ist einsehbar unter http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=14688&dok_art=Drs&leg_per=5&pos_dok=202

^[7]Vgl. Staatsministerium des Innern (2013), Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Strukturen von „Blood & Honour“ und der „Hammerskin Nation“ in Sachsen sowie deren Unterstützernetzwerke“ vom 11.04.2013, S. 7. Die Antwort der Staatsregierung ist einsehbar unter http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=11189&dok_art=Drs&leg_per=5&pos_dok=2

^[8]So äußerte sich beispielsweise Prof. Dr. Günther Schneider von der CDU-Fraktion bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses im Rahmen der 51. Sitzung des 5. Sächsischen Landtags am 7. März 2012. Nachlesbar ist dies im Protokoll der entsprechenden Sitzung auf Seite 5035. Das Protokoll ist einsehbar unter www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/tagesordnungen-protokolle-des-plenums/protokoll/515 (zuletzt eingesehen am 21.02.2016)

ICH BIN DOCH KEIN RASSIST, ABER ...

Die Abwertung der Anderen

Rassismus ist böse. Das hat sich mittlerweile herumgesprochen und darum möchte auch niemand als Rassist bezeichnet werden. Was ist aber genau das Böse am Rassismus? Dass er benennt, dass es Menschen mit unterschiedlicher Hautfarbe gibt? Das kann es wohl nicht sein, denn dies ist ein offensichtlicher Fakt und an sich kein ethischer Sachverhalt. Das Böse liegt darin, dass der Rassismus allen Menschen, die diese (oder andere) Merkmale tragen,

1. bestimmte unveränderliche Eigenschaften zuschreibt und
2. diese Eigenschaften eine Abwertung und Minderstellung rechtfertigen sollen.

Insofern ist Rassismus ein klassisches Beispiel für eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, die Menschengruppen in wertvoll und weniger wertvoll einteilt. Aus christlicher Perspektive, die darum weiß, dass jeder Mensch ein geliebtes Geschöpf Gottes ist, verbieten sich solche abwertenden Kategorisierungen.

Biologischer und kultureller Rassismus

Seitdem unter der nationalsozialistischen Herrschaft die Rassenideologie zur Rechtfertigung von millionenfachem Mord an unschuldigen Menschen herangezogen wurde, ist in Deutschland die Abwertung aufgrund der Hautfarbe (zu Recht) ein gesellschaftliches Tabu. Die damit verbundenen Vorurteile sind deswegen aber nicht verschwunden. Sie werden nur anders begründet. Die Kriterien, aufgrund derer eine dem Rassismus analoge Abwertung und Ausgrenzung anderer Menschen erfolgt, sind fast beliebig wählbar. Besonders beliebt sind in rechtsnationalistischen Kreisen Argumente, die sich auf die „Völker“ und ihre spezifischen, ihnen quasi wesenseigenen „Kulturen“ beziehen.

Die biologistischen Argumente früherer Rassenkundler sind heute wissenschaftlich widerlegt. Es gibt keine höhere oder niedrigere Intelligenz bestimmter Rassen, sondern nur von Individuen (und auch das besagt nichts über ihren „Wert“). Die Unterschiede im genetischen Material sind innerhalb einer menschlichen „Rasse“ größer als zwischen ihnen. Deshalb spricht die Humanbiologie in Bezug auf Menschen längst nicht mehr von unterschiedlichen „Rassen“, sondern unterscheidet lediglich allgemein jeweilige „Populationen“.

Rassismus ist in der Praxis ohnehin schon immer mehr ein soziales als ein biologisches Phänomen. Es geht ihm vorrangig darum, das Selbstwertgefühl der eigenen Gruppe durch Unterscheidung und Abwertung der anderen Gruppe zu erhöhen. Die UNO hat darum in ihrer Rassismusdefinition nicht nur streng biologische Merkmale genannt, sondern bezieht allgemein ethnische Unterscheidungen ein und bezeichnet als Rassendiskriminierung „jede auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird.“^[1] In der gegenwärtigen Rassismusforschung wird der Begriff vielfach noch weniger auf biologische Merkmale eingeschränkt, sondern wie in der Definition des Soziologen Albert Memmi^[2] als Kombination von mehreren Elementen gesehen:

1. eine verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede,
2. die zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden des Opfers
3. dessen Privilegien oder seine Aggression rechtfertigen sollen.

Die bloße Feststellung einer Unterschiedlichkeit beinhaltet folglich noch keinen Rassismus, wohl aber ihre Verzweckung zur Rechtfertigung der Abwertung anderer Menschengruppen. Das unterscheidet z.B. Reiseberichte, die die Fremdheit aber auch Schönheit des Orient beschreiben, von rassistischen Traktaten. Dazu gehört auch ein typisches Schwarz/Weiß-Malen in der Beschreibung der Unterschiede, die (unter Absehung von der Wirklichkeit) auf Seiten des Rassisten immer positiv, auf Seiten des Opfers hingegen immer negativ dargestellt werden. Wirklich friedliebende Muslime und gewalttätige Christen kann es darum im Weltbild eines sich selbst als christlich verstehenden Rassisten schwerlich geben.

Eine Sonderform stellen positive kollektive Zuschreibungen dar (positiver Rassismus, Exotismus), die ebenso die konkrete Situation übergehen und für die Betroffenen eine Quelle des Leidens sein können, weil auch pauschale Überhöhungen kein reales Bild ergeben und zur gesellschaftlichen Exklusion führen.

Antimuslimischer Rassismus

Besonders häufig ist in den aktuellen Auseinandersetzungen die Argumentation mit einer gefühlten Bedrohung durch „den Islam“. Mit der Verschiebung auf die religiöse Ebene versuchen die Protagonisten, dem Rassismusvorwurf zu entfliehen, denn der Islam sei ja eine Religion und keine Rasse. Weil es am Islam aus christlicher Sicht begründete Kritik gebe, könne die Warnung vor ihm doch nicht als „rassistisch“ bezeichnet werden – so eine häufige Gegenrede. Allerdings ist dabei der gewichtige Unterschied zwischen Islamkritik und Islamfeindschaft zu bedenken. Eine sachbezogene Islamkritik bezieht sich auf konkrete Elemente in der Ausgestaltung von Glaubenslehre und Praxis des Islam (z. B. den Umgang mit Apost-

asie). Sie akzeptiert aufgrund der Religionsfreiheit das grundsätzliche Existenzrecht des Islam und der Muslime und bemüht sich um begründete Unterscheidungen zwischen hilfreichen, aufbauenden und der Lebensorientierung dienlichen Elementen (Frömmigkeit, Gebet, Verantwortung vor Gott etc.) und solchen Interpretationen, die eine einengende oder zerstörerische Dynamik entfalten (z. B. Dschihadismus). Islamfeindschaft demgegenüber bestreitet das Existenzrecht des Islam insgesamt, verweigert sich einer differenzierten Betrachtung und betreibt mit der Gleichsetzung von Islam und Islamismus pauschalisierende Feindbildpflege. Im Ergebnis erfüllt eine islamfeindliche Argumentation, wie sie u. a. von Hetzportalen wie pi-news.net verbreitet und bei Pegida wie ein Schwamm aufgesogen wird, die oben genannte soziologische Rassismusdefinition in Reinkultur. Deshalb steht das Falblatt der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, das sich mit dem Thema der Islamfeindlichkeit auseinandersetzt, unter der Überschrift „Antimuslimischer Rassismus“.^[3]

Kritik oder Pauschalkritik

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Die begründete kritische Auseinandersetzung mit konkreten Problemen und Defiziten auch in Bezug auf Dinge, die mehrere Menschen gemeinsam tun oder auf Haltungen, die mehrere Menschen gemeinsam vertreten, ist kein Rassismus. Wohl aber ist es die Ausweitung und Generalisierung von tatsächlichen oder zusätzlich aufgebauten Problemen mit dem Ziel oder der Folge der Abwertung dieser Menschengruppe. Wo es z.B. zu Silvester 2015 in Köln zu Übergriffen auf die sexuelle Selbstbestimmung gekommen ist, darf und muss das kritisch benannt und die konkreten Ursachen (soweit möglich) untersucht werden, um Gegenmaßnahmen in Angriff nehmen zu können. Wo aber solche Vorkommnisse benutzt werden, um Migranten aus bestimmten Ländern generell eine höhere Neigung zu (sexualisierter) Gewalt oder Missachtung von Gesetzen zu unterstellen, dort wird die Schwelle zwischen sachgerechter Auseinandersetzung und unangemessener Pauschalzuschreibung überschritten. Wer Solches tut, muss sich nicht wundern, mit dem Rassismusvorwurf konfrontiert zu werden, selbst wenn er keine biologistische Argumentation gebraucht hat, denn der Effekt ist gleich: Abwertung einer Menschengruppe zum Schaden dieser, um die Besserstellung der eigenen Gruppe zu rechtfertigen.

Zum Weiterlesen:

www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de, www.bpb.de/politik/grundfragen/181189/rassismus, www.boell.de/de/rassismus-und-rechtspopulismus

Autor: Dr. Harald Lamprecht

^[1] Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1965

^[2] Albert Memmi: Rassismus. Frankfurt a.M. 1992, S. 164

^[3] www.bagkr.de/wp-content/uploads/BAGKR_Handreichung4_web.pdf

RECHTSPOPULISMUS UND KIRCHEN

Rechte Einstellungen machen vor Kirchentüren nicht halt

Dass es Vernetzungen zwischen christlichen Personenkreisen und politisch eindeutig rechten Medien und Parteien gibt, wird viele Gläubige irritieren. Im Zentrum des christlichen wie schon des jüdischen Glaubens stehen ja die Überzeugung von der Gottebenbildlichkeit aller Menschen, das Gebot grenzüberschreitender Nächstenliebe und der Einsatz für Gerechtigkeit als biblisches Leitmotiv. All dies legt eine besondere christliche Menschenfreundlichkeit nahe.

In der Realität – in quantitativen Studien ebenso wie auf Internetseiten – zeigt sich jedoch, dass auch ChristInnen keineswegs immun sind gegen Vorurteile, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und sogar rechtsextreme Einstellungen.

Nicht nur gehen rechtsintellektuelle Medien (z. B. „*Sezession*“, „*Blaue Narzisse*“, „*Junge Freiheit*“, „*eigentümlich frei*“, „*blu news*“) und rechtspopulistische Parteien (FPÖ, AfD, Pro-Parteien u. a.) schon seit vielen Jahren werbend auf ChristInnen zu. Sondern auch umgekehrt schlagen einige sich ausdrücklich christlich verstehende Personen Brücken ins explizit rechte politische Lager, schreiben etwa für rechtsintellektuelle Medien, werben für diese oder leiten die LeserInnen ihrer Weblogs und privaten christlichen Internetportale per Mouseklick auf rechte Websites bis hin zu extrem rassistischen Hetzportalen wie „*Politically incorrect*“ (PI).

Warum sind manche „eifrigen“ Christen anfällig für rechte Ideologien?

Offenbar können bestimmte Glaubensweisen und Frömmigkeitsstile dazu führen, dass manche „eifrigen“ Christen anfällig werden für menschenfeindliche Ideologien. Im Folgenden möchte ich deshalb nachzeichnen, wie gläubige Menschen schrittweise und in fließenden Übergängen zu einer Abwertung und Ablehnung Andersdenkender kommen können – aber keinesfalls müssen. Ganz bewusst beginne ich meine Ausführungen bei der Überzeugung von der Richtigkeit des eigenen Glaubens, die wünschenswert und keinesfalls anrühlich ist. Trotzdem kann die Abwertung anderer hier ihren Anfang nehmen.

Überlegenheitsanspruch und Abwertung

Es ist jedem gläubigen Menschen von Herzen zu wünschen, dass er sich von seinem Glauben getragen fühlt und darauf vertraut, auf seinem Glaubensweg einst bei Gott anzukommen. Für einige Gläubige ist das Vertrauen in den eigenen Glauben gleichbedeutend mit der Überzeugung, der eigene Glaube sei der einzig wahre und der einzige Weg, der zu Gott führt. Diese Überzeugung beinhaltet bereits – ob man will oder nicht – eine gewisse Abwertung anderer Überzeugungen und einen gewissen Dualismus, ein Schwarz-Weiß-Denken: Nur die eigene Form der Religiosität kann unumwunden gut geheißen werden; in allem „Anderen“ wird zumindest etwas graduell Schlechteres gesehen.

Dennoch muss die Überzeugung der exklusiven Richtigkeit des eigenen Glaubens nicht zwangsläufig mit einer Abwertung Andersgläubiger einhergehen. So gibt es zum Beispiel auch im Bereich biblizistisch ausgerichteter Freikirchen Menschen und Gemeinden, die das Urteil darüber, wer am Ende „bei Gott ankommt“, getrost Gott selbst überlassen. Diesen Menschen gelingt es, ein Paradoxon auszuhalten: Auf der einen Seite sich selbst dem Anspruch des Johannesevangeliums „*Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben*“ (Joh 14,6) verpflichtet zu fühlen und auf der anderen Seite Gott demütig als den „immer Größeren“ anzuerkennen, dessen Ratschluss wir nicht kennen können. Sie tapen trotz ihrer exklusiven Überzeugung nicht in die Falle eines „theologischen Totalitarismus“ (Rainer Bucher), der sich anmaßt, zu wissen, was Gott denkt.

Ethisches Schwarz-Weiß-Denken und feindselige Ablehnung anderer

Leichter als dieses Paradoxon auszuhalten ist es allerdings, in Kategorien von Schwarz und Weiß zu denken. Dann wird nur die eigene Überzeugung als gut betrachtet, und alles von ihr Abweichende „Andere“ gilt als unvereinbar der eigenen Wahrheit feindlich entgegengesetzt, als grundlegend schlecht und böse. Die andere Konfession, Religion, Lebensweise wird als „falsch“ und „böse“ abgelehnt. Abgewertet werden mit ihr pauschal auch die Menschen, die sie praktizieren, nämlich als „Häretikerinnen“, „Ungläubige“, „Sünder“. Über sie wird vielleicht geredet und geschimpft; echter Kontakt mit ihnen wird jedoch vermieden. Mangelnder Kontakt wiederum vertieft Berührungssängste, Vorurteile und Feindseligkeit.

Die Alternative zu solchen Menschen abwertenden und damit menschenfeindlichen Haltungen besteht keinesfalls in theologischer oder ethischer Gleichgültigkeit. Sowohl die eigenen Glaubensüberzeugungen als auch die eigenen ethischen Leitlinien dürfen und sollen immer wieder in die kirchliche wie gesellschaftliche Diskussion eingebracht werden. Mit Respekt vor den anderen Menschen auszuhalten sind jedoch die inneren und äußeren Spannungen, die sich ergeben, wenn die eigenen Überzeugungen nicht von allen geteilt werden und möglicherweise gar zu Mehrheitsentscheidungen führen, die von meiner Ansicht abweichen. Hilfreich ist es auch, einen Teilkonsens dort, wo er besteht, wahrzunehmen und zu würdigen.

Dies erfordert den Willen, zu differenzieren, und widerspricht einem reinen Schwarz-Weiß-Denken, das nur sich selbst im Recht sieht.

Die Verurteilung Andersgläubiger und Anderslebender: Andockmöglichkeit für menschenfeindliche Ideologien

Ein ausgeprägtes Schwarz-Weiß-Denken und eine ablehnende Haltung gegen alle, die die eigenen Glaubensvorstellungen und Lebensweisen nicht teilen, führt manche Christen dazu, Andersgläubige und Anderslebende rigoros und scharf zu verurteilen. Solcherlei „moralische Empörung“ über andere bietet dann Anschlussmöglichkeiten z. B. für Islamfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus, heute seltener auch für Antisemitismus – als vermeintliche „Abwehr“ vermeintlich „falscher“ Glaubensweisen – ebenso wie für Homophobie, Emanzipations- und Frauenfeindlichkeit – als vermeintliche „Abwehr“ von als „falsch“ angesehenen Lebensweisen.

Spätestens an diesem Punkt haben Neurechte, Rechtspopulisten und Rechtsextreme ein leichtes Spiel, wenn sie mit bürgerlichem Erscheinungsbild und familienbezogenen Themen auf ChristInnen zugehen oder vorgeben, für das christliche Abendland und gegen Christenverfolgung einzutreten.

Fazit: Fromm ist nicht rigoros oder rigide

Es ist gut, die Schönheiten des eigenen Glaubens zu sehen. Ebenso ist es in einer pluralen Gesellschaft im Widerstreit verschiedener Meinungen wichtig, die eigene moralische Position auszusprechen und sich für sie stark zu machen. Mit Blick auf die Vielfalt der Religionen, Weltanschauungen und Meinungen unserer globalisierten Welt sind gläubige ChristInnen in ein Spannungsverhältnis hineingestellt: Es gilt, den eigenen Glauben (der selbst schon plural ist) zu bezeugen, und zugleich sind wir aufgrund unseres Glaubens zur radikalen Wertschätzung anderer Menschen mitsamt ihren anderen Überzeugungen aufgerufen.

Gesellschaftlich wie auch theologisch problematisch ist die Auffassung, es gäbe nur ein einzige richtige Weltsicht, nämlich die eigene, und diese müsse deshalb die Gesellschaft (theokratisch) beherrschen.



Problematisch werden Glaubensüberzeugungen dann, wenn sie nicht mehr hinterfragt werden dürfen, sondern verabsolutiert und mit Rigorismus vertreten werden: Wenn es Gläubigen nicht ausreicht, in einer pluralen Gesellschaft positiv und mit guten Argumenten für ihre Überzeugungen zu werben, sondern wenn andere Menschen und deren Überzeugungen angefeindet und (verbal) bekämpft werden. Gesellschaftlich wie auch theologisch problematisch

ist die Auffassung, es gäbe nur ein einzige richtige Weltsicht, nämlich die eigene, und diese müsse deshalb die Gesellschaft (theokratisch) beherrschen. Aus theologischer Sicht geschieht hier eine folgenschwere Verwechslung: Die eigene Überzeugung, die eigene kleine menschlich-enge Perspektive wird verwechselt mit der unendlich größeren und für uns immer unergündlichen Perspektive Gottes.

Was tun? Einige Impulse

Informieren, unterscheiden und Grenzen ziehen

- ▶ Ein wichtiger Schritt ist bereits getan, wenn über bürgerliche Erscheinungsweisen, Verstellung („Mimikry“) und andere rechte Strategien sowie über Vernetzungen informiert wird. So wird die unbemerkte Unterwanderung christlicher Gruppen durch extrem rechtes Gedankengut erschwert.
- ▶ Für konservative Menschen und Gruppen stellt sich die Aufgabe einer klaren Abgrenzung und Grenzbestimmung: Worin und wodurch unterscheidet sich ihr berechtigter Konservatismus innerhalb des demokratischen Meinungsspektrums von extrem rechten Einstellungen?
- ▶ Für alle DemokratInnen gilt die Frage: Was ist zu beachten, damit sich klare Werthaltungen nicht mit menschenfeindlichen Einstellungen gegenüber Andersdenkenden paaren?

Spannungen aushalten (lernen)

- ▶ Damit die Überzeugung von der Richtigkeit des eigenen Glaubensweges nicht zur feindseligen Ablehnung Andersdenkender führt, bedarf es der Fähigkeit, Meinungsverschiedenheiten und Spannungen auszuhalten.
- ▶ Noch grundlegender ist die Einsicht, dass uns unsere Welt – Gottes Schöpfung – immer vielfältig und mehrdeutig begegnet und vieles nicht einfach „nur gut“ oder „nur böse“ ist, sondern: ambivalent. Wer schwarz-weiß denkt, verleugnet die Vielfarbigkeit der Schöpfung.
- ▶ Eine weitere auszuhaltende Spannung ergibt sich daraus, dass wir als Geschöpfe Gottes nie unseren Schöpfer durchschauen und seinen Willen exakt festlegen können. Gott ist immer der viel Größere und für uns unverfügbar. Glauben bedeutet deshalb, das Wagnis des Vertrauens einzugehen – und nicht, exakt zu wissen, wie Gott und die Welt „ticken“.

Frömmigkeit darf deshalb nicht verwechselt werden mit Rigidität: Es geht nicht an, ein besonders rigoroses Verhalten und Denken als Ausdruck besonders großer Frömmigkeit positiv

zu bewerten, Menschen mit einem tiefen gelassenen Gottvertrauen dagegen der „Lauheit“ zu bezichtigen, weil sie ihre Frömmigkeit ohne Schärfe und Aggressivität gegen andere leben.

Impulse zum persönlichen Nachdenken

- ▶ Habe ich Vertrauen zu Gott und in seine Schöpfung? Bin ich emotional verwurzelt in meinem Glauben und in meiner Gottesbeziehung? Denn eine positive emotionale Verwurzelung reduziert Angst und Verunsicherung und erleichtert auf diese Weise das unbefangene Zugehen auf Menschen anderen Glaubens.
- ▶ Kann ich emotional annehmen, dass Gott unverfügbar ist? Damit verbunden ist auch die Annahme der Tatsache, dass „die Wahrheit“ nicht zu besitzen ist.
- ▶ Kann ich die Richtigkeit meines Glaubens nur exklusiv denken oder habe ich ein religiöses Konzept, das Wahrheit und Pluralität sinnvoll zusammendenken kann?
- ▶ Ein ganz entscheidendes Moment ist die Frage, wie ich emotional mit der Verunsicherung umgehen kann, die immer mit Pluralität, Entscheidungsfreiheit und der Anerkennung Anderer als gleichwertig einhergeht: Brauche ich zu meiner eigenen „Sicherheit“ glasklare Vorgaben bzw. ein möglichst homogenes Umfeld? Oder kann ich mich selbst auch mit meinen Schwächen und Unsicherheiten annehmen – und weiß mich von Gott angenommen?

Zum Weiterlesen:

- ▶ Angelika Strube, Rechtsextremen Tendenzen begegnen. Handreichung für Gemeindeglieder und kirchliche Erwachsenenbildung, Verlag Herder, Freiburg i. B. 2013.
- ▶ Sonja Angelika Strube (Hg.), Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie, Freiburg i.B. 2015.

Autorin: Sonja Angelika Strube

MUT ZUR WAHRHEIT? JUNGE FREIHEIT, COMPACT UND ANDERE MEDIEN DER EXTREMEN RECHTEN

Auch in Zeiten von Facebook und einschlägiger Blogs im Internet spielen traditionelle Medien eine wichtige Rolle für das extrem rechte, völkische und rassistische Milieu. Die mit Pegida und der AfD angeschwollene Klage über die „Lügen-“ oder „Pinocchio-Presse“ (Frauke Petry) impliziert ja geradezu, dass es auch eine „Wahrheitspresse“ gibt. Zwar be-rufen sich viele Pegida- und AfD-Anhänger auch gern auf die sonst von ihnen pauschal gescholtenen „Mainstream-Medien“, wenn deren Berichterstattung mal zu ihrer Welt-sicht passt. Doch nicht zufällig gehörte etwa das Titelbild des *Compact*-Magazins vom Januar 2015, das Angela Merkel mit Kopftuch als „*Mutti Multikulti*“ zeigt, zu den beliebtesten Plaka-ten bei den Pegida- und Legida-Kundgebungen. Sowohl diese erst vor fünf Jahren gegrün-dete Zeitschrift als auch die Wochenzeitung *Junge Freiheit* rühmen sich zuletzt steigender Auflagen. Sie tragen mit ihrer publizistischen Arbeit selbst zum Anwachsen und zur Kon-solidierung von AfD und Pegida bei und profitieren gleichzeitig von der Verschiebung des öffentlichen Diskurses durch diese Bewegungen.

Der Chefredakteur der „neurechten“ Zeitschrift *Sezession*, Götz Kubitschek, skizzierte die Rolle seiner und ähnlicher Publikationen im Oktober 2015 so: „*Sprechen, Publizieren, Veröf-fentlichen ist bereits jeweils ein Tun, denn es mobilisiert und stabilisiert diejenigen, die nicht mehr hinnehmen möchten, was unserem Land widerfährt. [...] [U]nsere Zeitschriften, Verlage und Or-ganisationen sind in dieser Phase auch Sammelbecken zur raschen Verbreitung anderer Formen des Widerstands.*“^[1]



Compact und Junge Freiheit sind derzeit die größten und wahrscheinlich einflussreichsten extrem rechten Printmedien in Deutschland. Aber sie sind bei weitem nicht die einzigen. Mit Zuerst! gibt es in vielen Zeitschriftenläden noch ein weiteres monatliches Hochglanz-Magazin, mit der Preu-Bischen Allgemeinen Zeitung eine weitere Wochenzeitung für ein nationalistisches Klientel.

Die gestiegenen Auflagenzahlen von JF und *Compact* deuten daraufhin, dass die bisherigen Abgrenzungen und Vorbehalte gegenüber diesen Zeitschriften erodieren. Die *Junge Frei-*



heit etwa wurde aufgrund ihrer Nähe zum Rechtsextremismus über mehrere Jahre von einigen Landesämtern für Verfassungsschutz als Beobachtungsobjekt eingestuft. Jürgen Elsässer von *Compact*, der früher vor allem für linke Zeitungen wie *Junge Welt* und *Neues Deutschland* geschrieben hat, galt aufgrund seiner erratischen Querfront-Karriere – von der Mitgliedschaft im 1991 aufgelösten „*Kommunistischen Bund*“ zum Gründer einer zumindest rechtsoffenen „*Volksinitiative gegen das Finanzkapital*“ im Jahr 2009 – und seiner Neigung zur Verschwörungstheorien nicht mehr als ernstzunehmender Journalist.

Compact und *Junge Freiheit* sind derzeit die größten und wahrscheinlich einflussreichsten extrem rechten Printmedien in Deutschland. Aber sie sind bei weitem nicht die einzigen. Mit *Zuerst!* gibt es in vielen Zeitschriftenläden noch ein weiteres monatliches Hochglanz-Magazin, mit der Preußischen Allgemeinen Zeitung eine weitere Wochenzeitung für ein nationalistisches Klientel. Selbst die NPD-Postille *Deutsche Stimme* ist an vielen Bahnhofsbuchhandlungen käuflich zu erwerben. Nur nach der altehrwürdigen National-Zeitung des langjährigen DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey muss man mittlerweile etwas länger suchen.

Neben diesen Produkten existieren mit der bereits erwähnten *Sezession* oder der *Blauen Narzisse* weitere Publikationsorgane, die nicht so sehr an die Öffentlichkeit drängen, aber durchaus wichtige Stichwortgeber für ein rechts-intellektuelles Milieu darstellen. Wer es ein wenig seichter mag, greift zu Romanheften wie dem *Weltkrieg*. Diese Heftreihe hat mit ihren „*Erlebnisberichten*“ nahtlos die Nachfolge der berühmigten *Landser*-Groschenhefte angetreten, die 2013 eingestellt wurden. Das offenbar weiterhin bestehende Interesse an einer revisionistischen Sicht auf den Zweiten Weltkrieg und den Nationalsozialismus befriedigt am Kiosk auch die zweimonatlich erscheinende *Deutsche Militärzeitschrift* (DMZ).

Für alle bereits erwähnten und im Folgenden kurz näher beschriebenen Medien gilt, dass deren Selbstcharakterisierung als lediglich (rechts-)konservativ, als „*deutsches Nachrichtenmagazin*“ oder als „*Magazin für Souveränität*“, kritisch hinterfragt werden muss.

Junge Freiheit (Wochenzeitung)

Die *Junge Freiheit* (JF) wurde 1986 in Freiburg als Organ der Jugendorganisation der Republikaner-Abspaltung „*Freiheitliche Volkspartei*“ gegründet. Als Schüler- und StudentInnen-Zeitschrift erschien das Blatt zunächst nur aller zwei Monate, seit 1991 monatlich. Zur Wochenzeitung wurde die JF erst 1994. Erscheinungsort ist nach einem Zwischenspiel in Potsdam seit 1996 Berlin. Der Gründer und Chefredakteur Dieter Stein war bis 1990 selbst Mitglied der Republikaner, seitdem ist er parteilos. Zu den RedakteurInnen der Zeitschrift gehörte zeitweise auch der spätere NPD- und DVU-Politiker Andreas Molau. Derzeit sollen zwei der 14 Redakteure – bis auf eine Ausnahme alles Männer – Mitglied der AfD sein.^[2]

Der Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter attestierte der Jungen Freiheit eine „*Scharnierfunktion zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus*“. Aufgrund ihrer Orientierung am Staatsrechtler und „*Kronjuristen*“ der Nationalsozialisten, Carl Schmitt, und anderen antidemokratischen, völkischen Autoren der Weimarer Republik rechnet er die Zeitung der sogenannten „*Neuen Rechten*“ zu.^[3] Diese Anfang der 1970er Jahre entstandene Bewegung distanziert sich vom historischen Nationalsozialismus und dessen heutigen AnhängerInnen, den „*alten Rechten*“, und versucht vor allem über publizistische Aktivitäten an Einfluss und Deutungsmacht zu gewinnen. Einer ihrer Vordenker, der Franzose Alain de Benoist, ist seit vielen Jahren Stammautor der JF.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen führte die *Junge Freiheit* von 1994 bis 2005 in seinen Berichten unter der Rubrik „*Rechtsextremismus*“ auf. Nach einem jahrelangen Rechtsstreit attestierte das Bundesverfassungsgericht 2005, der Verfassungsschutz hätte es versäumt, „*tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen*“ der JF darzulegen. Und tatsächlich bemüht sich die Zeitung mittlerweile spürbar um Seriosität. Auf provozierende Slogans aus ihrer Anfangszeit wie „*Jedes Abo eine konservative Revolution*“ wird verzichtet. Politisch unterstützt die JF derzeit den „gemäßigten“ Flügel innerhalb der AfD um Parteichefin Frauke Petry und nicht den einen Umsturz herbeisehnenden Björn Höcke aus Thüringen.

Die verkaufte Auflage der *Junge Freiheit* betrug im vierten Quartal 2015 knapp 26.000 Exemplare pro Woche, bei einer Druckauflage von knapp 41.000 Heften.^[4] Damit hat sich die verkaufte Auflager der JF seit der Gründung der AfD im Februar 2013 um fast 25 Prozent erhöht.

Preußische Allgemeine Zeitung (Wochenzeitung)

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* (PAZ) wird von der Landsmannschaft Ostpreußen herausgegeben und erschien von 1950 bis 2004 unter dem Titel *Ostpreußenblatt*. Nach einer

Hochphase in den 1950er und 60er Jahren schrumpfte die Leserschaft des Blattes in den folgenden Jahrzehnten beständig. Seit den späten 1990er Jahren wird sich um eine Neuausrichtung und die Erschließung neuer Zielgruppen bemüht. In diesem Zuge kam es 2003 zur Umbenennung in *Preußische Allgemeine Zeitung* (mit dem Untertitel „Das Ostpreußenblatt. Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland“). Seit 2010 ist das Blatt bundesweit an Zeitungskiosken erhältlich. Die verkaufte Auflage betrug zu diesem Zeitpunkt nach eigenen, unbestätigten Angaben über 18.000 Exemplare. Zur aktuellen Auflagenhöhe gibt es keine Angaben.

Die Herausgeber bezeichnen die Ausrichtung der Zeitung als „preußisch-wertkonservativ“ und als „preußisch korrekt statt politisch korrekt“.^[5] Bei den AutorInnen gibt es Überschneidungen mit denen der Jungen Freiheit. Zeitweise veröffentlichten auch rechtsextreme Autoren wie Horst Mahler und Rigolf Henning in der PAZ.

Compact (Monatszeitschrift)

Das Hochglanzmagazin *Compact* wurde Ende 2010 gegründet, seit August 2011 erscheint die Zeitschrift monatlich. Die herausgebende Compact-Magazin-GmbH sitzt in Werder

(Havel) in Brandenburg. Die Redaktion ist dagegen in Leipzig angesiedelt (Postfachadresse), wo Chefredakteur Jürgen Elsässer wohnt. Die kleine Redaktion besteht neben ihm noch aus einem Chef vom Dienst, einer Hauptstadtkorrespondentin und einem Online-Verantwortlichen. Im Laufe des Jahres soll die Druckauflage von 33.000 auf 80.000 angestiegen sein, die verkaufte Auflage soll im Oktober 2015 knapp 31.000 Exemplare betragen haben. Dabei handelt es sich allerdings nur um Angaben der Redaktion, die in der Februar-Ausgabe 2016 erfreut verkündet: „Immer mehr Deutsche haben den Mut zur Wahrheit und greifen zu COMPACT.“ Das Magazin ist anders als die *Junge Freiheit* nicht Mitglied der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V., die regelmäßig die Auflagenhöhe von Zeitungen und anderen Werbeträgern überprüft.



Neben dem 68-seitigen Magazin erscheinen in dem Verlag zusätzliche Themenhefte („Compact-Spezial“), zuletzt die Ausgabe Nr. 8 zum Thema „Asyl. Das Chaos – So kommt der Bürgerkrieg zu uns“, und in einer Reihe namens „Compact-Edition“ ein Band mit Wladimir Putins „Reden an die Deutschen“ und ein „Schwarzbuch Lügenpresse“. Im Internet gibt es neben der Compact-Homepage und Elässers Blog seit Anfang 2015 ein Video-Format namens



Der Abonnentenstamm von *Nation Europa* bildete die Grundlage für das im Dezember 2009 erstmals erscheinende Hochglanzmagazin. Zuerst! ist jedoch auch auf den Massenabsatz in Zeitschriftenläden ausgerichtet ...

„Compact-TV“. Seit 2012 veranstaltet das Magazin in Zusammenarbeit mit dem „Institut de la Democratie et de la Coopération“ aus Paris, einem von Russland finanzierten Thinktank, eine jährliche „Konferenz für Souveränität“. Daran nehmen jeweils mehrere Hundert Personen teil, die sich auch von den beträchtlichen Eintrittspreisen (zwischen 50 und 350 Euro) nicht abschrecken lassen. Konferenzort war bisher meist Berlin. Die zweite Konferenz im Jahr 2013 in Schkeuditz bei Leipzig wurde von heftigen Protesten begleitet.

An die Konferenzen anknüpfend trägt das Heft seit 2013 den Untertitel „Magazin für Souveränität“. Als Werbemotto wird u. a. der von der AfD bekannte Slogan „Mut zur Wahrheit“ verwendet. Zur Bundestagswahl 2013 empfahl der Chefredakteur die Wahl dieser Partei. Die Pegida-Bewegung wird ebenso wohlwollend begleitet wie die „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa).

Obwohl Elsässer bei der Gründung von *Compact* erklärte, eine Brücke zwischen dem rechten und dem linken Lager, zwischen Muslimen und Islam-KritikerInnen bauen zu wollen, und das Magazin daher mitunter als Teil eines politisch-publizistischen „Querfront“-Netzwerks angesehen wird^[6], ist *Compact* inzwischen eindeutig ein extrem rechtes Medium. Das sieht mittlerweile auch einer der Gründer der Zeitschrift so. Gesellschafter der Compact-Magazin GmbH war anfangs neben dem Verleger Kai Homilius und dem Journalisten Elsässer noch der Rechtsanwalt Andreas Abu Bakr Rieger. Der Islam-Konvertit ist auch Herausgeber des Islamischen Zeitung. Bei *Compact* schied Rieger jedoch Ende 2014 aus, nach eigener Aussage aufgrund der „zunehmend radikal-subjektiven Haltung von Chefredakteur Jürgen Elsässer“ und der einseitigen Ausrichtung des Magazins. Dieses sei „politisch abgeglitten, da in ihm rassistische und nationalistische Positionen vertreten werden.“^[7]

Zuerst! (Monatszeitschrift)

Das *Zuerst!*-Magazin ist Nachfolger der traditionsreichen, seit 1951 erscheinenden (neo-)faschistischen Theorie- und Strategiezeitschrift *Nation Europa* (seit 1990: *Nation und Europa*). Diese nicht im Zeitschriftenhandel erhältliche Monatszeitschrift mit einer Auflage von rund 14.500 Exemplaren wurde 2009 durch den extrem rechten Verleger Dietmar Munier (Lesen & Schenken GmbH) aus Schleswig-Holstein aufgekauft. Der Abonnentenstamm von *Nation Europa* bildete die Grundlage für das im Dezember 2009 erstmals erscheinende Hochglanzmagazin. *Zuerst!* ist jedoch auch auf den Massenabsatz in Zeitschriftenläden ausgerichtet – die Startauflage soll immerhin beachtliche 86.000 Exemplare betragen haben^[8] – und daher weitaus boulevardesker gestaltet als sein Vorgänger.

Chefredakteur des Magazins ist seit 2011 Manuel Ochsenreiter. Dieser war einst Ressortleiter Innenpolitik bei der *Jungen Freiheit* und später Chefredakteur der 1995 gegründeten, seit 2003 ebenfalls in Muniers Verlagsgruppe erscheinenden Deutschen Militärzeitschrift (DMZ). Der erste *Zuerst!*-Chefredakteur Günther Deschner war zuvor u.a. Ressortleiter für Kulturpolitik bei der konservativen Tageszeitung *Die Welt*. Durch den Verzicht auf offen rechtsextreme Agitation sollen offenbar auch unzufriedenen CDU- und CSU-WählerInnen und andere Konservative angesprochen werden. Allerdings kommen in der Zeitschrift mit dem Untertitel „*Deutsches Nachrichtenmagazin*“ einschlägige AutorInnen und InterviewpartnerInnen zu Wort.

Deutsche Stimme (Parteiorgan)

Die vom NPD-Bundesvorstand herausgegebene *Deutsche Stimme* (DS) erscheint seit 1976 im gleichnamigen Verlag, der seit 2000 in Riesa ansässig ist. Chefredakteur war lange der sächsische NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel, von 2008 bis 2014 der wissenschaftliche Berater der sächsischen NPD-Landtagsfraktion Karl Richter. Richter war in den 1990er Jahren u. a. Chefredakteur des *Zuerst!*-Vorgängers *Nation und Europa*. Seit 2014 fungiert der Riesaer NPD-Kreisrat und frühere parlamentarische Berater der Landtagsfraktion Peter Schreiber neben seiner Tätigkeit als Geschäftsführer des *Deutsche-Stimme*-Verlags auch als DS-Chefredakteur.

In der Ausgabe vom Februar 2016 teilte Chefredakteur Schreiber mit, dass die Druckauflage der *Deutschen Stimme* nach einem leichten Rückgang 2015 wieder auf 20.000 angestiegen sei. 2009 soll es noch 25.000 Exemplare gewesen sein. Gleichzeitig appellierte Schreiber an die Leserschaft, der Zeitung weiter die Treue zu halten. Diese ist seit 2006 auch im Bahnhofsbuchhandel erhältlich.

Sezession (Theoriezeitschrift)

Die Zeitschrift *Sezession* erscheint seit 2003 im Verlag Antaios aus Schnellroda in Sachsen-Anhalt. Herausgeber ist das private „Institut für Staatspolitik“ (IfS), das sich als neurechter Thinktank versteht.^[9] Der Institutsgründer und Inhaber des IfS-Hausverlags Antaios, Götz Kubitschek, ist von Anfang an Chefredakteur der *Sezession*. Dieser war Anfang der 1990er Jahre Redakteur bei der *Jungen Freiheit*. Zur Redaktion gehören noch seine Frau Ellen Kositzka (ebenfalls langjährige JF-Autorin), IfS-Geschäftsführer Erik Lehnert und Wolfgang Dvorak-Stocker, Geschäftsführer des österreichischen Leopold-Stocker-Verlags und Herausgeber der Zeitschrift *Neue Ordnung*.

Die *Sezession* erschien anfangs als Vierteljahresperiodikum, seit Februar 2007 aller zwei Monate. Die aktuelle Ausgabe Nr. 70 vom Februar 2016 ist dem Thema „Widerstand“ gewidmet. Die Auflage beträgt nach eigenen Angaben 3.000 Exemplare, davon geht der überwiegende Teil an einen festen Abonnementkreis. Neben der „Theoriearbeit“, die sich v.a. in Artikeln zu Ikonen der Neuen Rechten wie Carl Schmitt, Ernst Jünger oder Armin Mohler niederschlägt, bemüht sich die Redaktion auch um Anschluss an aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen. Dafür stehen Sonderhefte zur Debatte um Thilo Sarrazins Buch „*Deutschland schafft sich ab*“ (2010), zur sogenannten Identitären Bewegung und zur AfD (2013) und zur Pegida-Bewegung (März 2015).

Der Internetauftritt der Zeitschrift („*Sezession im Netz*“) ist in Form eines AutorInnen-Blogs gestaltet. Hier werden auch die Reden dokumentiert, die Kubitschek selbst bei seinen Auftritten bei Pegida und Legida gehalten hat. Mitschnitte der Veranstaltungen, die Kubitschek zuletzt häufig zusammen mit Jürgen Elässer von *Compact* bestreitet, sind ebenfalls verlinkt.

Landser & Weltkrieg (Heftromane)

Die berühmt-berüchtigten *Landser*-Heftchen mit angeblich wahren Geschichten aus dem Zweiten Weltkrieg erschienen von 1957 bis 2013 im Pabel-Moewig-Verlag. Nach Kritik des



Simon-Wiesenthal-Centers an der damit betriebenen „Verherrlichung des Nationalsozialismus“ gab der Bauer-Verlag, zu dem Pabel Moewig inzwischen gehört, im September 2013 die Einstellung der Reihe bekannt.

Bereits im Dezember 2013 war jedoch mit dem *Weltkrieg* (Untertitel: „Erlebnisberichte“) ein inoffizieller Nachfolge-Titel in den Zeitschriftenläden zu finden. Die Hefte erscheinen aller 14 Tage, es gibt zudem mehrere Unterreihen („*Weltkrieg Großband*“, „*Weltkrieg Doppelband*“, „*Weltkrieg Flieger*“). Herausgeber ist angeblich ein Verlag aus der Schweiz. Dabei handelt es sich aber nur um eine Art Tarnfirma. Nach Informationen des NDR steckt dahinter ein Rechtsanwalt aus Rostock. Dieser habe früher die extrem rechte „*Gemeinschaft Deutscher Osten*“ juristisch vertreten und selbst in revisionistischen Titeln wie dem *Ostpreussenblatt* (mittlerweile: *Preußische Allgemeine Zeitung*, siehe oben) publiziert.^[10] Eigentlicher Herausgeber des *Landser*-Nachfolgers soll laut diesen Recherchen der *Zuerst!*- und *Deutsche Militärzeitschrift*-Verleger Dietmar Munier sein. In der DMZ wurde der *Weltkrieg* jedenfalls positiv aufgenommen: „*Freunde der ehemaligen Landser-Reihen dürfen sich jedenfalls wieder alle vierzehn Tage auf neue Geschichten freuen.*“^[11]

Autor: Frank Schubert

^[6] Vgl. Storz, Wolfgang (2015): „*Querfront*“ – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks. OBS-Arbeitspapier 18, www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP18_Storz_2015_10_19.pdf (zuletzt eingesehen am 21.02.2016). Darin findet sich auch eine Kurzzusammenfassung und Analyse von acht Compact-Ausgaben.

^[7] Autorisierte Erklärung von Herrn Andreas Abu Bakr Rieger vom 23. März 2015, abgedruckt in Storz 2015 (Anm. 6), S. 41.

^[8] Vgl. www.netz-gegen-nazis.de/artikel/wider-die-herrschende-meinungsdiktatur-der-politischen-korrektheit-zuerst-das-deutsche-nachrichtenmagazin-5554 (zuletzt eingesehen am 21.02.2016).

^[9] Siehe grundlegend zum IfS und zu dessen nicht immer spannungsfreien Verhältnis zur Jungen Freiheit: Kellershohn, Helmut (2016): Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt. In: Braun, Stephan; Geisler, Alexander; Gerster, Martin (Hrsg.): *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden: Springer VS, S. 439-468.

^[10] Vgl. Tages-Anzeiger vom 21.05.2014, www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Wie-das-Wehrmachtsheftli-nach-Obwalden-kam/story/25667708 (zuletzt eingesehen am 21.02.2016).

^[11] Zit. nach Röpke, Andrea (2014): *Landser heißt jetzt Weltkrieg*. In: Antifaschistisches Info-Blatt 104, 30.11.2014, www.antifainfoblatt.de/artikel/landser-hei%C3%9Ft-jetzt-weltkrieg (zuletzt eingesehen am 21.02.2016)

^[1] Zit. nach www.starke-meinungen.de/blog/2016/02/20/lausnitz-ist-kein-zufall-die-gefahrliche-widerstands-saat-der-neuen-rechten-geht-auf (zuletzt eingesehen am 21.02.2016)

^[2] Vgl. Der Tagesspiegel vom 25.01.2016, www.tagesspiegel.de/medien/wochenzeitung-aus-berlin-afd-und-pegida-bescheren-junger-freiheit-auflagenrekord/12872614.html (zuletzt eingesehen am 21.02.2016)

^[3] Vgl. Gessenharter, Wolfgang (2007): Der Schmittismus der „*Jungen Freiheit*“ und seine Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz. In: Braun, Stephan; Vogt, Ute (Hrsg.): *Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“*. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 77-94. Online-Version: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41440/der-schmittismus-der-jungen-freiheit (zuletzt eingesehen am 21.02.2016)

^[4] Laut www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/8020 (zuletzt eingesehen am 21.02.2016). Die Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW) prüft regelmäßig die Auflagenhöhe von Zeitungen und anderen Werbeträgern. Die *Junge Freiheit* ist als einzige der in diesem Beitrag behandelten Medien Mitglied der IVW. Bei den anderen Publikationen gibt es daher keine von unabhängiger Seite überprüften Auflagenzahlen.

^[5] Vgl. www.preussische-allgemeine.de/wer-wir-sind.html (zuletzt eingesehen am 21.02.2016)



4

GEMEINDEPRAXIS (HANDELN)

GRUNDPRINZIPIEN KIRCHLICHER AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMISMUS

Eine explizite Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus hat über viele Jahre nur sporadisch und in einzelnen Landeskirchen stattgefunden. Erst die massiven Herausforderungen, mit denen sich die Landeskirchen in Ostdeutschland nach der deutschen Vereinigung konfrontiert sahen, hat zu einer entschiedenen Positionierung gegen Rechtsextremismus geführt. Dies ging einher mit einem konzeptionellen Nachdenken über die Gesamtproblematik der Erscheinungsformen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Haltungen und Einstellungen

Aus den historischen Erfahrungen, der Aufarbeitung der eigenen Rolle in Diktaturen, dem christlichen Selbstverständnis und der Beistandspflicht gegenüber Schwächeren und Benachteiligten ergeben sich zwei zentrale Überlegungen für die Haltung und Einstellung evangelischer Kirchen.

„Wir sind erst dann Teil der Lösung, wenn wir erkennen, dass wir Teil des Problems sind.“

Hinsichtlich der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus können Personen oder auch Institutionen erst dann Teil der Lösung werden, wenn sie akzeptieren, dass sie Teil des Problems sind. Dieses Selbstverständnis wollen wir als Kirche bei uns und unseren Partnern fördern. Selbstreflexion und Sich-Selbst-Fragen bzw.

Für die Gemeindepraxis heißt das konkret hinzuschauen, hinzuhören, Störungsmeldungen aufzugreifen und an jenen Stellen entschieden zu widersprechen, wo sich inhumane Haltungen manifestieren, Ressentiments gesellschaftsfähig werden und Ängste bewusst geschürt werden.

in-Frage-Stellen ist wesentlich für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. So wird eine moralische (Selbst-)Überhöhung vermieden. Letztendlich sind wir davon überzeugt, dass dies bei Anderen die Bereitschaft stärkt, sich wiederum mit den eigenen Einstellungen und Haltungen auseinander zu setzen.

Die Kirche achtet und respektiert dabei, dass es sehr unterschiedliche Grundlagen gibt, sich gegen die menschenverachtende Ideologie des Rechtsextremismus zu stellen. Diese Grundlagen können politischer, weltanschaulicher, humanistischer und eben auch religiöser Natur sein. Eine Wertung oder Bewertung in gute und weniger gute Motive steht niemanden zu und ist nicht zielführend.



Pro-aktive Arbeit zeigt sich derzeit im Bereich der Helfer- und Unterstützerverkreise für Flüchtlinge, im Einsatz für eine solidarische Gesellschaft und für einen von Respekt geprägten Umgang.

„Wir bekämpfen Einstellungen und Haltungen, Taten und Handlungen, aber keine Menschen.“

Das Weltbild der extremen Rechten ist vor allem vom Wesenszug der Menschenfeindlichkeit geprägt. Daher muss sich eine sinnvolle Auseinandersetzung mit ihnen durch eine konsequente Abkehr von menschenfeindlichem Gedankengut auszeichnen. Für die Gemeindepraxis heißt das konkret hinzuschauen, hinzuhören, Störungsmeldungen aufzugreifen und an jenen Stellen entschieden zu widersprechen, wo sich inhumane Haltungen manifestieren, Ressentiments gesellschaftsfähig werden und Ängste bewusst geschürt werden. Gleichzeitig gilt es, nicht auszugrenzen, sondern Gesprächsbereitschaft zu signalisieren und Menschen in ihren Besorgnissen ernst zu nehmen. So gehört die Arbeit mit Aussteigern aus der rechten Szene zur nachhaltigen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Sie dürfen als Menschen nicht aufgegeben oder ausgegrenzt werden, auch wenn das für ihre Taten und Gedanken gilt. Trotz allem haben auch extreme Rechte eine Menschenwürde. Als Christinnen und Christen setzen wir der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit eine biblisch begründete Menschenfreundlichkeit entgegen!

Reaktives, präventives und pro-aktives Handeln

Wir sehen für kirchliches Handeln gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit drei unterschiedliche, in einem integrativen Konzept zusammenwirkende Ebenen: pro-aktiv, präventiv und reaktiv.

Pro-aktive Arbeit zeigt sich derzeit im Bereich der Helfer- und Unterstützerverkreise für Flüchtlinge, im Einsatz für eine solidarische Gesellschaft und für einen von Respekt geprägten Umgang. Präventives Handeln innerhalb der Gemeinde setzt dort an, wo Gefährdungspotential besteht, wo Menschen Gefahr laufen, in rechtsextreme Strukturen abzugleiten: über Freundeskreise, Konzerte einschlägig rechtsgerichteter Bands, Agitationsveranstaltungen, kurz: über scheinbar sinn- und identitätsstiftende Gemeinschaftserlebnisse.



Von besonderer Bedeutung ist der reaktive Bereich, der sichtbarste Beitrag zu einem entschlossenen Eintreten für demokratische Grundrechte. Wir wollen klar Stellung beziehen gegen extrem rechte oder rechtspopulistische Parolen, uns mit anderen zusammenschließen und durch unsere Präsenz auch auf der Straße die Deutungshoheit über Orte, Geschehnisse und gesellschaftliche Zustände nicht den Neonazis überlassen. Nicht alles, was rechtlich legal ist, hat auch eine gesellschaftliche Legitimität – Menschenfeindlichkeit darf nicht toleriert werden. Dies verlangt klare Haltungen hinsichtlich der Möglichkeiten und Grenzen des Protests, etwa die Grundsätze des Gewaltverzichts und des gegenseitigen Überwältigungs- oder

Indoktrinationsverbots. Evangelische Kirche sieht sich als Hüterin des Verfahrens, wenn es darum geht, unterschiedliche Weltanschauungen, Traditionen und Motivationen, die Menschen dazu bringen, sich in Bündnissen gegen Rechts zu engagierten, zueinander zu bringen.

Bewährte Partner sind für uns insbesondere Akteure aus dem religiösen Leben, also andere christliche Konfessionen sowie jüdische und muslimische Gemeinden, darüber hinaus etablierte gesellschaftliche Kräfte wie Gewerkschaften oder Verbände. Einzubinden sind zivilgesellschaftliche Akteure, engagierte Einzelpersonen, Verfolgtenverbände, Gedenkinitiativen und Netzwerke gegen Rechtsextremismus. Kommunale und staatliche Akteure sind Partner auf einer anderen Ebene, da sie bei öffentlichen Kundgebungen andere Funktionen erfüllen müssen – zur Herstellung einer größeren öffentlichen Legitimation ist das repräsentative Auftreten der Politik jedoch nicht zu unterschätzen.

Gewaltverzicht ist für uns bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus absolut notwendig – allein schon, um sich im Stil der politischen Auseinandersetzung deutlich von Rechtsextremisten zu unterscheiden. Damit verbunden ist in letzter Konsequenz die Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols – für uns eine Konsequenz aus den späten Jahren der Weimarer Republik. Dies führt regelmäßig zur Frage, wie mit zivilem Ungehorsam umgegangen werden soll – eine Frage, die vor Ort je nach Situation geklärt werden muss.

Das in der politischen Bildung formulierte Überwältigungsverbot („Indoktrinationsverbot“) bedeutet übertragen auf das Engagement gegen Rechtsextremismus, dass die unterschiedlichen Akteure ihre jeweilige Weltanschauung, ihre institutionelle Verortung und die daraus resultierende Motivation für ihr Handeln nicht vergleichend bewerten als die Besseren oder

Schlechteren, Wichtigeren oder Unwichtigeren. Niemand in einem solchen Bündnis kann davon ausgehen, dass die Anderen die eigenen Motive und Haltungen teilen. Gelingt der Perspektivwechsel auf die Handlungslogik der Partner, sind solche Bündnisse ein Laboratorium der Demokratie! Diese Fähigkeit herzustellen, ist die vornehmste Aufgabe, der wir uns als evangelische Christinnen und Christen in diesem Kontext stellen!

Widerstehen gegen Rechtsextremismus – eine asymmetrische Form der Auseinandersetzung

Eine solche Haltung erleichtert die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, denn diese findet asymmetrisch statt. Rechtsextremisten nutzen formal die Demokratie und deren Rechte für sich – etwa die Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit oder ihr Klagerecht. Andererseits machen sie inhaltlich deutlich, dass sie diese Demokratie mit ihren Rechten für alle Menschen sofort abschaffen würden. Rechtsextremisten nehmen für sich Grund- und Menschenrechte in Anspruch, die sie anderen nicht zubilligen. Dies führt für alle Akteure, die sich gegen sie stellen, zu einer Dilemma-Situation.

- Dilemma für kommunalpolitisch Verantwortliche: Wenn Neonazis in einer Stadt eine Kundgebung anmelden, soll eine Kommune dies dann verbieten? Damit tritt die Stadt eindeutig auf und zeigt deutlich, wo Grenzen liegen. Andererseits gibt sie damit Neonazis in der Regel eine große Chance, vor Gericht rechtsstaatlich ihr Demonstrationsrecht einzuklagen und damit einen symbolisch wichtigen Sieg zu erringen – und damit wäre die Kommune selbst blamiert.



Nahezu alle Formen der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten sind von diesen Dilemmata geprägt. Diejenigen, die versuchen, unter diesen Bedingungen zu handeln, dürfen sich deshalb nicht gegenseitig vorwerfen, mit welchen konkreten Lösungen sie den Dilemmata entkommen wollen.

- Dilemma für zivilgesellschaftlich engagierte Menschen: Sie stellen sich gegen Rechtsextremismus und wollen ihre Menschenfreundlichkeit zum Ausdruck bringen, indem sie der menschenverachtenden Ideologie keinen Platz in ihrer Stadt einräumen. Deswegen würden sie eventuell einen Demonstrationzug der Neonazis blockieren. Das ist sicherlich aufgrund der ethischen Grundhaltung legitim, aber bei einem entsprechenden Handeln der Polizei nicht mehr legal. Hier stehen (insbesondere junge) Menschen im Dilemma zwischen Legitimität und Legalität, zwischen jeweils für sich sehr hohen Werten.



Diese Dilemma-Situationen gibt es für viele weitere Akteursgruppen, was hier nur angedeutet werden kann. Medien müssen sich entscheiden, ob sie umfassend berichten wollen, damit aber wird Neonazis eine hohe Publizität verschaffen. Lehrkräfte stehen im Dilemma, ihre Schülerinnen und Schüler über Nazi-Symbole präventiv aufklären zu wollen und dabei ungewollt erst deren Verbreitung zu fördern. Die Polizei, deren Angehörige alle einen Eid auf das Grundgesetz und damit auf die Menschenrechte geschworen haben, sind gezwungen, eine Kundgebung von extremen Rechten zu schützen, die diese Grundrechte mit Füßen treten – dafür muss sich die Polizei dann noch beschimpfen lassen als „Beschützer der Faschisten“.

Nahezu alle Formen der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten sind von diesen Dilemmata geprägt. Diejenigen, die versuchen, unter diesen Bedingungen zu handeln, dürfen sich deshalb nicht gegenseitig vorwerfen, mit welchen konkreten Lösungen sie den Dilemmata entkommen wollen. Als Evangelische Kirche werben wir für einen respektvollen Umgang miteinander. Im Wissen, dass dem Dilemma in der Regel niemand entkommt, sprechen wir uns für einen mutigen und offenen Umgang damit aus – gegenseitige Vorwürfe oder Vorhaltungen helfen überhaupt nicht, dem Dilemma zu entkommen.

Deshalb unser Appell an alle Gemeinden: Werden Sie aktiv in der Auseinandersetzung mit Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Wenn wir als evangelische Christinnen und Christen unsere menschenfreundliche Haltung in dieses Engagement einbringen, können wir auch maßgeblich mitbestimmen, dass dieses Engagement menschenfreundlich, gewaltfrei, aber dennoch entschieden umgesetzt wird.

Autoren: Martin Becher, Anke Zimmermann

GOTT LIEBT DIE SÜNDER, NICHT DIE SÜNDE.

Zum Umgang mit Rechtsextremisten und Rechtspopulisten in der Gemeinde

Untersuchungen zeigen, dass fremdenfeindliche und nationalistische Einstellungsmuster nicht automatisch an der Kirchentür enden. In Riesa musste sich die katholische Kirchgemeinde damit auseinandersetzen, dass die Familie des früheren sächsischen NPD-Vorsitzenden am Gemeindeleben teilnahm. Beim Umgang mit Pegida zeigen sich unterschiedliche Einschätzungen besonders deutlich: Während Dresdner Kirchgemeinden zu Gegendemonstrationen aufrufen, recken Pegida-Teilnehmer betont ihr illuminiertes Kreuz in die Kameras. Wie kann mit diesen Situationen in den Kirchgemeinden konstruktiv und mit klarem Zeugnis für das Evangelium umgegangen werden?

Politik, Parteipolitik und die christliche Verantwortung

Grundsätzlich gilt: Kirchgemeinden sind keine Parteien. Das bedeutet, dass es ohne Fraktionszwang in ihnen immer unterschiedliche Positionen zu politischen Sachfragen geben kann und darf. Ob eine Brücke gebaut, ein Mindestlohn eingeführt, ja sogar ob der Verbleib in der EU für sinnvoll gehalten wird oder nicht, darf in der Gemeinde unterschiedlich beurteilt werden. Zu bedenken ist, dass das „reine Gute“ in der Politik in der Regel nicht zu haben ist. Oft müssen gegenläufige Interessen ausgeglichen und Kompromisse geschlossen werden, die ein kleineres Übel wählen, um ein größeres zu verhindern. Nicht in jedem Fall ist vorher klar zu erkennen, welches wirklich kleiner ist. Insofern können auch verantwortlich getroffene Entscheidungen im Einzelfall unterschiedlich aussehen.

Das bedeutet aber nicht, dass die Kirche und die Christen unpolitisch wären oder sein müssten.^[4] Denn sie sind dazu gerufen, die Botschaft des Evangeliums in ihrem Leben Wirklichkeit werden zu lassen. Das Wirken der Propheten des Alten Testaments, das Vorbild von Jesus im Neuen Testament – sie alle machen deutlich, dass Gerechtigkeit und Barmherzigkeit, der Einsatz für die Schwachen und Unterdrückten dem Willen Gottes entsprechen. Politischer Einsatz, der diesen Prinzipien krass zuwiderläuft, ist ebenso als sündhafte Abweichung vom Willen Gottes zu charakterisieren, wie z.B. Diebstahl, Mord oder Ehebruch.

Das Handeln von Christen soll sich an den Prinzipien des Evangeliums ausrichten – das gilt auch im Blick auf ihr Handeln als Mitglieder eines politischen Gemeinwesens, als

Abgeordnete, aber ebenso als wahlberechtigte und zur politischen Willensbekundung fähige Bürgerinnen und Bürger.

Darf man Nazis konfirmieren?

Im Blick auf die Einstellungen und Handlungsmuster, die allgemein mit dem Begriff des Rechtsextremismus in Verbindung gebracht werden, besteht weitgehende Einigkeit, dass hier eine grundlegende Diskrepanz zum christlichen Auftrag besteht. Die Unvereinbarkeit eines offen rechtsextremistischen Auftretens mit der Mitwirkung in kirchlichen Leitungsgremien (Kirchenvorstand/Pfarrgemeinderat etc.) ist in der Vergangenheit bereits verschiedentlich erklärt und praktiziert worden.^[2] Im Blick auf verantwortliche Positionen z. B. im Bereich der ehrenamtlichen Jugendarbeit würde Analoges gelten, wenngleich diesbezüglich glücklicherweise keine Fälle bekannt sind.

Zu der etwas provokativen Frage „Darf man Nazis konfirmieren“ fand beim Kirchentag 2011 in Dresden ein großes Planspiel statt, in dessen Ergebnis die Teilnehmerinnen und Teilnehmer große Hoffnungen auf den erzieherischen Wert kirchlicher Gemeinschaft erkennen ließen.^[3] Die Konfirmationsordnung der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens kennt den Fall, dass gegen den Vollzug der Konfirmation Bedenken bestehen, die aus einer mit der Konfirmation nicht zu vereinbarenden Haltung der Konfirmandin bzw. des Konfirmanden resultieren (§ 11) und die zugehörige Ausführungsverordnung präzisiert: „Die Konfirmation ist zu versagen, wenn und solange Jugendliche durch Verhalten, Äußerungen und Handlungsvollzüge Inhalte des Glaubens öffentlich herabwürdigen, Gewalt gegen Mitmenschen praktizieren ...“ Bei einem aktiv fremdenfeindlichen oder antisemitischen Auftreten, dem Engagement in einer rechtsextremen Kameradschaft oder einer JN-Mitgliedschaft wird man dies als gegeben konstatieren müssen.

Bei einem aktiv fremdenfeindlichen oder antisemitischen Auftreten, dem Engagement in einer rechtsextremen Kameradschaft oder einer JN-Mitgliedschaft wird man dies als gegeben konstatieren müssen.

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Inwiefern gilt die Ablehnung und notwendige Ausgrenzung des Rechtsextremismus auch für die etwas sanfter auftretende Spielart des Rechtspopulismus? Die genauen Definitionen beider Begriffe sind in der Forschung umstritten. Dennoch lassen sich

Grundzüge beschreiben. Mit dem Rechtsextremismus steht der Rechtspopulismus in einem Näheverhältnis und teilt mit ihm eine ganze Reihe von Einstellungen, Absichten und Ziele. Dazu gehören insbesondere die Ablehnung von Einwanderung und das Schüren von Fremdenangst (besonders gegenüber Muslimen), die Propagierung des starken Nationalstaates gegen die Europäische Union mit der Vorstellung einer spezifisch nationalen Kultur und einen



Wer mit fremdenfeindlichen oder rassistischen Äußerungen auftritt, stellt sich damit außerhalb der christlichen Lehre – egal ob dies in einem rechtsextremistischen oder rechtspopulistischen Kontext geschieht.

starken Bezug auf „das Volk“ als stilisierte einheitliche Größe („wir hier unten“) in dezidierter Gegenüberstellung zu den Vertretern der etablierten Parteien („die da oben“).

Vom Rechtsextremismus unterscheidet er sich vor allem dadurch, dass er zunächst kein eigenes primäres Interesse an einer Anknüpfung am Nationalsozialismus aufweist, sondern sich davon zu distanzieren sucht. Einer Verharmlosung der Verbrechen des Naziregimes hat er allerdings auch kaum Eigenes entgegen zu setzen.^[4]

Im Blick auf die Stellung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik ist die Situation derzeit in der Schwebe. Eigentlich war Pegida anfangs (neben der Abwehr einer befürchteten „Islamisierung“) von einigen als Protestbewegung für mehr Bürgerbeteiligung an der Demokratie wahrgenommen worden. Auch die AfD war zunächst als Euro-skeptische Partei innerhalb des demokratischen Spektrums angetreten. Die Vehemenz, mit der inzwischen bei Veranstaltungen eine Fundamentalkritik am System der parlamentarischen Demokratie generell geübt und ein „Systemwechsel“ gefordert wird, lässt an dieser Stelle kaum noch Unterschiede zur gängigen Polemik von Neonazis erkennen.

Auch die Stellung zur Gewalt ist ein Unterschied, der brüchig geworden ist. Während Gewalt von Rechtsextremisten mehr oder weniger offen zur Durchsetzung der eigenen Ziele begrüßt wird und bis zum Rechtsterrorismus führt (z. B. Nationalsozialistischer Untergrund, NSU), ist Pegida betont mit dem Slogan der Gewaltfreiheit aufgetreten. Ohne diese Akzentuierung wäre der Zulauf sicherlich deutlich geringer ausgefallen.

Es ist aber nicht zu übersehen, dass die emotionale Radikalisierung bei den Veranstaltungen und auf der Facebookseite Folgen hat. Beim angekündigten Umgang mit politischen Gegnern wurde die Schwelle zur Gewalt zunächst auf der verbalen Ebene viel zu oft schon überschritten. Es gab spontane Morddrohungen gegen Mitarbeiter der Kreuzkirchgemeinde in Dresden, es gab Galgen für namentlich benannte Politiker und selbst von der Bühne rhetorische Gewaltaufrufe. Seit dem Auftreten von Pegida ist die Zahl tätlicher Übergriffe im Umfeld



der Veranstaltungen sowie auf Migrantinnen und Migranten und Asylbewerberunterkünfte dramatisch angestiegen ist, wie Pressemeldungen und die Erfahrungen der Opferberatung zeigen.^[5] Zwar ist die Zuordnung der Täter nicht immer eindeutig möglich, gleichwohl ist schwerlich zu leugnen, dass die von Rechtspopulisten geschürte Stimmung solche Taten befördert.

Umgangsempfehlungen

Über Begriffe und Zuordnungen lässt sich lange streiten, entscheidend für die Beurteilung und Behandlung ist, was sich letztlich dahinter verbirgt und was eine konkrete Person tut und vertritt. Wer mit fremdenfeindlichen oder rassistischen Äußerungen auftritt, stellt sich damit außerhalb der christlichen Lehre – egal ob dies in einem rechtsextremistischen oder rechtspopulistischen Kontext geschieht. Dabei gilt es genau hinzuhören: Nicht jede Kritik an der konkreten Ausgestaltung des Asylsystems entspringt rassistischen Motiven. Aber auch nicht jeder Ruf nach Volksabstimmungen erzeugt schon einen Demokraten.

Zunächst sollte in jedem Fall mit der betroffenen Person das persönliche Gespräch gesucht werden. Neben der Suche nach den individuellen Gründen sollte es darum gehen, Anknüpfungspunkte und Resonanzfelder für die biblische Botschaft der Nächstenliebe zu finden, die jedem Menschen gilt, ungeachtet seiner Herkunft. Zugleich muss deutlich werden, dass eine Ideologie der Ungleichwertigkeit in keiner Weise mit dem Evangelium zu vereinbaren ist.

Zwei Fehler sind dabei zu vermeiden:

- ▶ Die schleichende Einnistung menschenfeindlicher Einstellungen in christlichen Kreisen durch eine falsch verstandene Toleranz und Laxheit im Umgang mit (kultur-)rassistischen Vorurteilen. Das ist ein Verrat an der Botschaft Jesu und bereitet den Boden für rechtsextreme Aktivitäten.
- ▶ Eine zu rasche Ausgrenzung ohne entsprechende Gesprächsbemühungen gegenüber Menschen, die in den weiteren Einflussbereich rechtspopulistischer Bewegungen geraten sind. Denn das treibt diese Menschen rechtsextremen Gruppen zu, wo sie freudig Aufnahme finden.

Theologisch gesprochen gilt es, immer die Balance und Unterscheidung zu wahren: keine Verharmlosung der Sünde einerseits, aber werbendes Zugehen auf die Sünder andererseits. Das Bewusstsein, dass kein Mensch aus eigener Kraft vollkommen sündlos zu leben vermag und sich seine Annahme durch Gott verdienen könnte, kann dabei vor falscher Selbstgerechtigkeit bewahren.

Autor: Dr. Harald Lamprecht

^[1] Vgl. dazu den Artikel „Für eine Öffentliche Kirche – Warum Glaube politisch ist“ von Heinrich Bedford-Strohm in dieser Handreichung

^[2] So z. B. 2007 in Königslutter / Süplingen (Niedersachsen) (www.landeskirche-hannovers.de/evlka-de/presse-und-medien/nachrichten/2007/12/18-7509); vgl. auch die sächsische Handreichung von 2008 „Nächstenliebe verlangt Klarheit“, S. 78, dazu auch die Debatte in Zeitzeichen 4/2013, S. 33 f., online zugänglich über: www.bagkr.de/wp-content/uploads/npd_mitglieder_im_kirchenvorstand.pdf.

^[3] www.confessio.de/cms/website.php?id=/religionheute/rechtsextremismus/darf_man_nazis_konfirmieren.html

^[4] Als programmatisch muss in diesem Zusammenhang die Rede von Tatjana Festerling bei der Pegida-Kundgebung am 9. November 2015 (dem Gedenktag der Reichskristallnacht) gelten, in der sie vehement ein „Aufhören“ der Erinnerungskultur und ein Ende des „Schuldskultes“ forderte. Bislang war eine solche Begrifflichkeit bei Neonazis beheimatet.

^[5] www.raa-sachsen.de/index.php/chronik.html

BÜRGERDIALOG ODER PROPAGANDABÜHNE?

Hinweise für gelingende Veranstaltungen

In gesellschaftlichen Debatten wie derzeit um den angemessenen Umgang mit Geflüchteten kommt Kirchgemeinden eine wichtige Rolle zu. Mitunter sind sie angefragt, in ihren Räumen den Dialog zwischen Befürwortern und Gegnern der Asylpolitik zu ermöglichen oder Bürgerdialoge im öffentlichen Raum moderierend zu gestalten. Damit solche Veranstaltungen gelingen und nicht zur Bühne für fremde Propaganda umfunktioniert werden, sind eine Reihe von Hinweisen und Rahmenbedingungen zu beachten.

Warum reden?

Grundsätzlich sind Diskussionsveranstaltungen zu begrüßen. Es ist wichtig, miteinander im Gespräch zu bleiben und sich über die Ideale, Visionen und moralischen Verpflichtungen argumentativ auszutauschen. Von allein geschieht dies im Allgemeinen nicht in ausreichendem Maß, denn jeder Mensch sucht natürlicherweise die Gemeinschaft von Gleichgesinnten. Dort findet man Bestätigung für die eigenen Sichtweisen und muss keine Infragestellungen der eigenen Position ertragen. Allerdings zeigt jede Wahrnehmung der Wirklichkeit nur einen Ausschnitt. Wo der Austausch mit Menschen mit anderen Auffassungen fehlt, kann man seinen Teil leicht für das Ganze halten. Dann können sich auch seltsame Fehleinschätzungen zu fest geglaubten Meinungen verdichten. Wer nur Facebookfreunde hat, die ständig Berichte über Ausländerkriminalität verbreiten, bekommt ein anderes Lebensgefühl, als wenn die meisten dieser Freunde in der Flüchtlingshilfe engagiert sind. Die Ausweitung des eigenen Horizontes durch den Dialog ist für angemessene Problemlösungen immer von Vorteil.

Dialog ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Der Prozess einer politischen Willensbildung kann sich nur in der lebendigen argumentativen Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Positionen sachgerecht vollziehen. Schließlich können auch eigene positive Werte und Überzeugungen nur vermittelt werden, wenn sie auch in eine Diskussion eingebracht werden. Diskussion bedeutet, dass Meinungen und Auffassungen öffentlich geäußert werden dürfen, die der eigenen Position widersprechen. Das liegt in der Natur der Sache und ist keine Panne, sondern Ausdruck der Meinungsfreiheit. Dies auszuhalten gehört zum Wesen eines solchen Austausches. Letztlich lassen sich nur ausgesprochene Irrtümer und Fehleinschätzungen argumentativ korrigieren. Vorurteile sind nicht weg, wenn sie verschwiegen werden. Aber im Gespräch können sie hinterfragt und mit anderen Erfahrungen konfrontiert

werden. Eine kollektive Tabuisierung anderer Meinungen mag zwar einfacher erscheinen und kurzfristig eine Befriedung im Binnenraum herstellen können. Langfristig lässt ein Tabu das Verbotene jedoch immer interessant erscheinen und verschafft ihm mehr Reiz, als eine offen und mit guten Argumenten geführte Kontroverse. „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ war ein 1989 in der DDR viel zitierter Satz von Rosa Luxemburg.^[1] Verbot und Ausgrenzung abweichender Meinungen sind immer ein Merkmal von Diktaturen, die ihren Machtanspruch mit Ideologien absichern wollen. Demgegenüber stellt der offene Meinungsstreit eine Grundvoraussetzung einer Demokratie dar.

Mit wem reden? (Zielgruppen und Beteiligte)

Vor jeder Veranstaltung sollte es gründliche Überlegungen zu Ziel und Zielgruppe geben, denn davon hängt einiges im Blick auf Einladung und Methodik ab. Die genannten Grundsätze gelten nämlich unter der Bedingung, dass überhaupt ein echter Dialog gewollt und mit dem jeweiligen Partner möglich ist. Das ist leider nicht immer der Fall. Im Blick auf organisierte rechtsextreme Kader ist ein öffentlicher Schlagabtausch erfahrungsgemäß wenig sinnvoll. Wo es dazu kommt, wird er von diesen instrumentalisiert, um ihre Themen und Thesen in die Diskussion einzutragen.

Exkurs: Wortergreifungsstrategie

Die sogenannte Wortergreifungsstrategie gehört seit Jahren zum Arsenal der demagogischen Methoden von Neonazis. Dabei geht es darum, Veranstaltungen, welche durch demokratische Akteure organisiert werden, zu stören oder für eigene Zwecke umzufunktionieren. Dazu versuchen sie, einzeln oder mit einer Gruppe von Personen daran teilzunehmen. Wenn es Diskussionsmöglichkeiten gibt, werden sie benutzt, um provokativ eigene Themen zu setzen, angebliche Missstände anzuprangern und eine Stimmung zu verbreiten, die ihre Feinde (Ausländer, das demokratische politische System und seine Vertreter usw.) in ein schlechtes Licht setzen. Wo das nicht gelingt, sind auch offene Störungen möglich. Ein Ausschluss wird mitunter provoziert, um sich in einer Opferrolle darstellen zu können. In jedem Fall haben die (demokratischen) Veranstalter den Aufwand und die Kosten der Veranstaltung, aber durch die Störungen nur einen eingeschränkten Nutzen.

Quer durch die Parteien des demokratischen Spektrums besteht deshalb seit Jahren ein Konsens darüber, dass Vertreter rechtsextremer Parteien keine gleichberechtigten Partner in Talkshows oder bei Wahlkampfauftritten sind. Wer offensichtlich die demokratischen Frei-

heiten gebrauchen will, um diese bei nächster Gelegenheit abzuschaffen, fällt aus dem Rahmen derer, mit denen eine Diskussion zielführend ist. Der Eindruck, sie seien eine normale Partei wie die anderen, soll vermieden werden. Darum ist die konsequente Ausgrenzung von Neonazis auf öffentlichen Podien und in den Parlamenten seit langem geübte Praxis. Dafür spricht, dass man den Demagogen keine Bühne bieten möchte und sachbezogene hilfreiche Argumente kaum zu erwarten sind, wenn nicht einmal die Grundlagen des demokratischen Systems akzeptiert werden.

Diese Argumente sind auch nach wie vor richtig. Nur ist ihre Anwendung spürbar schwieriger geworden, weil sich die Ausgangslage beträchtlich verschoben hat. Die in der Asyldebatte aufgeheizte gesellschaftliche Stimmung brachte es mit sich, dass vielfach „besorgte Bürger“ in einer Weise gegen Fremde und grundsätzlich gegen das System der parlamentarischen Demokratie agitieren, wie es vor wenigen Jahren nur NPD-Kader oder andere eindeutige Neonazis getan haben. Letztere können sich dann weitgehend im Hintergrund halten und brauchen nur diese Bürger mit ihren Argumenten zu versorgen. Die Grenze verschwimmt, was eindeutige Handlungsempfehlungen erschwert, denn die Kategorie der Bürger mitsamt ihren diffusen Befürchtungen und Ängsten, ihren Vorurteilen und Erfahrungen soll durchaus in den Debatten angesprochen werden. Um diese geht es ja eigentlich. Sie sollen ihre Ängste aussprechen, aber auch von anderen Erfahrungen lernen können. Sie sollen ernst genommen, aber auch mit besseren Argumenten für eine andere Sicht der Dinge gewonnen werden.

Wenn die Praxis der Ausgrenzung in gleicher Weise von der NPD auch auf die Anhänger rechtspopulistischer Bewegungen ausgeweitet würde, wäre dies aus verschiedenen Gründen kontraproduktiv, denn

- ▶ es würde diejenigen von den Debatten fernhalten, um derenwillen sie veranstaltet werden,
- ▶ es würde die Spaltung der Gesellschaft in politische Meinungsgruppen verstärken, die in sich weitgehend homogen sind, aber miteinander keine gemeinsame Basis mehr finden,
- ▶ es stellt ein demokratisches Prinzip dar, um unterschiedliche Meinungen offen und argumentativ zu streiten und nicht, abweichende Meinungen organisatorisch und gesellschaftlich auszugrenzen. Auch die Demokratie lässt sich nur dadurch verteidigen, dass man sie und ihre Methoden selbst praktiziert.

Darum sind die Anhänger von AfD, Pegida und deren diversen lokalen Ablegern nicht aus den entsprechenden Gesprächsrunden auszugrenzen, sondern im Gegenteil eine zentrale Zielgruppe solcher Bürgerdialoge.

Aber gilt das, was für die Anhänger gesagt ist, in gleicher Weise für deren Führer? Daran gibt es begründete Zweifel, denn diese weisen sowohl persönlich als auch organisatorisch oft eine viel größere Nähe zu rechtsextremen Positionen und Organisationen auf, als die aus diffusen Gründen beteiligten Mitläufer. Sind sie deshalb nicht eher analog zu den organisierten Neonazis zu behandeln? Darüber wird derzeit an vielen Orten diskutiert. Eine sachgerechte Antwort wird die Situation vor Ort, die Art und die Zielgruppe der Veranstaltung bedenken müssen, um dann zu einer verantwortlichen Entscheidung zu finden, um ihnen nicht die Bühne für weitere Rekrutierungen zu bieten.

Mit wem nicht reden? (Ausschlussklauseln)

Fällt die Entscheidung, bestimmte Personengruppen bei einer Veranstaltung nicht beteiligt haben zu wollen, so muss dies 1. rechtlich umgesetzt und 2. nachvollziehbar begründet werden.

Bei der Besetzung des Podiums sind die Veranstalter selbstverständlich frei, einzuladen, wen sie wollen. Teilnahmeversuche im Publikum seitens der regionalen rechtsextremistischen Szene können hingegen nur vermieden werden, wenn

1. die Veranstaltung einen nichtöffentlichen Charakter hat,
2. die Veranstalter das Hausrecht inne haben und auch vollziehen können,
3. am Eingang zum Veranstaltungsort und bei allen Einladungen dazu ein Text mit einer entsprechenden Ausschlussklausel angebracht wurde. Diese lautet z. B.:

„Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.“

Darüber hinaus werden szenekundige Personen am Eingang postiert, um bekannte rechtsextreme Personen als solche zu identifizieren und ihnen den Zutritt von vornherein zu verwehren. Auch wenn dies so aussehen könnte: solche Maßnahmen sind keine Gesinnungskontrolle – denn die kann niemand sehen – sondern helfen lediglich, bekannte Störer fernzuhalten.

Die Begründung und Vermittlung solcher Maßnahmen braucht besonders im kirchlichen Raum gewisse Anstrengungen, denn üblicherweise will die Kirche niemanden ausschließen. Sie können gleichwohl angemessen sein, insbesondere wenn:

- ▶ eine gemeindeinterne Informations-, Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen nicht durch Wortergreifungsstrategien gestört werden sollen, die Beteiligung von Betroffenen rechtsextremer Gewalt oder die exponierte Mitwirkung von Geflüchteten einen besonderen Schutzraum erfordert, der erst ein offenes Gespräch ermöglicht. Menschen, die bereits Opfer von Gewalt wurden, sollen sich im Raum der Kirche sicher fühlen können und nicht erneut (verbalen) Übergriffen, Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt werden.

Wann reden? (Situationen)

Grundsätzlich gilt: Christen reden mit jedem – schließlich kann nie ausgeschlossen werden, dass der Gesprächspartner doch etwas von dem Gehörten aufnimmt und sich zum Besseren wendet. Das bedeutet aber nicht, es auch an jedem Ort und bei jeder unpassenden Gelegenheit zu tun.

Öffentliche Veranstaltungen sind meistens nicht der Ort für missionarische Gespräche. In einer Gruppensituation und noch mehr in einer öffentlichen Veranstaltung geht vieles um die Wirkung auf das Publikum. Persönliche Überzeugungen ermitteln oder gar beeinflussen kann man hingegen fast nur im kleineren Rahmen. Darum ist es wichtig, nicht aus falsch verstandener Offenheit zum Opfer von Wortergreifungsstrategien zu werden, sondern ggf. entschlossen dagegen einzuschreiten.

Der daraufhin oft erhobene Vorwurf der Ausgrenzung läuft dann ins Leere, wenn zugleich ein Angebot für eine Diskussion auf persönlicher Ebene unterbreitet wird. Dies könnte z.B. in Form von Einzelgesprächen direkt nach der Veranstaltung sein. Hilfreich ist es, wenn genügend darauf vorbereitete sprachfähige Personen bereit stehen.

Wie reden? (Organisation und Moderation)

Gegenüber kommunalen Orten können kirchliche Räume mitunter allein schon durch die Umgebung zu einer gewissen Besänftigung und Mäßigung ansonsten sehr emotional geführter Debatten beitragen. Wird die Versammlung mit ruhigem Orgelspiel eingeleitet, verstärkt sich dieser Effekt. Allerdings ist das kein Automatismus und kann auch scheitern. Damit die Kirchen und Gemeinderäumen nicht zu Orten werden, an denen gegen Flüchtlinge gehetzt wird und rassistische Aussagen unwidersprochen bleiben, braucht es eine gute und stringente Moderation und einen planvolle Ablauf.

Hilfreich ist:

- ▶ Die Moderation achtet auf die Begrenzung der Redezeit und duldet keine langen Monologe.
- ▶ Das Gespräch hat eine für die Teilnehmer erkennbare zeitliche und thematische Struktur. Es springt nicht von Thema zu Thema.
- ▶ Die Moderation reagiert unmittelbar auf diskriminierende Äußerungen.
- ▶ Kleine Gesprächsgruppen zwingen mehr zu argumentativer Auseinandersetzung und reduzieren plakative Statements gegenüber Plenardebatten.
- ▶ Veranstaltungen mit lokalem Bezug lassen nur Teilnehmende aus dem Ort zu. Das verhindert „Störer-Tourismus“.
- ▶ Bei Debatten zur Asylthematik wird darauf geachtet, dass die Perspektive der Geflüchteten ausreichend zur Sprache kommt (und nicht nur die Verunsicherungen der aufnehmenden Gesellschaft).
- ▶ Es gibt Zusammenfassungen von Gesprächsergebnissen, festgestellten Konsensen oder auch Klarstellungen dazu, was genau strittig ist und was nicht.
- ▶ Eine Ergebnissicherung am Ende bündelt den Extrakt der Veranstaltung.
- ▶ Helfer im Saal behalten die Verfügungsgewalt über das Mikrofon. Zwischenrufer werden ermahnt und bei wiederholtem Stören konsequent ausgeschlossen.
- ▶ Es werden keine Foto bzw. Videodokumentationen der Veranstaltung oder einzelner Akteure ohne deren Zustimmung zugelassen.
- ▶ An den Ein- und Ausgängen stehen Helfer bereit, um eine eskalierende Situation im Blick behalten zu können.
- ▶ Eventuelle Pressevertreter werden um Einsichtnahme in ihren Presseausweis gebeten, Name und Sitz der Redaktion werden notiert, um die Rechte der Teilnehmer zu wahren.
- ▶ Generell empfiehlt es sich, eine Sicherheitspartnerschaft mit der örtlichen Polizei abzuschließen, die eine konkrete Person als Einsatzleiter und die Handynummer einer erreichbaren Person für den Fall von polizeilich relevanten Störungen einer Veranstaltung nennt.

Unterstützung erhalten Sie bei den Mobilien Beratungsteams des Kulturbüro Sachsen e. V. Die jeweiligen Kontakte finden Sie im Adressteil.

Die Moderation einer solchen Veranstaltung ist keine leichte Aufgabe, denn sie muss zwei widerstrebende Ziele verbinden: Einerseits muss genügend Offenheit gezeigt werden, so dass auch kontroverse Meinungen geäußert werden können. Andererseits gilt es, das eigentliche Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, weshalb diese Dialoge überhaupt unternommen werden: Vorurteile hinterfragen, Gerechtigkeit anstreben und für Menschenrechte und Demokratie eintreten, damit christliche Nächstenliebe gelebt wird.

Autor: Dr. Harald Lamprecht

^[1] Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Berlin 1920, S. 109.

FRIEDENSGETET, BITTGANG UND MAHNWACHE – FORMEN CHRISTLICHER STELLUNGNAHMEN

In der Kirche

Ökumenische Friedensgebete gibt es seit den frühen 1980er Jahren. Hervorgegangen aus der Tradition der „Politischen Nachtgebete“ (oder davon inspiriert) und in Weiterführung der Gebete während der Ökumenischen Friedensdekade finden seit über 30 Jahren wöchentlich oder monatlich und an vielen Orten in Deutschland Gebete für den Frieden statt. Bei aller Unterschiedlichkeit eint sie die nicht-liturgiegebundene Form und die Möglichkeit, auf jeweils aktuelle Ereignisse im Ort, in der Region, in der Welt unmittelbar eingehen zu können und sie im Geist unserer Traditionen zu deuten.

Wie die Beter in den Psalmen klagen und anklagen, hadern und fragen, hoffen und loben, so ist auch im Friedensgebet Raum für alle Empfindungen, die Menschen umtreibt, angesichts von Gewalt, Unfrieden und Katastrophen, in der Nachbarschaft und darüberhinaus.

Offene Fragen und unsere Hilflosigkeit und Ohnmacht aussprechen, in den biblischen Texten und unseren Traditionen Orientierung, Impulse und Stärkung finden für unser Handeln in der jeweils aktuellen Situation, die Werte ins Bewußtsein rufen, die uns wichtig sind – Mitmenschlichkeit, Gerechtigkeit, Frieden, Nächstenliebe – innehalten und nachdenken, Bitten formulieren, miteinander beten und singen, sich zu gemeinsamem Tun ermutigen – ein Friedensgebet ist kein klassischer Gottesdienst, keine gebundene Andachtsform, sondern eine Einladung, zusammen zu kommen, miteinander eine Zeitlang zu verweilen, und mit einem Segen wieder auseinander zu gehen.

Friedensgebete können sowohl regelmäßig wie auch aus aktuellem Anlass stattfinden. Sie sind ein geeigneter und den Kirchen eigener Beitrag für die Stadtgesellschaft und die Dorfgemeinschaft, wenn es gilt, für ein friedliches Zusammenleben einzutreten.

Christen können zum Friedensgebet besonders in zentral gelegene Kirchen einladen und dort stundenweise im Gebet begleiten, was draußen geschieht. Ein zentrales Gebet ist immer eine mögliche und angemessene Antwort auf Unfriedlichkeit, und sie sollte genutzt werden, wenn die Situation es erfordert.

In der Öffentlichkeit

Neben dem Gebet in der Kirche ist es möglich, dies auch sichtbar nach außen zu tragen und gemeinsam nach draußen ziehen, um auch öffentlich für die Positionen von Gerechtigkeit und Menschenwürde einzustehen.

Dafür bietet sich ein **Bittgang** an, der ursprünglich aus der katholischen Tradition bekannt ist, und die Bitte um Frieden und den Segen Gottes mit einem Gang durch die Ortschaft verbindet – mit Kerzen, im Schweigen, oder auch mit Liedern und Instrumenten. Bittgänge sind im sächsischen Versammlungsgesetz als besondere Form religiöser Veranstaltungen geschützt.

Eine weitere Form, zu der Christen einladen können, sind **Mahnwachen**. Dabei handelt es sich um stationäre Gebete, die draußen stattfinden: direkt vor der Kirchentür, an Heiligen- oder anderen Statuen, an Stolpersteinen, an für die Ortsgeschichte bedeutsamen Punkten. Zu festgelegten Zeiten kann gesungen, ein Psalm gelesen, eine Fürbitte gesprochen, eine Kerze entzündet werden – auch dies eine Andachtsform aus den christlichen Traditionen, mit der einen Beitrag zur Friedlichkeit geleistet werden – und gleichzeitig Stellung bezogen kann zu dem, was gerade im Ort geschieht. So kann Gebet Dienst an der Gesellschaft werden – und dies ist für Christen immer eine lohnende Aufgabe.

Mögliche Elemente für ein Friedensgebet:

- ▶ Glockengeläut vor Beginn
- ▶ Musik zum Anfang
- ▶ Begrüßung (und Ansprache in einer Form, die auch nicht zur Gemeinde gehörige Personen und Nichtchristen anspricht)
- ▶ kurzer Text/moderner Psalm/Psalm
- ▶ Gemeindegottesang aus Gesangbuch oder Liederzetteln oder Musik
- ▶ Wortbeitrag/Ansprache zum Thema (in verständlicher Sprache)
- ▶ Musik
- ▶ Fürbitten (vorformuliert; oder während der Musik aufgeschrieben – Zettel und Stifte ausgeben – und auszugsweise vorgelesen; oder frei vorgetragen, je nach Gruppengröße)
- ▶ Vaterunser
- ▶ Lied oder Musik
- ▶ Ansagen (zum weiteren Verlauf des Tages/Abends, der Woche, Kollektenzweck ...)
- ▶ Sendungswort und Segen
- ▶ Musik
- ▶ evtl. Kollekte für konkrete Aktionen, themenbezogene Zwecke
- ▶ Glockengeläut zum Abschluß

Autorin: Elisabeth Naendorf

SICHTBAR POSITION BEZIEHEN

Plakataktion für Demokratie und Menschenrechte

Das System der parlamentarischen Demokratie ist in den letzten Jahren in besonderer Weise dadurch herausgefordert, dass rechtsextreme Parteien die Instrumente der Demokratie nutzen wollen, um diese abzuschaffen. Insofern ist die NPD eben nicht eine Partei wie jede andere, auch wenn ihr formal gesehen die gleichen Rechte zustehen. Der Appell an die Bürgerinnen und Bürger, demokratische Parteien zu wählen, gewinnt vor diesem Hintergrund an Bedeutung.

In vielen Gegenden hat die NPD in den letzten Jahren einen massiven Plakatwahlkampf gestartet, mit dem die demokratischen Parteien nicht Schritt halten können oder wollen. So kam es vor, dass in etlichen Orten und manchen Straßen die Plakate der NPD die einzigen waren.

Damit übernehmen sie bereits ein Stückweit die Dominanz über den öffentlichen Raum und die allgemeine Wahrnehmung in diesen Gegenden, wobei die Inhalte der Plakate nicht das friedliche Zusammenleben fördern, sondern Ressentiments bedienen.

Nun dürfen diese Plakate nicht einfach abgenommen, überdeckt oder zerstört werden. Wahlkampf ist ein demokratisches Grundrecht – das ist zu respektieren. Aber es gibt keine Pflicht, den Irrtum unkommentiert stehen zu lassen. In dieser Richtung hat sich schon in den vergangenen Jahren bürgerschaftliches Engagement formiert. So gab es z. B. im Bereich der Sächsischen Schweiz eine überparteiliche Plakatinitiative, die mit dem Slogan „bunt statt braun“ ein Gegengewicht zu setzen vermochte.



**NÄCHSTENLIEBE
VERLANGT
KLARHEIT.**



www.kirche-fuer-demokratie.de

Plakataktion der Arbeitsgemeinschaft „Kirche für Demokratie und Menschenrechte“

Die AG Kirche für Demokratie hat als überkonfessionelle ökumenische Initiative ebenfalls eine Plakataktion ins Leben gerufen, um den an der Grenze zur Volksverhetzung agierenden Plakaten der NPD Denkimpulse entgegenzusetzen und mit demokratischen Mitteln auf diese Herausforderung zu reagieren.

Konkret wurden zunächst drei Plakatmotive entworfen, die zu den Themen Arbeit und Heimat sowie allgemein mit der Warnung vor geistiger Brandstiftung zum Nachdenken anregen sollen. Damit verbunden ist der Aufruf, demokratisch zu wählen. Weitaus erfolgreicher war aber ein weiteres Plakatmotiv mit dem Slogan „Asyl rettet Leben“, das in verschiedenen Varianten und Formaten produziert wurde und zur Bestellung zur Verfügung steht.

Die Aktion ist bewusst unabhängig von Parteien, um den verschiedensten Menschen weitgehend unabhängig von ihrer parteipolitischen Präferenz eine Beteiligung zu ermöglichen. Daneben ist auch eine unveränderte Übernahme durch Parteien und andere Gruppen möglich, die Plakate übernehmen und mit ihrem Eindruck in einem dafür vorgesehenen Feld versehen können.

Wie funktioniert es?

Die bisher bestehenden Plakatmotive sind auf www.kirche-fuer-demokratie.de/plakataktion zu besichtigen und zu bestellen, wobei lediglich die Versandkosten übernommen werden müssen.

Das Aufhängen von Plakaten im öffentlichen Raum ist eine Sondernutzung, die genehmigungspflichtig ist. Zur Klärung der rechtlichen Situation wurde im Vorfeld Kontakt zum Städte- und Gemeindetag aufgenommen. Dort wurde das Anliegen wohlwollend und unterstützend begrüßt. Das Votum des Städte- und Gemeindetages besagt, dass diese Sondernutzung zwar beantragt werden muss, aber die Genehmigung dafür gebührenfrei erteilt werden soll. Zuständig ist die Ordnungsbehörde der jeweiligen örtlichen politischen Gemeinde-/Stadtverwaltung. Dort gibt es meistens entsprechende Formulare. Bei Schwierigkeiten hilft die Arbeitsgemeinschaft „Kirche für Demokratie und Menschenrechte“ gern weiter.

Im privaten Raum, d.h. also am eigenen Gartenzaun, im Schaukasten, an der Eingangstür, im Schaufenster etc. können die Plakate selbstverständlich ohne Genehmigung der Kommune direkt aufgehängt werden. Diese Möglichkeiten sollten auch offensiv genutzt werden.



Event organisieren

Der Effekt für den jeweiligen Ort lässt sich verstärken, wenn die Plakataufhängung nicht heimlich bei Nacht und Nebel geschieht, sondern öffentlich als gemeinsame Aktion mit möglichst vielen Partnern organisiert wird. Dies macht zum einen viel mehr Spaß und verschafft der Aktion zugleich mehr Aufmerksamkeit. Indem z.B. die Bürgermeisterin, der Schuldirektor, die örtliche Zeitung oder die Freiwillige Feuerwehr als mögliche Partner und Beteiligte angesprochen werden, ist dies bereits ein Anlass, menschenrechtsorientierte Positionen ins Gespräch einzubringen und stark zu machen. Mit vielen Partnern und entsprechender Berichterstattung lässt sich eine solche Plakataktion einsetzen, um im Ort eine sonst möglicherweise unartikuliert bleibende Mehrheitsmeinung für Demokratie und Menschenrechte sichtbar zu machen.

Selbstverständlich können nicht nur die Plakatmotive der AG benutzt werden. Ebenso können eigene Plakatwettbewerbe

veranstaltet werden und neue Motive gefunden werden – dem Engagement sind in dieser Hinsicht keine Grenzen gesetzt.

Wenn es gelingt, mithilfe von Plakaten öffentlich erkennbar zu machen, dass an diesem Ort Menschen wohnen, die ihre Zukunft nicht kampflös rechten Demagogen überlassen wollen, dann ist bereits viel gewonnen.

Autor: Dr. Harald Lamprecht

KIRCHENASYL

Bemerkungen zum Kirchenasyl^[1]

Die Bibel ist voll von Fluchtgeschichten. Sie bezeugt Glaubens- und Lebenserfahrungen mit Flucht und Zuflucht und erzählt Einzelschicksale aus der Perspektive von Flüchtlingen bzw. von Menschen mit Exil- und Fremdheitserfahrungen bis hinein in das Neue Testament (vgl. Eph 2, 12 ff.). Das Alte Testament lehrt den Schutz der Fremden als Gottes Gebot und erinnert daran, dass es im Verhältnis zu den Fremden letztlich auch um das eigene Verhältnis zu Gott geht.

Im Neuen Testament sagt Christus im Gleichnis vom Großen Weltgericht: „*Ich bin ein Fremdling gewesen, und ihr habt mich beherbergt ... Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan*“.

„*Wenn die christliche Gemeinde diese biblische Überlieferung heute für sich gelten lässt, dann ist der Schutz der Fremden Gottes Gebot. Es ist ein Schutz, der nicht auf einen bestimmten heiligen Ort oder kirchlichen Raum begrenzt werden kann, sondern für die ganze Gemeinde als Gemeinschaft gilt. Sie ist der Schutzraum für Fremde und lässt nicht zu, dass diese ihren Verfolgern preisgegeben, erniedrigt oder benachteiligt werden.*“^[2]

Für notleidende und verfolgte Menschen sich einzusetzen, gehört zum Auftrag der Kirche. Die Kirche und die ihr angehören tun dies mit Aktivitäten zur Wahrung der Menschenrechte weltweit (Konziliarer Prozess usw.). Es geschieht in dem Bemühen, auf politische Entscheidungsprozesse zugunsten verbesserter Lebensbedingungen einzuwirken, denn die Kirche kann und muss in bestimmten Fällen „*aus dem Evangelium sich ergebende Zumutungen an den Gesetzgeber formulieren*“.^[3] Dazu kommt der Beistand für einzelne Menschen und Menschengruppen, die verfolgt sind oder Verfolgung fürchten müssen und daher an Leib und Leben bedroht sind.

Nun geschieht es immer wieder, dass sich Unterstützer mit Kirchenasylanliegen melden und formulieren: „*Auf staatlicher Seite sind alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Wir möchten jemand in das Kirchenasyl bringen, dann wird alles gut*“. Damit wird deutlich, dass der Begriff „Kirchenasyl“ missverständlich ist, insofern er den Eindruck hervorrufen könnte, als handle es sich dabei um ein spezifisches kirchliches Widerstandsrecht gegen die staatliche Ordnung und gegen staatliche Maßnahmen im Einzelfall.

Dazu muss klärend gesagt werden, dass Kirchenasyl kein eigenes Rechtsinstitut ist und Lösungen nicht außerhalb des staatlichen Rechtsrahmens gefunden werden können. In Sachsen wurde 1827 das kirchliche Asylrecht durch staatliches Gesetz abgeschafft.

Trotz dieser Entwicklung hat es besonderen Schutz für Schutzbedürftige gegeben. Pfarrhäuser boten zur Zeit der Bekennenden Kirche sowohl Juden wie auch politisch Verfolgten Zuflucht.

Auch zwischen 1945–1989 haben in der SBZ bzw. DDR politisch Verfolgte in Pfarrhäusern Hilfe gesucht und gefunden. Im Übrigen wurde die Besonderheit der Kirchenräume durch Verzicht auf polizeiliche Maßnahmen respektiert.

Kirchenasyl ist ein letzter legitimer Versuch (Ultima Ratio) einer Kirchgemeinde, durch zeitlich befristeten Schutz eine unmittelbar drohende Abschiebung der betreffenden Flüchtlinge abzuwenden und dadurch eine erneute, sorgfältige Überprüfung ihres Schutzbegehrens zu ermöglichen oder mit den betroffenen Personen und Behörden eine Möglichkeit zu suchen, eine zwangsweise Abschiebung zu verhindern bzw. eine geordnete Weiterwanderung zu ermöglichen. Es geht also darum, Zeit für Klärungen zu gewinnen. Kirchenasyl ist insofern ein Marker für Mängel im rechtlichen System.

Seit Jahren gibt es in der Öffentlichkeit und innerhalb der Kirche Diskussionen zur Ausländer- und Asylgesetzgebung in Deutschland. Verschiedene Gruppen von Ausländern werden (auch nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes 2005) weiterhin rechtlich diskriminiert. Seit 2005 gibt es auch in Sachsen die Möglichkeit, besondere dringende, humanitäre Fälle der Härtefallkommission anzutragen. Aber hier sind die Zugangshürden hoch.

Kirchenasyl ist ein letzter legitimer Versuch (Ultima Ratio) einer Kirchgemeinde, durch zeitlich befristeten Schutz eine unmittelbar drohende Abschiebung der betreffenden Flüchtlinge abzuwenden und dadurch eine erneute, sorgfältige Überprüfung ihres Schutzbegehrens zu ermöglichen ...



So gilt weiterhin, was die Kirchen 1997 in ihrem Gemeinsamen Wort erklärt haben: „Die Praxis des so genannten „Kirchenasyls“ ist nicht zuletzt auch eine Anfrage an die Politik, ob die im Asyl- und Ausländerrecht getroffenen Regelungen in jedem Falle die Menschen, die zu uns gekommen sind, beschützen und vor Verfolgung, Folter oder gar Tod bewahren. Kirchengemeinden, die sich für die Verwirklichung dieser Menschen- und Grundrechte einsetzen, stellen daher nicht den Rechtsstaat in Frage, sondern leisten einen Beitrag zum Erhalt des Rechtsfriedens und der Grundwerte unserer Gesellschaft.“^[4]

Zu einer neu aufbrausenden Diskussion kam es in der zweiten Jahreshälfte 2014, da die Anzahl der Kirchenasyle mit Dublin-Bezug^[5] stark gestiegen war. Seitens des Staates wurde kritisiert, dass hier rechtliche Regelungen unterlaufen würden. Anfang 2015 einigten sich die Kirchen und das Bundesinnenministerium (zunächst in einer Probephase) auf ein Prüfverfahren für „Härtefälle“ mit Dublin-Bezug. Dieses Verfahren wird nach der Probephase weitergeführt.

Kirchgemeinden, die Asyl gewähren, können die Öffentlichkeit und die Medien nutzen, um ins Kirchenasyl aufgenommene Menschen zu schützen und auf ein transparentes Verfahren hinzuwirken. Dafür müssen sie ihr Anliegen gewissenhaft verantworten und argumentativ vertreten. Durch die Herstellung von Öffentlichkeit wird auch signalisiert: Der Schutz der Kirchgemeinde im Einzelfall ist auch im Zusammenhang mit dem Einsatz für eine gerechtere Asylpolitik zu sehen.

Wenn es die Umstände erfordern, kann ein Kirchenasyl auch „still“, also ohne öffentliche Erklärungen, durchgeführt werden. In jedem Fall muss aber die zuständige Ausländerbehörde informiert werden!

Ein bevorstehendes Kirchenasyl muss dem Landeskirchenamt angezeigt werden. Dies ist notwendig, damit das Landeskirchenamt die Kirchenasyl gewährende Kirchgemeinde beraten und unterstützen kann. Es kann u. U. auch eine Lösung ohne Kirchenasyl gefunden werden.

Autor: Albrecht Engelmann

^[1] Dieser Artikel ist eine gekürzte und überarbeitete Fassung der „Orientierungshilfe zum Asyl in kirchlichen Räumen“, Münchow / Engelmann, EVLKS, 2011

^[2] W.-D. Just, „Jeder Mensch ist ein Heiligtum“, in: Zuflucht suchen bei Kirche und Gemeinde („Kirchenasyl“). Eine Handreichung, hrsg. v. Evangelischen Oberkirchenrat Baden, 6. April 1994, S. 3.

^[3] E. Jüngel, Beitrag in Frankfurter Allgemeine Zeitung, v. 4. Juni 1994.

^[4] „... und der Fremdling, der in deinen Toren ist.“ Gemeinsames Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht; Gemeinsame Texte der Deutschen Bischofskonferenz und der EKD, Nr. 12, 1997 (Ziffer 257)

^[5] Die europarechtliche Dublin-Verordnung regelt die Zuständigkeit für das Asylverfahren und bestimmt, dass dafür der Mitgliedstaat zuständig ist, in dem Asylsuchende zuerst in der Europäischen Union ankommen.



5

ERFAHRUNGS- BEISPIELE

DIE SOGENANNTPE PEGIDA

Die sogenannte „Pegida“ – oder wie alles begann

Wie erst später bekannt wurde, entstand die sogenannte „Pegida-Bewegung“ (sie nannten sich selbst „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) aus einer Kneipenlaune einiger Freunde heraus. Die allgemeine Stimmung in der Gesellschaft und die zunehmende Möglichkeit der Kommunikation durch neue Medien machte es dann möglich, dass aus einer kleinen Schar von „Abendspaziergängern“ innerhalb von kurzer Zeit eine Bewegung von einigen tausend Menschen wurde. Diese trafen sich nun jeden Montagabend in Dresden zu ihren manchmal skurril anmutenden Demonstrationen. Die Verbreitung der schrecklichen Meldungen des zunehmenden Terrorismus in Vorderasien, der leider zumeist mit radikalen Muslimen in Verbindung gebracht wurde, ermutigte die Menschen, ihre Ängste und Befürchtungen gemeinsam auf die Straße zu tragen. Dabei handelte es sich zu Beginn um ein durchaus sehr differenziertes Publikum. Kleinbürger, die um ihre finanziellen Grundlagen fürchteten mischten sich mit neuen und alten Rechtsradikalen; Christen, die den Islam als Bedrohung empfanden trafen sich mit säkularisierten Atheisten, die nun gemeinsam das christliche Abendland retten wollten; Menschen, die sich in der Gesellschaft nicht mehr wiederfinden wollten gemeinsam mit denen, die mit demokratischen Grundstrukturen nicht zurechtkamen durch einen stummen Protest die Gesellschaft verändern.

Dabei wurde in Anspruch genommen, Muster und auch Methoden (die damals ja fast keine Methoden waren) der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 aufzugreifen. Dies wurde mit Slogans verbunden, die einen fast an die Zeit des Nationalsozialismus erinnerten. „Lügenpresse“ und „Volksverräter“ waren gängige Rufe während der Demonstrationen. Die Kommunikation mit Außenstehenden wurde dadurch erschwert, dass diese Kommunikation von den Protagonisten förmlich untersagt wurde. Deshalb waren die Angebote zum Dialog von verschiedenen Seiten wichtig, aber auch fast von vornherein im größeren Stil zum Scheitern verurteilt.

Die Reaktionen von Politik, Gesellschaft und Medien

1. Die Politik versuchte dieser neuen Bürgerbewegung durch anfängliche Verdrängung einfach aus dem Weg zu gehen. Diese Ignorierung schien aber gerade für viele Teilnehmende eine Bestätigung für ihr Gefühl zu sein, von der Politik nicht mehr ernst genommen oder überhaupt nicht beachtet zu werden. Dass politische Teilhabe anders als nur durch stummen Protest auf der Straße zu erreichen ist, konnte so nicht zu ihnen vordringen. Als Politikerinnen und Politiker dann im Januar 2015 erstmals reagierten, war es schon zu spät

oder die verbalen Äußerungen waren so ausgrenzend oder verletzend, dass sie eher das Gegenteil von dem erzielten, was Politik erreichen sollte – sie wurde gar nicht mehr gehört.

2. In der Gesellschaft ist die „Pegida-Bewegung“ vielleicht am schwierigsten einzuordnen. Es war am Anfang keine homogene rechtsnationale Kampftruppe, sondern eine sehr inhomogene Ansammlung von frustrierten Bürgerinnen und Bürgern. Die Zivilgesellschaft von Dresden und Umgebung wusste zu Beginn und auch fast bis heute nicht damit umzugehen. Es gibt immer wieder kleinere und selten auch größere Gegenproteste. Man ist sich aber nicht einig, ob solche Proteste überhaupt das richtige Mittel im Umgang damit sein können. Dazu wurden die Anfangsproteste meistens vom Bündnis „Dresden Nazifrei“ organisiert, was anderen Gruppierungen die Teilnahme manchmal erschwerte, da ihnen dieses Bündnis oft zu linksradikal auftrat. Außerdem konnten sich die Protagonisten anderer Bündnisse, wie „Dresden Place to be“ und „Dresden für alle“ nicht auf eine gemeinsame Strategie einigen. Da ich in der Dresdner Innenstadt wohne und arbeite, bekomme ich fast jeden Montag etwas von dem Protest mit. In anderen Stadtvierteln ist das aber nicht der Fall, weswegen er dort auch ganz einfach ignoriert werden kann. Viele meinen, wohl auch zu recht, dass sie ihre Zeit mit anderem und sinnvollerem Engagement füllen können. Das kann im positiven Fall bedeuten, sich aktiv für geflüchtete Menschen einzusetzen, was auch ein hohes Maß an Zeit einnehmen kann.

3. Die Medien haben „Pegida“ schnell entdeckt und dadurch vielleicht erst zur späteren Größenordnung verholfen. Eine ziemlich einhellige Ablehnung und manchmal auch ein etwas zu spürender leicht verächtlicher Umgang könnte eine spätere Radikalisierung vereinfacht haben. Schwierig war für die Medien aber besonders die fast totale Verweigerung der „Pegida“-Anhänger, mit ihnen in Kontakt zu kommen. Die dauerhafte Präsenz an jedem Montagabend führte zu einer zunehmenden Ignorierung, die nur durch spektakuläre Aktionen durchbrochen werden konnte. Hier spielt die schnelllebige Zeit eindeutig gegen einen andauernden Dauerprotest, egal von welcher Seite her er kommt und in welche Richtung er gezielt sein soll.



Die Rolle der Kirchen in diesem besonderen Handlungsfeld

Zu Beginn der Proteste war es für einzelne Christenmenschen, Kirchgemeinden und die Kirchenleitung äußerst schwierig, eine eigene Position zu finden. Einerseits gab es von Anfang an kritische Stellungnahmen und Gegenproteste auch aus kirchlichen Gruppen. Andererseits beteiligten sich auch etliche Christen an Pegida-Demonstrationen und versuchten, dies auch offensiv zu begründen, was ihnen mit der Zeit immer schwerer fiel. Diskussionen liefen durch die Gemeinden und quer durch einzelne Familien, in denen manchmal gleichzeitig begeisterte Anhänger und konsequente Gegner zu finden waren.

Deshalb gab es Versuche, nicht „gegen“ „Pegida“ mobil zu machen, sondern positive Zeichen „daneben“ zu setzen und damit deutlich zu machen, wo zivilgesellschaftliche Organisationen und christliche Gemeinden sich für eine bunte Vielfalt in der Gesellschaft und für tätige christliche Nächstenliebe einsetzen. Leider hat das nicht zu einer länger andauernden öffentlichen Aufmerksamkeit geführt, was auch für alle Seiten eine Überforderung gewesen wäre, so dass sich die gemeinsamen Aktivitäten insbesondere auf das traditionelle ökumenische Friedensgebet an jedem Montagabend um 17.00 Uhr in der Kreuzkirche konzentriert haben.

Die zu erspürende zunehmende Radikalisierung der „P“-Bewegung hat später aber auch zu deutlicheren Äußerungen in der innerkirchlichen Öffentlichkeit geführt, wie die klaren Worte in der Predigt vom ehemaligen Landesbischof Jochen Bohl zum Gottesdienst mit der Landessynode im April 2015. („*Wer diesen Leuten nachläuft, läuft den falschen nach ...*“) und die Predigt von Landesbischof Carsten Rentzing zum Weihejubiläum in der Frauenkirche am 25.10.2015.^[4]

In den Kirchgemeinden ist die Diskussion um „Pegida“ teilweise aus dem Blick geraten und wurde im Herbst 2015 von der Sorge und der Diskussion um die geflüchteten Menschen, wie vielleicht in der ganzen Gesellschaft abgelöst.

Spezielle Herausforderungen in Sachsen und in Dresden

Nach dem Start in Dresden gab es in den folgenden Monaten immer wieder Versuche, diese Bewegung auch in anderen Städten von Sachsen und auch Deutschlandweit zu etablieren. In den meisten Fällen ist dies gescheitert, was auch damit zu tun hat, dass an anderen Stellen oft Menschen oder Gruppierungen diese Versuche unternommen haben, die eindeutig als rechtsradikal zu erkennen waren. Deshalb war die Abwehr eindeutiger und der Zustrom geringer.

In Dresden stellt sich die Sache etwas anders dar. Der Start von „Pegida“ im Herbst 2014 war, wie oben erwähnt, nicht eindeutig als rechtsradikal anzusehen. Die schnelle Stigmatisierung hat dem aber vielleicht auch etwas Vorschub geleistet. Auch heute gehen noch viele Anhänger bei „Pegida“ mit, die nicht ins rechtsradikale Milieu einzuordnen sind. Dies ist von außen

her gesehen umso unverständlicher, weil die Reden, die auf den Demonstrationen gehalten werden, immer radikalere Züge angenommen haben. Trotzdem scheinen es viele immer noch als einen Montags-Treffpunkt für ihren Protest anzusehen, auch wenn sie sich mit dem öffentlich gesprochenen Wort zum Teil nicht identifiziert gesehen werden wollen.

Das Ergebnis dieser ganzen Bewegungen und Spannungen in den letzten Monaten ist leider, dass sich Fremde in unserer Stadt Dresden oft nicht mehr wohlfühlen. Dies hängt mit der allgemein auf die Straße getragenen Stimmung aber auch mit persönlichen Erlebnissen von Beschimpfung und Ablehnung zusammen. Das Bild von Dresden in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit scheint schon so beschädigt zu sein, dass manche Dresdner auf Reisen nicht mehr gern zu erkennen geben, woher sie kommen.

Perspektiven für das zukünftige Handeln

Schlagworte aus Veröffentlichungen im Herbst 2015: „*Die Dämonisierung Pegidas muss enden*“ (Hans-Joachim Maaz in der DNN vom 27.10.2015); „*Wir müssen das aushalten*“ (Frank Richter in der DNN vom 17./18.10.2015); „*PEGIDA und NSDAP – ein Vergleich*“ (Michael Bittner, der als freier Autor die Sprache auf den Demonstrationen der „Pegida“ untersucht hat und viele Parallelen festgestellt hat). Trotz der schnellen Veränderungen in unserer Zeit sind die Abhandlungen von Dr. Harald Lamprecht in „*Confessio 1/2015*“^[2] oder von Frank Richter in den Dresdner Heften 123^[3] zu diesem Thema beachtenswert, da sie nicht nur eine Außenansicht liefern, sondern von eigenen Erfahrungen geprägt sind. In dem aus den kurz angeführten Schlagworten zu erkennenden Spannungsfeld bewegen wir uns.

- Die Sprache auf den „Pegida-Demonstrationen“ ist schärfer, ausgrenzender und auch rassistischer geworden. Es werden Redner eingeladen und zugelassen, die sonst nur auf



Die Sprache auf den „Pegida-Demonstrationen“ ist schärfer, ausgrenzender und auch rassistischer geworden. Es werden Redner eingeladen und zugelassen, die sonst nur auf eindeutig rechtsradikalen Kundgebungen zu hören sind.

eindeutig rechtsradikalen Kundgebungen zu hören sind. Es wird geklatscht und laut geröllt, wenn es ein Redner bedauert, dass die KZs leider nicht mehr in Benutzung sind. Es werden symbolische Galgen mitgeführt, die für die Kanzlerin und den Vizekanzler bestimmt sein sollen, was leider nicht mehr als Satire auszumachen ist. Es werden Journalisten tötlich angegriffen. Diese Liste kann man leider fast endlos weiterführen. Und

das ist nicht zu akzeptieren. Hier müssen wir als Christinnen und Christen deutlich widersprechen und im Geist Jesu auch deutlich widerstehen! Dies hat trotzdem immer im Sinn von Gewaltlosigkeit zu geschehen, Gewaltlosigkeit in Tat und Sprache (soweit das uns möglich bleibt).

- ▶ Die Menschen, die bei „Pegida“ mitlaufen sind trotzdem nicht alle rechtsradikal, was bei einer NPD-Demo doch eine andere „Qualität“ zu haben scheint. Einige Wochen nach den Anfängen wurden Dialogangebote unterbreitet, die leider oft abgelehnt wurden. Im Januar 2015 gab es dann erste größere, organisierte Formen von Dialog, auf denen zwar oft aneinander vorbei geredet wurde – aber es wurde geredet. „Wir müssen das aushalten“ heißt auch, dass wir solch Formen von Protest nicht verteufeln können, aber klar in der Sache auch dagegen halten müssen. Hier ist ein hohes Grad an Zivilcourage im täglichen Leben gefragt.

Obwohl wir als Kirchenbezirk Dresden-Mitte gemeinsam mit anderen Akteuren schon im November 2014 andere kleine Formen von Kundgebung neben die viel größeren „Pegida“-Demonstrationen gesetzt haben (öffentliche Information von gesellschaftlichen Gruppierungen, die sich schon länger für geflüchtete Menschen einsetzen; Informationen über Biographien von geflüchteten Menschen), die nicht einen allzu großen Anklang gefunden haben, wäre es nötig gewesen, schon eher mit offenen Dialogangeboten zu beginnen. Dies hat insbesondere die Politik versäumt, aber wir als Kirchen haben auch den öffentlich auf die Straße getragenen Unmut eher weggewischt als im Dialog aufgenommen oder gegengehalten.

Im Frühjahr 2015 habe ich als Superintendent die Mitarbeiterschaft des Kirchbezirks Dresden-Mitte dazu aufgefordert, Gemeindeversammlungen zum Thema der um sich greifenden Politikverdrossenheit abzuhalten. Im Herbst 2015 erging noch einmal die gleiche Aufforderung im Bezug auf die Problematik der vielen geflüchteten Menschen. Wie viel davon umgesetzt wurde, habe ich nicht im Blick. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass wir immer wieder und auch oft eher mit den Menschen ins Gespräch kommen müssen.

Jesus hat auch nicht locker gelassen in seinem Eintreten für Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe. Wo das Gespräch aber keinen Sinn mehr hatte, hat er auch empfohlen, „zu gehen und den Staub von den Füßen zu schütteln“. Dies ist wohl der Fall bei Menschen, die eine verfestigte rechtsradikale Einstellung vertreten.



Und ich bin davon überzeugt, dass unser fester Standpunkt in Bezug auf Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit, der von unserem Glauben getragen wird, intensiv gelebt und öffentlich vertreten werden muss. Dabei finde ich es nicht einmal verkehrt, wenn Menschen, die sich in einer ablehnenden Diskussion zu Flüchtlingsfragen befinden, zu einem hinzutretenden Pfarrer sagen: „Mit ihnen brauchen wir ja nicht zu reden, wir wissen schon, wie sie dazu stehen.“

Da ist unser Standpunkt klar – und trotzdem müssen wir auch da argumentieren.

Jesus hat auch nicht locker gelassen in seinem Eintreten für Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe. Wo das Gespräch aber keinen Sinn mehr hatte, hat er auch empfohlen, „zu gehen und den Staub von den Füßen zu schütteln“. Dies ist wohl der Fall bei Menschen, die eine verfestigte rechtsradikale Einstellung vertreten. Da ist auch einmal eindeutige Abgrenzung gefragt – dies auch für die, die unter der zunehmenden Ausgrenzung, Radikalisierung und Polarisierung leiden.

Autor: Christian Behr



^[1] www.evks.de/landeskirche/landesbischof/27415.html

^[2] www.confessio.de/pegida

^[3] Frank Richter, Der Pegida-Komplex und die politische Kultur des Landes, Dresdner Hefte 123, www.dresden.de/de/leben/stadtportrait/110/06/01/014/2015.php

UNTERSTÜTZUNG FÜR FLÜCHTLINGE – EIN BEISPIEL AUS LEIPZIG

Theologische Ausgangspunkte finden

Die Kirchgemeinden St. Petri und Bethlehem haben sich am biblischen Auftrag im Umgang mit Flüchtlingen ausgerichtet: „Die Fremdlinge sollt ihr nicht unterdrücken; denn ihr wisset um der Fremdlinge Herz, weil ihr auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen seid“ (2. Mose 23,9). Im Gleichnis von Weltgericht heißt es bei Matthäus 25,35f: „Ich bin Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen. Ich bin nackt gewesen und ihr habt mich gekleidet.“

Recherchieren und Veröffentlichen

Unser Engagement für Flüchtlinge tritt ab dem 12.12.2014 in eine neue Phase. Die erste Demo gegen Flüchtlinge wird angekündigt, ist aber noch nicht angemeldet. Ein zivilgesellschaftliches Netzwerk meldet mit kirchlicher Unterstützung zuerst die „Willkommen in Leipzig“-Demonstrationen an neuralgischen Tagen (montags) und Orten (Innenstadt-ring) an. Recherchen decken das Netzwerk auf, das hinter der offiziellen Anmeldung der Legida-Demonstration steht. Das Internet und manche Facebook-Seite ermöglichen präzise Analysen. Die kirchliche, die zivilgesellschaftliche und die örtliche Öffentlichkeit wird über Emails und Pressemitteilungen auf den Stand der Dinge gebracht. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind in unseren Kirchgemeinden konzeptionell bekannt und analytisch verstanden. Zwischen dem 12.12.2014 und dem 12.01.2015 zeigt sich in Leipzig, was gut funktioniert und dem Fußball-Fan vertraut vorkommt: Eigener Platz- (Straße) und Ball-(Wort) Besitz. Schnell spielen und Pressing spielen. Dominant spielen (Öffentlichkeit) und Tore erzielen (sichere Plätze und gute Perspektiven für Flüchtlinge). Eine passive Taktik im Umgang mit fremdenfeindlichen Gruppen und Akteuren ist kontraproduktiv.

Plattform schaffen und kooperieren

Die Gründung der Ökumenischen Flüchtlingshilfe wird am 24.12.2014 in den Leipziger Gottesdiensten bekannt gegeben. Damit entsteht die thematische Plattform, auf der sich dauerhaft kirchliche Akteure in der Arbeit für Flüchtlinge vernetzen können. So haben unsere Kirchgemeindeglieder drei Wochen Zeit, sich auf die Großdemos vom 12.01.2015

vorzubereiten. In anderen Leipziger Stadtteilen, in denen es bereits dezentrale Flüchtlingsunterkünfte bzw. einen Antrag für einen Moschee-Neubau gibt, sind die Quartiers-Akteure der Zivilgesellschaft einschließlich der Kirchgemeinden gut vernetzt. Über die Fanbeauftragten von RB Leipzig, Lok Leipzig und BSG Chemie Leipzig gelingt es, die Fußballvereine zu einem Teil der Willkommens-Kultur für Flüchtlinge zu machen. Aus der Zusammenarbeit mit den diakonischen Migrationsberatungsstellen und mit dem Leipziger Flüchtlingsrat erwachsen wesentliche Einsichten und Kenntnisse.

Gemeinsam demonstrieren

Die Willkommens-Demonstrationen für Flüchtlinge im Januar 2015 führen auch auf Grund der kirchlichen Einladungskanäle zu wirksamen Ergebnissen. Erst der Dreiklang aus Kirchenleuten, Bildungsbürgern und Autonomen ermöglicht es in der ersten Jahreshälfte 2015, alle rechtspopulistischen Demonstrationen zu kontern. Lohnend ist das Plenum aller, die „Willkommens-Demonstrationen“ angemeldet haben. Je mehr Beteiligte des Plenums Theorie und Praxis öffentlichen Demonstrierens bis hin zum zivilen Ungehorsam kennen, umso besser. Der Aktions-Konsens für die Demonstrationen sollte gemeinsam und schriftlich festgehalten werden. Auch für autonome Demo-Vorbereiter ist das Plenum aufschlussreich, weil die Kirchenleute Varianten kennen, die zugleich erfolgreich sind und ohne Gewalt auskommen.

Gemeinsam streiten

Innerkirchlich wird es manchmal laut, streitend und polternd. Nicht jeder mag und kann Pressing. Die kirchlichen Leitungsverantwortlichen, Hauptamtlichen und Gremienvertreter, die zur kirchlichen Zurückhaltung und ausschließlich zum Dialog aufrufen, bekommen ab März/Juni/August 2015 ein Problem: der rechtsradikale Kern von Legida zeigt sich klar und deutlich. Später nehmen die Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte zu. Der Streit über das Flüchtlingsthema berührt eine sensible Frage für unsere Kirchgemeinden: Wie groß ist die gesellschaftlich-politische Dimension persönlichen und institutionellen Glaubens? Über die ersten acht Monate des Jahres 2015 zeigt sich, dass



Gemeindeaufbaukonzepte, die langfristig und dauerhaft Themen des Konziliaren Prozesses integrieren, in der Unterstützung für Flüchtlinge zu größerer Handlungsfähigkeit führen. Der Satz „Die Kirche ist nicht da, die Welt zu retten“ wird nach den Vorkommnissen in Heidenau öffentlich nicht wiederholt.

Lösungen finden: Workshops, Wohnungen, Kirchenasyl, Ausstellung

Der Sommer 2015 bringt eine nächste Phase. Die Workshops auf unserem Gemeinde-Kirchentag mit dem muslimischen Referenten sind gut besucht. Der Dialog mit dem Islam ist auf Augenhöhe sinnvoll und möglich. Im Peters-Pfarrhaus zieht eine 12-köpfige kurdisch-muslimische Bürgerkriegs-Familie ein. Zuvor waren im Jobcenter und beim kirchlichen Grundstücksamt deutliche Worte nötig. Im Bethlehem-Gemeindehaus findet ein junger Syrer nach grundlegenden Abwägungen und kniffligen Entscheidungsfindungen zuerst Kirchenasyl und dann Perspektiven. Ein großer Leipziger Wohnungsvermieter und etliche Makler lassen sich ansprechen, konkrete Schritte für Flüchtlingswohnungen einzuleiten. Die Ausstellung des syrischen Künstlers in der Peterskirche bringt die Einsicht, dass wir wie in der Gründungssituation 1885 eine Migrationskirche sind, Kriegserfahrungen aushalten und durch den brüchigen Kirchenraum heilsame Ausstrahlung entfalten.

Mit dem Tempo der Flüchtlingsunterkünfte mitgehen

Ende August 2015 beginnt nicht nur die Fußball-Bundesliga rasant. Im Leipziger Zentrum und im Leipziger Süden entstehen sechs Flüchtlingsunterkünfte, in denen insgesamt 1.300 Flüchtlinge leben. Mal ist es die Improvisation, mal ist es diplomatisches Geschick, mal ist organisatorisches Planen, was in den jeweiligen Situationen gefragt ist. Das Begegnungscafé und die Wohnungsberatung (www.fluechtlingswohnungen.org) werden rege genutzt. Zum

In den Netzwerken der Leipziger Zivilgesellschaft haben die Kooperation von kirchlichen und nichtkirchlichen Akteuren an Quantität und Qualität zugenommen. Wir haben die Flüchtlingsgeschichten als biblische Grundgeschichten erkannt.



ersten Mal wird klar, dass unsere Gemeinden und Stadtteile vor Chancen und Herausforderungen stehen, die auch mittel- und langfristig sind. Die Luft wird dünner, mit dem Tempo mitzugehen, gelassen zu bleiben und das Adrenalin im Angesicht institutioneller Schwächen in Handlungsenergie zu verwandeln.

Wie es 2025 sein könnte

Die Schwerter sind in Syrien und anderen Kriegs- und Krisengebieten zu Sicheln umgeschmiedet. Die Reisenden sind freiwillig und ohne Not global unterwegs. Die Tafeln der Begegnung mit Flüchtlingen, die Flüchtlingswohnungen und das Zeigen von Flüchtlings-Kunst sind zu integralen Bestandteilen des Gemeindelebens in unseren Gemeinden geworden. In den Netzwerken der Leipziger Zivilgesellschaft haben die Kooperation von kirchlichen und nichtkirchlichen Akteuren an Quantität und Qualität zugenommen. Wir haben die Flüchtlingsgeschichten als biblische Grundgeschichten erkannt. Es ist für Feinde der Flüchtlinge gesellschaftlich kein Platz. Für die, die gegen uns spielen, sind die Räume zugestellt und wir gewinnen die wesentlichen Spiele. Wir spielen gemeinsam kirchlich, im Quartier und in der Stadt mit Flüchtlingen. Aus Flüchtlingen werden BürgerInnen auf Augenhöhe, mit gefragten Talenten und Kompetenzen.

Leipzig, den 31.08.2015

Autor: Pfr. Andreas Dohrn

FLÜCHTLINGSHILFE IN DEUTSCHLAND

Ein Thema in der Kirche? Dresdner Gemeinden werden aktiv

„Am Anfang ging es nur darum, die Flüchtlingsfamilie bei der Wohnungssuche zu unterstützen. Mittlerweile hat sich daraus mehr entwickelt – gestern haben unsere Kinder zusammen gebacken.“

„Eigentlich hatte ich nie mit Kirche was am Hut, aber seit ich in der Begegnungs- und Kochgruppe mithilfe, verändert sich da etwas auch in mir.“

„Je mehr ich mit meinen muslimischen Sprachschülern ins Gespräch komme, desto mehr merke ich, wie ähnlich wir und unsere Religionen uns an einigen Stellen doch sind.“

Drei Gedanken von Engagierten aus Kirchgemeinden in der Dresdner Flüchtlingshilfe. Drei Gedanken, die sinnbildlich stehen können für eine neue Dimension des diakonischen Wirkens aus den Kirchen, die zeigen, dass aus Begegnung mit geflüchteten Menschen viel mehr erwachsen kann: ein Nachdenken über uns, unsere Kultur, unserer Religion; aber auch ein veränderter Blick auf andere – und vielleicht sogar ein Stück Normalität.

Kirche aktiv in der Flüchtlingshilfe – Ein Überblick

Das Jahr 2015 könnte man als Jahr des Neuerwachens von zivilgesellschaftlichem Engagement bezeichnen. Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen, darunter viele, die bislang wenig oder kein ehrenamtliches Engagement zeigten, schlossen sich begeistert Willkommensbündnissen an, meldeten sich als Helfer in Sammelunterkünften, organisierten

Letztendlich betrifft die Forderung nach einem zivilgesellschaftlichen Engagement zumindest all jene Kirchgemeinden, in deren Nähe eine Gemeinschaftsunterkunft bzw. eine Erstaufnahmeeinrichtung eröffnet wurde oder – und das wird Normalität werden – auf deren Gemeindegebiet anerkannte Flüchtlinge Wohnraum gefunden haben.

Hilfskonvois entlang der Balkanroute oder debattierten in Bürgerdialogen. Auch wenn dabei kritische Stimmen auf manchen Aktionismus hinweisen, scheint sich dieses neue Engagement in der Flüchtlingshilfe nun zu verstetigen und zunehmend zu strukturieren.

Diesem gesellschaftlichen Weg können und dürfen sich auch Christen beziehungsweise Kirchgemeinden nicht entziehen.

Laut einer Schätzung in der Tageszeitung „Die Welt“ vom September 2015^[4] engagieren sich deutschlandweit etwa 200.000 evangelische und katholische Christen in der Flüchtlingshilfe. Da sind Menschen, die Sprachkurse anbieten, die Begegnungsangebote organisieren, Fahrrad-



Manchmal waren es einzelne Gemeindeglieder, die eine Schnittstelle zu Stadtteilinitiativen und Willkommensbündnissen bildeten und damit als Multiplikatoren für einzelne Gemeindeglieder wirkten.

werkstätten und Kleiderkammern aufbauen, die auf Behörden und zu Ärzten mitgehen, aber auch Menschen, die den Dialog mit Andersdenkenden, mit voreingenommenen Gemeindegliedern und Nachbarn suchen – in kleineren Gesprächsrunden und größeren Gemeindeabenden.

Letztendlich betrifft die Forderung nach einem zivilgesellschaftlichen Engagement zumindest all jene Kirchgemeinden, in deren Nähe eine Gemeinschaftsunterkunft bzw. eine Erstaufnahmeeinrichtung eröffnet wurde oder – und das wird Normalität werden – auf deren Gemeindegebiet anerkannte Flüchtlinge Wohnraum gefunden haben.

Wie ist die Situation Anfang 2016 in Dresden?

Zunächst etwas verhalten und getragen durch einige haupt- und ehrenamtliche Vordenker, entwickelten sich in den letzten Monaten immer rasanter zahlreiche Hilfs- und Begegnungsangebote aus Kirchgemeinden heraus. Es ist beeindruckend zu sehen, was mittlerweile für Flüchtlinge getan wird. Obwohl es vielmehr heißen müsste, wie mit Flüchtlingen Wege einer gelingenden Nachbarschaft beschriftet werden. Manchmal waren es Pfarrer und Gemeindepädagogen, die von Anfang an die Bedeutung dieses Themas in Predigten dargelegt und praktische Unterstützung aufgebaut haben. Manchmal waren es zunächst kleine Graswurzelinitiativen Einzelner, die das Bewusstsein für die Thematik mit ausdauernder Beharrlichkeit zur Kirchenleitung transportiert haben. Manchmal waren es einzelne Gemeindeglieder, die eine Schnittstelle zu Stadtteilinitiativen und Willkommensbündnissen bildeten und damit als Multiplikatoren für einzelne Gemeindeglieder wirkten. Und nicht zu vergessen sind besonders die Gemeinden, denen schon seit Jahren das Engagement für die vor Gewalt und Perspektivlosigkeit fliehenden Menschen ein Herzensanliegen ist.

Die Formen des sozialen Engagements sind vielfältig und reichen von Alltagshilfen für die ankommenden Menschen in den ersten Monaten über Begegnungstreffs und



Sprachangebote bis hin zur Unterstützung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche.

Flüchtlingshilfe als Chance für Kirche

Es ist jedoch zu erwähnen, dass nicht überall die Leitenden in Kirchen und Gemeinden gleichermaßen geschlossen hinter den Aktiven stehen. Die in dieser Broschüre an verschiedenen Stellen diskutierte Sorge und Unsicherheit spiegelt sich auch im Bereich der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe aus Kirchengemeinden wieder: Sollte nicht eigentlich Kirche für alle da sein? Verschrecken wir nicht einzelne Gemeindeglieder mit dieser neuen Offenheit und unserem Engagement?

Es muss also bewusst bleiben: wer klar Stellung bezieht, indem er sich sichtbar für Flüchtlinge einsetzt, wird öffentlich – und damit auch angreifbar für Kritiken und fremdenfeindliche Äußerungen. Doch Nächstenliebe verlangt Klarheit. So möchte ich den Blick weg von diesen Ängsten hin zu den Möglichkeiten richten:

Die veränderte Situation bietet Kirche eine wunderbare Chance, nach außen zu treten, im Stadtteil sichtbar zu werden und der diakonischen Seite ein neues Gewicht zu verleihen. Eben weil in der auf den Nächsten ausgerichteten Unterstützung eine weitaus größere Außenwirkung steckt. Wo ein friedliches Miteinander zwischen Einheimischen und Geflüchteten gelebt wird, findet sich kaum Boden für fremdenfeindliches Saatgut. Anders formuliert: dort wo Unbekanntes nah heranrücken und vertraut werden kann, schwinden Ängste vor Fremdem.

In einer Zeit der gesellschaftlichen Veränderung können wir uns auf unseren Glauben berufen und Unsicheren Orientierung bieten. Aus ehrenamtlichem Engagement heraus finden manche Helfer den Weg (zurück) zur Kirche. Zu einer Kirche, von der sie lange enttäuscht waren, weil sie lange Zeit den Eindruck erweckte, nur im eigenen Saft zu schmoren. Stellungnahmen zum Thema Asyl, Positionspapiere und eine Kanzelabkündigung wie im Herbst 2015 können dabei Vertrauen wachsen lassen und Ansporn für ein Mitwirken und letztendlich ein Reflektieren des eigenen Glaubens sein.

Flüchtlingshilfe aus Kirchengemeinden heraus muss nicht als zusätzliche Bürde neben all den anderen Aufgaben verstanden werden. Oft sind Kirchen als Teil einer Stadtteilinitiative ge-

fragt, werden beispielsweise als Raumgeber für Begegnungsangebote beteiligt und können auf bestehende Strukturen zurückgreifen (z. B. Verwaltung von Geldspenden, innerkirchliche Vernetzungen und Weiterbildungsangebote). So kann mit relativ wenig Aufwand viel erreicht werden. Außerdem stehen mit Diakonie und Caritas starke Wohlfahrtsverbände für all diese Themen zur Seite.



Wo ein friedliches Miteinander zwischen Einheimischen und Geflüchteten gelebt wird, findet sich kaum Boden für fremdenfeindliches Saatgut. Anders formuliert: dort wo Unbekanntes nah heranrücken und vertraut werden kann, schwinden Ängste vor Fremdem.

Kirche auf dem Weg

Eine ehrenamtliche Mitarbeiterin in einer Flüchtlingsunterkunft hat es auf den Punkt gebracht: „Integration ist mehr als ein Willkommensfest.“ Wir stehen erst am Anfang einer gewaltigen Integrationsaufgabe. Zahlreiche Schwierigkeiten werden auf uns zukommen, denen wir uns stellen müssen. Manche Aspekte müssen neu durchdacht, immer wieder reflektiert und Neues aufgebaut werden. Einige sind:

- ▶ Wir müssen noch mehr Gespür dafür entwickeln, geflüchteten Menschen auf Augenhöhe zu begegnen. Mitunter ist der Helfergedanke sehr stark ausgeprägt und manch überbordender guter Wille erdrückt die Autonomie der zu uns Kommenden. Dem Wunsch Geflüchteter nach Beteiligung soll mehr Raum gegeben werden.
- ▶ Wir müssen unseren Umgang mit Religion reflektieren. Gelingt es uns, den zu uns kommenden Menschen so zu begegnen wie sie sind? Denen, die nach dem Christengott fragen, Rede und Antwort zu stehen und gleichzeitig die vielen Nichtfragenden als von Gott geliebte Andersgläubige vorbehaltlos anzunehmen?
- ▶ Wir müssen uns lösen, von „den Flüchtlingen“ zu sprechen. Die große Zahl der zu uns Kommenden ist die Summe einzelner, sehr unterschiedlicher Menschen. Nur in der konkreten Begegnung werden wir geflüchtete Menschen wirklich kennenlernen. So können sie heraustreten aus der grauen Masse und als eigenständige Persönlichkeit mit ihren eigenen Sorgen, Wünschen und Gedanken erkennbar werden. Das heißt aber auch, dass wir mit unseren Integrationsangeboten nicht jeden gleichermaßen erreichen werden.
- ▶ Wir müssen unterstützende Strukturen entwickeln und ausbauen. Engagement braucht Fundament: Professionelle Angebote, die ehrenamtlichen Helfern Sicherheit verleihen und befähigen, in diesem besonderen Feld der sozialen Arbeit zu handeln – seien

es Patenschulungen, thematische Weiterbildungen, Austausch in Arbeitsgruppen oder Supervisionen. Ein Anfang besteht darin, immer wieder Danke zu sagen für all das unermüdliche Engagement.

- Wir müssen nach einem emotionalen Beginn nun zu einem langen Atem und einer gesunden Portion Pragmatismus finden. Wie betten wir die Flüchtlingshilfe als einen Aufgabenbereich unter vielen in das Gemeindeleben ein? Wie beteiligen wir geflüchtete Menschen in diesem Prozess? Wie können wir ehrenamtliche Helfer stärken und weitere Unterstützer gewinnen? Wie bleiben wir im Dialog mit Andersdenkenden? Wie stellen wir uns neuen Aufgabenfeldern wie der Begleitung unbegleiteter Jugendlicher?

Zwei Anregungen für praktische Arbeit

Aus der Fülle an Möglichkeiten möchte ich zwei Angebote aus dem Ökumenischen Informationszentrum e. V. kurz vorstellen. Direkte Unterstützungsangebote für geflüchtete Menschen werden in dieser Broschüre an anderer Stelle bedacht.

„Warum wir hier sind“ ...

... ist ein Format für einen Gemeindeabend, der seit einem Jahr gemeinsam mit INKOTA-Netzwerk e. V. mit großer Resonanz angeboten wird. Ein Syrer, der schon lange in Dresden wohnt, erzählt von der politischen Situation, dem Leben in seinem Herkunftsland und den Gründen, aus denen Menschen aus diesem Land flüchten. Authentisch, persönlich und im lockeren Austausch erfahren die Teilnehmer jenseits von Medienberichten einen ganz anderen Zugang zu der Situation Syriens. Dieses Projekt wurde 2015 in Dresden in 15 Veranstaltungen mit über 700 Teilnehmern durchgeführt und ist weiterhin stark nachgefragt.

Es ist davon auszugehen, dass die aktuelle gesellschaftliche Veränderung auch das Wirken von Kirche nachhaltig beeinflussen wird. Es liegt an uns, wie wir diese Veränderung im Sinne unseres Glaubens mitgestalten, Position beziehen und uns nationalistischem und fremdenfeindlichem Gedankengut auch innerhalb der Gemeinde stellen.



Das Ehrenamtscafé – ein Treffen der Initiativenvertreter ...

... ist ein Angebot für Ehren- und Hauptamtliche aus interessierten Kirchengemeinden und Willkommensbündnissen. Die monatlich stattfindenden Ehrenamtscafés verstehen sich als Multiplikatorentreffen mit jeweils 15 bis 50 Teilnehmern. Wir kommen nach einem Input

eines geladenen Referenten miteinander zu einem bestimmten Thema ins Gespräch – beispielsweise Wohnungssuche für anerkannte Flüchtlinge oder Sprachunterricht. Besonders zwei Ziele verfolgt dieses Treffen: zum einen erleben die Teilnehmer sich als vor- und mitdenkende Akteure. In der derzeitigen politischen Geschwindigkeit und wechselnden Entwicklung ist es schier unmöglich, als Einzelner den Überblick zu behalten. Hier bringt jeder etwas ein und nimmt etwas mit – für sich und als Multiplikator in seine Gemeinde. Dadurch wird zum Zweiten ein Gefühl des wertschätzenden Miteinanders vermittelt. Es tut einfach gut, zu wissen, dass man in diesen unsicheren Zeiten nicht allein steht und sich Rat bei anderen holen kann, die ebenfalls aktiv sind.



Weitergehen ...

Es ist davon auszugehen, dass die aktuelle gesellschaftliche Veränderung auch das Wirken von Kirche nachhaltig beeinflussen wird. Es liegt an uns, wie wir diese Veränderung im Sinne unseres Glaubens mitgestalten, Position beziehen und uns nationalistischem und fremdenfeindlichem Gedankengut auch innerhalb der Gemeinde stellen. An uns liegt es, Zeit und Raum zu geben für die Menschen, die zu uns kommen und damit indirekt auch für die Menschen, die Skepsis haben. An uns liegt es, dem pauschalen „Wir schaffen das“ der Politik Gestalt zu geben und Ideen zu entwickeln, wie wir das schaffen können. Dass dieser Weg einfach wird, hat niemand gesagt. Aber er ist es wert, gegangen zu werden.

Autorin: Michaela Schoffer

www.welt.de/politik/deutschland/article146059734/Fluechtlingskrise-fuehrt-Kirche-aus-der-Krise.html

WILLKOMMENSBÜNDNIS IM GOTTLLEUBATAL

Eine Evangelisch-Lutherische Kirchgemeinde wird aktiv

Ausgangssituation

Mitte März 2015 stand die Unterbringung Asylsuchender in Bad Gottleuba-Berggießhübel auf der Tagesordnung der Stadtratssitzung. Eingeladen waren zu diesem Thema die Beigeordnete des Landrates sowie VertreterInnen der Flüchtlingssozialarbeit der Caritas, des zuständigen Polizeireviere und des Kulturbüro Sachsen e.V. Obwohl der Bürgermeister nur den Stadträten die Möglichkeit zu Meinungsäußerungen und Nachfragen gab, hatten

Jeder und jede von uns hat an diesem Abend erlebt, dass sie und er nicht allein sind mit dem Wunsch, geflüchteten Menschen zu helfen und sich für ein friedliches Miteinander im Ort zu engagieren.



sich viele EinwohnerInnen des Ortes auf den Weg gemacht, um den Ausführungen zu folgen. So viel Interesse hatte in Bad Gottleuba-Berggießhübel noch kein Thema gefunden. Der Ratssaal im Bürgerhaus war voll. Die Stimmung im Ort zum Thema Asyl war bereits im Herbst 2014 bei einer Einwohnerversammlung im Ortsteil Langenhennersdorf sichtbar. Es gelang in dieser Veranstaltung nicht, in einer sachlichen und respektvollen Atmosphäre über die Unterbringung geflüchteter Menschen im Ort zu sprechen. Aus dieser Erfahrung heraus hatte wohl der Bürgermeister zur Stadtratssitzung nur den StadträtInnen Rederecht eingeräumt. Eine Verantwortung für ein friedliches Miteinander alteingesessener und geflüchteter Menschen im Ort war von keinem Stadtrat an diesem Abend zu hören. Der Bürgermeister erwähnte die angebotene Unterstützung durch die Evangelisch-Lutherische Kirchgemeinde – ein Lichtblick an diesem Abend.

Aktivitäten

Wir wollten nicht zu viel Zeit vergehen lassen zwischen der Stadtratssitzung und einem ersten Treffen von UnterstützerInnen, deshalb luden wir Interessierte bereits für Anfang April 2015 in das Gemeindehaus ein. Ziel war es, uns kennenzulernen, zu informieren und die

weitere Arbeit zu koordinieren. Dazu hatten wir neben der Flüchtlingssozialarbeiterin der Caritas auch eine Mitarbeiterin des Mobilen Beratungsteams Mitte-Ost (MBT) des Kulturbüro Sachsen e.V. eingeladen. Das MBT Mitte-Ost begleitet und berät Initiativen und Bündnisse im Themenfeld Asyl. Wir freuten uns über die zahlreichen Menschen, die an diesem Abend den Weg ins Gemeindehaus gefunden hatten. Spannend war zu sehen, dass alle in irgendeiner Weise Zugezogene im Ort sind. Wir sprachen über unsere Beobachtungen und Ängste und über den Wunsch, aktiv zu werden. Eine Familie berichtete, dass sie sich schon seit längerer Zeit in Dresden für geflüchtete Menschen engagiert. Hier im Ort habe sie es sich bisher nicht getraut, zumal sie die Meinung ihrer NachbarInnen kenne. Jeder und jede von uns hat an diesem Abend erlebt, dass sie und er nicht allein sind mit dem Wunsch, geflüchteten Menschen zu helfen und sich für ein friedliches Miteinander im Ort zu engagieren. Für das nächste Zusammentreffen wünschten wir uns vor allem Fakten und Argumente zum Thema Asyl, um mit unseren NachbarInnen, FreundInnen und Bekannten reden zu können und Vorurteile nicht unwidersprochen hinzunehmen. Dieses zweite, schon eher inhaltliche Treffen diente auch dazu, einen ersten Begegnungsnachmittag zu organisieren. Wir wollten Geflüchtete treffen, von ihnen hören, was sie bewegt und was sie sich wünschen, um unsere Angebote daran zu orientieren.

Inzwischen laufen bei uns regelmäßig Begegnungstreffen und Deutschkurse. Patenschaften haben sich entwickelt und wir haben mit unseren Aktivitäten weitere MitstreiterInnen im Ort gefunden. Wir sind eine Gruppe aus jüngeren und älteren Menschen, ChristInnen und nicht kirchlich gebundenen Menschen.

Erfahrungen und Ausblick

Durch diese Zusammensetzung, gerade auch weil es sich nicht um eine innerkirchliche Gruppe handelt, konnte über das Anliegen, eine Willkommenskultur zu erwirken, eine Vernetzung von Menschen unterschiedlichster Prägung und Herkunft erfolgen. Das vergangene Jahr hat auch gezeigt, dass es sich dabei nicht um ein „Strohfeuer“ handelt. Erfreulicherweise finden sich zunehmend Menschen, die bereit sind, regelmäßig Besuche zu machen, bzw. Ärzte, die kostenlos Erstuntersuchungen anbieten.

Inzwischen haben mehrere Begegnungstreffen mit international buntem Buffet



stattgefunden. Sie wurden sehr gut seitens der Bevölkerung und von den Asylsuchenden angenommen. Dabei sind viele Fragen beantwortet und Ängste abgebaut worden. Das insgesamt friedliche und offene Klima dieser Begegnungstreffen tut unserer Region gut und ist auch ein deutliches Zeichen dafür, dass und wie Integration gelingen kann.

Da uns das Thema – und die Menschen, die zu uns kommen – ja in absehbarer Zeit erhalten bleiben, sind wir natürlich auch weiterhin auf Menschen guten Willens angewiesen, die sich engagieren möchten.

Kontakt:

Pfarrerin Dorothee Fleischhack / Pfarrer Daniel Lamprecht
Ev.-Luth. Kirchgemeinde Gottliebatal
Pfarrweg 2
01819 Bad Gottleuba-Berggießhübel OT Berggießhübel
Tel.: +49 (0)35023 624 77
Fax.: +49 (0)35023 608 78
E-Mail: kg.gottliebatal@evlks.de

Autoren: Dorothee Fleischhack, Daniel Lamprecht, Petra Schickert

AUSSTELLUNG „ASYLUM“ DER AG IN- UND AUSLÄNDER CHEMNITZ

Impuls für die inhaltliche Debatte zum Thema Asyl

Ausgangssituation

Wie in vielen anderen Orten des Freistaates Sachsen haben sich 2015 auch im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge asylfeindliche Proteste etabliert, die letztendlich der Resonanzboden für Übergriffe auf geflüchtete Menschen, (geplante) Flüchtlingsunterkünfte und UnterstützerInnen sind. In den Ortsteilen der Stadt Dippoldiswalde werden diese vor allem von PEGIDA-Ablegern getragen. Redebeiträge von Protagonisten wie Lutz Bachmann und Nicos Chawales sowie der Auftritt der neonazistischen Band A3Stus stehen exemplarisch für eine menschenfeindliche und rassistische Ausrichtung dieser Proteste.

Seit dem Frühjahr 2015 engagieren sich Menschen im Willkommensbündnis Dippoldiswalde als UnterstützerInnen für Geflüchtete und für ein friedliches Miteinander in der Stadt. Darunter sind auch Jugendliche aus der AG „*Begegnung fördern, Vielfalt erleben*“ des „*Glückauf*“ Gymnasiums. Im öffentlichen Raum gibt es kaum spürbare Debatten zum Thema Asyl.

Projektidee

Die Evangelische Jugend im Kirchenbezirk Freiberg hatte die Idee, die Ausstellung „*Asylum*“ der AG In- und Ausländer Chemnitz im „*Glückauf*“ Gymnasium Dippoldiswalde zu zeigen und damit einen Impuls zu geben, Asyl zu thematisieren, gewissermaßen einen Raum in der Schule zu schaffen, um über Flucht und Asyl zu sprechen. Mit dem Kulturbüro Sachsen e.V. und Pro Jugend e.V. suchten wir uns Kooperationspartner, die über fachliche Kompetenz im Themenfeld verfügen und neben dem Gymnasium auch Zugang zu anderen Zielgruppen (Oberschulen, Sportjugend, Jugendclubs und Jugendfeuerwehr) haben. Zielgruppen sollten vor allem Jugendliche, wie SchülerInnen und KonfirmandInnen, aber auch Jugendclubs und Vereine sein.

Die Ausstellung besteht aus mehreren Schautafeln mit Flüchtlingsbiographien, Hörprotokollen und einer Fotoausstellung. Außerdem gibt es ein „6-Quadratmeter-Zimmer“ sowie Spiel- und Wissensstationen zu gesetzlichen Regelungen, dem Asylverfahren und weltweiten Fluchtbewegungen. Ergänzen wollten wir die Ausstellung mit Informationen zur Situation geflüchteter Menschen im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.

Projektvorhaben

Zunächst erarbeiteten wir gemeinsam mit den Kooperationspartnern ein Konzept. Dabei wurden wir von einer Schülerpraktikantin des Gymnasiums und der AG Asylsuchende Sächsische Schweiz-Osterzgebirge e. V. unterstützt. Zentral war die Idee, dass engagierte und interessierte junge Menschen Schulklassen und Jugendgruppen als „Guides“ durch die Ausstellung führen. Dazu war es erforderlich, die Jugendlichen anzusprechen z.B. über die AG „Begegnung fördern, Vielfalt erleben“ und für die Idee zu gewinnen. In einem Tagesworkshop wurden interessierte Jugendliche zu Guides ausgebildet. Neben dem Kennenlernen der Ausstellung und wichtigen Hintergrundinformationen erhielten die Jugendlichen Methoden an die Hand, die sie in ihre Führungen einbauen konnten, um das Thema abwechslungsreich und interessant rüber zu bringen. Neben all den inhaltlichen Aspekten sollte so ein „zusätzlicher Schultag“ am Samstag vor allem auch Spaß machen. Ziel war es, die Jugendlichen zu befähigen, im Kleinteam, bestehend aus zwei SchülerInnen, eine Schulklassen oder Jugendgruppe ca. zwei Stunden selbständig und emphatisch durch die Ausstellung zu führen. Die MitarbeiterInnen der Evangelischen Jugend, des Kulturbüro Sachsen e. V. und der AG Asylsuchende e. V. sollten sich eher zurückhalten.

Da Reden zu Ausstellungseröffnungen aus der Perspektive Jugendlicher eher langweilig sind und häufig Gesagtes wiederholt wird, dachten wir über einen würdigen Abschluss

In der gemeinsamen Auswertung wurde deutlich, dass es bisher keinen Raum in der Schule gab, um über das Thema Flucht und Asyl zu sprechen. Die Ausstellung war somit ein Impulsgeber für Gespräche unter den SchülerInnen und LehrerInnen aber auch zwischen Eltern und Kindern sowie Eltern und Schule.



der einwöchigen Ausstellung nach, den wir gern auch in die Hände der Jugendlichen geben wollten. Die Idee der Jugendlichen, zu einem Begegnungsabend von geflüchteten Menschen aus den umliegenden Heimen und dezentralen Unterkünften und DippoldiswalderInnen einzuladen, unterstützten wir gern. Organisiert wurde dieser Abend durch die engagierten SchülerInnen der AG „Begegnung fördern, Vielfalt erleben“. Die Jugendli-

chen drehten einen kleinen Werbefilm, um zu ihrem Begegnungsnachmittag einzuladen, sprachen Jugendliche während der Führungen an und bereiteten den Abend mit Unterstützung eines Lehrers vor.

Ergebnisse und Ausblick

Vom 16. – 20. November 2015 wurde die Ausstellung „Asylum“ der AG In- und Ausländer Chemnitz im „Glückauf“ Gymnasium Dippoldiswalde gezeigt. 14 ausgebildete Guides führten 17 Schulklassen des Gymnasiums, der Oberschulen und eines Beruflichen Schulzentrums sowie die MitarbeiterInnen der Diakonie durch die Ausstellung. Zu einem gelungenen Begegnungsabend kamen 60 Menschen.

In der gemeinsamen Auswertung wurde deutlich, dass es bisher keinen Raum in der Schule gab, um über das Thema Flucht und Asyl zu sprechen. Die Ausstellung war somit ein Impulsgeber für Gespräche unter den SchülerInnen und LehrerInnen, aber auch zwischen Eltern und Kindern sowie Eltern und Schule. Dabei erlebten wir nicht nur Zustimmung.

„Ich bin froh, dass ich mitgemacht habe, es war ein tolles Projekt“, fasste eine Schülerin ihre Eindrücke zusammen.

Die Ausstellung wird Anfang 2016 von der AG In- und Ausländer Chemnitz aktualisiert. Wir halten sie – ergänzt durch die jeweilige regionale Situation und aktivierende Methoden – für sehr geeignet Flucht und Asyl im lokalen Kontext zu thematisieren.

Inhaltliche Anregungen stellen wir für Interessierte gern zur Verfügung.

Autorinnen: Heike Gruhlke, Petra Schickert



ANHANG

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN

Becher, Martin

Diplom-Pädagoge, Politologe, Geschäftsführer des Bayerischen Bündnis für Toleranz,
Demokratie und Menschenwürde schützen

www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de

Bedford-Strohm, Heinrich

Landesbischof der Ev.-Luth. Kirche in Bayern,
Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland

Behr, Christian

Pfarrer an der Dresdner Kreuzkirche und Superintendent im Kirchenbezirk Dresden-Mitte

Berthold, Johannes

Pfarrer und Vorsitzender des Landesverbandes Landeskirchlicher Gemeinschaften
Sachsen e.V.

www.lkgsachsen.de

Dohrn, Andreas

Pfarrer an der Peterskirche in Leipzig

www.peterskirche-leipzig.de

Felber, Jane Viola

Mobiles Beratungsteam – Regionalbüro Südwest im Kulturbüro Sachsen e. V.

www.kulturbuero-sachsen.de

Feustel, Susanne

Werkstatt Junge Demokratie im Kulturbüro Sachsen e. V.

Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Kirche für Demokratie und Menschenrechte“

www.kulturbuero.de

Fischer, André

Dr. theol., Pfarrer in der Ev.-Luth. Kirchgemeinde Grafenwöhr-Pressath im Dekanat Weiden
der Evangelisch Lutherischen Kirche in Bayern

Fleischhack, Dorothee

Pfarrerin in der Ev.-Luth. Kirchgemeinde Gottliebatal

www.kg-gottliebatal.de

Gruhlke, Heike

Evangelische Jugend im Kirchenbezirk Freiberg

www.evju-freiberg.de

Hammer, Franz

Mobiles Beratungsteam –

Regionalbüro Nordwest im Kulturbüro Sachsen e. V.

www.kulturbuero-sachsen.de

Hübler, Andrea

Beraterin bei der Opferberatung des RAA Sachsen e. V.

Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Kirche für Demokratie und Menschenrechte“

www.raa-sachsen.de

Hummel, Steven

Berater bei der Opferberatung des RAA Sachsen e. V.

www.raa-sachsen.de

Jennerjahn, Miro

Diplom-Politologe, ehemaliges Mitglied des Sächsischen Landtags für BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und Mitglied des Untersuchungsausschusses „Neonazistische Terrornetzwerk in
Sachsen“ des 5. Sächsischen Landtags

www.miro-jennerjahn.eu

Kurzke, Christian

Studienleiter des Studienbereichs Jugend an der Evangelischen Akademie Meißen

Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Kirche für Demokratie und Menschenrechte“

www.ev-akademie-meissen.de/akademie/jugend.html

Lamprecht, Daniel

Pfarrer an der Ev.-Luth. Kirchgemeinde Gottliebatal

www.kg-gottliebatal.de

Lamprecht, Harald

Dr. theol., Beauftragter für Weltanschauungs- und Sektenfragen der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens und Geschäftsführer des Evangelischen Bundes Sachsen, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Kirche für Demokratie und Menschenrechte“

www.confessio.de

Meis, Peter

Dr. theol., Oberlandeskirchenrat, Dezernent für theologische Grundsatzfragen im Landeskirchenamt der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Naendorf, Elisabeth

Ökumenereferat im Ökumenischen Informationszentrum Dresden

www.infozentrum-dresden.de

Paßlack, Jens

Mobiles Beratungsteam –
Regionalbüro Südwest im Kulturbüro Sachsen e. V.

www.kulturbuero-sachsen.de

Pickel, Gert

Dr. phil., Professor für Religions- und Kirchensoziologie und Dekan an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig, Mitglied im Vorstand des Kompetenzzentrums für Rechts-
extremismus- und Demokratieforschung i.G. (KReDO)

Plisch, Uwe Karsten

Dr. theol., Referent für Theologie, Hochschul- und Genderpolitik beim Verband der Evangelischen Studierendengemeinden in Deutschland (ESG) in Hannover

Schmidt, Anna

Amadeu Antonio Stiftung

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Schickert, Petra

Mobiles Beratungsteam –
Regionalbüro Mitte-Ost im Kulturbüro Sachsen e. V.

www.kulturbuero-sachsen.de

Schoffer, Michaela

Ehrenamtskoordinatorin kirchlicher Flüchtlingsarbeit,
Ökumenisches Informationszentrum in Dresden

www.infozentrum-dresden.de

Strube, Sonja Angelika

Dr. theol., Privatdozentin im Fachbereich Pastoraltheologie/Religionspädagogik am Institut für katholische Theologie (Fachbereich Erziehungs- und Kulturwissenschaften) der Universität Osnabrück

Wallrabe, Kathrin

Gleichstellungsbeauftragte im Ev.-Luth. Landeskirchenamt Sachsens
Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Kirche für Demokratie und Menschenrechte“

Wolff, Christian

Pfarrer in Ruhe, zuletzt Pfarrer an der Thomaskirche in Leipzig,
Beratung für Kirche, Politik und Kultur

www.wolff-christian.de

Zimmermann, Anke

Historikerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Bayerischen Bündnis für Toleranz,
Demokratie und Menschenwürde schützen

www.ebz-alexandersbad.de/bildungshaus/bayerisches-buendnis-fuer-toleranz

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

- Cover:** „Hand Clasp“ © [photobyphotoboy / shutterstock.com](#)
- S. 7:** „Open Book on wood background“ © [Anelina / shutterstock.com](#)
- S. 15:** „Blurred Crowd of People On Street, unrecognizable crowded population as blur urban background, Vintage Toned Image.“ © [igor.stevanovic / shutterstock.com](#)
- S. 20:** „Urban girl standing out from the crowd at a city street.“
© [Creativemarc / shutterstock.com](#)
- S. 25:** „Scales of Justice with retro effect“ © [Rob Wilson / shutterstock.com](#)
- S. 31:** „Multicultural hands“ © [paulaphoto / shutterstock.com](#)
- S. 37:** „Marktplatz in Pirna“ © [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 41:** „Image of a residential area in Germany proudly displaying the german flag after Germany became the new world champions in July 2014“
© [Ian Law / shutterstock.com](#)
- S. 52:** „Wegweiser bei der „Extremismuskonferenz“ der sächsischen Staatsregierung am 20.06.2012 in Riesa“ © [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 55:** „Werbung für interkulturellen Respekt in der UBahn in Wien“, Mai 2015
© [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 60:** „birds flying and abstract sky ,spring background abstract happy background, freedom birds concept, symbol of liberty and freedom“ © [BABAROGA / shutterstock.com](#)
- S. 67:** „Plakat vom Bündnis Buntess Meißens“, 2015 © [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 71:** „Zweibruecken, Germany – March 20, 2009: Protests against Neo Nazis and right wing extremists demonstrating. Right wing speaker during demonstration.“
© [rkl_foto / shutterstock.com](#)
- S. 76:** „NPD Werbeplakat in Bärenstein (Osterzgebirge)“, April 2014 © [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 78:** „Aufkleber mit Forderung „Nationaler Sozialismus jetzt!“ vom Freien Netz in Wurzen“, Juli 2010 © [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 83:** „Kreativ modifiziertes Graffiti der „Identitären Bewegung“ an einer Garage in Dresden-Strehlen“, Dezember 2015 © [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 86:** „Graffiti der „Identitären Bewegung“ in Dresden-Strehlen“, Juni 2015
© [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 95:** „the fire, the bright flames“ © [Natalia Belykh / shutterstock.com](#)
- S. 103:** „Transparent „Odin hasst Nazis“ eines neuheidnischen Demonstrationsteilnehmers am 13. Februar 2013 in Dresden“ © [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 122:** „Titelblätter der Ausgaben der Jungen Freiheit und der Preußischen Allgemeinen Zeitung im Februar 2016“ © [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 124:** „Titelblätter der Ausgaben von Zuerst! und Compact im Februar 2016“
© [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 127:** „Weltkrieg“ Heftromane im Bahnhofskiosk im Dresdner Hauptbahnhof, Februar 2016 © [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 131:** „Group of Diverse Multiethnic People Teamwork Concept“ © [Rawpixel.com / shutterstock.com](#)
- S. 134:** „Friedensgebet am 13. Februar 2010 in Dresden“ © [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 136:** „Mahnwache vor der Frauenkirche Dresden am 18. Februar 2012“
© [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 138:** „Aufkleber „Wutbürger: Asylwahn stoppen“ in Dresden-Strehlen“, Dezember 2015
© [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 152:** „Plakate auf der Freiburger Straße in Dresden“, September 2013
© [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 157:** „hands holding and caring a young green plant / growing tree“
© [wk1003mike / shutterstock.com](#)
- S. 157:** „Dresden, Germany – April 06, 2015: The infamous PEGIDA organisation manifest their opinion when havin a meeting on April 06, 2015, on Altmarkt Square, Dresden, Saxony, Germany.“ © [Ansebach / shutterstock.com](#)
- S. 163:** „Transparent „Humanismus statt Nationalismus“ bei einer Demonstration in Dresden“, Theaterplatz, 28.02.2015 © [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 165:** Luftballon „Refugees Welcome“, Dresden, Theaterplatz, 28.02.2015
© [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 170:** „Schild „Flüchtlingen helfen“ vor dem LutherDenkmal auf dem Neumarkt in Dresden bei einer kirchlichen Gegenkundgebung zu Pegida am 17.11.2014“
© [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 170:** Graffiti „We are all immigrants, our homeland all the earth“ © [Thomas Filip](#)
- S. 175:** „Transparent am 13. Februar 2010 in Dresden“ © [Dr. Harald Lamprecht](#)
- S. 181:** „Pile of receipts on the desk“ © [patpitchaya / shutterstock.com](#)

ANSPRECHPARTNER UND HILFSSTRUKTUREN

Anlaufstellen in Sachsen

In Sachsen engagieren sich auf Landesebene eine Reihe von Organisationen im Sinne dieser Handreichung. Diese sind gute Anlaufstellen bei der Suche nach Unterstützung und Hilfe bei Problemen und Projekten vor Ort.

AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte

Die ökumenische Arbeitsgemeinschaft „Kirche für Demokratie und Menschenrechte“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Bewusstsein für den Wert der Demokratie zu fördern. Dabei sieht sie sich besonders für den Raum der Kirchen verantwortlich, will aber auch darüber hinaus wirken. Gegen rassistische, menschenverachtende und diskriminierende Einstellungen bietet sie Bildungsveranstaltungen, Beratung und Unterstützung. Menschen innerhalb und außerhalb von Kirche sollen ermutigt, gestärkt und befähigt werden, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit couragiert und argumentativ entgegenzutreten.

Internet: www.kirche-fuer-demokratie.de

Kontakt

c/o Landesstelle der Evangelischen Erwachsenenbildung Sachsen

Tauscherstraße 44

01277 Dresden

Tel.: 0351 65 61 54-0

Fax 0351 65 61 54-19

info@kirche-fuer-demokratie.de

Kulturbüro Sachsen

Das Kulturbüro Sachsen e. V. berät seit 2001 lokale Vereine, Jugendinitiativen, Kirchengemeinden, Netzwerke, Firmen sowie Kommunalpolitik und -verwaltung in Sachsen mit dem Ziel, rechtsextremistischen Strukturen eine aktive demokratische Zivilgesellschaft entgegenzusetzen. Die Projekte erarbeiten Methoden und Inhalte, die bürgerschaftliches Engagement und konkretes Handlungswissen gegen Rechtsextremismus stärken und so demokratische Alltagskultur in sächsischen Kommunen und Landkreisen verankern.

Beim Kulturbüro sind die Mobilen Beratungsteams angesiedelt, die Beratungsarbeit vor Ort leisten und zur Unterstützung lokaler Projekte angefordert werden können.

Internet: www.kulturbuero-sachsen.de

Kontakt

Bautzner Str. 45

01099 Dresden

Tel.: +49 (0)351 272 14 90

buero@kulturbuero-sachsen.de

Mobile Beratungsteams in Sachsen:

MBT Mitte-Ost

Gartenstrasse 13

01796 Pirna

Tel.: +49 (0)3501 58 22 89

mbt.mitte-ost@kulturbuero-sachsen.de

MBT Nordwest

Hedwigstr. 20

04315 Leipzig

Tel.: +49 (0)341 25 66 80 00

mbt.nordwest@kulturbuero-sachsen.de

MBT Südwest

Henriettenstraße 5

09112 Chemnitz

Tel.: +49 (0)371 278 15 65

mbt.suedwest@kulturbuero-sachsen.de

Netzwerk für Demokratie und Courage

Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) ist ein bundesweites Netzwerk, das von jungen Leuten getragen wird und sich für Demokratieförderung und gegen menschenverachtendes Denken engagiert.

Das Hauptaufgabenfeld des NDC ist die Ausbildung von jungen Menschen als MultiplikatorInnen und die Durchführung von Projekttagen, Seminaren und Fortbildungen an Schulen, Berufsschulen, Bildungseinrichtungen sowie für viele andere Gruppen.

Internet: www.netzwerk-courage.de

Kontakt

Bundesgeschäftsstelle Netzwerk für Demokratie und Courage

Könneritzstraße 7

01067 Dresden

Tel.: +49 (0)351 481 00 60

Fax: +49 (0)351 481 00 61

info@netzwerk-courage.de

Aussteigerprogramm Sachsen

Das Aussteigerprogramm Sachsen bietet Beratung und Begleitung für Menschen, die freiwillig aus extremistischen Gruppen aussteigen möchten. Die Beratungsangebote gelten auch für Angehörige und Freunde. Unterstützt wird z.B. in der Ablösung von extremistischen Gruppen und Szenen, bei Problemen mit Schule, Arbeit, Wohnung, Sucht, Schulden, ..., im Aufbau eines neuen Freundeskreises, im Kontakt mit Behörden, in Sicherheitsfragen und Gefährdungssituationen.

Internet: www.steig-aus.de, www.aussteigerprogramm-sachsen.de

Kontakt

Postfach 30 11 25

04251 Leipzig

Tel.: 0173 – 9617643

Netzwerk für Demokratische Kultur

Das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. in Wurzen fördert eine aktive demokratische Zivilgesellschaft und will die Lebensqualität in der Region verbessern durch – Unterstützung von Bürgerbeteiligung, Veranstaltungen und Projekten – Infrastruktur und Beratung – Arbeit für Menschenrechte

Internet: www.ndk-wurzen.de

Kontakt

Netzwerk für Demokratische Kultur e.V.

Domplatz 5

04808 Wurzen

Tel: +49 (0)3425 85 27 10

Fax: +49 (0)3425 85 27 09

team@ndk-wurzen.de

Aktion Zivilcourage

Die Aktion Zivilcourage e. V. ist in der Bildungs- und Beratungsarbeit tätig. Der Verein setzt sich überparteilich und in einem breiten Netzwerk für die Stärkung der demokratischen Kultur in Sachsen ein.

Internet: www.aktion-zivilcourage.de

Kontakt

Postanschrift:

Postfach 100228

01782 Pirna

Geschäftsstelle:

Lange Straße 43

01796 Pirna

Tel: +49 (0)3501 46 08 80

post@aktion-zivilcourage.de

Opferberatung RAA Sachsen

Die RAA Sachsen Opferberatung vermittelt Unterstützung für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt und dokumentiert Übergriffe.

Internet: www.raa-sachsen.de

Kontakt

Beratungsstelle Dresden:

Tel: +49 (0)351 889 41 74

Mobil: 0172 974 12 68

E-Mail: opferberatung.dresden@raa-sachsen.de

Beratungsstelle Leipzig:

Tel: +49 (0)341 225 49 57

Mobil: 0178 516 29 37

E-Mail: opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de

Beratungsstelle Chemnitz:

Tel: +49 (0)371 481 94 51

Mobil: 0172 974 36 74

E-Mail: opferberatung.chemnitz@raa-sachsen.de

Förderverein Tolerantes Sachsen

Das Netzwerk „Tolerantes Sachsen“ ist eine Plattform lokaler Initiativen und Vereine, die konkret und praktisch für die Stärkung einer demokratischen und toleranten Alltagskultur in Sachsen arbeiten.

Internet: www.tolerantes-sachsen.de

Kontakt

Förderverein Tolerantes Sachsen

Domplatz 5

04808 Wurzen

Tel: 0178 544 58 07

E-Mail: buero@tolerantes-sachsen.de

Antidiskriminierungsbüro Sachsen

Das Antidiskriminierungsbüro Sachsen (ADB) ist eine zentrale Anlaufstelle im Freistaat Sachsen für alle Fragen zu Diskriminierung aufgrund rassistischer Zuschreibungen, ethnischer Herkunft, Religion und Weltanschauung, des Geschlechts, der sexuellen Identität, des Lebensalters oder Behinderung sowie Mehrfachdiskriminierung.

Internet: www.adb-sachsen.de

Kontakt

Antidiskriminierungsbüro Sachsen e. V.

Kochstr. 14

04275 Leipzig

Tel: +49 (0)341 303 94 92

E-Mail: info@adb-sachsen.de

Verband binationaler Familien und Partnerschaften

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V. setzt sich ein für die Interessen und Belange binationaler/bikultureller Paare und Familien sowie für alle Menschen, die in interkulturellen Zusammenhängen in Deutschland leben.

Internet: www.leipzig.verband-binationaler.de

Kontakt

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V.

Geschäfts- und Beratungsstelle Leipzig

Arndtstr. 63

04275 Leipzig

Tel: +49 (0)341 688 00 22

E-Mail: leipzig@verband-binationaler.de

Internetportale und Bundesweite Initiativen

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus

Die „Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus – aktiv für Demokratie und Menschenrechte“ (BAG K+R) ist ein Zusammenschluss von Initiativen, Organisationen und Arbeitsgruppen. Sie will mit ihrer Arbeit gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) innerhalb und außerhalb der Kirchen benennen, ihnen konstruktiv entgegenzutreten und sie überwinden.

Internet: www.bagkr.de

Kontakt

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus

c/o Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.

Auguststraße 80

10117 Berlin

Tel: +49 (0)30 28 39 51 78

post@aktion-zivilcourage.de

Antonio Amadeou Stiftung

Seit ihrer Gründung 1998 ist es das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Dabei ist es der Stiftung ein wichtiges Anliegen, gleichermaßen gegen Antisemitismus und Rassismus zu arbeiten. Die Stiftung fördert Projekte in diesem Themenbereich und hält auf ihrer Internetseite viele hilfreiche Informationen und Publikationen bereit.

Internet: www.amadeu-antonio-stiftung.de

Kontakt

Novalisstraße 12

10115 Berlin

Tel: +49 (0)30 24 08 86 10

info@amadeu-antonio-stiftung.de

Netz gegen Nazis – Mit Rat und Tat gegen Rechtsextremismus

Das Internetprojekt in Zusammenarbeit mit ZEIT-ONLINE und der Amadeu-Antonio-Stiftung hält viele gut verständliche Artikel bereit und berichtet über aktuelle Entwicklungen.

Internet: www.netz-gegen-nazis.de

Blick nach rechts

Blick nach rechts ist ein Informationsdienst, der aktuell die Entwicklungen im Bereich Neozionismus und Rechtspopulismus beobachtet und kommentiert.

Internet: www.bnr.de

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ist eine europaweite Initiative die insbesondere an Schulen Projekte zur Menschenrechtserziehung anstoßen möchte. In Deutschland sind ca. 1800 Schulen in dem Netzwerk engagiert.

Internet: www.schule-ohne-rassismus.org

Verzeichnisse weiterer Initiativen

Verzeichnis der Initiativen gegen Rechtsextremismus bei Wikipedia

https://de.wikipedia.org/wiki/Initiativen_gegen_Rechtsextremismus_in_Deutschland

Verzeichnis von Initiativen gegen Rechtsextremismus bei der Bundeszentrale für Politische Bildung

www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41934/initiativen-gegen-rechtsextremismus

Demokratie vor Ort

Landkartengestützte Präsentation von Projekten

www.demokratie-vor-ort.de

